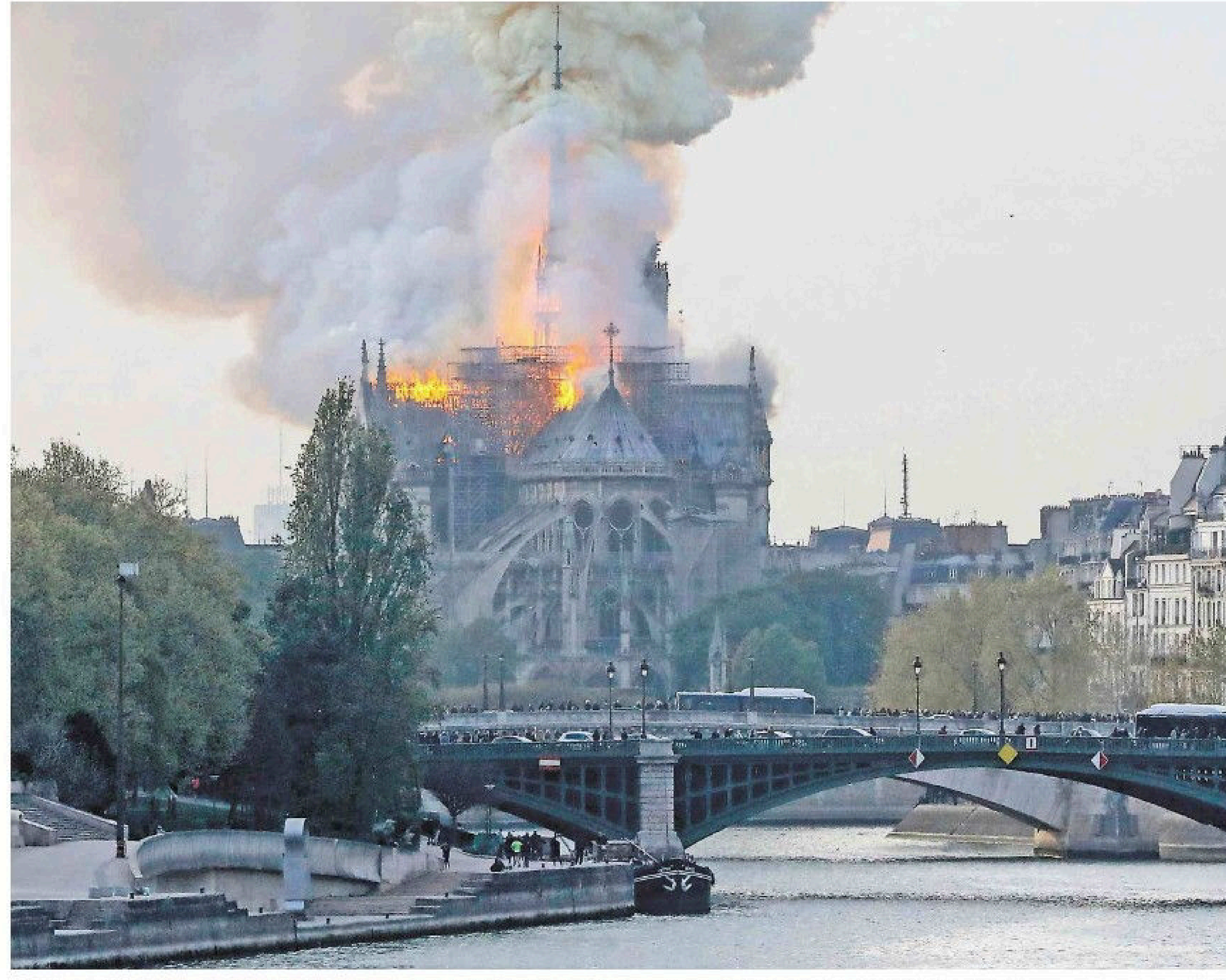
Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Dienstag, 16. April 2019 · Nr. 90 / 16 R 1 | HERAUSGEGEBEN VON GERALD BRAUNBERGER, WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER | 2,90 € D 2955 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Großbrand in der Pariser Kathedrale Notre-Dame

mic. PARIS, 15. April. Eines der Wahrzeichen von Paris, die Kathedrale Notre-Dame, ist am Montagabend Opfer eines verheerenden Brandes geworden. Im Dachstock der gotischen Kathedrale brach kurz vor 19 Uhr ein Feuer aus und breitete sich in großer Geschwindigkeit aus. Der Spitzturm der Kathedrale brach zusammen. Zuvor hatten Bauarbeiten im Dachstuhl begonnen. Am späten Abend zeigte sich die Feuerwehr skeptisch. Trotz des Einsatzes von etwa 400 Feuerwehrleuten sei es unklar, ob der Brand am nördlichen Glockenturm gestoppt werden könne, sagte der Feuerwehrkommandant Jean-Claude Gallet. Präsident Emmanuel Macron sagte seine für Montagabend geplante Fernsehansprache ab und kam zum Unglücksort. Auf Twitter schrieb er: „Wie alle unsere Landsleute bin ich traurig, diesen Teil von uns brennen zu sehen." Auch die Pariser Bürgermeisterin Anne Hidalgo beklagte den „schrecklichen Brand". Auf den Straßen versammelten sich bestürzte Passantenetliche lagen sich weinend in den Armen. „Das Herz und die Geschichte von Paris verbrennen vor unseren Augen", sagte der Präsident der Nationalversammlung, Richard Ferrand. Auch aus dem Ausland gab es große Anteilnahme. Regierungssprecher Steffen Seibert äußerte: „Es tut weh, diese schrecklichen Bilder der brennenden Notre-Dame zu sehen. Sie ist ein Symbol Frankreichs und unserer europäischen Kultur." Der Bau der Kathedrale war 1163 begonnen und 150 Jahre später beendet worden. Sie wurde während der Julirevolution 1830 schwer beschädigt. Daraufhin setzte Victor Hugo der Kathedrale mit dem Roman „Der Glöckner von Notre-Dame" ein Denkmal. *(Siehe Deutschland und die Welt.)*



„Symbol Frankreichs": *Flammen schlagen am Montagabend aus dem Dachstuhl der Kathedrale Notre-Dame.* Foto AFP

Gründliche Arbeit

Von Carsten Germis

Schlechter hätte es für VW kaum kommen können. Während sich Volkswagen-Chef Herbert Diess in China anschickte, sein Unternehmen auf der Autoschau in Schanghai mit der Wende zur Elektromobilität als Musterschüler in Sachen Klimaschutz zu preisen, hat die Staatsanwaltschaft in Braunschweig Anklage gegen den früheren VW-Chef Martin Winterkorn erhoben. Die Ermittler hegen den hinreichenden Tatverdacht, dass er und andere Angeklagte von den Betrügereien bei den Abgasmessungen von Dieselautos wussten. Die „saubersten Diesel" ihrer Klasse versprach VW seinen Kunden damals. Bei Winterkorn gehen die Braunschweiger Ermittler sogar von einem besonders schweren Fall des Betrugs aus.

Die Vergangenheit holt Volkswagen in dem Moment ein, in dem die Unternehmensführung alles tut, sie zu beschweigen und hinter sich zu lassen. Es rächt sich, dass VW allen vollmundigen Erklärungen zum Trotz die 2015 versprochene rückhaltlose Aufklärung bis heute schuldig geblieben ist. Das übernimmt zum Glück die Justiz – in den Vereinigten Staaten und in Deutschland. Sie tut das, wie man jetzt in Braunschweig sieht, sehr gründlich. 300 Aktenordner mit rund 75 000 Seiten haben die Ermittler zusammengetragen. Natürlich gilt für Winterkorn wie für die anderen Beschuldigten bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung die Unschuldsvermutung. Der frühere VW-Chef war ein Ingenieur der alten Schule. Wie weit er die Tragweite der Software-Manipulationen erkannte, weiß wohl nur er. Doch die Staatsanwälte sind offenbar überzeugt, dass Winterkorn spätestens im Mai 2014 Kenntnis von den Betrügereien hatte – und dann die Verwendung der illegalen Abschalteinrichtungen nicht untersagte.

Volkswagen schweigt auch jetzt. Juristisch mag das klug sein, und mit seinen Bußgeldzahlungen ist das Unternehmen strafrechtlich aus dem Schneider. Das Versprechen, bei VW sei alles anders geworden, wird durch die Wagenburgmentalität, die Wolfsburg im Diesel-Skandal immer aufs Neue an den Tag legt, nicht glaubwürdiger. Wenn Diess in China jetzt den Thunberg der Autobranche gibt, stünde dem Unternehmen ein bisschen mehr Bescheidenheit gut an. Die Anklageerhebung gegen Winterkorn zeigt schließlich auch, dass Wolfsburg bei der Aufklärung der Betrügereien beim „saubersten Diesel" nicht viel Ehrgeiz hatte.

Heute

Winterkorn wegen Betrugs und unlauteren Wettbewerbs angeklagt

Ehemaliger VW-Chef soll frühzeitig von Diesel-Skandal gewusst haben

cag. HAMBURG, 15. April. Nach mehr als drei Jahren Ermittlungen im Diesel-Skandal muss sich der frühere VW-Vorstandsvorsitzende Martin Winterkorn voraussichtlich vor Gericht verantworten. Gegen ihn und vier weitere Personen ist Anklage erhoben worden wegen schweren Betrugs und unlauteren Wettbewerbs, teilte die Staatsanwaltschaft Braunschweig am Montag mit. „Das Landgericht Braunschweig hat die Anklage am Freitag erhalten und wird jetzt die Klagezulassung prüfen", sagte der zuständige Braunschweiger Oberstaatsanwalt Klaus Ziehe.

Den Beschuldigten drohen im Fall einer Verurteilung zwischen sechs Monaten und zehn Jahren Haft. Zudem sollen ihnen unrechtmäßig erlangte Bonuszahlungen entzogen werden. „Es handelt sich dabei um Beträge zwischen knapp 300 000 Euro bis hin zu knapp elf Millionen Euro", teilte die Staatsanwaltschaft mit.

Winterkorn wird zudem Untreue vorgeworfen, weil er die rechtswidrigen Manipulationen an den Dieselmotoren nicht umgehend Behörden und Kunden bekanntgemacht habe, nachdem er davon erfahren habe. Die Braunschweiger Staatsanwälte beziehen sich bei ihren Vorwürfen gegen Winterkorn laut der Pressemitteilung auf Notizen in der Post, die Winterkorn im Mai 2014 über ein Wochenende aus seinem Büro nach Hause mitgenommen hatte. In der Notiz eines Vertrauten soll er auf die möglichen Abschalteinrichtungen in den Dieselautos hingewiesen worden sein. Volkswagen wollte sich auf Anfrage nicht zur Anklageerhebung gegen den früheren VW-Chef äußern. Ein Sprecher des Konzerns verwies darauf, dass die strafrechtlichen Ermittlungen gegen VW selbst mit der Zahlung eines milliardenschweren Bußgeldes beendet worden seien; nun handele es sich um individuelle Ermittlungen gegen Einzelpersonen.

Insgesamt hat der Diesel-Skandal das Unternehmen schon mehr als 28 Milliarden Euro gekostet. Eine Sprecherin der Niedersächsischen Landesregierung sagte, diese habe „schon sehr frühzeitig zum Ausdruck gebracht, dass sie eine gründliche Aufklärung der Vorwürfe durch die Justizbehörden für notwendig hält". *(Siehe Wirtschaft, Seite 17.)*

Finnland vor schwieriger Regierungsbildung

Regierungschef Sipilä gesteht Niederlage ein / Rinne will zügig Koalition bilden

mawy. HAMBURG, 15. April. Nach der Parlamentswahl steht in Finnland eine schwierige Regierungsbildung bevor. Die Sozialdemokraten mit ihrem Vorsitzenden Antti Rinne hatten die Wahl am Sonntag nur knapp für sich entscheiden können – sie kamen dem vorläufigen Ergebnis zufolge auf 17,7 Prozent der Stimmen und errangen vierzig Mandate von 200 im Parlament. Nur ein Mandat weniger und 17,5 Prozent der Stimmen erhielt die rechtspopulistische Partei „Die Finnen". Auf 17 Prozent kam die konservative „Nationale Sammlungspartei".

Damit konnten die Sozialdemokraten zum ersten Mal nach zwanzig Jahren wieder eine Wahl im Land gewinnen. Allerdings sind sie der erste Wahlsieger, der nicht mindestens 20 Prozent der Stimmen erhalten hat. Rinne äußerte sich am Montag nach ersten Gesprächen in Helsinki trotzdem zuversichtlich. Er glaube, dass die Verhandlungen einfacher sein könnten, als viele erwarteten. Noch bis Ende Mai könne womöglich eine neue Regierung gebildet sein.

Abgewählt wurde am Sonntag die bisherige bürgerliche Koalition unter Ministerpräsident Juha Sipilä. Seine liberale Zentrumspartei verlor mehr als sieben Prozentpunkte und kam nur noch auf 13,8 Prozent der Stimmen. Sipilä gestand die Niederlage noch am Wahlabend ein. Kräftige Gewinne konnten die Grünen verzeichnen, sie kamen auf 11,5 Prozent. Sie dürften wohl Teil einer Koalition von Rinne werden.

Selbst wenn die Linkspartei zu einer Koalition hinzustoßen würde und die Partei der schwedischen Minderheit in Finnland, die Schwedische Volkspartei, würden Rinne für eine Mehrheit im Parlament noch die Mandate einer der bürgerlichen Parteien fehlen. Rinne hatte bereits mitgeteilt, dass er keine Minderheitsregierung anstrebe. Die „Nationale Sammlungspartei" ließ bereits ihre Gesprächsbereitschaft erkennen. Auch „Die Finnen" gaben an, zur Mitarbeit in einer Regierung bereit zu sein, aber nicht um jeden Preis. *(Siehe Seite 2; Kommentar Seite 10.)*

Die Pakte bestimmen die Zukunft

Von Heike Schmoll

Erfreute sich die Hochschulpolitik derselben öffentlichen Aufmerksamkeit wie die Schulpolitik, herrschte längst helle Aufregung. Denn die Verhandlungen über den 2020 auslaufenden Hochschulpakt sind festgefahren. Dabei geht es für das gesamte Wissenschaftssystem um die wichtigste Weichenstellung in den kommenden zehn Jahren. Derzeit zeichnet sich aber eine ähnliche politische Konstellation wie beim Digitalpakt ab. Das Verhältnis von Bund und Ländern ist zerrüttet, und die Haushaltspolitiker im Bundestag wollen es sich immer weniger gefallen lassen, die politischen Kompromisse zwischen den zerstrittenen Lagern nur noch gutheißen zu dürfen.

Für die Hochschulen ist das Ergebnis der Verhandlungen existentiell wichtig. Denn der Hochschulpakt hat die enorme Expansion der Universitäten überhaupt erst möglich gemacht. Bund und Länder haben in den vergangenen Jahren den Hochschulen etwa 35 Milliarden Euro zusätzlich überwiesen, um neue Studienplätze zu schaffen. Das entscheidende Kriterium für die Finanzzuweisungen war die Anzahl der Studienanfänger. Dieser Maßstab soll künftig nicht mehr allein genügen. Die Rede ist von vermeintlichen Qualitätskriterien wie der Einhaltung der Regelstudienzeit plus zwei Semestern zusätzlich und der Anzahl der Abschlussprüfungen, die künftig die Höhe der Finanzzuweisungen an die Universitäten bestimmen könnten. In Wirklichkeit handelt es sich freilich auch dabei um quantitative Kriterien, denn wer mehr Absolventen will, macht die Abschlussprüfungen leichter, womit die Qualität eher abnähme.

Hauptstreitpunkt vor der entscheidenden Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern Anfang Mai ist aber die sogenannte Dynamisierung des Hochschulpakts. Die Rede ist von festen jährliche Zuwächsen, die etwa dazu dienen könnten, die vom Bund und vor allem der SPD angestrebte Entfristung von Beschäftigungsverhältnissen an Hochschulen zu erreichen,.

Gleichzeitig mit dem Hochschulpakt wird der Pakt für Forschung und Innovation verhandelt. Er beschert den außeruniversitären Forschungsorganisationen wie der Max-Planck-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Leibniz-Gemeinschaft derzeit eine Etaterhöhung um drei Prozent im Jahr. Dabei soll es bleiben, wie einem Bericht des Bundesbildungsministeriums an den Bundestag zu entnehmen ist. Mit Zielvereinbarungen sollen die außeruniversitären Forschungsorganisationen aber zusätzlich verpflichtet werden, die Vereinbarungen des Pakts auch genau zu erfüllen.

Die Länder sehen nicht ein, wieso nicht auch die Universitäten in den Genuss eines jährlichen Zuwachses kommen sollten, sie seien doch das Herzstück der Wissenschaft, ohne das auch die außeruniversitären Organisationen nicht leben könnten. Der Bund indessen will davon nichts wissen, wie Staatssekretäre der Länder versichern. Die Haushälter des Bundes halten den Ländern außerdem vor, sie rechneten sich künstlich arm. Außerdem führen sie ins Feld, dass der Bund das Bafög vollständig übernommen hat. Das Trauma, dass die Länder mit den Bafög-Geldern nicht nur das gemacht haben, was eigentlich vereinbart war, sitzt tief und befeuert das gegenseitige Misstrauen.

Hinzu kommt eine immer unübersichtlichere Konstellation unter den Ländern. Die früher gültigen Aufteilungen in A- und B-Runden sozialdemokratisch beziehungsweise unionsregierter Länder sind inzwischen nur noch Fassade. In Wirklichkeit handelt es sich um mindestens 13 verschiedene Koalitionen in 16 Ländern. Im Bund kommt erschwerend die Linie des SPD-geführten Finanzministeriums hinzu, das jede Möglichkeit nutzt, das CDU-geführte Bundesbildungsministerium zu schwächen.

> Lassen sich die Länder ihre Gestaltungshoheit wieder einmal abkaufen?

Die schwierigen Verhandlungen über Hochschulpakt und Pakt für Forschung und Innovation werden flankiert durch den dritten zur Debatte stehenden Pakt, den Qualitätspakt Lehre. Die dauerhafte Verstetigung der drei Pakte war im Koalitionsvertrag festgeschrieben worden, um den Hochschulen Planungssicherheit zu verschaffen und existierende Strukturen zu sichern. Manches Land hatte gehofft, der Bund könnte die Kosten von 200 Millionen Euro für den Qualitätspakt Lehre allein tragen, doch die Länder sollen die Hälfte davon übernehmen. Was beim Digitalpakt durch den Vermittlungsausschuss abgewendet wurde, wird nun beim Qualitätspakt Lehre aufs Neue gefordert.

Eine mögliche Kompromisslinie wird in Berlin darin gesehen, dass die Länder zumindest ihren Anteil am Qualitätspakt Lehre erhöhen und im Gegenzug doch jährliche Zuwächse beim Hochschulpakt bekommen. Das allerdings löst nicht die grundsätzliche Frage, ob sich die Länder einen ihrer wenigen verbliebenen Entscheidungsspielräume neben der Schulpolitik vom Bund abkaufen lassen. Die Finanzminister einiger Länder, die bei der nächsten Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftsministerkonferenz dazustoßen werden, haben andere Interessen als föderale Aufgabenverteilungen. Umso wichtiger wäre es, dass man sich vorher auf eine Beschlussvorlage verständigt. Noch sind Bund und Länder davon aber relativ weit entfernt.

Änderung im Herausgebergremium

FRANKFURT, 15. April. In den Kreis der Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist Gerald Braunberger eingetreten. Er gehört seit 1988 der Wirtschaftsredaktion dieser Zeitung an. Von 1995 bis 2004 war er Wirtschaftskorrespondent in Paris. In den folgenden drei Jahren schrieb er in der Frankfurter Zentrale für die Sonntagszeitung. Von 2007 an war er verantwortlicher Redakteur für den Finanzmarkt der F.A.Z. und zuständig für die „Wirtschaftsbücher".



EU für Handelsgespräche mit Vereinigten Staaten

F.A.Z. FRANKFURT, 15. April. Die EU-Staaten haben sich am Montag darauf geeinigt, der Kommission ein Mandat für Handelsgespräche mit Amerika zu erteilen. Im Mittelpunkt sollen der Abbau von Zöllen auf Industriegüter sowie Produktionsstandards stehen. Die Gespräche könnten sofort beginnen, sagte EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström. Der Handelsstreit zwischen der EU und der amerikanischen Regierung hatte sich vorigen Sommer zugespitzt, nachdem Amerika Strafzölle auf Stahl erhoben und mit Importabgaben für Autos gedroht hatte. Frankreich stimmte wegen des Rückzugs der Amerikaner aus dem Pariser Weltklimapakt gegen Handelsgespräche. *(Siehe Wirtschaft, Seiten 17 und 19; Kommentar Seite 10.)*

Betreute dürfen an Europawahl teilnehmen

mgt. KARLSRUHE, 15. April. Menschen, für die gerichtlich ein Betreuer bestellt worden ist, dürfen nicht von der anstehenden Europawahl ausgeschlossen werden, wenn sie beantragt haben, ins Wählerverzeichnis aufgenommen zu werden. Das hat am Montag das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe entschieden. Gleiches gilt für schuldunfähige Straftäter, die in einer Psychiatrie untergebracht sind. Die Richter folgten damit einem Eilantrag der Bundestagsfraktionen von Grünen, Linken und der FDP. Wie bei den Bundestagswahlen sind die etwa 80 000 Menschen in Vollbetreuung bisher von den Europawahlen ausgeschlossen, ebenso wie etwa 3000 schuldunfähige Straftäter. *(Siehe Seite 2.)*

Datenschutzvorwürfe gegen die Deutsche Post

bü. DÜSSELDORF, 15. April. Ein Rechtsgutachten legt nahe, dass die Post gegen das Briefgeheimnis verstößt. Viele Briefe von Unternehmen an ihre Kunden werden als digitale Kopien auf Rechnern der Post gespeichert; die Absender erhalten dafür einen Zusatzrabatt. Es gebe „belastbare Ansatzpunkte", dass der Konzern keine ausreichenden Vorkehrungen zum Schutz des Postgeheimnisses treffe, so der Rechtswissenschaftler Christian Koenig. Nach Angaben der Post werden die Sendungen aufwendig verschlüsselt. Empfängern, die bereits ein digitales E-Post-Konto haben, würden die Dateien elektronisch zugestellt. Die übrigen Sendungen werden offenbar für gezielte Werbung ausgewertet. *(Siehe Wirtschaft, Seite 26.)*

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH; Kundenservice: (069) 75 91 - 10 00, Telefax: (069) 75 91 - 21 80 oder www.faz.net/meinabo. Briefe an die Herausgeber: leserbriefe@faz.de
Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Österreich, Portugal (Cont.), Slowakei, Slowenien, Spanien 3,70 € / Griechenland, Kanaren, Malta, Niederlande, Zypern 3,80 € / Dänemark 28 dkr / Großbritannien 3,50 £ / Schweiz 5,00 sfrs / Ungarn 990 Ft

Mit einem Eilantrag ans Ziel

Die Verfassungsrichter in Karlsruhe haben entschieden, dass betreute Menschen an der Europawahl teilnehmen dürfen.

Von Marlene Grunert

KARLSRUHE, 15. April

Einen Vorwurf wollte den Koalitionsfraktionen am Montag kaum jemand machen. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts Andreas Voßkuhle befand, nun sei es eben an der Zeit für ein „gutes Zusammenspiel" zwischen den verschiedenen Verfassungsorganen. Britta Haßelmann, Parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen-Bundestagsfraktion, warb gegenüber dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium Stephan Mayer (CSU) um „Verständnis". Man wisse, welche Belastung das aktuelle Verfahren mit sich bringe. Immerhin seien aber gut 83 000 Menschen betroffen, die andernfalls verfassungswidrig von der Europawahl ausgeschlossen werden würden. Angesichts dieser Bedeutung sei man den Weg nach Karlsruhe gegangen.

Dort verhandelte der Zweite Senat am Montag einen Antrag der Grünen-, Linken- und der FDP-Bundestagsfraktion – und gab den Oppositionsfraktionen noch am selben Abend recht. Sie hatten sich gegen Regelungen des Europawahlgesetzes gewandt, wonach von den Wahlen zum EU-Parlament jeder ausgeschlossen ist, für den gerichtlich ein Betreuer bestellt worden ist. Laut Sozialministerium sind das mehr als 80 000 Menschen. Auch schuldunfähige Straftäter, die in der Psychiatrie untergebracht sind, dürfen an den Wahlen bisher nicht teilnehmen. Das sind etwa 3000 Menschen. Um diesen Menschen die Teilnahme an der Europawahl am 26. Mai zu ermöglichen, hatten die Fraktionen am 20. März einen Eilantrag in Karlsruhe eingereicht.



Letzte Instanz: *Die Bundestagsfraktionen von Linken, Grünen und FDP haben das Bundesverfassungsgericht angerufen.* Foto dpa

Die Verfassungsrichter setzten die jeweiligen Regelungen des Europawahlgesetzes nun mit der Maßgabe außer Vollzug, dass Menschen mit gerichtlich bestelltem Betreuer nicht von den Europawahlen ausgeschlossen werden dürfen, sofern sie eine Aufnahme ins Wählerverzeichnis beantragt haben. Gleiches gilt, wenn die betroffenen Personen sich mit Beschwerden gegen die Richtigkeit des Wählerverzeichnisses gerichtet haben. Eine automatische Berücksichtigung findet also nicht statt. Gleiches gilt für die schuldunfähigen Straftäter in einer Psychiatrie.

Die drei Oppositionsfraktionen hatten sich auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von Ende Januar berufen. Am 29. Januar hatte der Zweite Senat wortlautgleiche Regelungen des Bundeswahlgesetzes für verfassungswidrig erklärt. Die Richter entschieden, der Ausschluss betreuter und in der Psychiatrie untergebrachter Menschen gegen das allgemeine Wahlrecht sowie das Verbot der Diskriminierung Behinderter verstößt. Sie folgten nicht der Auffassung, die Behindertenrechtskonvention fordere eine uneingeschränkte Teilhabe der Betroffenen. In dem Beschluss heißt es vielmehr: „Ein Ausschluss vom aktiven Wahlrecht kann daher verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein, wenn bei einer bestimmten Personengruppe davon auszugehen ist, dass die Möglichkeit der Teilnahme am Kommunikationsprozess zwischen Volk und Staatsorganen nicht in hinreichendem Maße besteht." Die bisherigen Regelungen griffen aber „ohne hinreichenden sachlichen Grund" willkürlich eine Gruppe heraus. Sie verwehrten Menschen das Wahlrecht, die durchaus selbstbestimmt wählen könnten, während andere Gruppen wählen dürften, obwohl ihre Kommunikations- und Entscheidungsfähigkeit zweifelhaft sei. Teilweise unterliege auch dem Zufall, ob gerichtlich ein Betreuer „in allen Angelegenheiten" bestellt werde. Anstatt die Norm sofort für nichtig zu erklären, überließen die Richter die Reform dem Gesetzgeber, der das Wahlrecht derzeit ohnehin überarbeitet.

Der Bundestag beschloss Mitte März, das Wahlrecht zu ändern, und nahm einen entsprechenden Antrag von Union und SPD an. Darin fordern die Regierungsfraktionen ein inklusives Wahlrecht; die Regelungen des Bundeswahl- und Europawahlgesetzes sollten zum 1. Juli aufgehoben werden. Einen entsprechenden Gesetzentwurf legte die Regierungskoalition vergangene Woche nach. Einen Antrag der Grünen, Linken und der FDP, die alten Regelungen sofort aufzuheben, lehnte die Mehrheit der Abgeordneten ab.

Die Antragsgegner, vertreten unter anderem durch CDU-Bundestagsabgeordnete und die Bundesregierung, argumentierten am Montag, man könne sich im Eilrechtsschutz nicht über die Mehrheit des Bundestages hinwegsetzen. Mit einer schlichten Außerkraftsetzung des Wahlrechtsausschlusses könne zudem weder die Integrations- noch die Integritätswirkung von Wahlen gewährleistet werden, so der Bevollmächtigte Bernd Grzeszick. Der nun vorliegende Gesetzentwurf enthalte demgegenüber Regelungen für die Wahlassistenz. Zudem enthalte er Vorkehrungen zum Schutz vor Manipulation.

Staatssekretär Mayer sagte, eine unmittelbare Auflösung des Wahlrechtsausschlusses sei realistischerweise nicht ohne erhebliche Gefahren möglich. So könnten etwa die Wählerverzeichnisse, also die Auflistung aller Wahlberechtigter, zu diesem Zeitpunkt – wenn überhaupt – nur mit außergewöhnlich hohem Aufwand geändert werden. Der erkläre sich etwa daraus, dass in den Verzeichnissen Wahlrechtsausschlüsse zwar vermerkt seien, nicht aber deren Gründe. Deshalb müsse man händisch prüfen, wer von der neuen Rechtslage betroffen sei. Das Fehlerrisiko sei in diesem Zusammenhang besonders hoch, und nachträgliche Anfechtungen seien nicht auszuschließen. Für eine ordentliche Vorbereitung fehle schlicht die Zeit, sagte Mayer.

Angesichts der unmittelbar bevorstehenden Europawahl Ende Mai fällte das Verfassungsgericht in diesem eigentlich vorläufigen Verfahren im Grunde eine endgültige Entscheidung. Die Antragsgegner hatten deshalb befürchtet, die Richter könnten den Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers verletzen. Doch sowohl Voßkuhle als auch Peter Müller, der Berichterstatter in diesem Verfahren, verwiesen auf Aussagen der Regierungskoalition, wonach man es vor der Europawahl nicht mehr schaffe, von der sogenannten Einschätzungsprärogative Gebrauch zu machen. Gewaltig könne der Einschnitt für den Gesetzgeber deshalb kaum sein. Das gelte auch insofern, als es nicht um einen generellen Umgang mit dem Wahlrechtsausschluss gehe. Mit einer einstweiligen Anordnung würde der Gesetzgeber nur für die anstehenden Europawahlen verpflichtet. Danach bleibe er frei, das Wahlrecht neu zu regeln. Wo der Gesetzgeber nicht weiterkomme, könne das Verfassungsgericht mit einer einstweiligen Anordnung „einspringen", sagte Voßkuhle während der Verhandlung.

Grüne, Linke und FDP verwiesen in Karlsruhe auf die grundlegende Bedeutung des Verfahrens. Wem die Teilnahme am Wahlakt verweigert werde, den schließe man auch aus der demokratischen Legitimation aus, sagte der Prozessbevollmächtigte Ulrich Hufeld. Vor der Entscheidung warnte er: Wenn sich das Verfassungsgericht gegen eine einstweilige Anordnung entscheide, erhalte man – zumindest befristet – zudem eine verfassungswidrige Norm aufrecht. Zwar sei das möglich und punktuell vorgesehen, wie aktuell etwa bei der Grundsteuer. Es handele sich aber um Notrecht – hier in einem für die Demokratie hochsensiblen Bereich.

Haßelmann verwies in ihrer Stellungnahme auf Wertungswidersprüche der aktuellen Rechtslage. Einzelne Menschen, für die gerichtlich ein Betreuer bestellt wurde, hätten an Landtagswahlen teilgenommen, während sie von den Bundestags- und Europawahlen ausgeschlossen seien. Schon seit längerem dürfen gerichtlich Betreute in einigen Bundesländern an den Landtagswahlen teilnehmen, etwa in Brandenburg und Nordrhein-Westfalen. Jüngst beschloss der Landtag in Schwerin, dass geistig Behinderte und psychisch Kranke an der Kommunalwahl teilnehmen können.

Eine unterschiedliche Wertebasis

Die Sozialdemokraten gewinnen die Wahl in Finnland – denkbar knapp vor den Populisten / Von Matthias Wyssuwa

HAMBURG, 15. April. Juha Sipilä hat am Wahlabend nicht lange drum herumgeredet. Seit 2015 führt er als Ministerpräsident die finnische Regierung, doch das ist nun vorbei. „Wir sind die größten Verlierer und müssen das anerkennen", sagte er am Sonntagabend. Da hatten die Hochrechnungen längst ein desaströses Ergebnis für seine liberale Zentrumspartei verkündet, sie stürzt auf 13,8 Prozent herab, 7,3 Punkte weniger als 2015. „Das Volk hat gesprochen", sagte Sipilä. Und nun müssen andere Politiker zusehen, was sie damit anfangen.

Die Finnen haben ihr neues Parlament gewählt und wie erwartet die bürgerliche Koalition abgewählt. Ebenso wie erwartet sind es die Sozialdemokraten, die als stärkste Partei künftig mit Antti Rinne den Ministerpräsidenten stellen dürften. Überraschend aber war, wie knapp ihr Sieg am Ende ausfiel. Mit 17,7 Prozent lagen sie nur 0,2 Punkte vor den rechtspopulistischen „Finnen", sie haben nur ein Mandat mehr errungen. So dürfte es wohl etwas dauern, bis die Sozialdemokraten ihre Koalition zusammenbekommen.

Die Jahre unter Sipilä waren für Finnland Jahre der Reformen oder zumindest der Reformversuche. Ausgerechnet bei der wichtigsten, einer umfassenden Gesundheits- und Sozialreform, musste er wenige Wochen vor der Wahl das Scheitern eingestehen – seitdem ist Sipilä nur noch geschäftsführend im Amt. Für die Sozialdemokraten waren es vor allem Jahre des harten Sparens. Seit Monaten schon kritisierten sie die Maßnahmen der bürgerlichen Regierung und führten in den Umfragen klar. So konnte Rinne sich am Sonntagabend darüber freuen, dass zum ersten Mal seit zwanzig Jahren die Sozialdemokraten in Finnland wieder eine Wahl gewannen. Der Sieg der Sozialdemokraten sei ein großer Sieg für die finnische Demokratie, sagte er.

Für seine Partei aber ist es eigentlich nur ein kleiner Sieg. Nicht nur, weil der Vorsprung knapp ist – sondern vor allem, weil zum ersten Mal überhaupt der Sieger einer finnischen Wahl weniger als 20 Prozent der Stimmen erhalten hat. So liegen mit den Sozialdemokraten, den „Finnen" und der bürgerlichen „Nationalen Sammlungspartei", die auf 17 Prozent gekommen ist, gleich drei Parteien fast gleichauf. Das macht die Koalitionsgespräche zu einer Herausforderung.

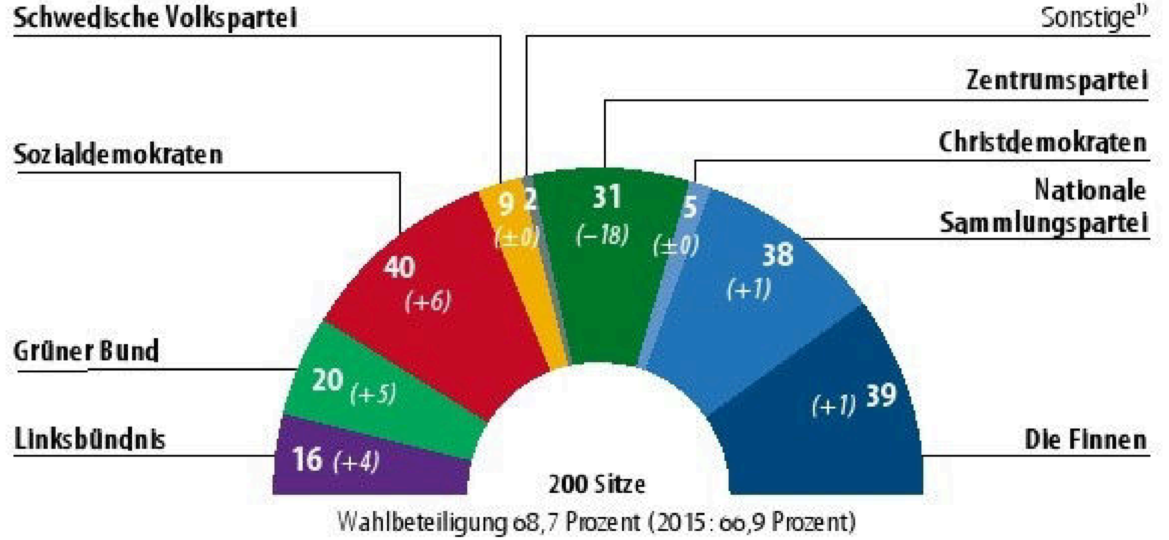
Es heißt aber noch lange nicht, dass die Koalitionsbildung unmöglich ist. Es gibt eine gewisse Tradition im Land für kreative Lösungen mit vier Parteien und mehr, von links bis nach rechts, und im Gegensatz zu Schweden oder Dänemark auch mit Mehrheiten im Parlament. Teil dieser Tradition war allerdings stets eine ausgeprägte Kompromisskultur und ein, wenn man so will, inklusiver Ansatz. So war es kein großes Drama, als Sipilä 2015 entschied, die „Finnen" in seine Regierung zu holen. Eigentlich waren sie dort schon 2011 erwartet worden, zogen es aber im Streit über die Euro-Rettungspolitik der EU vor, nicht in die Verantwortung genommen zu werden. 2015 stellten sie sich dieser dann. So wäre es auch für die Sozialdemokraten wohl zumindest denkbar gewesen, mit der „Finnen"-Partei von damals heute ein Bündnis einzugehen. Aber es handelt sich nicht um mehr die Partei von 2015.

Nach der Spaltung der „Finnen" 2017 führt sie Jussi Halla-aho, der einst für volksverhetzende Aussagen auf seinem Blog zu einer Geldstrafe verurteilt worden ist. Er steht für eine weitaus radikalere Kritik an der finnischen Einwanderungspolitik als sein Vorgänger Timo Soini, der die Partei verlassen hat und mit anderen gemäßigten Weggefährten eine neue gründete – doch ihre „Blaue Zukunft" erhielt bei der Wahl kein einziges Mandat. Halla-aho konnte sich hingegen als eigentlicher Sieger des Wahlabends fühlen. Seine Partei tat sich im Wahlkampf neben Kritik an der Einwanderung und den Problemen bei der Pflege von Alten und Kranken auch mit Zweifeln an der Klimaschutzpolitik hervor. Zwar konnten die „Finnen" nur das Niveau der letzten Wahl halten – nach der Spaltung aber waren ihnen in Umfragen im vergangenen Jahr gerade einmal die Hälfte vorausgesagt worden. Das Wahlresultat habe alle überrascht, sagte Halla-aho. Alle Prognosen seien übertroffen worden. Besonders groß sei der Jubel auf der Wahlfeier gewesen, als das verheerende Ergebnis der „Blauen Zukunft" gezeigt wurde. Halla-aho stellte am Abend auch persönlich einen Rekord auf. So viele Stimmen wie er hat noch kein anderer Politiker in seinem Wahlkreis in Helsinki erhalten.

Seit Halla-aho die Partei führt, ist die Distanz zu anderen Parteien gewachsen. Vor den Wahlen wurden die Vorsitzenden von acht Parteien bei einer Debatte gebeten, sich zu melden, wenn sie sich einer Koalition mit den „Finnen" verweigern wollten. Fünf hoben ihre Hände, unter ihnen auch Rinne. Halla-aho sagte nach der Wahl, seine Partei sei bereit zur Mitarbeit in der Regierung, aber nicht um jeden Preis. Berichtet wurde, dass er sich vorstellen könne, Innenminister zu werden, aber nur Teil einer Regierung werden könne, die sich dem Ziel verschreibe, die Einwanderung zu bremsen. Das sei die wichtigste Frage für die Wähler seiner Partei.

Sozialdemokrat Rinne ließ sich am Montag die Freude von solchen Äußerungen nicht verderben. Wenn er wie erwartet offiziell damit beauftragt wird, eine neue Regierung zu bilden, will er allen Vorsitzenden einen Fragebogen schicken, um die Lage zu sondieren. Er teilte allerdings mit, dass man eine gemeinsame Wertebasis in einer Regierung brauche, und seine Werte würden sich von denen Halla-ahos und seiner Partei unterscheiden. Eine Zusammenarbeit mit den „Finnen" scheint damit unwahrscheinlich. Allerdings braucht Rinne sie auch nicht unbedingt für eine Mehrheit.

Die „Nationale Sammlungspartei", die in den vergangenen Jahren schon Teil der bürgerlichen Koalition war, hat bereits ihre Gesprächsbereitschaft angekündigt. Zusammen mit den Parteien des rot-grünen Blocks und vielleicht noch der Schwedischen Volkspartei würde das für eine Mehrheit reichen. Die Frage ist nur, zu welchem Preis. Rinne äußerte, er sei zuversichtlich, dass es schon bis Ende Mai eine neue Regierung geben könnte. Das wäre eine weitere Überraschung.



Brexiteers und Nazis

Britischer Abgeordneter: Vergleich nicht stark genug

LONDON, 15. April. David Lammy ist ein prominenter, meist freundlicher Abgeordneter der Labour Party. Als Sohn einer guyanischen Einwandererfamilie meldet er sich oft mit drastischer Sprache zu Wort, wenn es um die Belange sozial Benachteiligter geht. Die Toten des Großbrandes im Londoner Grenfell Tower erklärte er einmal zu Opfern eines „unternehmerischen Totschlags". Manchmal äußert sich Lammy auch zur Geschichte. Die Inder, sagte er vor dem EU-Referendum, hätten im Zweiten Weltkrieg nicht für die Rettung Großbritanniens vor den Nazis gekämpft, sondern für das „europäische Projekt". Lammy – das ist spätestens seit diesem Wochenende klar – kämpft für beides.

Schon im März hatte er auf der Londoner Kundgebung des „Volksmarsches" für ein zweites EU-Referendum tief in die historische Kiste gegriffen. Winston Churchill, rief er in die Menge, habe im britischen Parlament die Appeasement-Politik gegenüber Adolf Hitler angeprangert, und Nelson Mandela habe sich nie dem Apartheid-Regime in Südafrika gebeugt. „Wir sagen: Wir beugen uns nie der ERG!" ERG, muss man wissen, steht für die „European Research Group", eine fraktionsinterne Gruppe konservativer Abgeordneter, in der sich die Brexiteers der Partei versammeln.

Nun ist das eine, was in aufgeheizter Stimmung vor Hunderttausenden Demonstranten in die Stadt gerufen wird, und etwas anderes, was man zum Beispiel an einem nüchternen Morgen in einem Fernsehstudio der BBC sagt. Als Lammy am Sonntag vom Moderator Andrew Marr gefragt wurde, ob er nicht „einen inakzeptablen Vergleich" zwischen den Brexiteers und den Nazis gewählt habe, sagte er: „Andrew, ich würde sagen, das war noch nicht stark genug!" Im nächsten Satz zog er eine Art Linie von der militärischen Besetzung der Tschechoslowakei durch die deutsche Wehrmacht zu einem Tweet des Tory-Abgeordneten Jacob Rees-Mogg, in dem wiederum eine europapolitische Rede der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel zum Brexit weiterverbreitet wurde. Die AfD, erklärte Lammy, sei eine „schreckliche, rassistische Partei, islamophob und auf der äußeren Rechten".

Marr erinnerte seinen Gast daran, dass sich Rees-Mogg deutlich von der AfD distanziert habe, und fragte dann, ob es nicht auch ein bisschen gefährlich sei, den Abgeordneten aus Somerset in die Nähe der Ideologie der Nationalsozialisten zu rücken. Lammy antwortete darauf, indem er sich Rees-Moggs Fraktionskollegen Boris Johnson vorknöpfte. Der stecke unter einer Decke mit dem früheren Trump-Berater Steve Bannon, einem „weißen Suprematisten", sowie mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán und dem italienischen Innenminister Matteo Salvini. Er, Lammy, werde nicht zurückweichen vor „diesem rechtsextremistischen Faschismus" – und empfahl selbiges der BBC.

Es dauerte eine Weile, bis die beiden Hauptbeschuldigten Worte fanden. Rees-Mogg sagte am Montag in einem Radiointerview: „Ich fürchte, David Lammy tut mir leid." Er habe den Kollegen bisher als einen vernünftigen und ernsthaften Abgeordneten kennengelernt. „Wenn man Leute solche Dinge sagen hört, erkennt man, dass sie jeden Sinn für die Proportionen verloren haben", sagte Rees-Mogg und fügte dann fast ein bisschen matt an: „Das war kein weiser Kommentar, weil er so offenkundig unwahr ist." Befragt danach, ob er bedauere, die Rede Weidels retweetet zu haben, sagte Rees-Mogg: „Nein, ich habe etwas auf Twitter gestellt, das ohne Zweifel interessant war." In der Bundestagsrede, die im Video englisch untertitelt war, hatte Weidel der Europäischen Union eine Mitschuld am Brexit-Debakel gegeben.

Ebenfalls am Montag holte Boris Johnson, wie es vielfach hieß, „zum Gegenschlag" aus. Der glich allerdings eher einem freundlichen Rüffel. In seiner wöchentlichen Kolumne im „Daily Telegraph", ansonsten für scharfe Angriffe und farbige Metaphern bekannt, schrieb Johnson: „Ich habe David Lammy immer gemocht, aber ich habe selten ein so wildes Missverständnis gesehen. Was immer man über meine Zeit als Londoner Bürgermeister oder als Außenminister denken mag – ich glaube nicht, dass sie sich als faschistisches Regime zusammenfassen lässt." Johnsons Hauszeitung, die gelegentlich vom „Verrat" an den Brexit-Wählern spricht und auch schon mal auf der Titelseite die „Richter gegen das Volk" in Stellung gebracht hat, begleitete die Debatte mit einem Aufruf zur Mäßigung. Nach Lammys „hetzerischer Rhetorik", mit der er sich als Populist präsentiert habe, gelte es nun, zu einer „nuancierten und zivilisierten Debatte" über den Brexit zurückzukehren. (job.)

STIMMEN DER ANDEREN

Die Europawahl wird die Tories abstrafen

Nach der abermaligen Verlängerung der Brexit-Frist beginnt in Großbritannien der Wahlkampf für die Europawahl. Dazu meint die Londoner „Times":

„Damit sind möglicherweise weitreichende Folgen sowohl für den Brexit als auch für das etablierte politische Parteiensystem verbunden. Die schwersten Konsequenzen ergeben sich für die Konservative Partei. Es ist wohl sicher, dass sie für ihre Unfähigkeit abgestraft wird, den Brexit zeitgerecht zu vollziehen. Die Partei befindet sich praktisch bereits im Zustand eines Bürgerkriegs. Theresa May hat sogar die Unterstützung ihrer Kabinettskollegen verloren, ganz zu schweigen von den konservativen Abgeordneten und den Wählern. Die Teilnahme an der Europawahl zu verweigern ist keine Option für eine Regierungspartei. Dabei wird ein Mitwirken der Partei sicher erheblichen Schaden verursachen. Aktivisten weigern sich, Wahlkampf zu führen, und EU-Gegner unter den Wählern laufen von den Tories zu Ukip sowie der neuen Brexit-Partei von Nigel Farage über."

Frankreichs Heuchelei legt die EU bei Libyen lahm

Die dänische Tageszeitung „Jyllands-Posten" kommentiert den Konflikt in Libyen:

„Weil Libyen nach der Türkei das größte Transitland für Flüchtlinge und Migranten in Richtung Europa ist, ist es notwendig, dass die EU eine einheitliche und unmissverständliche Libyen-Politik hat. Man könnte erwarten, dass sich Frankreichs Präsident Emmanuel Macron an die Spitze stellen will, um diese Einheit zu sichern, während er wiederholt für ‚ein souveränes, vereintes und demokratisches Europa' geworben hat. Wie so oft bei pompösen Botschaften aus dem Elysée-Palast gibt es aber keinen Zusammenhang zwischen Worten und Handlungen. Als die EU-Länder eine Stellungnahme verabschieden wollten, in der alle Konfliktparteien zur Einstellung aller militärischen Operationen und Chalifa Haftar zum Rückzug seiner Einheiten aus Tripolis aufgefordert werden sollten, wurde das von Frankreich blockiert. Als Konsequenz von Frankreichs außenpolitischer Heuchelei kann die EU in dieser Situation nichts machen, als seine Abwehrbereitschaft im Mittelmeer zu verstärken."

In der CDU ist die Machtfrage nicht entschieden

Die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" zur CDU:

„Die einstigen Rivalen Friedrich Merz und Annegret Kramp-Karrenbauer gehen jetzt wieder charmanter miteinander um. Gerade erst sind sie im tiefsten Sauerland gemeinsam aufgetreten. Die Gerüchte darüber, Merz könne doch noch Wirtschaftsminister werden, reißen nicht ab. Angela Merkel will das nicht. Die CDU befindet sich in einer misslichen Lage, die der politische Beobachter seit vielen Jahren eigentlich eher aus der SPD kennt: Machtfragen sind in Wirklichkeit nicht entschieden – auch dann nicht, wenn sie als entschieden gelten."

So gewinnt die Autoindustrie kein Vertrauen

Die „Neue Osnabrücker Zeitung" befasst sich mit dem neuen Manipulationsverdacht bei Daimler:

„Der Vorgang spricht Bände über die Arroganz der Autobauer und ihre Gewissheit, mit fast jeder Schweinerei durchzukommen. Statt reinen Tisch zu machen, entschied sich Daimler offenbar dafür, die Mogelsoftware heimlich zu entfernen. Es ist die alte Salamitaktik: scheibchenweise nur das zugeben, was ohnehin nicht mehr zu leugnen ist. So gewinnt man kein Vertrauen zurück, sondern zerstört es. Sollte sich der Verdacht der Vertuschung erhärten, könnte die Angelegenheit ein Fall für den Staatsanwalt werden."

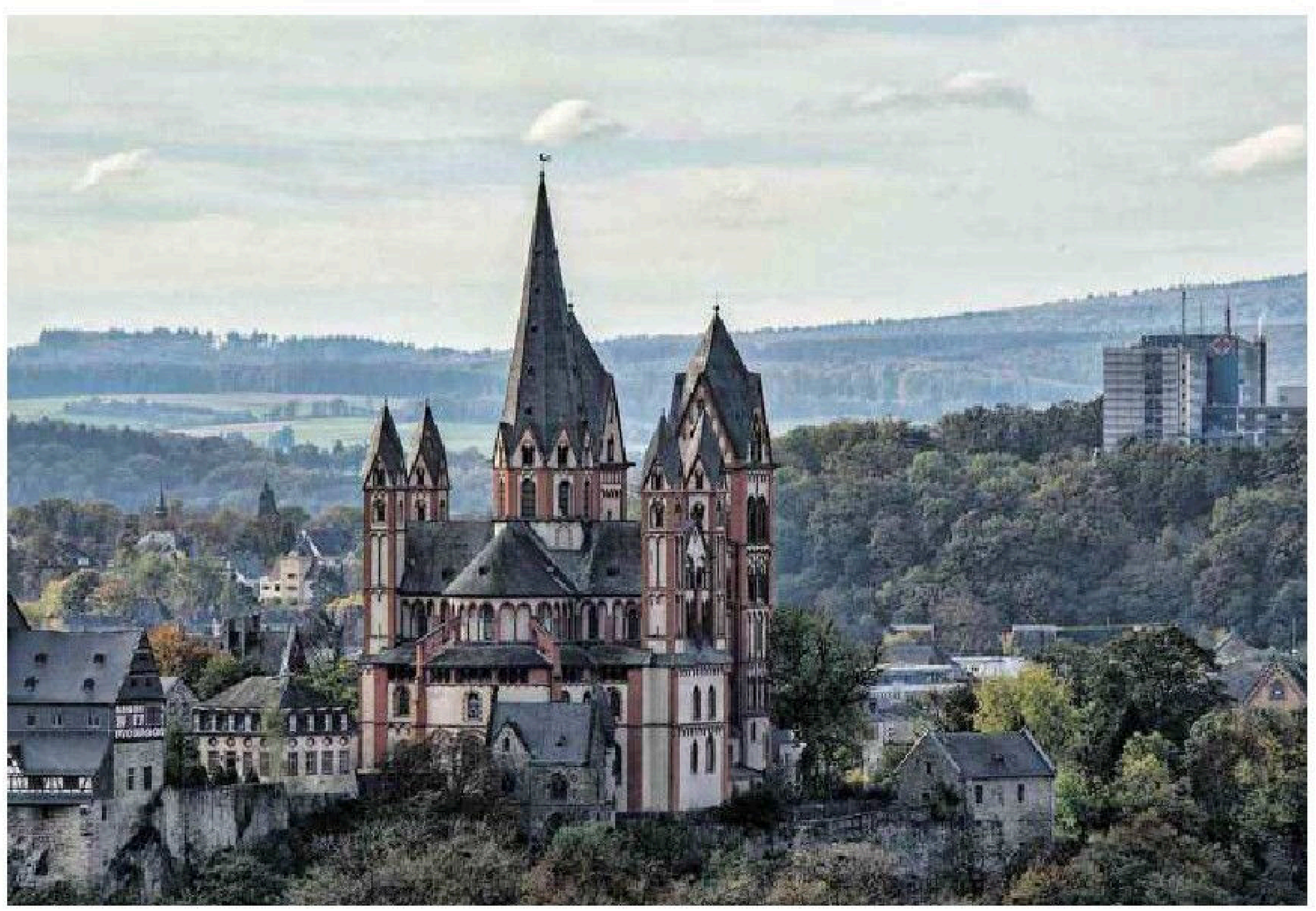
Die Lehrer sollen ihren Job machen

Die „Stuttgarter Zeitung" kommentiert das Verhältnis zwischen Lehrern und Eltern:

„Was ist nötig, damit Schule gelingen kann? Eine Partnerschaft zwischen Eltern und Lehrern führt in die Irre, wenn nicht beide Seiten die Grenzen respektieren. Eine falsch verstandene Zusammenarbeit würde dazu führen, dass bestimmte Eltern Forderungen stellen, zu denen sie kein Recht haben. Es steht ihnen eben nicht zu, bei der Gestaltung des Unterrichts in welcher Form auch immer mitzureden. Der Lehrer hat ja auch nicht das Recht, zu fordern, dass die Schülerinnen und Schüler zum Frühstück ein Glas Milch trinken sollen. Es braucht Respekt. Oder um es mit ganz einfachen Worten zu sagen: Liebe Eltern, lasst die Lehrer ihren Job machen!"

Kirche der Mitwisser

Vollmundig bekunden die deutschen Bischöfe ihren Willen, die unzähligen Missbrauchsfälle aufzuklären und systemische Hintergründe zu durchleuchten. Doch wenn es um ihre Verantwortung für die Verschleierung der Taten geht, bleibt vieles im Ungefähren – etwa im Bistum Limburg. *Von Daniel Deckers*



Erhaben: *Die Domkirche auf einem Kalkfelsen über der Altstadt von Limburg* Foto Imago

FRANKFURT, im April

Gut ein halbes Jahr nach der Veröffentlichung des Forschungsberichts über sexuellen Missbrauch an Minderjährigen im Bereich der Deutschen Bischofskonferenz sollen im Bistum Limburg Nägel mit Köpfen gemacht werden. Anhand eines achtteiligen Projektplans werde „entschieden an der Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch" gearbeitet, bekundeten jüngst Bischof Georg Bätzing und Ingeborg Schillai, die Vorsitzende der aus gewählten Laien bestehenden Diözesanversammlung. Unter anderem wolle man alle Verdachtsfälle und Taten „bestmöglich" aufklären. Zudem sollten die kirchenspezifischen Faktoren benannt und verändert werden, die sexuellen Missbrauch und den Schutz der Missbrauchstäter in der Vergangenheit begünstigt hätten.

Einen ähnlich entschiedenen Ton in Sachen „Aufarbeitung" haben mittlerweile auch einige andere Bistumsleitungen angeschlagen, etwa in Freiburg, Hildesheim, Köln und Mainz. Überregional koordiniert werden die Initiativen zur Analyse der „systemischen" Missbrauchsfaktoren gleichwohl nicht. Der Missbrauchsbeauftragte der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), der Trierer Bischof Stefan Ackermann, hat weder die fachliche Kompetenz noch die moralische Autorität, geschweige denn Charisma. Ohnehin fehlt ihm die Unterstützung durch das Sekretariat der DBK. Dort wird das Thema seit Jahren nur mit einer halben Stelle bearbeitet. Die neue Vollzeitstelle, die von der Herbstvollversammlung der DBK im vergangenen September beschlossen wurde, um die Arbeit des Missbrauchsbeauftragten zu unterstützen, wurde erst nach fünf Monaten überhaupt ausgeschrieben.

Freilich ist der Unmut über die Arbeit des Sekretariats wohlfeil, der in vielen Bistümern mit Händen zu greifen ist. Denn es sind nicht zuletzt die Bischöfe selbst, die ihr Vorgehen auch weiterhin nicht miteinander abstimmen. Dass in drei Bistümern die Arbeit der von der DBK beauftragten Missbrauchsforscher nach Kräften behindert wurde, hat für die verantwortlichen Bischöfe keine Folgen. Die gedemütigten Wissenschaftler müssen schweigen, die anderen Bischöfe wollen es. Und mochten die Verfasser der Studie noch so eindringlich den freihändigen Umgang vieler Bischöfe mit gemeinsam beschlossenen Leitlinien und Standards monieren, so geht es in diesem Modus unverdrossen weiter. Im Januar etwa haben die drei Bistümer im Land Hessen der Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt Listen mit Vorgängen aus ihrem Verantwortungsbereich übergeben, in denen sexuelle Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen im Spiel war. Limburg meldete 35 Vorgänge, Fulda 32, Mainz 199. Mainz – Sodom und Gomorrha zugleich? Des Rätsels Lösung: Der Mainzer Bischof Peter Kohlgraf hat den Kreis der potentiellen Täter offenbar viel weiter gezogen als seine Kollegen in Limburg und Fulda.

Einer traurigen Komik entbehren auch nicht die vollmundigen Ankündigungen, alle Altfälle zu analysieren und die „systemischen" Faktoren zu ergründen. Die Zahl der „externen Fachleute", die jetzt vielerorts ins Spiel gebracht werden, ist mehr als überschaubar, zumindest die jener, die sich im Dickicht der kirchlichen Verwaltung so auskennen, dass sie nicht schnell in die Irre gehen oder dorthin geführt werden können. Was aber die „Formen von Machtmissbrauch und klerikal-männerbündische Machtstrukturen" angeht, die auch in Limburg für die Wurzel vieler Übel gehalten werden, so artikuliert sich die einschlägige Kritik daran schon seit Jahrzehnten. Ebenso lange liegen Vorschläge auf dem Tisch, „wie Männer und Frauen gemeinsam und in gleichem Verhältnis Verantwortung in der Kirche übernehmen können". Auch die müsste man in Limburg nicht erst suchen, sondern nur finden. Ähnliches gilt für die Forderung nach einer Neubewertung der katholischen Sexualmoral. Doch frei nach dem Motto, dass in der Kirche schon so ziemlich alles gesagt ist, wenn auch noch nicht von allen, sollen im Bistum Limburg vom Juni an acht verschiedene Teilprojekte ein Jahr lang bearbeitet werden, ehe die Öffentlichkeit im Juni 2020 ins Bild gesetzt werden kann.

Ein Ergebnis aber steht schon fest. Die Namen derer, die im Bistum Limburg „für die Vertuschung von Taten" verantwortlich oder auch nur daran beteiligt waren, sind nicht für die Öffentlichkeit bestimmt. „Eine ausführliche Fassung des Untersuchungsberichts mit Namensnennung wird der Staatsanwaltschaft Limburg übergeben", heißt in der Projektskizze. Und: Sollten Verantwortliche identifiziert werden, sollten sie „die Möglichkeit" haben, über die Pressestelle des Bistums eine Stellungnahme abzugeben. Warum das, zumal die „Verantwortlichen" kaum das weltliche Strafrecht fürchten müssen, schließlich sind die meisten Delikte nach aller Erfahrung längst verjährt? Dass Täter und Betroffene aus datenschutzrechtlichen Gründen gegen ihren Willen nicht mit Klarnamen genannt werden können, leuchtet ein. Doch erstreckt sich der Datenschutz auch auf jene, die Täter gedeckt, Gemeinden im Unklaren und zahllose Kinder und Jugendliche gefährdet haben?

Glaubt man den Ankündigungen aus Limburg, sollen Vertuscher „gegebenenfalls zur Verantwortung gezogen werden". Unverbindlicher geht es nicht. Doch warum sollen sie im Fall des Falles nicht direkt zu ihrer Verantwortung stehen, anstatt sich – wenn überhaupt – mit schriftlichen Einlassungen über die Pressestelle zu Wort melden? Des Rätsels Lösung dürfte darin zu suchen sein, dass es bei allen diesen Fragen im Kern um die Amtsführung und wohl auch um die persönliche Verantwortung eines Mannes geht, der wie kaum ein zweiter Bischof in Deutschland das soziale Gewissen der katholischen Kirche verkörperte: Ob im Konflikt mit Papst Johannes Paul II. über den Verbleib der Kirche in der gesetzlichen Schwangerenberatung, ob als Verfechter der „Option für die Armen" oder als wortmächtiger Kämpfer gegen Unfrieden und Gewalt zwischen Menschen und Völkern, Franz Kamphaus, von 1982 bis 2007 Bischof von Limburg, ließ sich in seinem Einsatz für Menschenwürde und -rechte von niemandem übertreffen.

Doch das ist wohl nur eine Seite. Eine andere: Der aus dem Bistum Münster stammende Geistliche war seit 17 Jahren Bischof von Limburg, als die Personalkammer im Jahr 1999 beschloss, den Geistlichen Fritz B. von Biedenkopf, wo er seit dem 1. August 1991 Pfarrer gewesen war, zum 1. August 1999 die Pfarreien in und um Eppstein am Rand des Rhein-Main-Gebiets zu übertragen. Was der Personaldezernent Helmut Wanka damals wusste, aber wohl er kaum alleine: Anfang 1997 war in Limburg bekanntgeworden, dass Fritz B. einem ihm als Pflegevater anvertrauten Neffen über Jahre hinweg aufs Brutalste sexuelle Gewalt angetan hatte. Glaubt man den Schilderungen des heute 42 Jahre alten Betroffenen, dann kam es damals zu einem Gespräch mit Wanka, in dessen Verlauf der Geistliche ihn derart einschüchterte, dass er von einer Strafanzeige gegen den Peiniger Abstand nahm, der ihm bis zu seinem 17. Lebensjahr Gewalt angetan hat. Immerhin enthielt die Reaktion des Personaldezernenten das implizite Eingeständnis, dass Fritz B. an dem Jungen ein Verbrechen begangen hatte, das nach kirchlichem wie nach weltlichem Strafrecht zu ahnden gewesen wäre. Doch weder wurde der Fall, wie es das Kirchenrecht schon damals vorsah, der römischen Kleruskongregation gemeldet, noch wurde der Kinderschänder der Staatsanwaltschaft überantwortet.

Stattdessen hielt sich der Päderast im Herbst 1997 für mehr als zwei Monate in dem „Recollectio-Haus" in der Benediktinerabtei Münsterschwarzach auf – einer Einrichtung, in der sich Geistliche und andere kirchliche Mitarbeiter zumeist dann für eine Art Auszeit einfinden, wenn sie mehr oder weniger heftig aus ihrer Bahn geworfen wurden. Die zeitliche Nähe dieses Aufenthalts zu den Beschuldigungen legt es nahe, an einen kausalen Zusammenhang zu denken. Doch die Personalakten sowie die im Geheimarchiv des Bistums aufbewahrten Schriftstücke enthalten nach Angaben des Sprechers der Diözese nicht den geringsten Hinweis darauf, dass der Geistliche jemals ein Sexualverbrechen begangen haben könnte. Das kann nur bedeuten, dass Akten und Geheimarchiv nachträglich manipuliert (was das Bistum bestreitet) oder sie aber niemals den kirchlichen Vorschriften entsprechend geführt wurden.

Letzteres könnte erklären, dass die Vorwürfe gegen Fritz B. dem seit 2017 amtierenden Bischof Bätzing angeblich erst bekanntwurden, nachdem sich der Betroffene unter dem Eindruck der Veröffentlichung der MHG-Studie im vergangenen Herbst an die Missbrauchsbeauftragte des Erzbistums Bamberg gewandt hatte. Dort und nicht im Bistum Limburg verbrachte der pädophile Geistliche seit seiner Verabschiedung in Eppstein im Jahr 2010 unbehelligt seinen Ruhestand. Über das Vorleben des Kinderschänders hatten die Personalverantwortlichen in Limburg die Kollegen in Bamberg nicht weniger im Unklaren gelassen wie im Jahr 1999 dessen neue Gemeinde.

Als Anfang dieses Jahres eine Anzeige gegen Fritz B. bei der für die Tatorte Battenberg und Biedenkopf zuständigen Staatsanwaltschaft Marburg bekanntwurde, kam es in Limburg zu den üblichen Reaktionen. Bischof Bätzing tat, was sein Vorvorgänger Kamphaus in mehreren vergleichbaren Fällen stets kategorisch abgelehnt hatte: Er sprach mit dem Betroffenen. Anschließend bekundete Bätzing, dem Mann zu glauben. Der Staatsanwaltschaft Marburg blieb derweil nichts anderes übrig, als die Ermittlungen gegen Fritz B. wegen Verjährung einzustellen. Den Fall des 2015 entpflichteten Domkapitulars Wanka, der sich der Strafvereitelung schuldig gemacht haben könnte, gab sie an die zuständige Staatsanwaltschaft Limburg ab. Die Strafverfolger in der Bischofsstadt, die schon in der widerrechtlichen Verwendung kirchlichen Vermögens in Millionenhöhe durch Bätzings Vorgänger Franz-Peter Tebartz-van Elst keinen Grund zu einer Anklage gegen den Bischof und seine Helfer gesehen hatten, konnten auch diesmal kein strafwürdiges Verhalten erkennen und stellten die Ermittlungen gegen den früheren Personaldezernenten wegen Verjährung ein.

Mag die weltliche Strafjustiz mangels weiterreichender Befugnisse oder – wie einst bei Tebartz – aufgrund von Weisungen von höherer Stelle an das Ende ihrer Möglichkeiten gekommen sein, so gilt das für die kirchliche Aufarbeitung nicht. Zwar fehlt es in der katholischen Kirche bis heute an einem Disziplinarrecht für Priester, und wie alle anderen Bischöfe hat auch Bätzing in Limburg nicht von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine Verwaltungsgerichtsbarkeit zu errichten, vor der von kirchlichem Verwaltungshandeln Betroffene ihre Rechte einklagen könnten.

Aber sollte es nicht das Recht der Gläubigen sein, zu erfahren, ob der Personaldezernent in Fällen wie denen des Kinderschänders Fritz B. wirklich so eigenmächtig verfahren konnte, dass kein anderes Mitglied der Bistumsleitung davon Kenntnis erhielt? Oder verhielt es sich doch so, dass der Kreis der Mitwisser größer war, als das Bistum bisher glauben macht?

Sollte Ersteres der Fall sein, müsste sich der heute 87 Jahre alte Kamphaus die Frage gefallen lassen, warum er entweder eine Schlüsselposition einem Mann anvertraute, der ihm hochbrisante Informationen vorenthielt, oder einen Mann über fast zwei Jahrzehnte gewähren ließ, der Akten entweder vorschriftswidrig führte oder diese vorschriftswidrig manipulierte. Indes fiele dieser Vorwurf auf den Bischof selbst zurück. Mehrere ehemalige Mitarbeiter des Bistums stellen auch der Aktenführung im unmittelbaren Verantwortungsbereich des Bischofs ein denkbar schlechtes Zeugnis aus – was in dem Tun und Lassen des Personaldezernenten seine Entsprechung fände.

Wusste seit Mitte der neunziger Jahre nicht nur der Personaldezernent von den Untaten des Geistlichen Fritz B., so hätten gleich mehrere Mitglieder der damaligen wie der heutigen Bistumsleitung mit ihrem Tun und Lassen gegenüber dem Päderasten zahllose Kinder und Jugendliche in größte Gefahr gebracht, indem sie ihn 1999 versetzten und 2010 ziehen ließen. Dieser Verdacht, so ungeheuerlich er ist, entbehrt nicht eines Anhaltspunktes: Für die Zeit, in der Pfarrer Fritz B. sich 1997 in Münsterschwarzach aufhielt, musste die dem Generalvikar, dem Regens, dem Dezernenten für pastorale Dienste, dem Personaldezernenten sowie (in der Regel) dem Bischof bestehende Personalkammer einen Vertreter ernennen. Dass die Ernennung eines „Pfarrverwesers" in gänzlicher Unkenntnis der Beschuldigungen gegen Fritz B. geschehen sein soll, wird von Kennern vergleichbarer Vorgänge als „absolut unwahrscheinlich" bezeichnet.

Und selbst wenn es Limburg entgegen allen Usancen „nur" ein stillschweigendes Einvernehmen gegeben haben sollte – die Vorstellung, dass sich Pädophile wie Fritz B. im Schutz des Personaldezernenten unbehelligt bewegen konnten, ist nicht nur an sich unerträglich. Denn gleich was ein im Ruhestand lebender Landgerichtspräsident derzeit im Auftrag von Bischof Bätzing über die Verantwortlichkeiten im Fall Fritz B. herauszufinden versucht: Die Frage steht im Raum, wie viele Männer vom Schlag dieses Geistlichen bis in die jüngste Vergangenheit oder vielleicht noch heute im Bistum Limburg unbehelligt als Priester wirken – und das vielleicht nicht nur dort. Auch in der Ära Kamphaus verschwanden in der Limburg Missbrauchstäter von der Bildfläche, um andernorts wiederaufzutauchen – wie auch Kinderschänder andernorts verschwanden, um im Bistum Limburg ein vermeintlich neues Leben zu beginnen.

Sollte die Wahrheit in allen diesen Fällen jemals an Licht kommen, dann – so sieht es der Projektplan vor – nicht vor Juni 2020. Seit den Enthüllungen über das Grauen an dem Berliner Canisius-Kolleg der Jesuiten werden dann mehr als zehn Jahre vergangen sein.

Das System Charkiw

In der zweitgrößten Stadt der Ukraine haben sich die Machtverhältnisse seit der Revolution 2014 nicht verändert, aber einiges ist in Bewegung / Von Reinhard Veser

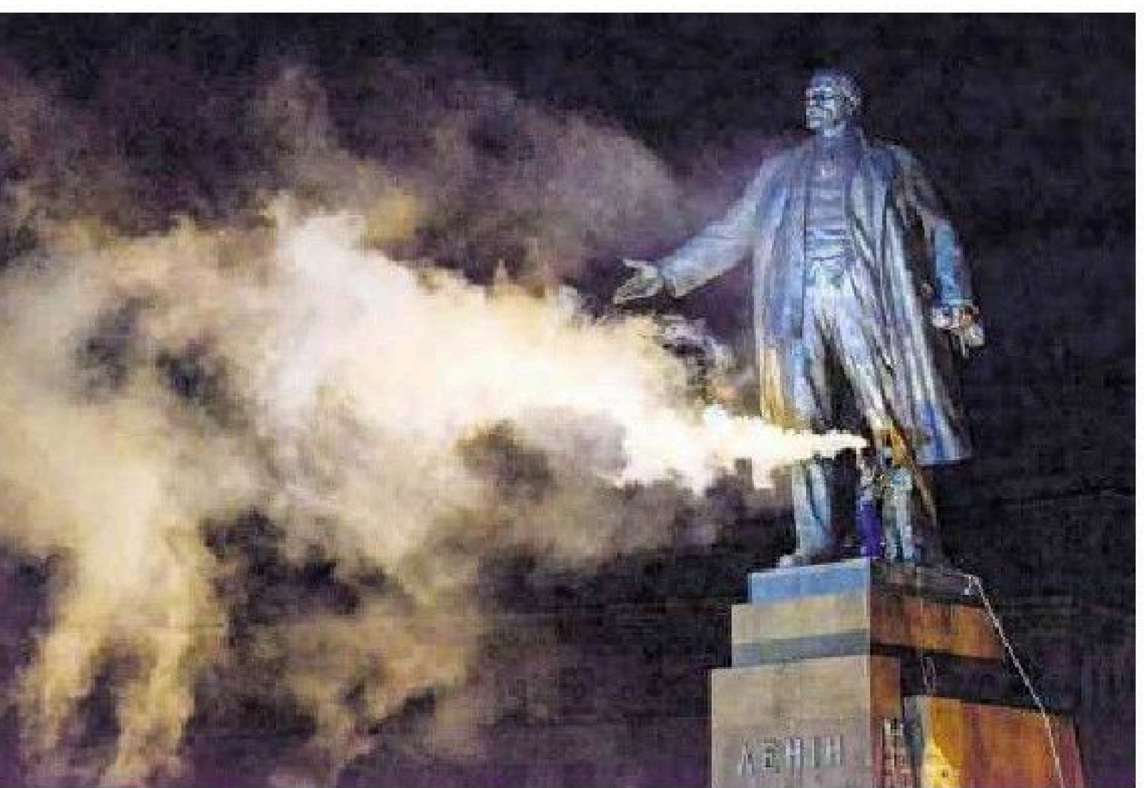
CHARKIW, im April. In den Revolutionstagen im Frühjahr 2014 setzte fast überall in der Ukraine heftiger Leninfall ein. In Großstädten, Provinzzentren und Dörfern wurden in kurzer Zeit so viele Denkmäler des Sowjetführers gestürzt, dass sich dafür ein eigenes Wort einbürgerte, das nach Schneefall klang – so als handle es sich dabei um ein Naturereignis. Charkiws Bürgermeister Hennadyj Kernes wandte sich damals im Fernsehen an die Denkmalsstürzer: „Ich lade Sie auf den Freiheitsplatz der Stadt Charkiw ein, wo ein Denkmal für Wladimir Iljitsch Lenin steht. Und wenn Sie auch nur versuchen, es zu zerstören, dann erkläre ich als Stadtoberhaupt, dass ich Ihnen beide Arme und beide Beine breche, damit Sie so etwas nie wieder tun."

Heute zeigt nur noch ein Bauzaun in der Mitte des weiten Freiheitsplatzes die Stelle an, an der sich vor fünf Jahren das zwanzig Meter hohe Lenin-Denkmal erhob. Aber Hennadyj Kernes ist trotzdem noch immer der unumstrittene Herrscher über Charkiw. Er hat sich der Revolution entgegengestellt und wurde auf brutale Weise zu einem Opfer der Wirren, die auf sie folgten – aber seiner Macht konnte das nur wenig anhaben. Kernes ist auch heute noch kein negatives Wort über den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu entlocken, aber vor der Präsidentenwahl unterstützt er Amtsinhaber Petro Poroschenko, der sich im Wahlkampf als entschiedener Gegner des Kremls inszeniert. Will man versuchen, all die Widersprüche und Paradoxien der Entwicklungen in den fünf Jahren seit der Revolution auf dem Euromajdan zu ergründen, dann ist Charkiw, die zweitgrößte Stadt der Ukraine, ein gutes Beobachtungsobjekt.

Charkiw liegt nur dreißig Kilometer von der russischen Grenze entfernt, die große Mehrheit der Bevölkerung spricht im Alltag russisch. Im Frühjahr 2014 sah es einige Wochen lang so aus, als könnten sich die Dinge auch dort so entwickeln wie im 300 Kilometer entfernten Donezk, das seither eine Stadt im Krieg ist. Am Lenin-Denkmal auf dem Freiheitsplatz standen sich Anhänger und Gegner der Revolution gegenüber. Die einen versammelten sich unter ukrainischen Fahnen und forderten, Lenin von seinem Sockel zu holen, die anderen wachten unter Fahnen der untergegangenen Sowjetunion und des Russlands von heute rund um die Uhr darüber, dass ihm nichts passiert. Wie in Donezk stürmten prorussische Kräfte Verwaltungsgebäude und riefen eine eigene „Volksrepublik" aus. Immer wieder kam es in den Wochen nach der Revolution im Zentrum von Charkiw zu Zusammenstößen zwischen Anhängern und Gegnern des Majdans, es gab einzelne Schießereien und Bombenanschläge.

Fragt man Hennadyj Kernes heute nach diesen Ereignissen, dann verzieht er das Gesicht zu einem schiefen Lächeln, bevor er antwortet: „Charkiw hat damals die Interessen der Ukraine verteidigt." Für ihn habe immer festgestanden, dass sich die Stadt nur als Teil einer einigen Ukraine wirtschaftlich, politisch und kulturell vollwertig entwickeln könne. Die „Volksrepublik" habe nicht die geringste Chance gehabt, denn „die örtlichen Behörden waren auf ihrem Posten". Doch diese Geschichte hört sich ganz anders an, wenn sie von Leuten erzählt wird, die damals auf der Seite der Majdan-Revolution standen. Kernes habe im Februar und März 2014 Schlägertrupps angeheuert, von denen ihre Demonstrationen angegriffen wurden – seine Drohungen an potentielle Denkmalsstürzer waren vermutlich keine leeren Worte. Hinter den Kulissen habe er die prorussische Stimmung angeheizt. „Aber er ist eine eigenartige Figur", sagt ein Aktivist von damals, „es ist schwierig, ihn mit einer offen antiukrainischen Aussage zu erwischen."

Kernes lavierte wie andere lokale Machthaber in der Ostukraine, die über Jahre eng mit der Partei des durch die Revolution gestürzten und dann nach Russland geflohenen Präsidenten Viktor Janukowitsch verbunden waren. Hat er den Ausschlag dafür gegeben, dass sich in Charkiw die Dinge zuungunsten der prorussischen Kräfte entwickelten, oder hat er nur gespürt, woher der Wind wehte, und sich dann auf die stärkere Seite geschlagen? Sicher ist nur, dass Kernes 2015 auch deshalb mit fast zwei Drittel der Stimmen als Bürgermeister bestätigt wurde, weil eine Mehrheit es für sein Verdienst hält, dass ihnen ein Krieg in ihrer Stadt erspart geblieben ist. Und dass Kernes selbst zu einem Opfer der Gewalt wurde.



Leninfall: *Aktivisten stürzten die Statue in Charkiw am 28. September 2014.* Foto Getty

Kurz nach dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen in Charkiw wurde er Ende April 2014 bei einem Attentat schwer verletzt. Über die Hintergründe des Anschlags gibt es bis heute keine Erkenntnisse, sondern nur Spekulationen. Kernes selbst beschuldigt Innenminister Arsen Awakow, der durch die Revolution in Kiew ins Amt gekommen ist. Die beiden Männer verbindet eine innige Feindschaft, seit sich Kernes vor neun Jahren in einer Bürgermeisterwahl knapp gegen Awakow durchgesetzt hat – vermutlich dank Wahlmanipulation. Doch hartnäckig hält sich auch eine andere Version: Der Anschlag sei die Rache dafür, dass sich Kernes in den entscheidenden Tagen jenes Frühjahrs von seinen alten Weggefährten ab- und den neuen Machthabern in Kiew zugewandt habe.

Kernes sprang dem Tod nur knapp von der Schippe. Seit dem Mordversuch sitzt er im Rollstuhl, weil die Kugel auch seine Wirbelsäule getroffen hat. Auf alten Aufnahmen ist er ein drahtiger Mann, der Energie versprüht, heute wirkt er müde, sein Gesicht ist aufgedunsen. Die körperliche Hilflosigkeit des Bürgermeisters wird durch den Gegensatz zu den bulligen Leibwächtern noch betont, die seinen Rollstuhl schieben. Aber das System, das Kernes in den Jahren vor der Majdan-Revolution aufgebaut hat, funktioniert noch. „Er und seine Verbündeten haben damals mit Drohungen, Gewalt und Strafprozessen das politische Feld in Charkiw eingeebnet", sagt Dmytro Bulach, ein junger Antikorruptionsaktivist und Abgeordneter im Gebietsparlament. „Alle seine Gegner waren entweder unter Druck oder außerhalb von Charkiw."

Bulach wurde vor zwei Jahren von Unbekannten verprügelt. Der Verdacht liegt nahe, dass das eine Warnung sein sollte – oder dass er jemandes geschäftliche Kreise gestört hatte. Er und seine Mitstreiter nehmen öffentliche Bauvorhaben genau unter die Lupe und prüfen, zu welchen Bedingungen städtische Einrichtungen einkaufen. Immer wieder stoßen sie dabei auf solche Fälle wie jüngst im Zoo, der das Futter für seine Tiere zu Preisen kaufte, die weit über denen in normalen Supermärkten liegen. „Das sind keine zufälligen Geschichten, sondern ist systematisch so in allen Teilen der Stadtverwaltung", sagt Bulach. Und er ist überzeugt: „Das alles wird vom Bürgermeister kontrolliert."

In einigen von den Antikorruptionsaktivisten aufgedeckten Fällen wurden Strafverfahren eingeleitet. Sie haben sich so einen Ruf erarbeitet, der zur Folge hat, dass die Stadtverwaltung nicht nur negativ auf sie reagiert – „um Imageschäden zu vermeiden", wie Bulach vermutet. „Seit 2014 ist Kernes nicht mehr so mächtig wie zuvor", sagt er. „Seine Macht bröselt, wenn auch nicht so schnell, wie wir das gerne hätten."

Charkiw ist eine Stadt im Übergang – und ihr Bürgermeister versteht es, seine Macht zu sichern, indem er sich den Veränderungen nicht entgegenstellt. „Unzufrieden" sei er mit der Politik, die alle Symbole aus der sowjetischen Zeit aus der Öffentlichkeit verbannen will, sagt Hennadyj Kernes. Aber er wütet nicht mehr gegen den Sturz sowjetischer Denkmäler, sondern beklagt, dass der Prozess nach der „Revolution der Würde" – die Bezeichnung des Majdan-Lagers für die Revolution von 2014 geht ihm leicht über die Lippen – unter dem Druck der Straße zu „schnell und ungeschickt" begonnen worden sei. Ähnlich äußert er sich über die Sprache: „Aus der Sicht der Staatlichkeit verstehe ich, dass das Ukrainische gefördert werden muss, aber im Alltag sprechen wir hier mehr Russisch", sagt Kernes. Er nennt es die „Sprache unserer Eltern und Großeltern", spricht über die engen familiären Bindungen über die Grenze zu Russland hinweg – und sagt dann: „Aber das Land hat den europäischen Weg gewählt, und wir unterstützen das."



Hennadyj Kernes Foto dpa

Seiner Wahlempfehlung sind die Charkiwer übrigens nicht gefolgt: Poroschenko hat in der Stadt noch weniger Stimmen bekommen als im Landesdurchschnitt, der Komiker Wolodymyr Selenskyj dagegen mehr. Das bedeutet aber auch: Zum zweiten Mal in Folge hat in Charkiw ein Kandidat gesiegt, der sich klar für eine Westorientierung der Ukraine ausspricht.

Abschiebehaft im Gefängnis?

Justizminister der Länder kritisieren Gesetzentwurf

bub./rso. BERLIN/STUTTGART, 15. April. Die Justizminister der Länder kritisieren den Entwurf zum Geordnete-Rückkehr-Gesetz, der nach derzeitiger Planung am Mittwoch im Kabinett beschlossen werden soll. Die Justizminister von Union, SPD und Grünen beanstanden einerseits die vorübergehende Aufhebung des Trennungsgebots von Abschiebehäftlingen und Strafgefangenen. Zum anderen zeigen sie sich irritiert über die kurze Frist, die ihnen für eine Stellungnahme gewährt wurde. Das Bundesinnenministerium hatte den Gesetzentwurf erst am vergangenen Donnerstag an die Länder verschickt, und zwar nur an die Landesinnenminister, die Frist zur Stellungnahme endete am Montagmittag. Der Hamburger Justizsenator Till Steffen (Grüne) bezeichnete die Beteiligung der Länder als „Farce". Das Vorgehen sei „ein großes Ärgernis in der Zusammenarbeit von Bund und Ländern", heißt es in einem Schreiben Steffens an Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU), das dieser Zeitung vorliegt.

Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Länder bis Ende Juni 2022 Abschiebehäftlinge in Justizvollzugsanstalten unterbringen dürfen, sie müssen allerdings räumlich von den Strafgefangenen getrennt werden. Die europäische Rückführungsrichtlinie schreibt zwar ein Trennungsgebot zwischen Strafgefangenen und Abschiebehäftlingen vor. Das Bundesinnenministerium stützt sich aber auf eine Ausnahmeregelung in der europäischen Rückführungsrichtlinie, die es erlaubt, das Trennungsgebot wegen Überlastung der Kapazitäten vorübergehend auszusetzen. In Deutschland gibt es derzeit lediglich etwa 480 Plätze für Abschiebehäftlinge, dem stehen 31 000 gescheiterte Abschiebungen im vergangenen Jahr gegenüber. Viele Bundesländer bauen Abschiebegefängnisse, aber bis zur Fertigstellung wird es noch dauern.

Bei einer Tagung des Strafvollzugsausschusses der Länder Ende vergangener Woche hatten die Vertreter der Justizministerien aus 14 Bundesländern einen Beschluss zugestimmt, der rechtliche, organisatorische, personelle und finanzielle Bedenken gegen die Aufhebung des Trennungsgebots benennt. Bayern hatte nicht mitgestimmt, Sachsen hatte sich enthalten. Der nordrhein-westfälische Justizminister Peter Biesenbach (CDU) merkt in seiner Stellungnahme an, dass die Ausnahme der EU-Richtlinie nicht greife: Die Abschiebegefängnisse seien nicht überlastet, vielmehr seien fehlende Abschiebehaftplätze Folge von Schließungen diverser Haftanstalten. Außerdem weist Biesenbach auf „Sicherheitsprobleme" hin: Abschiebehäftlinge seien deutlich geringeren Sicherheitsmaßnahmen unterworfen als Gefangene im Justizvollzug.

Der baden-württembergische Justizminister Guido Wolf (CDU) argumentiert, dass die Justizvollzugsanstalten auch ohne Abschiebehäftlinge überlastet seien. „Die Gefangenenzahlen in Baden-Württemberg sind seit dem Jahreswechsel 2015 und 2016 drastisch gestiegen und die Klientel ist schwieriger geworden. Derzeit fehlen uns im Justizvollzug gut 900 Haftplätze", sagte Wolf dieser Zeitung. „Bei dieser Überbelegung ist es dem Justizvollzug beim besten Willen nicht möglich, auch noch Abschiebehäftlinge aufzunehmen." Während sich das von Thomas Strobl (CDU) geführte Innenministerium kürzlich noch vehement für Seehofers Gesetzesvorschlag ausgesprochen hatte, hieß es hierzu am Montag nun, dass man in dieser Frage „gut aufgestellt" sei. In der ehemaligen Justizvollzugsanstalt Pforzheim gebe es 36 Abschiebehaftplätze, diese Einrichtung werde in den nächsten zwei Jahren um 44 Plätze erweitert, im Mai sollen die ersten 15 hinzukommen.

Nach Informationen dieser Zeitung reicht auch die geplante Erweiterung keineswegs aus: Denn seit 2017 steigt die Zahl der Personen in Abschiebehaft. Zudem wird auch die Dauer der Aufenthalte länger. Aus Kapazitätsgründen beantragt das für Abschiebungen zuständige Regierungspräsidium Karlsruhe nur in dringenden Fällen bei den Verwaltungsgerichten die Abschiebehaft. Um die Situation zu verbessern, wird im Innenministerium diskutiert, ob auf dem Gelände der Justizvollzugsanstalt Mannheim nicht in Containern noch separate Abschiebungshaftplätze geschaffen werden können.

Kampf um die Etats

Eigentlich sollte sich Müllers Ministerium um die wichtige Aufgabe kümmern, die Fluchtursachen zu bekämpfen. Doch wenn es ums Geld geht, hat er schlechte Karten.

Von Peter Carstens

BERLIN, 15. April

Das Entwicklungshilfeministerium hat sich in den vergangenen Jahren zu einer Agentur für Friedenssicherung und zur Bekämpfung von Fluchtursachen verändert. Parallel zum Verteidigungshaushalt ist auch der Etat von Minister Gerd Müller in den vergangenen Jahren stark gestiegen. 10,2 Milliarden hat das vergleichsweise kleine Ministerium zur Verfügung. Rund 6,3 waren es im letzten Amtsjahr seines Vorgängers Dirk Niebel. Fast die Hälfte der Gelder geht in bilaterale Projekte, ein Fünftel fließt an internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen oder die Europäische Union. Rund 800 Millionen Euro stehen dem CSU-Politiker Müller für Krisenbewältigung, Wiederaufbau und Infrastruktur zur Verfügung. Mit solchen Summen kann man in weniger entwickelten Ländern durchaus viel bewegen, zumindest theoretisch.

In Afghanistan ist Deutschland seit Jahren zweitgrößter Helfer, rund 400 Millionen Euro fließen Jahr für Jahr an den Hindukusch, um dort eine friedliche Entwicklung zu fördern. Seit Aufhebung des faktischen Trennungsgebots zwischen Bundeswehr und Entwicklungshilfe in der Amtszeit von Minister Niebel dienten die Ausgaben auch dazu, ein sicheres Umfeld für die dort tätigen deutschen Soldaten zu erreichen. Das Geld wird aber zudem investiert, um zu verhindern, dass Menschen auswandern, weil sie zu Hause keine Perspektive sehen. Die bisherigen Erfolge könnten demnächst dahinschmelzen wie der Schnee auf den Passstraßen des Hindukusch. Die unsichere Lage vor und möglicherweise erst recht nach einem Abkommen der Vereinigten Staaten mit den Taliban könnte das begünstigen. Schon jetzt sind mehr als die Hälfte der Migranten, die in Griechenland ankommen, aus Afghanistan. In Iran, wo die politisch-ökonomische Lage schwieriger wird, sitzen bis zu eine Million Afghanen auf zumindest halb gepackten Koffern. Auch in der Türkei sind derzeit fast vier Millionen Flüchtlinge registriert.

In Afrika ist die Bekämpfung der Fluchtursachen zu einem Grundmotiv der Zusammenarbeit geworden. Ernährung, wirtschaftliche Entwicklung, bessere Regierungsführung mit weniger Korruption – das sind alles Ziele von Müllers Ressort. Wenn junge Afrikaner zu Hause keine Arbeit finden, machen sie sich auf den gefährlichen Weg nach Europa. Die Reise nach Europa, das zeitweilige Leben und Sichbewähren dort wird zunehmend Teil junger Lebensläufe. Oft hat das, was nach Hause von Arbeit und Wohlstand berichtet wird, nichts mit der traurigen Realität der Asylbewerberunterkünfte hier zu tun.

Doch Minister Müller plagen bei seinen Vorhaben viele Sorgen. Zum einen stehen die deutschen und europäischen Helfer in Afrika zunehmend mit chinesischen Investoren in Konkurrenz, die sich an guter Regierungsführung nicht lange abmühen und bestens mit den örtlichen Potentaten kooperieren. Selbst innerhalb Europas gibt es Partner, die mehr an die Durchschlagskraft von Militärinterventionen glauben als an die langfristig verändernde Wirkung struktureller Unterstützung. So haben die Franzosen ein Geflecht von Militärbasen und Standorten der Fremdenlegion. Etwa 10 000 Soldaten sind im Tschad, in Mali, Niger, Senegal oder Burkina Faso und am Horn von Afrika stationiert.

Müller war dieser Tage in Washington bei der Weltbank-Tagung, um dort beim neuen amerikanischen Chef David Malpass für ein verstärktes Afrika-Engagement zu werben. Müller sagte, er sei sich mit Malpass einig, dass Afrika ein Schwerpunkt der Arbeit der Weltbank sein müsse. Das klingt nach einem Minimalkonsens. Der wichtigste Schritt für die Entwicklung der afrikanischen Staaten sei die Umsetzung der von ihnen selbst vorgelegten Agenda 2063. „Unverzichtbar dafür sind Verbesserungen hin zu guter Regierungsführung, der Kampf gegen Korruption und die Achtung der Menschenrechte", so Müller in Washington.

Allerdings hat Müller auch zu Hause in Deutschland Probleme, mehr Engagement für einen „Marshallplan" für Afrika zu wecken und die Bedeutung seines Beitrages im Kampf gegen irreguläre Migration auf dem afrikanischen Kontinent in den Vordergrund zu bringen. Besorgt meldete er bereits einen Rückgang der deutschen Entwicklungshilfe, die nach der sogenannten ODA-Quote berechnet wird. 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens sollen nach internationalen Vereinbarungen für Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden. Deutschland ist bei 0,5 – Tendenz sinkend. Dabei steht im Koalitionsvertrag unzweideutig: „Wir werden auch unsere Ausgaben in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, Humanitäre Hilfe und zivile Krisenprävention deutlich erhöhen. Die Erreichung der ODA-Quote von 0,7 Prozent ist unser Ziel." Doch statt diesem Ziel näher zu kommen, entfernt sich die Koalition. So soll der Etat im kommenden Jahr trotz leicht steigender Wirtschaftskraft stagnieren, dann um etwa zehn Prozent sinken. Das sind, wie beim Kürzungsplan von Finanzminister Olaf Scholz für das Verteidigungsministerium, nur grobe Schätzungen. Doch für Müller sind sie höchst beunruhigend. Zumal seine Lobbymaschine viel kleiner ist als die des Verteidigungsministeriums und der wehrtechnischen Industrie. Auch im Parlament hat Müller in den eigenen Reihen nur bedingten Rückhalt. Da ist für ihn die Lage klar: „Die globalen Herausforderungen und Krisen fordern die Entwicklungszusammenarbeit in einer völlig neuen Dimension." Ein Absinken seines Etats müsse verhindert werden. Ein Trost würde bleiben: Deutschland bliebe gleichwohl weltweit zweitgrößter Geber von Entwicklungsgeldern, nach den Vereinigten Staaten.

Krisenbewältiger? *Entwicklungsminister Müller Anfang April während eines Besuchs in einem äthiopischen Dorf* Foto Getty

Rote Linien

Wohin steuert die rumänische PSD im Europawahlkampf?

WIEN, 15. April. Am Montag stand im Europäischen Parlament in Straßburg wieder einmal der Zustand des Rechtsstaats in Rumänien auf dem Programm der Plenarsitzung. Eine Stellungnahme der Europäischen Kommission wurde erwartet. Die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) hatte eine Einschätzung dazu schon in der vergangenen Woche abgegeben: Nach langem Zaudern entschlossen sich die europäischen Sozialdemokraten, die Mitgliedschaft ihrer rumänischen Beteiligung, der PSD, auf Eis zu legen.

Bis im Juni endgültig über Verbleib oder Ausschluss der rumänischen Regierungspartei entschieden werden soll, wird es keine gemeinsamen Veranstaltungen mit dem Mitglied mehr geben, also auch nicht im anstehenden Wahlkampf für die Europawahlen im Mai. Grund für die Suspendierung ist der andauernde Streit zwischen der EU und der rumänischen Regierung über deren Umgang mit der Justiz. Auch viele europäische Sozialdemokraten interpretieren das Vorgehen der Bukarester Koalition, an der auch eine formal liberale Partei beteiligt ist, als Versuch einer systematischen Aushöhlung der Unabhängigkeit der Justiz, um insbesondere die Ahndung von Korruptionsfällen zu erschweren oder unmöglich zu machen.

In Bukarest stellen sich Beobachter nun die Frage, wie sich der vorläufige Ausschluss der PSD auf deren Wahlkampf für die Europawahlen am 26. Mai auswirken werde. „Ein Teil der Partei ist durch die Entscheidung der anderen Sozialdemokraten in der EU durchaus verunsichert", sagt ein westlicher Beobachter der rumänischen Parteienlandschaft in Bukarest, der nicht namentlich genannt werden will. Es komme nun auch darauf an, für welchen Kurs sich die Führung der „Partidul Social Democrat" entscheide. „Die PSD ist an der Basis eigentlich keine antieuropäische Partei. Aber wenn die Führung sich jetzt dafür entscheiden sollte, ein antieuropäisches Narrativ einzusetzen, wird die Basis dem folgen."

Gegen PSD-Chef Liviu Dragnea, der als treibende Kraft hinter den Angriffen der Regierung auf das Justizsystem gilt, ermittelt die rumänische Justiz wegen Korruption in mehreren Fällen. In einem Fall wurde er bereits verurteilt. In einer ersten Reaktion bezeichnete der PSD-Europaabgeordnete Andi Cristea die Behandlung seiner Partei durch die europäischen Sozialdemokraten als „inakzeptabel": „Wenn es in der SPE Kollegen gibt, die wegen des Rechtsstaats in Rumänien Sorgen haben, erwarten wir von ihnen, dass sie uns konkret sagen, was die Themen sind und worüber sie besorgt sind." Seine Partei glaube, es gehe bei der Angelegenheit in Wirklichkeit nicht um den Rechtsstaat in Rumänien, sondern um Wahltaktik, so Cristea.

Doch die von der PSD geforderten konkreten Ansagen gibt es längst in Fülle – von der EU-Kommission, von den eigenen europäischen Genossen und in einigen Fällen auch von beiden in Personalunion. Frans Timmermans, Vizepräsident der EU-Kommission und niederländischer Sozialdemokrat, sparte bei einem Treffen mit Dragnea im Februar nach eigener Darstellung nicht mit deutlichen Worten: „Ich habe ihm gesagt: Liviu, wenn du Teil dieser Familie sein willst, musst du unsere grundlegenden Werte beachten." Dragnea habe ihm dies zugesagt, so Timmermans wenige Wochen vor dem Suspendierungsbeschluss. Der Niederländer machte dabei auch deutlich, dass es in der Frage der Rechtsstaatlichkeit keine Kompromisse geben könne. „Dies ist eine rote Linie für unsere Organisation, dies ist eine rote Linie für Europa." (tens.)

(Kommentar Seite 10.)

Schwerfällig hinkend

Wiener Erzbischof Schönborn kritisiert Regierung Kurz

WIEN, 15. April. Für die allermeisten Österreicher ändert sich mit der in dieser Woche in Kraft tretenden Regelung nichts: Gesetzlicher Feiertag war der Karfreitag, Tag der Kreuzigung Jesu Christi, ohnehin nur für eingetragene Protestanten, Altkatholiken und Methodisten. Doch weil der Europäische Gerichtshof diese positive Diskriminierung in Österreich als unzulässig verworfen hat, musste die Regierung in Wien eine Neuregelung treffen. Populär wäre es zweifellos gewesen, einen weiteren Feiertag für alle einzuführen, aber nicht unbedingt gut für die Leistungskraft der heimischen Wirtschaft. Man fand stattdessen die Lösung, den Feiertag ganz zu streichen, aber für Protestanten das Recht zu garantieren, am Karfreitag einen Tag Urlaub zu nehmen.

„Ein bisschen hatschert" sei diese Regelung, aber immerhin eine Lösung, bemängelte jetzt der katholische Erzbischof von Wien, Kardinal Christoph Schönborn. Dass die Regierung an dieser Stelle etwas schwerfällig hinkt, so lässt sich der Begriff für Nichtösterreicher übersetzen, war noch die mildeste Kritik, die das Oberhaupt der österreichischen Bischofskonferenz an Kurz und seinem Kabinett äußerte. Besonders an der Behandlung von Asylbewerbern ließ Schönborn schwere Bedenken erkennen. „Eine kleine Gruppe von Menschen wird offensichtlich systematisch in ein schiefes Licht gerückt. Asylwerber werden unter Generalverdacht gestellt", kritisierte er im ORF-Fernsehen.

Er bestreite nicht, dass es unter den Flüchtlingen auch welche gebe, die man möglichst schnell wieder nach Hause schicken solle, aber die meisten von ihnen seien vor Krieg und Tod geflüchtet und traumatisiert. Dass Innenminister Herbert Kickl von der rechten FPÖ die Erstaufnahmezentren in „Ausreisezentren" umbenannt habe, sei „einfach unmenschlich". Insgesamt forderte der Kardinal, sich gegen „die populistischen Tendenzen in ganz Europa" zu stellen.

Auch der Generalsekretär der österreichischen Bischofskonferenz, Peter Schipka, hat zuletzt Asylneuregelungen kritisiert. Er wandte sich dagegen, dass Behörden grundsätzlich die Rechtsberatung von Asylbewerbern übernehmen sollen – also dieselben Einrichtungen, die erstinstanzlich auch entscheiden. Schipka verwies darauf, dass es für viele Antragsteller um „Leben oder Tod" gehe und sie deswegen eine Rechtsberatung bräuchten, die eindeutig für sie Partei ergreife.

An anderer Stelle, im Gratisblatt „Heute", machte Schönborn vergangene Woche Front gegen eine Reform der Mindestsicherung, die künftig wieder Sozialhilfe heißen soll. Der Kirchenmann befürchtete, dass dies Alleinerziehende besonders treffen werde – eine Annahme, der die Sozialministerin umgehend widersprach. Ein erklärtes Hauptziel dieser Reform sind abermals Migranten, denen ein Anreiz zur Einwanderung in das Sozialsystem genommen werden solle – so lautet die Argumentation besonders der FPÖ, der Sozialministerin Beate Hartinger-Klein angehört.

So soll die volle Sozialhilfe an anerkannte Flüchtlinge nur ausgezahlt werden, wenn gute Deutschkenntnisse nachgewiesen werden. Das laufe auf eine Ungleichbehandlung mit einheimischen Sozialhilfebeziehern hinaus und verstoße damit gegen die Genfer Flüchtlingskonvention, bemängelte ein Sprecher des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR. Härter wird den christlichsozialen ÖVP-Politiker Kurz die Kritik aus der Kirche treffen, obgleich Schönborn versicherte, das bedeute keinen Generalangriff gegen die Regierung, die auch vieles gut mache. (löw.)

Wichtiges in Kürze

Merkel mahnt Netanjahu

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat dem israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu am Montag telefonisch zum „erfolgreichen Abschneiden" seiner Partei, dem Likud, bei den Wahlen zur Knesset am vergangenen Donnerstag gratuliert. Sie verband damit die Mahnung, dass eine Zwei-Staaten-Lösung weiterhin das Ziel der Friedensbemühungen zwischen Israel und den Palästinensern bleiben müsse. Merkel bekräftigte nach Angaben ihres Sprechers ihre Bereitschaft, „eng und vertrauensvoll mit der nunmehr neu zu bildenden israelischen Regierung zusammenzuarbeiten". (Lt.)

Anklage gegen JVA-Mitarbeiter

Die Staatsanwaltschaft Dresden hat Anklage gegen den Justizbeamten erhoben, der im August 2018 den Haftbefehl gegen einen des Totschlags verdächtigen Asylbewerber veröffentlicht hatte. Dem Beschuldigten werden Verletzung des Dienstgeheimnisses in Tateinheit mit verbotenen Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen zur Last gelegt. Nach der Tötung eines 35 Jahre alten Mannes auf dem Chemnitzer Stadtfest hatte das Amtsgericht Chemnitz Haftbefehl gegen zwei Asylbewerber aus Syrien und dem Irak erlassen. Bei der Einlieferung in Untersuchungshaft soll der Beamte den Haftbefehl gegen den Iraker mit seinem Mobiltelefon fotografiert und sowohl an eine Chatgruppe von Justizbediensteten als auch via Internet verbreitet haben, wo ihn rechtsradikale Gruppierungen wie Pegida und Pro Chemnitz veröffentlichten. In dem Papier waren nicht nur Angaben zum Tatverdächtigen sowie zur Tat selbst, sondern auch persönliche Daten von Zeugen enthalten. (lock.)

Vorwürfe gegen Assange

Ecuadors Präsident Lenin Moreno hat Wikileaks-Gründer Julian Assange vorgeworfen, in der Londoner Botschaft des Landes ein „Zentrum der Spionage" betrieben zu haben. „Mit der Erlaubnis der Behörden der Vorgängerregierung (in Ecuador) wurden Einrichtungen in der Botschaft zur Verfügung gestellt, um in Prozesse anderer Staaten einzugreifen", sagte Moreno der Zeitung „The Guardian" am Montag. (dpa)

Pompeo an Venezuelas Grenze

Zum Abschluss seiner Lateinamerika-Reise hat der amerikanische Außenminister Mike Pompeo einen Appell an den venezolanischen Präsidenten Nicolás Maduro gerichtet. „Herr Maduro, öffnen Sie diese Brücke, öffnen Sie diese Grenze", sagte er am Sonntag in der kolumbianischen Grenzstadt Cúcuta, wo Hilfsgüter für die notleidende venezolanische Bevölkerung lagern. Bislang weigert sich Maduro, die Lieferungen ins Land zu lassen. (dpa)

Personalien

Erich Erlenbach 80

Noch heute liest Erich Erlenbach jeden Tag aufmerksam die Frankfurter Allgemeine Zeitung, für die er annähernd 40 Jahre engagiert und kenntnisreich geschrieben hat. Der Wirtschaftsredaktion der F.A.Z. gehörte der Betriebswirt seit dem Januar 1966 an. Seine große Leidenschaft war die Welt der Börsen und der Banken, über die er nicht nur eine große Zahl von Zeitungsartikeln, sondern auch mehrere Bücher verfasst hat. Erlenbachs Passion für die Finanzmärkte trübte jedoch nie den Blick für eine auf Zahlen und Fakten basierende Analyse, und stets bewahrte er eine kritische, gelegentlich auch leicht amüsierte Distanz gegenüber dem bunten Treiben auf dem damals noch dichtbevölkerten Frankfurter Börsenparkett. Früh erkannte Erlenbach die Bedeutung der Aktie als eines wichtigen Elements der langfristigen Vermögensbildung. So lag es nahe, dass er sich viele Jahre akribisch um die Pflege und die Weiterentwicklung des 100 Werte umfassenden Aktienindex der F.A.Z. kümmerte. Im Herbst seiner beruflichen Karriere übernahm Erlenbach die Berichterstattung über Versicherungen. Hier zeigte er wiederum sein beneidenswertes Talent, komplexe Zusammenhänge gut verständlich darzustellen. Seinen 80. Geburtstag feiert Erich Erlenbach, hinter dessen klarem Blick und fundiertem Urteil sich ein sehr humorvolles Wesen verbirgt, an diesem Dienstag im Kreis seiner nunmehr auch drei Enkelkinder umfassenden Familie. gb.

Frankfurter Allgemeine
Frankfurter Zeitung
Gründungsherausgeber Erich Welter †

VERANTWORTLICHE REDAKTEURE: für Innenpolitik: Dr. Jasper von Altenbockum; für Außenpolitik: Klaus-Dieter Frankenberger, Dr. Nikolas Busse (stv.); für Nachrichten: Dr. Richard Wagner; für „Zeitgeschehen": Dr. Reinhard Müller; für „Die Gegenwart": Dr. Daniel Deckers; für Deutschland und die Welt: Dr. Alfons Kaiser; für Politik Online: Thomas Holl; für Wirtschaftspolitik: Heike Göbel; für Wirtschaftsberichterstattung: Johannes Pennekamp; für Unternehmen: Sven Astheimer; für Finanzen: Gerald Braunberger (int.); für Wirtschaft und Finanzen Online: Alexander Armbruster, Christoph Schäfer; für Sport: Anno Hecker, Peter Penders (stv.); für Sport Online: Tobias Rabe; für Feuilleton: Dr. Edo Reents; Jakob Strobel y Serra (stv.), Hannes Hintermeier (stv.); für Literatur und literarisches Leben: Andreas Platthaus; für Feuilleton Online: Michael Hanfeld; für Rhein-Main-Zeitung: Dr. Matthias Alexander; Manfred Köhler (stv.)

FÜR REGELMÄSSIG ERSCHEINENDE BEILAGEN UND SONDERSEITEN: Beruf und Chance: Nadine Bös; Bildungswelten: Dr. h.c. Heike Schmoll; Der Betriebswirt: Georg Giersberg; Der Volkswirt: Dr. Philip Plickert; Die Lounge: Johannes Pennekamp; Die Ordnung der Wirtschaft: Heike Göbel; Forschung und Lehre: Thomas Thiel; Geisteswissenschaften: Patrick Bahners; Immobilien: Michael Psotta; Jugend schreibt: Dr. Ursula Kals; Jugend und Wirtschaft: Lisa Becker; Kunstmarkt: Dr. Rose-Maria Gropp; Medien: Michael Hanfeld; Menschen und Wirtschaft: Dr. Jan Grossarth; Natur und Wissenschaft: Joachim Müller-Jung; Neue Sachbücher: Hannes Hintermeier; Politische Bücher: Dr. Peter Sturm; Recht und Steuern: Dr. Hendrik Wieduwilt; Reiseblatt: Freddy Langer; Staat und Recht: Dr. Reinhard Müller; Technik und Motor: Holger Appel.

Bildredaktion: Christian Pohlert; Chefin vom Dienst: Dr. Elena Geus; Grafische Gestaltung: Holger Windfuhr (Art Director); Informationsgrafik: Thomas Heumann.

ONLINE: Chefredakteur digitale Produkte: Carsten Knop; Redaktionsleiter FAZ.net: Kai N. Pritzsche.

GESCHÄFTSFÜHRUNG: Thomas Lindner (Vorsitzender); Dr. Volker Breid.

VERANTWORTLICH FÜR ANZEIGEN: Ingo Müller.

Anzeigenpreisliste Nr. 79 vom 1. Januar 2019 an; für Stellenanzeigen: F.A.Z.-Stellenmarkt-Preisliste vom 1. Januar 2019 an. Internet: faz.media

HERSTELLER: Andreas Gierth.

MONATSBEZUGSPREIS: Abonnement Frankfurter Allgemeine Zeitung 67,90 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 74,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 33,50 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Hochschulanzeiger 34,00 €; einschließlich Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung 38,90 €. Bei Postbezug der Sonntagszeitung erfolgt die Lieferung am Montag – bei Feiertagen am darauffolgenden Werktag. Frankfurter Allgemeine Zeitung im Ausland 75,50 € einschließlich Porto, gegebenenfalls zuzüglich Luftpostgebühren. Alle Preise bei Zustellung frei Haus, jeweils einschließlich Zustell- und Versandgebühren sowie 7 % Umsatzsteuer. Das digitale Kombinationsangebot (E-Paper) der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung 48,90 €; Studierende (gegen Vorlage einer Bescheinigung) 31,40 €. Abonnement der digitalen Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung; einschließlich der digitalen Frankfurter Allgemeine Zeitung am Samstag (Wochenendabonnement E-Paper) 17,90 €. Einzelverkaufspreis der digitalen F.A.Z. 2,00 €; der digitalen F.A.S. 3,50 €; jeweils einschließlich 19 % Umsatzsteuer. Weitere Preise auf Anfrage oder unter www.faz.net. Die F.A.Z. erscheint werktäglich, die Sonntagszeitung an jedem Sonntag – auch an Feiertagen. Ihre Daten werden zum Zweck der Zeitungszustellung an Zustellpartner und an die Medienservice GmbH & Co. KG, Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main, übermittelt. Abonnementskündigungen sind schriftlich mit einer Frist von 20 Tagen zum Monatsende bzw. zum Ende des vorausberechneten Bezugszeitraumes möglich. Gerichtsstand Frankfurt am Main.

DRUCK: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH, Kurhessenstraße 4–6, 64546 Mörfelden-Walldorf; Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam, Friedrich-Engels-Straße 24, 14473 Potsdam; Süddeutscher Verlag Zeitungsdruck GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München.

Amtliches Publikationsorgan der Börse Berlin, Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, Frankfurter Wertpapierbörse, Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg, Niedersächsischen Börse zu Hannover, Börse München, Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart

ANSCHRIFT FÜR VERLAG UND REDAKTION:
Postadresse: 60267 Frankfurt am Main, Hausanschrift: Hellerhofstraße 2–4, 60327 Frankfurt am Main; zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

TELEFON: (069) 75 91-0. Anzeigenservice: (069) 75 91-33 44. Kundenservice: (0 69) 75 91-10 00 oder www.faz.net/meinabo.
Telefax: Anzeigen (0 69) 75 91-80 89 20; Redaktion (0 69) 75 91-17 43; Kundenservice (0 69) 75 91-21 80.

BRIEFE AN DIE HERAUSGEBER: leserbriefe@faz.de
Deutsche Postbank AG, Frankfurt am Main;
IBAN: DE58 5001 0060 0091 3936 04; BIC: PBNKDEFF

Heiliger Wahlkampf mit dem Segen der Gottesmutter

In Spanien eröffnen konservative Volkspartei und Rechtspopulisten ihre Kampagnen mit Prozessionen und Gebeten.

Von Hans-Christian Rößler



Reconquista: *Der Vorsitzende der Vox-Partei, Santiago Abascal, vor dem Monument des asturischen Herrschers Pelayo* Foto AFP

ÁVILA/MADRID, 15. April

Am Abend streift Pablo Casado das violette Büßergewand über. Nur auf die spitze Kapuze verzichtet der Vorsitzende der konservativen Volkspartei (PP), bevor er sich in Ávila der Prozession der Studentenbruderschaft des Heiligsten Christus anschließt. Die spanischen Parteien haben vor der Parlamentswahl am 28. April mit einer völlig neuen Herausforderung zu kämpfen. Zum ersten Mal in der Geschichte der spanischen Demokratie fällt der Wahlkampf mit der Semana Santa, der Heiligen Woche, zusammen. Bis zum Ostersonntag säumen die Spanier die Straßen, in denen reuige Kapuzenmänner vorbeiziehen. Der Rest des Landes strömt an die Strände oder macht im Ausland Urlaub. Die PP, die nach zehn Monaten die regierenden Sozialisten ablösen will, hat keine Zeit zu verlieren und marschiert einfach mit. Viele andere Kandidaten folgen Casados Beispiel.

In der mittelalterlichen Stadt Àvila liegt der Wahlkreis des gläubigen Katholiken an der Spitze der PP. Aus der gleichnamigen Provinz nordwestlich von Madrid stammt auch Adolfo Suárez. Vor der Prozession erwies Casado dem ersten demokratisch gewählten Ministerpräsidenten seine Reverenz. Vor dessen Statue an der Stadtmauer erweckt der 38 Jahre alte Politiker den Eindruck, als drohe Spanien der Rückfall in totalitäre Zeiten: Nur seine PP könne Spanien vor den „Putschisten, Unabhängigkeitsbefürwortern, Kommunisten und den Erben von Eta" retten, mit denen der sozialistische Ministerpräsident Pedro Sánchez paktiere. Casado meint damit die katalanischen Separatisten, die linkspopulistische Podemos-Partei und baskische Politiker, denen er vorwirft, der mittlerweile aufgelösten Terrororganisation Eta nahezustehen.

Die rechtspopulistische Vox-Partei ist bei der Wahl ihrer Orte und Symbole noch weniger zimperlich. Der Vox-Vorsitzende Santiago Abascal bat mit den Worten „Rette uns, rette Spanien" um den Segen der Jungfrau von Covadonga. Dafür kletterte er in Asturien die Grotte zum in den Fels gehauene Nationalheiligtum hinauf. Danach verkündete er vor dem Bronzestandbild des asturischen Herrschers Don Pelayo den Beginn seiner „Reconquista" gegen „Feinde Spaniens". Die Liste ist lang. Für Vox zählen alle dazu, welche die Einheit der Nation zerstören wollen, einschließlich der „illegitimen" Regierung des Sozialisten Pedro Sánchez sowie der Islamisten. Für Vox hat der christliche Herrscher Don Pelayo den Grundstein dafür gelegt, Spanien groß zu machen. Nach der Überlieferung soll der Asturier in der Schlacht von Covadogna im Jahr 722 den ersten Sieg über die vorrückenden muslimischen Mauren errungen haben.

Vox hat die „Rückeroberung" Spaniens schon im vergangenen Dezember angekündigt. Damals schafften es die Rechtspopulisten überraschend ins andalusische Regionalparlament. Seitdem trauen sie sich alles zu und fühlen sich durch die Umfragen bestätigt: Das staatliche Meinungsforschungsinstitut CIS sieht Vox bei knapp 12 Prozent der Stimmen und bis zu 37 Mandaten im nationalen Parlament. Die PP dagegen könnte mit weniger als 20 Prozent fast die Hälfte ihrer Abgeordneten verlieren.

„Wir haben schon gewonnen", gab Vox-Chef Abascal bekannt, als er auf dem Kolumbus-Platz in Madrid den Wahlkampf eröffnete. Wie er selbst scheue seine Partei nicht davor zurück, „die Wahrheit auszusprechen" und bringe damit alle anderen Parteien in Zugzwang. „Vorwärts, Spanier, fürchtet niemanden und nichts", rief er vor der steinernen Statue von Blas de Lezo. Als Admiral war er der Schrecken der Freibeuter und der britischen Kriegsmarine; gegen sie verteidigte er in Kolumbien die spanische Stadt Cartagena. Über Abascals Kopf ragte das Holzbein auf – so lautet auch der Spitzname des Generals, der in seinen Schlachten ein Bein, einen Arm und ein Auge verlor. Man werde sich niemals dafür entschuldigen, was die Vorfahren getan haben, denn sie seien die wirklichen Vorbilder, gelobte Santiago Abascal, bevor er am Sockel des Denkmals das erste Wahlplakat mit dem Slogan „Für Spanien" anbrachte. Die erst 2014 von unzufriedenen PP-Mitgliedern gegründete Vox-Partei dominiert den spanischen Wahlkampf, der in der Karwoche nicht so recht Fahrt aufnehmen will. Vox treibt nicht nur die PP, sondern auch die rechtsliberale Ciudadanos-Partei vor sich her. Beide Parteien sind nach rechts gerückt. Sie wollen nicht noch mehr Wähler an die Rechtspopulisten verlieren, auf die sie jedoch nach dem 28. April angewiesen sind, um eine eigene Regierung zu bilden – so wie es Anfang 2019 in Sevilla gelang, wo nach mehr als 30 Jahren die Sozialisten aus der Regierung vertrieben wurden. Vox verhalf in Andalusien einer Minderheitsregierung aus PP und Ciudadanos an die Macht. In Madrid hat sich die Ciudadanos-Partei ebenfalls auf eine Koalition mit der PP festgelegt und will auf keinen Fall mit Sánchez zusammenarbeiten. Laut Umfragen reicht es im nationalen Parlament bisher nicht für eine Regierungsmehrheit für das rechte Lager.

Die sozialistische Partei (PSOE) von Ministerpräsident Pedro Sánchez könnte laut Umfragen die stärkste Kraft im neuen Parlament werden. Ob sie auch eine Regierungsmehrheit findet, ist noch ungewiss. Sánchez gibt sich präsidentiell und hofft, vom Konkurrenzkampf im rechten Lager zu profitieren: Vox habe den politischen Diskurs von PP und Ciudadanos „radikalisiert", sagte er vor kurzem in einem Interview mit dieser Zeitung. Sánchez versucht, den Wählern seine PSOE als fortschrittliche und weltoffene Partei zu empfehlen. Nach dem Kalkül der PSOE-Strategen müssen PP und Ciudadanos spätestens nächste Woche in der einzigen Fernsehdebatte sich zu ihrem Wunschpartner und dessen radikalen Forderungen bekennen. Sánchez war nur zu einer Debatte in einem privaten Sender bereit, an der auch der Vox-Vorsitzende Abascal teilnimmt.

Die Strategie ist auch in der PSOE nicht unumstritten, denn sie wertet die Rechtspopulisten auf und bietet ihnen kurz vor der Wahl eine nationale Bühne. Der PP-Vorsitzende Casado hätte sich lieber allein mit Sánchez gemessen. Denn für den 38 Jahre alten Nachwuchspolitiker, der erst im vergangenen Juli in Urwahlen überraschend in die Parteiführung aufgestiegen war, ist es persönlich auf jeden Fall eine Schicksalswahl. Nur zusammen mit Ciudadanos und Vox hat er eine Chance auf einen Wahlsieg, der die drohenden herben Verluste seiner PP vergessen machen könnte.

Seit Monaten ist Casado auf Tour. Mehr als 140 000 Kilometer habe er schon in Spanien zurückgelegt. In seiner Partei halten ihm Kritiker vor, er sei hyperaktiv. Fast jeden Tag kommt er mit neuen Vorschlägen, behält aber immer Vox im Blick und schärft das rechte Profil; sogar Stierkämpfer hat er – wie die Rechtspopulisten – auf seine Kandidatenliste gesetzt. Vox-Wähler hätten „keinen Grund mehr, nicht zur PP zurückzukehren", sagte er ungewohnt offen und leicht frustriert in einem Interview.

Doch die aggressiven Töne, die er gegenüber Sánchez anschlägt, stellen oft den Rest seiner Pläne in den Schatten. Das Wirtschaftsprogramm fand zum Beispiel kaum noch Aufmerksamkeit, als er den Sozialisten vorwarf, sie würden zusammenarbeiten auch mit Politikern „mit Blut an den Händen"; Casado meinte damit Basken aus dem Umfeld der Terrororganisation Eta. Einen peinlichen Fehlstart leistete sich der Kandidat, auf den er besonders stolz war. Adolfo Suárez Illana, der Sohn des Ministerpräsidenten aus Àvila, behauptete in einem Interview, in New York erlaube ein Gesetz die Abtreibung nach der Geburt – so wie schon die Neandertaler ihren neugeborenen Kindern die Köpfe abgeschnitten hätten. Der Kandidat korrigierte und entschuldigte sich. Aber für die PP blieb es ein unangenehmer Fehltritt. Erst kurz zuvor war die Partei von Casados ursprünglicher Forderung abgerückt, bei Abtreibungen die Fristenregelung abzuschaffen.

Dabei ist Casado kein dröger, finsterer Traditionalist, auch wenn er als Wahlkampfmotto „Valor seguro" (Sicherer Wert) gewählt hat. Selten verfliegt das freundliche Lächeln auf den Lippen des jungenhaften Spitzenkandidaten. Das frische Gesicht wollten seine Strategen offenbar am live im Internet übertragenen Auftakt des Wahlkampfs hervorheben. Sie luden in den Club „Florida-Park" im Madrider Retiro-Park ein. Statt Anzugträgern mit Krawatte jubelten ihm dort junge Anhänger mit einer Flasche Bier in der einen und Fähnchen in der andern Hand zu. Casado warnte zwar wieder vor den Sozialisten, die eine Gefahr für die Nation seien. Das tat aber der Stimmung keinen Abbruch, die an eine Chillout-Party nach Feierabend erinnerte.

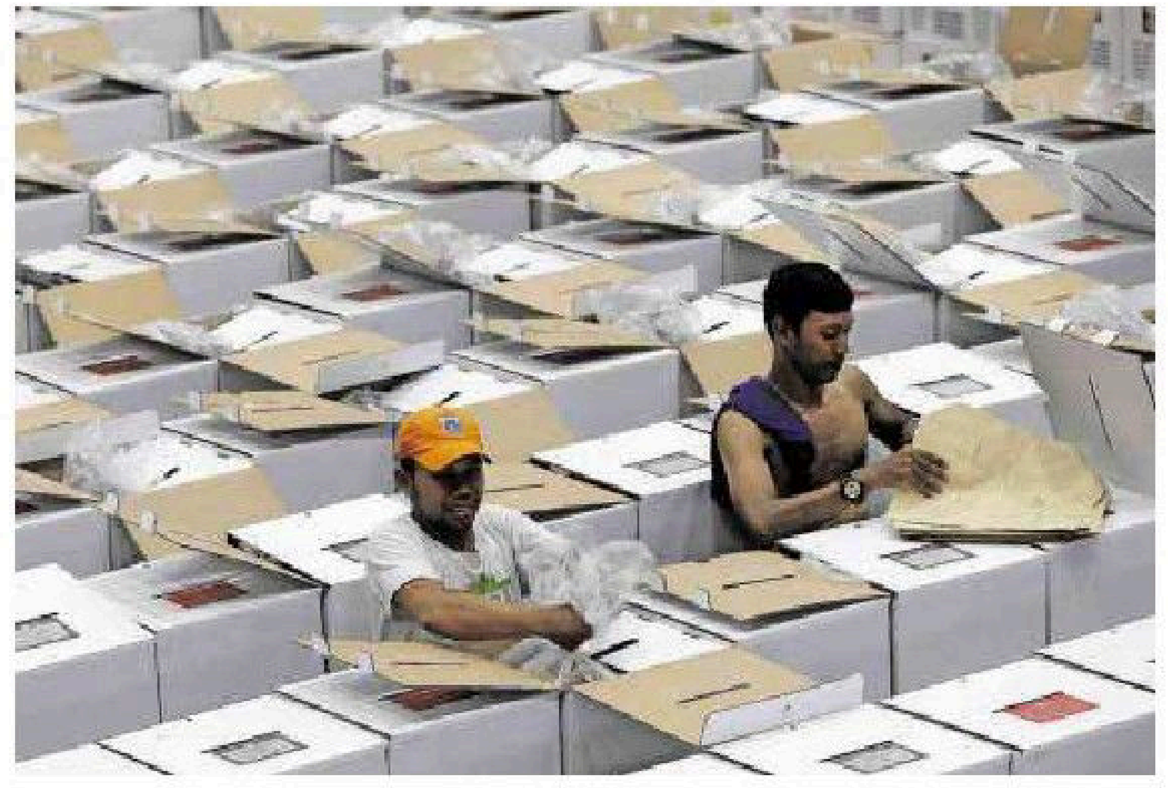
Dauerthema Religion

Die Indonesier wählen zwischen einem ehemaligen Hoffnungsträger und einem früheren General. Beide Kandidaten paktieren mit den Islamisten.

Von Till Fähnders

JAKARTA, 15. April

Ein Foto des indonesischen Präsidenten Joko Widodo zeigt ihn mit seiner Familie am Eingang zur Kaaba in Mekka, die eine Schulter nackt, die andere in ein weißes Gewand gehüllt. Auf dem Bild, das der Präsident selbst über Twitter verbreitete, sieht er fast aus wie ein Mönch. Es stammt ihm zufolge vom Montagmorgen. Der Präsident hat an diesem Tag eine Pilgerreise nach Saudi-Arabien unternommen. In seiner Nachricht auf Twitter dankt er für die Gelegenheit, dort beten zu dürfen, und schickte seinen Landsleuten einen Gruß aus dem Heiligen Land der Muslime. Nur wenige Tage vor der Parlaments- und Präsidentenwahl am Mittwoch stellte der Präsident damit noch einmal demonstrativ seine Religiosität unter Beweis. Laut Dewi Fortuna Anwar, einer früheren Beraterin des Präsidenten, aus gutem Grund: „Seine Schwäche ist es, dass er immer als nicht muslimisch genug angesehen wird", sagt sie.



Wahlunterlagen, wohin das Auge blickt: *Arbeiter am Montag in Jakarta* Foto Reuters

Dabei ist „Jokowi", wie ihn in Indonesien alle nennen, von der Herkunft her eigentlich viel muslimischer als sein einziger Herausforderer, der ehemalige General Prabowo Subianto. Dessen Mutter war Christin. Aber Prabowo ist der Kandidat, hinter dem sich die islamischen Parteien versammelt haben. Joko Widodo gehört dagegen der PDI-P an, der Partei des Staatsgründers Sukarno, die für Liberalismus, Demokratie und Säkularismus steht. Damit ist er den Kräften, die für ein islamisches Indonesien kämpfen, von vornherein suspekt. Sie hatten schon bei der Wahl vor fünf Jahren gezielt Falschnachrichten gestreut, wonach der ehemalige Möbelhändler und Gouverneur von Jakarta eigentlich Christ, Kommunist oder von chinesischer Herkunft sei. Und sie hatten seinen ehemaligen Vertrauten und Nachfolger als Gouverneur, Basuki Tjahaja Purnama, mit Blasphemie-Vorwürfen um die Wiederwahl und sogar ins Gefängnis gebracht.

Damit ihn nicht das gleiche Schicksal ereilt, hat Joko Widodo den konservativen Islamgelehrten Ma'ruf Amin zu seinem Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten gemacht. Das hat ihn zu einem gewissen Grad gegen die Angriffe der Islamisten immunisiert. Die im Westen verbreitete Sichtweise, wonach es bei der Wahl am Mittwoch um Demokratie und moderate Religiosität auf der einen und einem autoritären Islamismus auf der anderen Seite ginge, stimmt deshalb nur noch bedingt. Dabei ist klar, dass die beiden Kandidaten für einen unterschiedlichen Stil stehen. Joko Widodo, 57 Jahre alt, ist der ruhige Pragmatiker und um Konsens bemühte Javaner, und Prabowo Subianto, 67 Jahre alt, ist der hitzköpfige frühere General, der für einen nach außen feindseligen Nationalismus, für Autokratie und Islamisierung steht. Es ist dasselbe Duell wie im Jahr 2014, aus dem Joko Widodo als knapper Sieger hervorgegangen war.

Dabei ist vor allem die Religion ein Dauerthema in Indonesien, wo die Islamisierung durch konservative Kleriker, Parteien und Extremistengruppen vorangetrieben wird. Neunzig Prozent der 264 Millionen Indonesier sind Muslime. Bestrebungen, Indonesien zu einem islamischen Staat zu machen, gibt es schon seit der Unabhängigkeit im Jahr 1945. Dennoch war Indonesien viele Jahre ein Beispiel für einen toleranten Islam und die Vereinbarkeit von Religion und Demokratie. In den vergangenen Jahren hat sich unter dem Einfluss des saudischen Wahhabismus aber eine orthodoxere Auslegung des Glaubens in der Gesellschaft verbreitet. Dewi Fortuna Anwar führt das, anders als man zunächst vermuten könnte, auf den wachsenden Wohlstand zurück. „Als die Menschen arm waren, waren sie weniger islamisch. Sie hatten weniger Verbindungen in den Nahen Osten. Jetzt machen sie den Hadsch und zeigen sich offener für verschiedene Ideen", sagt die Politikwissenschaftlerin.

Insofern steht der Präsident mit seiner demonstrativen Frömmigkeit im Einklang mit der Bevölkerung. Aber manche hegen Bedenken, dass er den Islamisten zu viele Zugeständnisse machen könnte. Joko Widodo war einst der Hoffnungsträger für die liberalen Indonesier. Doch hat er weniger für die Aufklärung vergangener Menschenrechtsverletzungen, den Schutz von Minderheiten und die Demokratisierung getan, als erwartet worden war. Übergriffe auf Homosexuelle und Verurteilungen wegen vermeintlicher Blasphemie haben zugenommen. Der Präsident ließ nach einem Moratorium erstmals wieder die Todesstrafe für Drogendelikte vollstrecken. Sein Kandidat für das Amt des Vizepräsidenten kommt aus der größtem Islam-Organisation des Landes, der Nahdlatul Ulama, die für die indonesische Tradition eines moderaten Islam steht. Aber er selbst zeigte sich häufig als konservativer Kleriker, der unter anderem eine Klage wegen Blasphemie gegen den damaligen Gouverneur Purnama vorangetrieben hatte. Die Befürworter einer Trennung von Religion und Staat befürchten, dass er als Vizepräsident die Hinwendung zu einem orthodoxeren Islam in der Gesellschaft weiter vorantreiben wird.

Während der Präsident in Mekka sein Profil als frommer Muslim schärfte, versuchte Prabowo Subianto vor der Wahl, sein Image als starker Mann etwas abzumildern. Er besuchte in den vergangenen Tagen das Grab seiner Eltern und eine Ausstellung mit Katzenfotos. „Anstelle sich auf dem Pferderücken ablichten zu lassen, tanzt er auf der Bühne und lacht viel", sagt Dewi Fortuna Anwar. Trotz der vorherrschenden Meinung sei es nicht ausgemacht, dass Prabowo automatisch autokratischer regieren würde als Widodo. Es könnte sogar sein, dass er sich gezwungen fühlte, die Indonesier vom Gegenteil zu überzeugen. Tatsächlich gibt es auch begründete Zweifel daran, dass der einstige Schwiegersohn des Diktators Suharto den Islamisierungskurs persönlich befürwortet. Es könnte ebenso gut sein, dass er es nur aus taktischen Gründen tut.

Wie auch Widodo wird Prabowo den islamischen Kräften für ihre Unterstützung aber etwas zurückgeben müssen. Den Umfragen zufolge ist es trotzdem wahrscheinlicher, dass der Amtsinhaber noch bis 2024 weiterregieren wird. Endgültig fest steht das, wenn die 193 Millionen Wahlberechtigten in der drittgrößten Demokratie der Erde am Mittwochnachmittag ihre Entscheidung gefällt haben. Die publikumswirksamen Auftritte der beiden Kandidaten lassen dabei fast vergessen, dass der Wahlkampf offiziell schon vorbei ist. Die Behörden verordneten dem Land drei kampagnenfreie Tage. Von der Ferieninsel Bali bis zur Hauptstadt Jakarta wurden die Wahlplakate abgenommen. Schon vor der Wahl vor fünf Jahren hatte Joko Widodo diese Abkühlungsphase für den Hadsch nach Mekka genutzt. Geschadet hat es ihm nicht, auch wenn Prabowo Subianto damals versucht hatte, das Ergebnis anzufechten. Auch das befürchten nun viele in der Hauptstadt: Dass sich der Herausforderer mit einer knappen Niederlage nicht noch einmal zufriedengeben wird.

Salvini darf nicht mitreden

Römischer Streit über Libyen-Konflikt / Von Matthias Rüb

ROM, 15. April. Der anhaltende Konflikt in Libyen verschärft den Streit innerhalb der italienischen Koalitionsregierung. Der parteilose Ministerpräsident Giuseppe Conte hat in seinem Amtssitz Palazzo Chigi einen Krisenstab eingerichtet, dem unter anderen der gleichfalls parteilose Außenminister Enzo Moavero Milanesi sowie Verteidigungsministerin Elisabetta Trenta von der linkspopulistischen Fünf-Sterne-Bewegung angehören. Auch die Chefs der Geheimdienste nehmen an den fast täglichen Krisensitzungen teil – und stechen nebenbei Informationen über einen möglichen neuen Flüchtlingsstrom aus Libyen über das Mittelmeer an die Presse durch. Nicht geladen zu den Sitzungen wird Innenminister Matteo Salvini von der rechtsnationalistischen Lega, obwohl der als für Grenzsicherung und die innere Sicherheit zuständige Ressortchef auch etwas mitzureden hätte, sollten über das Mittelmeer wieder mehr Migranten die italienischen Küsten zu erreichen versuchen. Salvini lässt sich allerdings ohnedies nicht davon abhalten, sich über alle verfügbaren Medienkanäle kräftig an der Libyen-Debatte zu beteiligen.

Der frühere sozialdemokratische Ministerpräsident Paolo Gentiloni, der Anfang Juni 2018 von Conte abgelöst wurde, äußerte am Wochenende die Ansicht, der Libyen-Konflikt könnte den Streit in der Koalition so verschärfen, dass die Regierung bald auseinanderfalle. Dahinter mag Wahltaktik stehen, denn in Italien hat am Wochenende die Kampagne für die Europawahlen vom 26. Mai weiter Fahrt aufgenommen: Die Parteien haben ihre Kandidatenlisten bestimmt, vielerorts sind schon Wahlplakate zu sehen. An Gentilonis Diagnose stimmt aber, dass Libyen zur Bruchstelle in einem immer labileren Bündnis der koalierenden Populisten werden könnte.

Ministerpräsident Conte setzte am Montag seine diplomatischen Bemühungen fort, auf die Lage in Libyen Einfluss zu nehmen. Schon am Sonntagabend war der stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Qatars, Mohammed Al Thani, in Rom eingetroffen. Am Montag kam der stellvertretende Ministerpräsident der von der UN anerkannten Übereinkunftsregierung in Tripolis, Ahmed Maitig, hinzu. Maitig gilt in Rom als möglicher Nachfolger von Ministerpräsident Fajez Sarradsch, vor allem Innenminister Salvini setzt auf Maitig. Qatar gehört neben Italien zu den wichtigsten Unterstützern der schwachen Regierung in Tripolis unter Sarradsch. Diese ist umso dringender auf Hilfe von außen angewiesen, als sich General Chalifa Haftar seinerseits am Sonntag in Kairo abermals der Unterstützung des ägyptischen Präsidenten Abd al Fattah al Sisi versicherte. Der Einfluss Italiens auf die Ereignisse in seiner einstigen Kolonie ist derzeit eher gering.

Ministerpräsident Conte bekräftigt fortgesetzt seine Appelle, wonach das nordafrikanische Land nicht in einen Bürgerkrieg versinken dürfe und fordert ein Ende der Offensive der Truppen Haftars. Er und auch die UN finden damit aber wenig Gehör. Derweil wirft Innenminister Salvini der französischen Regierung unter Präsident Emanuel Macron vor, diese schüre den Konflikt in Libyen und „spielt dort Krieg". Die Angriffe Salvinis gegen Macron missfallen Ministerpräsident Conte, der sich um einen Ausgleich mit Paris bemüht.

Vor allem aber treibt Rom – und zumal Innenminister Salvini – die Sorge vor einer neuen Migrationskrise um. Italienische Medien hatten am Wochenende unter Berufung auf Erkenntnisse der Geheimdienste gemeldet, von der libyschen Küste aus könnten sich binnen kurzem mindestens 6000 Migranten auf den Weg übers Mittelmeer in Richtung Italien aufmachen, sollte die Regierung in Tripolis vollends die Kontrolle verlieren. Verteidigungsministerin Trenta hält diese Entwicklung für wahrscheinlich, sie fordert dringend eine Einigung der EU-Partner. Salvini stellt dieses Szenario dagegen als unrealistisch dar, versichert aber auch, an der Sperrung sämtlicher italienischer Häfen für Migranten ändere sich nichts. Dem widersprechen sowohl Ministerpräsident Conte wie auch der stellvertretende Ministerpräsident Luigi Di Maio von den Fünf Sternen und versichern, über die Reaktion Italiens auf eine humanitäre Krise im Mittelmeer könne nicht allein der Innenminister entscheiden.

Im Gespräch: Ladislav Hamran, Präsident der EU-Justizbehörde Eurojust

„Es ist eine Frage des Vertrauens"

Herr Hamran, im Jahr 2018 war Eurojust mit insgesamt 6500 laufenden oder neuen Ermittlungen befasst – ein Anstieg um ein Fünftel gegenüber 2017. Woran liegt das?

Wir erleichtern die Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden, vor allem der EU-Länder, in Fällen von grenzübergreifender organisierter Kriminalität. Es ist eine Frage des Vertrauens, Informationen und Beweismittel über Grenzen hinweg zu teilen. Und da Eurojust effizient und glaubwürdig arbeitet, wie unsere operationellen Erfolge zeigen, erhalten wir stets mehr Anfragen.

Welche Rolle übernimmt Eurojust konkret?

Eurojust bringt Staatsanwälte aus verschiedenen Staaten zusammen und schafft Vertrauen zwischen ihnen. Durch Kooperation gelangen wir zur Koordinierung der Ermittlungen in grenzüberschreitenden Fällen.

Dennoch wirken Sie nicht rundum zufrieden.

Es mangelt uns an finanzieller und zum Teil auch politischer Unterstützung. Für die EU-Finanzperiode 2021 bis 2027 brauchen wir unserer Auffassung nach 360 Millionen Euro. Diese Summe beruht auf der Entwicklung der Fallzahlen. Die Europäische Kommission plant dagegen nur mit 250 Millionen Euro – ein Zuwachs um gerade einmal ein Prozent, der noch nicht einmal die Inflationsrate ausgleicht. Es droht also ein Rückschritt. Man sollte nicht vergessen, dass Gelder an die Mitgliedstaaten zurückfließen, etwa wenn es um gemeinsame Ermittlungsteams, Koordinationstreffen, Übersetzungen oder um sichere Telefone für Ermittler geht.

Welche Folgen befürchten Sie?

Sollten uns Finanzmittel in dieser Höhe fehlen, können wir unsere Aufgabe nicht erfüllen. Grenzüberschreitende Ermittlungen werden dann schwierig und weniger erfolgreich. Es droht ein Flaschenhals. Gerechtfertigte Investitionen in die Polizei drohen zu verpuffen, wenn die Justiz Verfahren nicht aufnimmt und fortführt.

Aber es gibt doch gewisse Prioritäten.

Wir folgen den derzeit drei von der EU gesetzten Prioritäten: Terrorismus, Cyberkriminalität und illegale Zuwanderung. Nehmen wir als Beispiel den europäischen Haftbefehl bei Terrorismusvergehen. Fehlen bei einem Antrag entscheidende Informationen, fragen Länder diese an. Eurojust bemüht sich, die Information zu beschaffen, darüber aufzuklären und so die Auslieferung zu erleichtern. Deshalb schaffen wir ein spezielles Anti-Terrorismusregister.

Was bedeutet das Brexit-Tauziehen für Eurojust?

Es bedeutet Unsicherheit. Es droht zudem eine Sicherheitslücke. Deshalb müssen wir nach dem britischen EU-Austritt möglichst bald ein Zusammenarbeitsabkommen schließen. Die Interessen der 27 EU-Staaten und Großbritanniens decken sich hier. Bei einem ungeordneten Austritt gäbe es kein Abkommen mehr mit Eurojust. Das ist nicht wünschenswert. Kürzlich haben die Briten offiziell angekündigt, dass sie sich der bestehenden Eurojust-Verordnung anschließen wollen. Sie wollen also eng mit uns kooperieren. Ein harter Brexit würde die Dinge natürlich erschweren. Aber das Vereinigte Königreich wird fortbestehen und weiter auf Zusammenarbeit mit den anderen Staaten angewiesen sein.



Grenzüberschreitender Ermittler: *Ladislav Hamran* Foto EPA

Ein spektakulärer Fall, mit dem Eurojust befasst war, betraf den portugiesischen Whistleblower Rui Pinto, der im vergangenen Jahr der Zeitschrift „Der Spiegel" Millionen von Dokumenten zu Missständen im internationalen Fußball zugespielt haben soll. Welche Rolle spielt Eurojust hierbei?

Rui Pinto wurde durch europäischen Haftbefehl aus Ungarn nach Portugal ausgeliefert. Dies geschah nicht auf Grundlage des Whistleblower-Falls, sondern wegen eines ihm zur Last gelegten Vorwurfs der Erpressung. Rui Pinto verfügt über eine bedeutsame Menge an Daten, die er gerne mit den französischen Behörden teilen wollte. Er sagte, diese seien daran interessiert und hätten professionell gewirkt. Daher vertraue er ihnen. Die portugiesischen Behörden sagen, da er illegal an die Daten gelangt sei, könnten sie ihre Ermittlungen nicht darauf stützen. Länder wie Frankreich, Belgien oder die Niederlande können dagegen solche Daten nutzen und ihre Ermittlungen darauf stützen.

Was hat Eurojust in diesem Fall unternommen?

Wir haben dafür gesorgt, die Daten den interessierten Ländern zur Verfügung zu stellen. Nun wird man sie analysieren und über das weitere Vorgehen entscheiden.

Wie wird sich die Europäische Staatsanwaltschaft, die neu eingerichtet wird, auf die Arbeit von Eurojust auswirken?

Sie wird ein privilegierter Partner für Eurojust sein. Wir bereiten eine Übereinkunft zur operationellen Zusammenarbeit und den institutionellen Beziehungen vor. Anders als bei Eurojust nehmen nicht alle Mitgliedstaaten an der EU-Staatsanwaltschaft teil, es sind nach derzeitigem Stand 22 und werden voraussichtlich 23 sein. Wir müssen und wollen im Interesse der gesamten Europäischen Union zusammenarbeiten. Beide Institutionen müssen deshalb auch ausreichend finanziell ausgestattet sein.

Und wie stehen Sie dazu?

Bei jedem Fall wird es drei verschiedene Schlüsselakteure geben: Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichte. Wenn man das auf die EU-Staatsanwaltschaft bezieht, dann muss man feststellen: Die polizeiliche Zuständigkeit liegt weiter bei den Staaten, die Strafverfolgung auf EU-Ebene und die der Gerichte wiederum bei den Staaten. Dieses neue System müssen wir so gestalten, dass die drei Akteure wirkungsvoll zusammenarbeiten.

Die Fragen stellte **Michael Stabenow.**

Politische Bücher

Leben mit 300 Euro Rente

Wie alleinstehende Frauen im teuren München mit Altersarmut umgehen

Frauen verdienen oft weniger als Männer, und wenn sie Kinder bekommen, setzen sie im Beruf aus oder arbeiten in Teilzeit. Das wirkt sich später auf die Rente aus. Die reicht vielen Frauen nicht mal für die Miete, vor allem alleinstehenden Frauen in teuren Städten. Dort nimmt die Altersarmut besonders zu, und dort steigen die Mieten immer weiter. Jede sechste Person im Rentenalter ist mittlerweile von sogenannter relativer Einkommensarmut bedroht, wobei die Armutsgefährdung von Frauen gegenüber der von Männern jenseits der 65 zuletzt deutlich gestiegen ist. Hinzu kommt, dass Kinder nach einer Trennung eher bei der Mutter bleiben und Alleinerziehende besonders armutsgefährdet sind sowie dass Frauen oft unbezahlte Arbeiten wie die Pflege Angehöriger übernehmen. Die durchschnittliche Bestandsrente lag 2016 für Männer in München denn auch bei 1100 Euro, für Frauen lediglich bei 785 Euro.

Wie lebt es sich mit einer solchen Summe in einer teuren Großstadt? Die Münchner Professorin Irene Götz und ihre Mitarbeiter haben sich dieser Frage im Rahmen des DFG-Forschungsprojekts „Prekärer Ruhestand" gewidmet und 50 in München lebende Rentnerinnen zwischen 63 und 85 Jahren interviewt. Ihre Studie ermöglicht einen ungewohnt intimen Einblick in den Alltag von alleinstehenden Frauen, denen die Rente kaum zum Leben reicht. Irene Götz sieht die Schuld dafür nicht bei den Frauen, sondern in der Politik: im Absenken des Rentenniveaus, der Abnahme sicherer Festanstellungen, im Ehegattensplitting. Sie fordert ein Umdenken in Politik und Gesellschaft. Der soziale Wohnungsbau sollte wieder stärker gefördert, die Kinderbetreuung verbessert und die staatliche Rente konsolidiert werden, etwa, indem auch Selbständige und Beamte einzahlen. Aber auch auf persönlicher Ebene müsse ein Bewusstseinswandel stattfinden. Wenn Frauen für die Kindererziehung zu Hause blieben, sollten Männer etwa im Gegenzug für sie in eine private Rentenversicherung einzahlen.



Letzter Ausweg Tafel: *Szene aus einem Frankfurter Stadtteil* Foto Michael Braunschädel

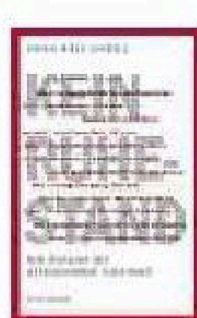
Diese Vorschläge zur Armutsprävention werden im Anschluss an die Darstellung des Problems im ersten Teil des Buchs formuliert. Der zweite Teil widmet sich kapitelweise 18 der 50 Frauen, die für die qualitative Studie mehrfach interviewt wurden. Sie kommen in langen Zitaten selbst zu Wort. Etwa eine ehemalige Altenpflegerin, die wegen der körperlichen Belastung in ihrem Job frühverrentet ist und nun nach 44 Jahren Vollzeitarbeit, davon einige als Stationsleiterin, 1250 Euro Rente bekommt. Damit liegt sie unter der für München berechneten Armutsgefährdungsschwelle von 1350 Euro, wird aber von ihren Töchtern unterstützt. Deutlich weniger Geld zu Verfügung hat eine studierte rumänischstämmige Bauingenieurin, die allein ein krankes Kind großgezogen hat, in Deutschland nie beruflich Fuß fassen konnte und von 148 Euro Rente plus Grundsicherung leben muss. Ihr bleiben nach Abzug der Miete rund 400 Euro zum Leben. Im Supermarkt lässt sie sich Kohlrabi-Blätter schenken und kocht daraus einen Eintopf, den sie über mehrere Tage immer wieder aufwärmt. Eine weitere Frau schien von der 2014 eingeführten Mütterrente zu profitieren. Doch die gut 50 Euro mehr im Monat hatten zur Folge, dass sie nicht mehr berechtigt war, Grundsicherung zu beziehen. Deshalb arbeitet sie nun mit knapp 70 abends als Telefonistin in einem Callcenter.

Die Berichte der Frauen zeigen, dass Altersarmut ein vielschichtiges Phänomen ist. Manche Rentnerinnen haben wenig Geld, aber starke soziale Bindungen, ihre Kontakte ermöglichen es ihnen auch mal, ins Theater zu gehen. Andere verfügen über etwas mehr Rente, aber haben keinen Kontakt mehr zu den eigenen Kindern und keinerlei kulturelles Kapital. Manche Frauen müssen im Rentenalter Zeitungen verkaufen oder einem anderen Minijob nachgehen, selbst wenn sie sich dazu eigentlich nicht mehr in der Lage fühlen, andere empfinden ihre Tätigkeit auch im hohen Alter als sinnstiftend, etwa eine Seniorenbegleiterin im Ehrenamt mit Aufwandsentschädigung. Die geschilderten Fälle machen deutlich, dass auch Frauen aus dem Bürgertum von Altersarmut betroffen sind, etwa, weil in ihre Ausbildung gemäß den damaligen gesellschaftlichen Konventionen wenig investiert wurde und sie nur bis zur Heirat gearbeitet haben. Frauen aus höheren Schichten können die Altersarmut aber oft mit Hilfe ihres Umfelds besser kompensieren. Zugleich gibt es auch Ähnlichkeiten über die verschiedenen Schichten hinweg: Alle interviewten Frauen sind Nachkriegskinder. Sie haben gelernt, bescheiden zu sein, nicht zu klagen und mit dem Mangel zu wirtschaften. Sie alle können vorkochen, sparen, flicken.

Im dritten Teil des Buchs werden Ratschläge für den Umgang mit Altersarmut gegeben: Wann und wie kann Grundsicherung beantragt werden, wie viel darf nach dem Renteneintritt noch hinzuverdient werden, wie lassen sich Schulden abbezahlen, wie eine bezahlbare Wohnung finden. Hier wird der normative Anspruch des Buchs besonders deutlich, schon im ersten, mit Ausrufezeichen beendeten Satz des Vorworts: „Dieser Teil informiert darüber, was frau selbst tun kann, wenn die Rente nicht reicht, wo sie Anlaufstellen und Unterstützung findet, ohne dass die Politik hier aus der Pflicht genommen werden soll!" Dieser Tonfall irritiert manchmal. Störend ist auch, dass die Kapitel zu den einzelnen Frauen in Ich-Form verfasst sind. Etwa: „Unsere erste Begegnung fand ein Dreivierteljahr zuvor in einer nahe gelegenen sozialen Einrichtung statt" oder gar: „Mein Handy vibriert. Jolanda Fischer ist dran."

Der starke Fokus auf die Betroffenen ist Stärke und Schwäche zugleich. Einerseits kommt durch ihn die allgemeine Debatte zum deutschen Rentensystem sehr kurz. Was hat zum Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik geführt? Wenn dieser, wie das Buch postuliert, gescheitert ist, weil die Versorgungslücke gerade für Frauen immer größer wird: Wie sähe eine Alternative aus, die berücksichtigt, dass immer weniger junge Menschen die Renten von immer mehr alten finanzieren müssen? Hier werden auf wenigen Seiten eher vage Vorschläge formuliert, etwa ein politisches Umdenken auf dem Wohnungsmarkt oder Hinweise auf die Notwendigkeit von Eheverträgen. Stark ist andererseits, wie greifbar die Studie das Problem der Altersarmut macht, wie nah sie den Rentnerinnen kommt und diese selbst zu Wort kommen lässt. Weil die Betroffenen sich schämen, wissen oft selbst Kinder und Enkelkinder nicht um deren Schicksale. Die Studie macht sie sichtbar.

LEONIE FEUERBACH



Irene Götz: Kein Ruhestand. Wie Frauen mit Altersarmut umgehen.

Verlag Antje Kunstmann, München 2019. 320 S., 20,– €.

Im Osten geht die Sonne auf

Die Rolle der KSZE bei der Überwindung des Kalten Krieges in Europa

Die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war ein Kind des Kalten Krieges. In der geteilten Welt und für diese erfunden, legte sie wesentliche Spielregeln des Ost-West-Konflikts verbindlich fest. Nach vorbereitenden Sondierungen und Verhandlungen der Experten in Helsinki und vor allem in Genf trafen sich vom 30. Juli bis zum 1. August 1975 die Staats- und Regierungs- beziehungsweise Parteichefs wiederum in der finnischen Hauptstadt, um die KSZE-Schlussakte zu unterzeichnen. Vertreten waren außer Albanien sämtliche europäischen Staaten einschließlich der Sowjetunion sowie die transatlantischen Nato-Partner Vereinigte Staaten und Kanada.

Deren Teilnahme war für das Zustandekommen der Konferenz wie der Schlussakte von ausschlaggebender Bedeutung. Denn vielen Westeuropäern war das KSZE-Projekt ursprünglich suspekt, weil die Initiative seit 1954 bei den Sowjets lag und weil es denen dabei um die Festschreibung der Teilung Europas und damit vor allem auch Deutschlands ging. Da man sich aber auf Dauer nicht dem Angebot zu Gesprächen über Sicherheit und Zusammenarbeit verweigern konnte, gab es nur zwei Möglichkeiten. Entweder der Kreml ließ die Sache ruhen, oder aber der Westen bewegte sich in diesem Punkt auf die Sowjetunion zu. So kam es dann auch, und dafür gab es gute Gründe.

Zum einen hatte die von Willy Brandt geführte sozial-liberale Bundesregierung seit 1969 mit der faktischen Anerkennung der deutschen Teilung eine wichtige Hürde aus dem Weg geräumt, und zum anderen realisierte der Westen jetzt, dass er ein Pfund in der Hand hielt, mit dem sich wuchern ließ: Wenn dem Kreml die Anerkennung der durch den Zweiten Weltkrieg geschaffenen Grenzen so wichtig war, dass er unbeirrt an dieser Forderung festhielt, ließen sich im Gegenzug vor allem in den Fragen der Menschenrechte und der Grundfreiheiten sowie bei den parallelen Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa (MBFR) entsprechende eigene Forderungen formulieren.

Das ist das Thema einer Sammlung von Aufsätzen, die auf eine im Dezember 2015 in Paris gehaltene Konferenz zurückgehen und von Nicolas Badalassi und Sarah B. Snyder herausgegeben wurden. Der Sammelband teilt das Schicksal mancher anderer dieses Genres: Von der Einleitung und der Schlussbetrachtung der Editoren abgesehen, werden die 13 Beiträge lediglich durch das Rahmenthema zusammengehalten.

Hinzu kommt, dass die für das Verständnis des KSZE-Prozesses unverzichtbare Vorgeschichte weitgehend und die parallelen MBFR-Verhandlungen fast vollständig ausgeblendet werden. Vergleichbares gilt für einen Ausblick auf die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, die seit Anfang der neunziger Jahre die Arbeit der KSZE fortsetzt.

Das festzustellen heißt nicht, den Wert der einzelnen Beiträge zu verkennen. Die Autoren sind nicht nur auf ihren Gebieten durchweg gut ausgewiesen und mit den Quellen bestens vertraut, sondern sie kümmern sich auch um scheinbar abgelegene Themen und fragen zum Beispiel, wer eigentlich diejenigen gewesen sind, die in zähen Verhandlungen den Weg zur Schlusskonferenz und von dort zu den zahlreichen Folgeveranstaltungen geebnet haben.

Wohl wahr, Gerald Ford und Leonid Breschnew haben die Schlussakte für die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion, Helmut Schmidt und Erich Honecker haben sie für die Bundesrepublik und die DDR medienwirksam unterzeichnet. Aber in einer monatelangen Prozedur ausgehandelt wurden dieses und etliche weitere Dokumente von Hundertschaften „namen- und gesichtsloser" Diplomaten, denen Martin D. Brown und Angela Romano einen bemerkenswerten Beitrag widmen.

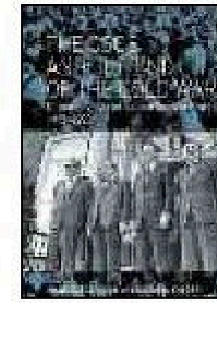
Einer von ihnen war Max Kampelman, für den sich Stephan Kieninger interessiert. Der erfolgreiche Anwalt war ein Mann der zweiten Reihe, besaß aber – und vielleicht ebendeshalb – das Vertrauen sowohl des demokratischen Präsidenten Jimmy Carter als auch seines republikanischen Nachfolgers Ronald Reagan. Das wiederum prädestinierte ihn geradezu für eine prominente Rolle bei den diffizilen Gesprächen, welche die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion während der achtziger Jahre gleich auf mehreren Ebenen führten.

Dazu gehörten die KSZE-Folgekonferenzen, allen voran die zweite in Madrid, die sich von November 1980 bis September 1983 hinzog, fast acht Monate ausgesetzt wurde und wegen der Verhängung des Kriegsrechts in Polen beinahe gescheitert wäre. Dass es nicht dazu kam und die Folgekonferenz von Madrid nach Auffassung der meisten Autoren des Bandes zu den erfolgreichen Kapiteln des Prozesses zählt, lag nicht zuletzt an Kampelman. Er leitete die amerikanische Delegation und fand, wie Kieninger zeigen kann, einen Weg, um den öffentlichen Auftritt und die entscheidenden, streng geheimen Hintergrundgespräche mit den Sowjets miteinander in Einklang zu bringen. Erfolge zeitigte das nicht zuletzt bei der Bekräftigung der Menschenrechte und der Grundfreiheiten.

Von besonderer Bedeutung war dieser Themenkomplex für die Opposition und die Bürgerrechtsbewegungen in Ostmittel- und Osteuropa. Das ist heute unumstritten. Einen Schritt weiter geht Jacek Czaputowicz, der nicht nur davon überzeugt ist, dass der sogenannte Helsinki-Prozess ohne die Bürgerrechtsbewegungen eingeschlafen wäre, sondern auch eine Rückwirkung der von diesen Bewegungen formulierten Programme und Forderungen auf die „westlichen Partner" sieht: „Die osteuropäischen Aktivisten", so das Resümee, „halfen ihren Partnern im Westen, die Verbindung von Frieden, Freiheit und Menschenrechten zu verstehen." Das ist eine interessante Beobachtung, die es verdient, weiter verfolgt zu werden.

Welchen unmittelbaren Nutzen die westliche Politik aus dem KSZE-Prozess zog, zeigt Matthias Peter in einer grundlegenden Analyse für die Bundesrepublik. Zum einen bildeten die Vereinbarungen der KSZE eine zunächst nicht erwartete Möglichkeit, sich für die Rechte „von Millionen Deutschen in der DDR und Osteuropa" ins Zeug zu legen. Und dann erkannte die seit Herbst 1982 regierende christlich-liberale Koalition unter Kanzler Helmut Kohl sehr bald, welche Chance in den seit Januar 1984 geführten Verhandlungen über vertrauenbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa für eine friedliche Überwindung der gegebenen Verhältnisse lag. Das war nicht selbstverständlich: Von den italienischen Kommunisten einmal abgesehen, hatten CDU und CSU 1975 als einzige relevante Kraft in Europa die Schlussakte von Helsinki abgelehnt.

GREGOR SCHÖLLGEN



Nicolas Badalassi/ Sarah B. Snyder (Hrsg.): The CSCE and the End of the Cold War. Diplomacy, Societies and Human Rights 1972–1990.

Berghahn Books, New York/Oxford 2018. XIV/365 S., 130,– $.

Briefe an die Herausgeber

Deutsch-französische Zusammenarbeit

Zu den Beiträgen „Ein Miniparlament für Europa" (F.A.Z. vom 25. März) und „Deutsche und französische Abgeordnete wollen die Integration voranbringen": Ihre Korrespondentin Michaela Wiegel würdigt die Bedeutung der Parlamente beider Länder und schreibt, mit dem am 22. Januar 2019 unterzeichneten Vertrag von Aachen „wollen die Volksvertreter vorführen, dass der neue Freundschaftsvertrag nicht nur als Regierungsangelegenheit betrachtet werden kann". Diese Zielrichtung ist richtig. Sie ist jedoch keineswegs neu. Von den Parlamenten beider Länder sind in der Vergangenheit wegweisende Impulse für den europäischen Integrationsprozess und die vertiefte Zusammenarbeit ausgegangen.

Erinnert sei daran, dass die damaligen Parlamentspräsidenten Philippe Séguin (1993–1997), MRP, und Rita Süßmuth (1988–1998), CDU, bereits 1996 diese Idee aufgegriffen und die Einsetzung eines „Großen Gemeinsamen Parlamentarischen Ausschusses" (Grande Commission Commune Parlementaire) beiden Kammern empfohlen hatten. Die Vorbereitungen der Unterzeichnung in Bonn waren unterschriftsreif gediehen. Ein Besuch Séguins bei Bundeskanzler Kohl am Tag der Unterzeichnung war vereinbart. Wenige Tage vor Unterzeichnung wurde diese abgesagt. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages und der Auswärtige Ausschuss sahen sich außerstande, der Vertragsunterzeichnung zuzustimmen. Die Bedeutung eines parlamentarischen Vertragswerks, wie es jetzt zustande gekommen ist, wurde damals leider nicht erkannt.

Im Jahre 1974 hat die deutsch-französische parlamentarische Zusammenarbeit eine für Europa wegweisende Entwicklung eingeleitet. Der damalige Präsident der Assemblée Nationale, Edgar Faure (1973–1978), Radikale Partei, und Bundestagspräsidentin Annemarie Renger (1972–1976), SPD, verständigten sich darauf, eine Konferenz der Präsidenten der Parlamentarischen Versammlungen Europas, das heißt der damaligen Europäischen Gemeinschaft, einzuberufen. Seit 1974 finden diese Konferenzen regelmäßig statt – ein beachtliches Ergebnis deutsch-französischer parlamentarischer Zusammenarbeit für Europa.

Ein Höhepunkt in der Zusammenarbeit beider Parlamente ist in der gemeinsamen Reise des Präsidenten der Assemblée Nationale, Laurent Fabius (1988–1992), PS, und Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, eine Woche nach dem Fall der Mauer am 16./17. November 1989 nach Moskau zu sehen. Die Gespräche mit dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Michail Gorbatschow, und den Vorsitzenden des Unionssowjets, Jewgeni Maximovitsch Primakow, und des Nationalitätensowjets, Rafik Nischanowitsch Nischanow des Obersten Sowjets der UdSSR behandelten Themen, deren Inhalte sich auf die weitere politische Entwicklung der Lage in der Bundesrepublik Deutschland auswirken sollten.

EVERHARD A. VOSS, BERLIN

Verfälschung des Wählerwillens

Zum Kommentar „Gefährliches Spiel" von Daniel Deckers (F.A.Z. vom 4. April): Das Verhalten der CDU/CSU in Sachen Wahlrecht zeugt von einer realitätsfernen Selbstverliebtheit. Eine Parteienformation, die 2017 nur 37,2 Prozent der Erststimmen erhalten hat, besetzt 231, das sind 77,3 Prozent der Wahlkreismandate. In einem Wahlsystem wie dem deutschen, das den Vorrang der Proporzwahl anerkennt, ist das ein grober Anachronismus. Die Zeiten der großen Volksparteien (CDU/CSU plus SPD sind 90 Prozent) sind endgültig vorbei, und dementsprechend gehört das Wahlrecht angepasst.

Entweder wir kopieren die Schweiz und führen Großwahlkreise (dort: Kantone) ein, in denen die Wähler die Abgeordneten direkt wählen, ohne Beschränkung auf Einzelkandidaten, aber mit der Möglichkeit, die Parteilisten zu verändern (streichen, kumulieren, panaschieren). Oder es werden immer jeweils vier oder fünf Wahlkreise zu Wahlbezirken zusammengefasst, in denen die vier oder fünf bestplazierten Wahlkreisbewerber je ein Direktmandat erhalten. Jede Partei hat die Möglichkeit, statt vier oder fünf Kandidaten in einem Wahlbezirk drei, zwei oder nur einen Kandidaten aufzustellen, um ihre Erfolgschancen zu steigern.

Auf diese Weise bekommen auch kleinere Parteien die reelle Aussicht auf Direktmandate. In einer beliebigen Ecke der Republik, wo die CDU bisher mit jeweils 40 Prozent der Stimmen in vier Wahlkreisen vier Direktmandate einheimst, bekommt sie plötzlich Konkurrenz nicht nur von der SPD, sondern auch von der FDP oder den Grünen, die nur einen Bewerber ins Rennen schicken und damit im Prinzip genauso schlagkräftig werden. Auch die CDU wird dann – freiwillig – nicht mehr vier Kandidaten im Wahlbezirk präsentieren, sondern nur noch drei oder zwei, um ihren angemessenen Anteil am Kuchen nicht zu verspielen. In einem solchermaßen modifizierten Wahlsystem mit 299 Wahlkreisen in zum Beispiel 68 Wahlbezirken sind Überhangmandate nur noch schwer vorstellbar. Die zweite Hälfte des Bundestags würde wie bisher über Landeslisten gewählt.

Indem sich die CDU/CSU einer Reform verschließt, erweist sie sich wieder einmal als unkreativ, geradezu verstockt. Man kann ihr wahrscheinlich nur beikommen, wenn man erwirkt, dass das Bundesverfassungsgericht die heute wirkende Verzerrung der Erststimmenergebnisse als Verfälschung des Wählerwillens und damit als verfassungswidrig verurteilt.

OSKAR HARTMANN, FRANKFURT AM MAIN

Dem Zeitgeist unterworfen

Zu „Unsere Stadt soll sauberer werden" von Markus Wehner (F.A.Z. vom 3. April): Das von der rot-rot-grünen Berliner Regierungskoalition unterstützte Vorhaben zur Straßenumbenennung ist symptomatisch für die linke Attitüde moralischer Überlegenheit. Nun wird diese Attitüde nicht nur gegenüber Zeitgenossen kommuniziert und mit verschiedensten Mitteln auch durchgesetzt. Jetzt beginnt der nächste Schritt der „Bilderstürmerei" im Hinblick auf die deutsche Geschichte. Dabei wird von den links-grünen Akteuren der vermeintlich einzig wahre Maßstab des Denkens aus dem Jahr 2019 pauschal in die Zeit des 19. und 20. Jahrhunderts projiziert. Jede Handlung, jede bedeutsame Persönlichkeit aus vorigen Zeiten muss sich im Lichte heutiger rot-grüner Moralvorstellungen neu messen lassen. Selbstredend ohne die Chance zur Gegenrede, da einerseits die angegriffenen Personen schon lange tot sind. Andererseits wozu denn diskutieren, wenn man doch im Besitz der alleinigen Wahrheit ist?

Dennoch wird hier mit zweierlei Maß gemessen. Nicht die geringste Begeisterung zeigen hingegen rot-grüne Politiker, wenn beispielsweise Straßen oder Plätze, die zu DDR-Zeiten nach Kommunisten (um)benannt worden sind, wieder ihre ursprünglichen Namen erhalten sollen. In meiner Heimatstadt Neuruppin heißt die größte und repräsentativste Straße der Stadt weiterhin Karl-Marx-Straße. Der ursprüngliche Name war „Wilhelmstraße", als Zeichen der Dankbarkeit der Bürger Neuruppins dem damaligen preußischen König Wilhelm II. gewidmet.

König Wilhelm II. ließ die Stadt (auch mit Mitteln aus seinem Privatvermögen) nach dem großen Brand 1787 wieder neu (und schöner) aufbauen. Welchen Bezug hat hingegen Karl Marx zur Geschichte Neuruppins? Kaum eine Stadt in den neuen Bundesländern, die auch im Jahr 30 nach dem Mauerfall, nicht immer noch eine Karl-Marx-, Ernst-Thälmann- oder Karl-Liebknecht-Straße hat. Allesamt geistige Vordenker der totalitären Ideologie des Kommunismus. Diese postsozialistische Huldigung in Form von Straßennamen wirft angesichts von vielen Millionen Toten des Kommunismus ebenfalls Fragen auf.

Konsequenterweise sollten dann in Zukunft Plätze und Straßen nur noch politisch neutrale Namen aus der Flora (Rosenstraße, Birkenplatz) und Fauna (Bienenweg, Elefantenplatz) tragen und nicht mehr den Schwankungen des herrschenden Zeitgeistes unterworfen sein.

DR. RAFAEL HOFFMANN, NEURUPPIN

Große Umweltverschmutzer

Zur Berichterstattung über den CO_2-Ausstoß von Flugzeugen, zuletzt „Der Flugverkehr im Visier von Klimaschützern" (F.A.Z. vom 12. März): Die Luftfahrt unter die Lupe zu nehmen, welche die Schadstoffe direkt in den atmosphärisch kritischen Zonen ablädt, ist grundsätzlich nicht schlecht. Dann sollten die Politiker aber bei sich selbst anfangen. Wenn alle europäischen Minister wie der österreichische Bundeskanzler Linie flögen, fielen schon einige Flüge ganz weg. Und wenn die Bundeswehr weiterhin unfähig ist, die Staatsflieger so zu warten, dass sie auch fliegen, dann sollte man das der Lufthansa oder anderen Wartungsfirmen überlassen, die ältere Linienflugzeuge pflegen; das ist ohnehin eine Peinlichkeit, die nur noch durch die Unfähigkeit beim Berliner Flughafen überboten wird.

Wenn unsere Kanzlerin Linie fliegt, weil ihr Flieger mal wieder nicht einsatzbereit ist, dann ist ihr auch zuzumuten, mit Linie zurückzufliegen, statt einen leeren Flieger anzufordern, der mehr Schadstoffe in die Luft bläst als ein durchschnittlicher Fahrer das ganze Jahr mit dem Auto. Das ist Heuchelei pur.

Neben den Fliegern sollte man sich aber auch die Schiffe vornehmen; von denen werden selbst modernste Fabrikate noch überwiegend mit Schweröl betrieben, das zur größten Umweltverschmutzern überhaupt beiträgt. In Hamburg täglich solche Schiffe anlegen zu lassen und gleichzeitig ein Fahrverbot für ältere Dieselfahrzeuge zu verhängen ist nicht nachvollziehbar.

WOLFGANG OSWALD, WIEDERGELTINGEN

Notre-Dame brennt – und Paris ist entsetzt

PARIS, 15. April. Vor dem Louvre stehen die Touristen und schauen sich die brennende Kathedrale auf ihren iPhones an. Bei dem schönen Wetter sind die Rauchwolken über der Seine weithin zu sehen. Die Martinshörner und Hupen der Ambulanzen, der Polizei und der Feuerwehr durchschneiden den Abend des schönen Frühlingstags. Schon beim Hôtel de Ville glaubt man den Brandgeruch zu riechen. Notre Dame brennt! Die Menschen können es nicht glauben und laufen auf die Straße. Tausende, bald Zehntausende stehen am Kai und sehen entsetzt zur Ostspitze der Île de la Cité hinüber. „C'est terrible!" ruft eine Frau in ihr Handy.

Die Pont d'Arcole hinüber vom rechten Ufer der Seine auf die Insel ist geschlossen. Auf der anderen Seite steigt weiter graubrauner Rauch auf, obwohl es jetzt schon seit mehr als einer Stunde brennt. Auf der Insel fahren die Ambulanzen mit Blaulicht, obwohl dort kein Mensch auf der Straße zu sehen ist – weil niemand hinüberkommt und die Bewohner in ihren Häusern bleiben. Über der gewaltigen Kathedrale, deren Türme offenbar noch nicht in Mitleidenschaft gezogen wurden, fliegen ein Hubschrauber und mehrere Drohnen, die für die Feuerwehr den genauen Brandherd von oben ausmachen. Auf der Seine fahren nur noch wenige Touristenschiffe, es dominieren die Schnellboote der Wasserschutzpolizei. Der Verkehr in der Stadt, die wegen der Osterwoche ohnehin überfüllt ist mit Touristen, erleidet einen Kollaps. Autofahrer hupen, Rettungswagen kommen nicht durch, alle stehen auf der Straße und hängen am Handy, als ob sie mehr zu sagen hätten als das, was ohnehin alle Welt gerade live verfolgt.

Es ist 20.30 Uhr, und mittlerweile scheint das ganze Kirchenschiff zu brennen. Die Feuerwehr ist am Turm und spritzt Wasser auf das Dach des Kirchenschiffs. Die Flammen züngeln bedrohlich in Richtung der beiden Türme und scheinen nur noch wenige Meter von ihnen entfernt zu sein. Verzweifelt versuchen die „pompiers", ein Übergreifen des Feuers abzuwenden. Aber trotz des dauernden Wasserstrahls schlagen die Flammen weiter aus dem Dachstuhl und tauchen den dunkler werdenden Himmel in orangefarbenes Licht. Zu spät! Jetzt sieht man vom Seine-Ufer deutlich, dass das Feuer nun auch in den Türmen lodert. Der Strahl der Feuerwehr richtet sich auch auf die beiden Türme. Dann scheinen die Brandbekämpfer die Flammen dort wirklich löschen zu können. Von 21 Uhr an ist es dunkel in den Türmen. Dafür brennt das Ende des Kirchenschiffs um so stärker. Diesen Kampf wird die Feuerwehr die ganze Nacht hindurch führen müssen.

Eine junge Frau steht da mit ihrer Mutter, die noch das Baguette von ihrem Einkauf unterm Arm hat. „Schrecklich, fürchterlich, traurig", sagt die Tochter, die ihren Namen nicht nennen möchte. „Da habe ich meine erste heilige Kommunion gefeiert", sagt die Frau, die gegenüber lebt. Sie glaubt, dass der Brand mit den Renovierungsarbeiten an der Kirche zu tun hat. Ihre Mutter ist verzweifelt. „Wir sehen die Kathedrale jeden Tag, jeden Tag", sagt sie, als ob ein solches Symbol nie zerstört werden könnte. Im Weggehen wischt sich die alte Dame mit dem Handrücken die Tränen ab und hängt sich bei ihrer Tochter unter. Sie gehen nach Hause. Diesen Anblick können sie nicht länger ertragen. (kai.)

Zahl der Masern-Fälle sehr stark gestiegen

GENF, 15. April (dpa). Nach vielen Masern-Ausbrüchen auf der ganzen Welt hat die Weltgesundheitsorganisation (WHO) für 2019 erste alarmierende Zahlen vorgelegt. Die Zahl der von Januar bis März gemeldeten Fälle liege viermal so hoch wie im gleichen Zeitraum des Vorjahrs, berichtete die WHO am Montag in Genf. 170 Länder meldeten demnach zusammen etwa 112 000 Erkrankungen – im vergangenen Jahr seien es 28 000 gewesen. Die tatsächliche Zahl liege noch weit höher, warnte die WHO.

Tote nach Sturmfront in Amerika

F.A.Z. FRANKFURT, 15. April. Eine Unwetterfront mit Sturm, Regen und teils faustgroßem Hagel ist in den Vereinigten Staaten in den Nordosten des Landes vorgerückt. Der Nationale Wetterdienst warnte für Montag auch vor Tornados. Auch die Hauptstadt Washington bereitet sich auf die Unwetter vor. Zuvor kamen durch Stürme und Sturzfluten bis zum Sonntag in Texas und dem angrenzenden Louisiana nach Medienberichten mindestens acht Personen ums Leben, unter ihnen drei Kinder. Das Unwetter zerstörte auch zahlreiche Häuser. Umgestürzte Bäume versperrten die Straßen oder fielen auf Überlandleitungen, was vielerorts zu Stromausfällen führte.



Autoren: *Davide Bortot (links) und Jan Wehn haben ein Buch über die Geschichte des deutschen Rap geschrieben. Bortot leitete von 2003 bis 2007 das einflussreichste deutsche Hip-Hop-Magazin „Juice". Jan Wehn war „Juice"-Autor, Redakteur bei der Musikzeitschrift „Spex" und einer der Gründer des Online-Portals „All Good".* Foto Robert Winter

„Rap ist mehr als ein Sound"

Jan Wehn und Davide Bortot über Millionenverträge, Sexismus und Neuerungen im deutschen Rap

Herr Wehn, Herr Bortot, Sie haben für ein Buch über die deutsche Rap-Geschichte mehr als 100 Protagonisten aus der Szene interviewt. Welches war für Sie das denkwürdigste Gespräch?

Wehn: Für mich das Treffen mit Rap-Pionierin Cora E. Sie hat erzählt, dass sie 1981 mit 13 Jahren als Fan von Marius Müller-Westernhagen seinen Namen an die Wand einer Konzerthalle gesprüht hatte. In der nächsten Ausgabe der „Werner"-Comic-Hefte stand: „Wer das Graffiti an die Ostseehalle gemalt hat, soll sich bitte melden." Cora E. ist in die Redaktion gegangen und hat sich von einem Typ, der gerade in Amerika war, erklären lassen, was Graffiti ist. So hat sie die Hip-Hop-Kultur kennengelernt.

Bortot: Für mich war die Vielzahl der Perspektiven faszinierend. Ich habe in einer Woche Jan Delay, Bonez MC und Haiyti getroffen. Alle drei nähern sich der Musik ganz unterschiedlich, leben aber komplett für diese Welt und könnten nicht leidenschaftlicher darüber sprechen.

In welche Phasen würden Sie die deutsche Rap-Geschichte einteilen?

Bortot: In den achtziger Jahren gab es die ersten Hip-Hop-Jams, bei denen MCs, die damals noch eher Moderatoren als Rapper waren, Sprüher, Breaker und DJs gemeinsam gefeiert haben. Parallel dazu gab es deutschsprachige Popmusik, die Rap-Elemente aus Amerika als Stilmittel aufgegriffen hat. Ernstzunehmende deutschsprachige Rap-Veröffentlichungen gab es aber noch nicht. Die kamen Anfang der neunziger Jahre. Bis 1994 war alles sehr unbedarft, im Guten wie im Schlechten. Zwischen 1994 und 2000 ist aus der kulturellen Bewegung ein popmusikalisches Genre entstanden. Bands wie die Absoluten Beginner und Freundeskreis kamen aus der Szene, aber hatten kommerziellen Erfolg. Anfang der nuller Jahre wurden sie abgelöst von hartem Straßen- und Gangstarap aus Berlin, Sido und Bushido dominierten den Mainstream lange. Mitte der nuller Jahre haben Casper, Marteria und Cro übernommen, da ist Rap endgültig in der Musik aufgegangen, mit Einflüssen aus Indiepop und elektronischer Tanzmusik. Und dann begann schon die Neuzeit, die stark durch Streamingdienste geprägt ist. Die Songs, die dort gut funktionieren, erfüllen klassische Popkriterien: Der Refrain geht nach fünf Sekunden los, die Atmosphäre ist wichtiger als der Inhalt. Die Grenzen zwischen Rap und Gesang sind verschwommen.

Früher war kommerzieller Erfolg in der Szene verpönt. Heute gälten Rapper „als Volltrottel", wenn sie etwas anderes machten, als Fußballer- und Markennamen aneinanderzureihen, sagt ein Journalist in Ihrem Buch. Für was steht Rap noch, wenn Capital Bra Musik mit Dieter Bohlen macht?

Bortot: Rap war schon immer eine Musik für diejenigen, die sonst keinen Zugang zur Gesellschaft bekommen. Durch die Musik können sie ihre Geschichten erzählen und es aus prekären Verhältnissen herausschaffen. Das hat sich nicht geändert. In Deutschland hat Rap allerdings einen linksalternativen Ursprung. Früher war Rap fast immer politisch. Es ging weniger darum, schöne Musik zu machen, als vielmehr darum, eine Botschaft zu vermitteln. Das hat sich radikal geändert. Rap ist eine Industrie geworden.

Den Szene-Journalisten Stephan Szillus zitieren Sie in Ihrem Buch so: „Hip-Hop ist ein neoliberaler Soundtrack geworden und erklärt dir eigentlich nur, wie du in einem System gut mitspielen kannst, in dem Trump mächtig ist. Dabei war die Subkultur ursprünglich ein Tool für Unterdrückte (...). Und was ist daraus entstanden? Eine riesige Industrie, die einige wenige aus der Armut auf die Yachten gebracht hat. Durch die Illusion, dass das möglich ist, ist die Maschinerie nur noch stärker geworden."

Bortot: In Amerika war das schon sehr lange so. Sobald klar war, dass man mit Rap Geld verdienen kann, haben die ganz normalen kapitalistischen Mechanismen gegriffen. In Deutschland haben in den neunziger Jahren vor allem Leute gerappt, die aus bürgerlichen Familien kamen. Es war ein Mittelschichtsding, und es hat lange gedauert, bis im großen Stil Leute dazukamen, für die Rap ein Instrument der Ermächtigung ist. Heute schafft es Capital Bra als Sohn von Ölarbeitern zu einem Millionenvertrag bei Universal. Aber er weist in seiner Musik eben nicht darauf hin, was in unserer Gesellschaft falsch läuft. Das werfen ihm manche Protagonisten von früher dann vor.

Wann haben Migranten Rap für sich entdeckt, und was hat das verändert?

Wehn: Bushido hat eine wichtige Rolle gespielt, weil er mit seiner Musik, seinen Texten und seinem Look ein Vorbild für eine neue Generation war. Es gab noch nie so viele erfolgreiche Rapper mit Migrationshintergrund wie heute. Und sie vertreten ihre Kultur viel offensiver, auch musikalisch. Durch das Internet haben sie ganz andere Möglichkeiten bekommen, die sie sehr geschickt nutzen: Läuft ihr Video nicht im Fernsehen, laden sie es bei Youtube hoch, läuft ihr Lied nicht im Radio, veröffentlichen sie es bei Spotify, werden sie nicht interviewt, gehen sie auf Instagram live.

Bortot: Dadurch überwinden sie den latenten Rassismus, wegen dem viele Künstler auf bestimmten Kanälen immer noch nicht vorkommen.

Eine Kernszene der deutschen Rap-Geschichte kommt in Ihrem Buch nicht vor: Wollen die alten Label-Chefs von „Aggro Berlin" heute immer noch nicht darüber reden, wie Clan-Chef Arafat Abou-Chaker 2004 Bushido aus dem bestehenden Vertrag geholt hat?

Wehn: Viele Medien stürzen sich nur auf die Skandale. Wir wollten uns auf die Musik konzentrieren. Aber die Leute, die damals im Raum saßen, haben uns auch keine Interviews gegeben. Für fast alle anderen, mit denen wir gesprochen haben, spielen diese Clan-Geschichten keine Rolle.

Warum schafft es die Rap-Szene nicht, jemanden wie Farid Bang für seine Auschwitz-Zeile zu kritisieren – sondern sieht sich gleich als Kollektiv von den bösen Massenmedien angegriffen?

Bortot: Es gibt diesen Wagenburg-Reflex, wenn man von außen angegriffen wird. Das ist ein Problem, die Rap-Szene braucht eine Debattenkultur. Ein Scheiß-Statement ist ein Scheiß-Statement, auch wenn es von einem Rapper kommt. Andererseits hat man oft den Eindruck, dass in vielen Medien mit Figuren wie Andreas Gabalier schonender umgegangen wird als mit Farid Bang. Das ist dann der asoziale Kanake, der den Antisemitismus in unser schönes Deutschland bringt.

Wehn: Die Szene-Journalisten haben lange nicht das Maul aufgekriegt, weil sie Angst hatten, im Umkehrschluss keine Interviews mehr mit den Rappern zu bekommen, die sie kritisieren. Jetzt gibt es eine neue Generation von Journalisten und Journalistinnen, die sehr deutlich sagen, was sie für falsch halten – auch wenn es um den großen Kollegah geht. Sie haben keine Angst mehr.

Die Journalistin Jule Wasabi twitterte kürzlich: „Es ist 2019 und in den meisten Raptracks wird über Shisha-Bars respektvoller gesprochen als über Frauen und Homosexuelle."

Bortot: Das ist ein Riesenproblem. Sexismus im Rap gab es immer, selbst bei den vermeintlich harmlosesten Gestalten waren Frauen meist nur Staffage, die „Girls im Club". Das ist auch Sexismus. Mittlerweile ist da aber eine neue Tonalität reingekommen, es wird darüber gerappt, Frauen Drogen ins Glas zu schmeißen und sie dann zu vergewaltigen. Das finde ich unerträglich. Unsere Generation hat gekifft, weil darüber gerappt wurde. Wenn jetzt über Vergewaltigungen gerappt wird, als wäre das ganz normal, wird das öfter vorkommen. Das ist unbestreitbar. Ich verstehe nicht, warum das nicht viel klarer verurteilt wird. Andererseits gibt es kleine Fortschritte: Samy Deluxe hat früher homophobe Zeilen gerappt, da hat keiner was gesagt, mich inbegriffen. Jetzt hat er das wieder gemacht und wurde dafür kritisiert. Aber das kann nur der Anfang sein.

Wehn: Hoffnung macht, dass dieser Jungsclub endlich gesprengt wird. Lange Zeit gab es kaum Frauen in der Szene, jetzt gibt es Rapperinnen wie Nura, Haiyti und Shirin David. Shirin David hat in diesem Frühling ein wichtiges Zeichen gesetzt, als sie den Rapper Shindy dazu gezwungen hat, ein gemeinsames Lied zu löschen, weil er den Song ohne ihre Zustimmung veröffentlicht hatte. Sie war mit dem Videokonzept nicht einverstanden und wollte nicht das Objekt von Shindy sein. Das ist ein neues Vorbild mit einem neuen Selbstverständnis – und macht hoffentlich Schule.

Aber verbale Aggression wird es im Rap immer geben?

Bortot: Rap kommt aus einem Umfeld, in dem Gewalt an der Tagesordnung ist. Viele junge Männer ohne Perspektive suchen ein Ventil, diese Energie kann durch Rap kanalisiert werden. Dazu gibt es diese Battle-Kultur, also ein kompetitives Element: Jeder will der Beste sein – und das heißt eben auch, dass alle anderen scheiße sind. Bis zu einem gewissen Grad gehört das dazu. Aber man muss klar unterscheiden: Es gibt verbale Aggressionen, die im Kontext Sinn ergeben, und es gibt Aussagen, die haben auch im Rap nichts zu suchen.

Was ist heute besser als früher?

Bortot: Die Vielfalt. Zum ersten Mal stehen sehr viele verschiedene Schulen gleichberechtigt nebeneinander: Es gibt politischen, humorvollen, poppigen und aggressiven Rap auf sehr hohem Niveau. Dass die Musik melodischer geworden ist, finde ich auch gut. Es geht nicht mehr nur um den krassesten Reim, sondern um das beste Lied. Außerdem ist die Durchlässigkeit größer geworden: Jemand wie Capital Bra kann Superstar werden, aus der Perspektivlosigkeit ausbrechen und seine Geschichte erzählen. Das ist der größte Verdienst der Hip-Hop-Kultur.

Wehn: Und Capital Bra findet heute in der „Tagesschau" statt, weil er den Chart-Rekord der Beatles bricht. Die Kultur wird endlich ernst genommen. Dafür sind die Leute in den Neunzigern angetreten und wurden lange mit „Yo, yo!"-Witzen und Klischees von brennenden Mülltonnen verspottet.

Warum ist Rap nicht totzukriegen – sondern trotz aller Skandale heute so beliebt und erfolgreich wie nie zuvor?

Bortot: Weil Rap und die Hip-Hop-Kultur im Allgemeinen mehr sind als ein bestimmter Sound. Sie sind eine Idee: Nimm das, was dir zur Verfügung steht, und mache daraus etwas Neues, etwas Eigenes! Wenn man Rap so versteht und das oben angesprochene kompetitive Element hinzunimmt, ist völlig klar, dass daraus immer wieder etwas Neues entstehen wird, das junge Menschen begeistert.

Wehn: Rap hat die Popwelt eingenommen. Mir gefällt nicht jeder Song. Aber als Entwicklung begrüße ich das, weil er sehr viele Türen geöffnet hat, musikalisch wie gesellschaftlich.

Die Fragen stellte **Sebastian Eder.**

Spezielles Team: *Capital Bra und Dieter Bohlen* Foto Instagram / Dieter Bohlen / Screenshot F.A.Z.



Frau im Männerbusiness: *Rapperin Shirin David* Foto Instagram / Shirin David / Screenshot F.A.Z.

Attacke mit Gullydeckeln auf Regionalbahn

reb. DÜSSELDORF, 15. April. Dass der Lokführer keine größeren Verletzungen davontrug, hat er nur seiner Geistesgegenwart zu verdanken: Am Samstagmorgen war der Angestellte der Hessischen Landesbahn (HLB) mit seinem Triebwagen der Linie RB 93 auf der eingleisigen Fahrstrecke nach Bad Berleburg unterwegs, als er bemerkte, dass auf der Strecke vor ihm mehrere Gullydeckel von einer Brücke genau in Höhe seiner Fahrerkabine abgehängt waren. Der 49 Jahre alte Lokführer leitete eine Notbremsung ein und konnte sich noch rechtzeitig wegducken. Kurz darauf schlug mindestens einer der Deckel ein großes Loch in die Frontscheibe des Triebwagens der Regionalbahn 93. Der HLB-Mitarbeiter habe „instinktiv richtig gehandelt", nur deshalb sei ihm nichts Ernstes passiert, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft mit. Nach Angaben der HLB erlitt der Lokführer einen „mittelschweren Schock". Im Zug befanden sich keine Passagiere, weil es sich um eine planmäßige Leerfahrt handelte.

Wie ein Sprecher der Polizei am Montag sagte, gibt es derzeit für einen Terroranschlag keine Hinweise. Ein Erpresser- oder Bekennerschreiben liege nicht vor. Der oder die Täter hätten jedenfalls planmäßig gehandelt, weshalb in der Sache eine Mordkommission ermittle. „Wenn jemand schwere Gullydeckel auf Höhe des Führerstands von einer Brücke abhängt, dann nimmt er zumindest den Tod des Fahrers billigend in Kauf", sagte der zuständige Staatsanwalt.

Der oder die Täter hatten eine aus Ketten und einem schwarz-rot-goldenen Seil gebaute Konstruktion an der Brücke befestigt. Bei einem der Deckel handelte es sich um einen schwereren quadratischen Rost, der für die Abdeckung von Wasserabflüssen am Straßenrand gedacht ist. Nach Erkenntnissen der Ermittler wurden in der Nacht von Donnerstag auf Freitag insgesamt vier Gullydeckel an der Kreisstraße 31 in Hilchenbach zwischen den Ortsteilen Allenbach und Grund gestohlen. Drei von ihnen können die Täter dann nicht vor 23 Uhr am Freitagabend von der Brücke abgehängt haben – ein anderer Triebwagen hatte die eingleisige Strecke zu diesem Zeitpunkt noch unbeschädigt passiert. Der vierte Deckel wurde mittlerweile bei einem Schulzentrum gefunden, das sich nahe der Brücke befindet. Die Polizei suchte den Tatort am Montag abermals nach Spuren ab und bat Zeugen dringend darum, sich zu melden. „Jeder Hinweis kann uns weiterbringen", sagte ein Polizeisprecher.



Mordversuch: *Beschädigter Zug* Foto dpa

Kurze Meldungen

Ariana Grande hat ihre Fans mit ihrem Auftritt beim Coachella-Festival in den Vereinigten Staaten begeistert. Die 25 Jahre alte Musikerin trat am Sonntagabend im kalifornischen Ort Indio als Hauptact auf und holte dabei die Rapperin Nicki Minaj und N'Sync auf die Bühne – allerdings ohne Justin Timberlake. In sozialen Medien teilten viele Anhänger Fotos und Videos des Auftritts und tauften das Festival kurzerhand in „Arichella" um. Die Grammy-Gewinnerin war die bislang jüngste Musikerin, die bei dem Festival als Headliner auftrat, schrieb ihr Manager auf Instagram. (dpa)

Prinz Charles und seine Frau Camilla kommen nach Deutschland. Das Paar besuche vom 7. bis 10. Mai die Städte Berlin, Leipzig und München, teilten das Clarence House in London und die britische Botschaft in Berlin am Montag mit. Der Besuch des siebzigjährigen Prinzen von Wales und der ein Jahr älteren Herzogin von Cornwall findet im Auftrag der britischen Regierung statt. Das Paar werde auch öffentlich in Erscheinung treten, „damit so viele Menschen wie möglich die beiden Royals persönlich erleben können", erklärte der britische Botschafter in Deutschland, Sir Sebastian Wood. (dpa)

Madonna meldet sich mit neuer Musik zurück: Sie habe sich entschieden, ihre neue Platte „Madame X" zu nennen, verkündete die 60 Jahre alte „Queen of Pop" am Sonntag in einer Videobotschaft auf Instagram. In dem Musik-Clip ist sie in vielen verschiedenen Kostümen zu sehen. Ihre Figur Madame X beschreibt sie als Geheimagentin, die durch die Welt reist und ihre Identität ständig verändert. Sie sei Tänzerin, Professorin, Haushälterin, Gefangene, Mutter, Heilige und Hure, zählt Madonna unter anderem auf. (dpa)

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Na, dann los

Endlich eine erfreuliche Nachricht, wenn auch keine, die gänzlich frei von Zwischentönen wäre: Die EU-Mitgliedstaaten haben Verhandlungen mit Washington über den Abbau von Zöllen auf Industriegüter zugestimmt. Das wurde auch Zeit, und zwar nicht nur, um handelspolitisch auf Entspannung zu schalten, sondern weil es, ganz generell, im transatlantischen Verhältnis zuletzt nicht viel zu bejubeln gab. Sollte es gelingen, umgehend eine Übereinkunft zu erzielen, wäre das eine gute Sache – und das nicht nur wirtschafts-, außen- und bündnispolitisch. Es wäre auch gut für Deutschland. Allerdings dürfte der Kongress nicht davon begeistert sein, dass Agrargüter ausgenommen sind. Und dass Frankreich gegen die Verhandlungen gestimmt hat, könnte sich noch als Menetekel herausstellen. Den Präsidenten Macron mögen der Ärger über Amerikas Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen geleitet haben und der Wunsch, vor der Europawahl seinen Gegnern im Land keine offene Flanke zu bieten. So aber ist zu den Politikfeldern, auf denen es zwischen Paris und Berlin nicht rundläuft, ein weiteres hinzugekommen. K.F.

Klima-Wahlen

Ein Drittel von Finnland liegt nördlich des Polarkreises. Ein Viertel der Niederlande liegt unter dem Meeresspiegel. Kein Wunder also, dass Klimaschutz bei Wahlen in beiden Ländern zuletzt eine, wenn nicht die Hauptrolle spielte. Gut so. Denn auch wenn Laien die Modelle zur Erderwärmung nicht durchschauen, ist die Diskussion über Gegenmaßnahmen kein Fall für Technokraten, sondern für alle Bürger. Sowohl die finnische Parlamentswahl vom Sonntag als auch die niederländischen Provinzwahlen im März zeigen allerdings, wie sehr (auch) dieses Thema polarisiert. Wie der holländische Wahlsieger Thierry Baudet hatte Jussi Halla-aho von der Partei „Die Finnen" seine Parolen gegen Einwanderer und die EU um scharfe Warnungen vor „Klima-Hysterie" ergänzt – und wäre so beinah zur stärksten Kraft geworden. Nicht nur die französischen „Gelbwesten" belegen, dass das Thema auch in großen EU-Staaten mit Wucht ankommt. Es bietet enormes Potential für Populisten. Gerade das finnische Ergebnis zeigt aber auch deutliche Unterstützung für eine breite Koalition ehrgeiziger Klimaschützer. anr.

Notbremse

Der Fall der rumänischen Sozialdemokraten liegt ein wenig anders als der von Viktor Orbáns Fidesz-Partei. In Ungarn geht es um autoritäre Entwicklungen, in Rumänien um Korruption. Trotzdem haben nun auch die europäischen Sozialdemokraten die Notbremse gezogen und die Beziehungen mit der PSD „eingefroren". Das befreit sie immerhin von dem manchmal nicht ganz zu Unrecht erhobenen Vorwurf, sie seien auf dem linken Auge blind. In der Sache ist diese Suspendierung genauso gerechtfertigt wie zuvor die des Fidesz aus der Europäischen Volkspartei. Mit dem Rechtsstaat sind die Vorgänge in beiden Ländern nicht vereinbar, und auch nicht mit den Zielen, denen sich die beiden großen Fraktionen im Europaparlament verschrieben haben. Es fällt allerdings auf, dass beide Parteienfamilien ihren ungeliebten Mitgliedern eine Tür für die Rückkehr offen halten. Sowohl Fidesz als auch PSD bringen eben doch eine hübsche Zahl von Abgeordneten nach Straßburg. Mal sehen, wie wichtig die vielzitierten europäischen Werte sind, wenn nach der Europawahl Mehrheiten gesucht werden. nbu.

Auf dem Papier

Athen zieht Lehren aus den tödlichen Waldbränden von 2018 / Von Michael Martens

ATHEN, im April

Der Klimawandel schert sich nicht um jene, die ihn leugnen. Er macht einfach weiter. In Griechenland steigt die Zahl verheerender Waldbrände seit Jahren. Im Juli 2018 ereignete sich das bisher tödlichste Feuer, das nach dem am stärksten betroffenen Ort als „Katastrophe von Mati" in trauriger Erinnerung geblieben ist. Das bisher letzte Todesopfer, Nummer 100, erlag im Dezember vergangenen Jahres den Spätfolgen der erlittenen schweren Verbrennungen. Da immer noch Brandopfer in griechischen Krankenhäusern um ihr Leben kämpfen, könnte die Gesamtzahl der Toten von Mati weiter steigen. Viele der zunächst Überlebenden waren vor den Flammen ins Meer geflohen, wo sich ihre Brandwunden infizierten, bevor sie erst Stunden später gerettet wurden.

Die Regierung von Ministerpräsident Alexis Tsipras hat nach Mati eine umfangreiche Analyse bei unabhängigen Fachleuten in Auftrag gegeben, um untersuchen zu lassen, wie es um die Brandbekämpfung in Griechenland steht und was der Staat tun kann, um ähnliche Tragödien zu verhindern oder wenigstens ihr Ausmaß zu begrenzen. Federführend beteiligt an der Ausarbeitung der gut 150 Seiten umfassenden Analyse war das zum Max-Planck-Institut zugehörige Zentrum für globale Waldbrand-Überwachung in Freiburg unter Leitung von Johann Georg Goldammer. Das Ergebnis der Untersuchung ist niederschmetternd, wenn auch auf eine Art, welche die derzeitige griechische Regierung zumindest partiell entlastet, was durchaus ein Hintergedanke der Auftraggeber gewesen sein dürfte. Denn der Wildwuchs an Zuständigkeiten und der Koordinationsmangel bei der Brandbekämpfung ebenso wie das illegale Bauen in nicht dafür ausgewiesenen Gebieten oder das Fehlen eines Systems freiwilliger Feuerwehren sind ein Erbe von Jahrzehnten. Der derzeitigen, von Tsipras' „Bündnis der radikalen Linken" (Syriza) dominierten Koalitionsregierung kann man aber vorwerfen, dass auch sie, die doch 2015 angetreten war, alte Zöpfe abzuschneiden, kaum etwas gegen die zum Teil wohlbekannten Übel unternommen hat.

Da wäre zunächst das Zuständigkeits-Wirrwarr, über das in dem Bericht festgestellt wird, dass insgesamt 45 Behörden oder staatliche Stellen in Griechenland für die Waldbrandprävention zuständig sind, die oft unkoordiniert nebeneinander arbeiten. Auch Gesetzeslücken (zum Teil von Lobbygruppen politisch gewollt) verhinderten eine bessere Kooperation, stellt der Bericht fest. „Bei der Landschaftsbrandbekämpfung müssen 17 Behörden, die zu sechs Ministerien gehören, wirksam zusammenarbeiten, um elf verschiedene institutionelle Aufgaben zu erfüllen", heißt es zum Beispiel. Frei übersetzt ließen sich einige Passagen des Berichts mit der Formulierung zusammenfassen, dass bei der Bekämpfung von Großbränden in Griechenland oft eine Hand nicht weiß, was die andere tut.

Um vorhandene Ressourcen besser zu nutzen, schlagen die Autoren vor, die Küstenwache stärker in die Prävention und Bekämpfung von Waldbränden zu integrieren. Die gezielte Beobachtung bewaldeter Küstenabschnitte zur Frühwarnung und die Rettung von ins Meer geflohenen Menschen, die in Mati stundenlang unterblieb, weshalb unter den Opfern des Feuers auch Ertrunkene waren, gehören dazu.

In dem Bericht werden noch viele weitere detaillierte Vorschläge zur institutionellen Straffung unterbreitet, doch machen die Verfasser deutlich, dass es damit allein nicht getan sei, wenn zugleich nicht viel mehr Wert auf Brandprävention gelegt werde. Denn die erhöhte Feuergefahr hat nicht allein mit immer heißeren und trockeneren Sommern zu tun, sondern auch mit dem Wandel der griechischen Gesellschaft – nicht zuletzt mit dem Wohlstand des Landes, der nach dem Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft 1981 stark gestiegen ist.

Anders als noch vor einem halben Jahrhundert werden auch in Griechenland die Wälder von der Bevölkerung kaum noch wirtschaftlich genutzt. Immer weniger Imker, Holzsammler und Harzhändler leben von den Wäldern, viel seltener als früher grasen Schafherden darin. Als Folge davon sammeln sich im Unterholz große Mengen an totem Material und trockenem Gestrüpp an – ein idealer Brennstoff für Feuer. Wenn in einem solchen Wald ein Brand ausbricht, hat es auch eine bestens ausgerüstete Feuerwehr schwer.



Ein Bild der Verwüstung: *Mati nach dem Waldbrand vom Juli 2018* Foto dpa

Im „Goldammer-Bericht", wie er in der griechischen Debatte auch genannt wird, heißt es dazu eindeutig, ohne eine andere Waldbewirtschaftung werde sich die Gefahr immer größerer Feuer stetig erhöhen. Alle anderen Initiativen, etwa eine massive Aufstockung des Budgets der Feuerwehren, seien dann nutzlos. Die Autoren schlagen der Regierung vor, eine öffentliche und parlamentarische Debatte darüber anzustoßen, wie die Waldbewirtschaftung gefördert werden könne, um die Waldbrandgefahr zu verringern. Nötig sei die Ausarbeitung eines „nationalen ländlichen Entwicklungsplans", der substantielle Anreize biete, zum Beispiel in Form von Steuervergünstigungen, um Holzbewirtschaftung, Harzgewinnung oder Imkerei in den Wäldern zu fördern. Ziel müsse es sein, die „brennbare Biomasse" am Waldboden zu vermindern, etwa durch grasende Tierherden, die in die Wälder geführt werden.

Fraglich ist allerdings, ob die Politik die Empfehlungen der Fachleute in angemessener Zeit aufnehmen wird und vor allem durchsetzen kann, zur Not auch gegen die Partikularinteressen einzelner Gruppen wie der Berufsfeuerwehren. Die Jahre der Finanzkrise haben gezeigt, dass es in Griechenland mit der Fehleranalyse und der Verabschiedung von Gesetzen oft nicht getan ist, da Reformen über eine papierne Existenz nicht hinauskommen.

Für Tsipras und seine Partei steht in diesem Sommer allerdings einiges auf dem Spiel. Die Katastrophe von Mati hat der Regierung zwar kaum geschadet, wie die ersten Umfragen nach der Sommerpause von 2018 zeigten. Die meisten Griechen sahen ein, dass es sich um ein Konglomerat an Versäumnissen handelte, das über Dekaden gewachsen war. Derzeit hofft Tsipras, dass seine jüngsten sozialpolitischen Maßnahmen, etwa die Erhöhung des Mindestlohns, den Rückstand der Syriza zur in allen Umfragen führenden Oppositionspartei Nea Dimokratia verringern können. Schließlich stehen spätestens im Oktober Parlamentswahlen an. Doch sollte es in diesem Sommer wieder zu einem Großbrand mit vielen Todesopfern kommen, wird Syriza wohl ihre letzten Hoffnungen aufgeben müssen, noch zur Nea Dimokratia aufschließen zu können.

Ein Versagen der Institution

Die katholische Kirche bekannte sich spät zu ihrer Rolle beim Völkermord in Ruanda / Von Thomas Jansen

Der Völkermord in Ruanda steht nicht nur für ein Versagen der internationalen Gemeinschaft, die dem Morden tatenlos zusah, obwohl 2500 UN-Soldaten in dem ostafrikanischen Land stationiert waren. Die Massaker extremistischer Hutu an Tutsi und gemäßigten Hutu, denen vom 7. April bis Mitte Juli 1994 nach Schätzungen 800 000 Ruander zum Opfer fielen, zählen auch zu den dunkelsten Kapiteln in der Geschichte der katholischen Kirche im 20. Jahrhundert, der gut die Hälfte der Bevölkerung Ruandas angehört. Tausende Tutsi hatten sich damals im Vertrauen auf Schutz vor den Hutu-Milizen in katholische Kirchen geflüchtet. Doch etliche Priester lieferten sie ihren Verfolgern aus, wurden zu Komplizen der Mörder und manche töteten sogar selbst.

Der bekannteste Fall war jener des Priesters Athanase Seromba, den der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda im März 2008 wegen Beteiligung am Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu lebenslanger Haft verurteilt hat. In Serombas Kirche in Nyange im Westen Ruandas hatten 1500 bis 2000 Tutsi vor Angriffen extremistischer Hutu Zuflucht gesucht. Am folgenden Tag wurde die Kirche von Hutu-Soldaten und Angehörigen einer Miliz umstellt, die mit Äxten und Granaten auf die Tutsi losgingen. Seromba wies daraufhin einen Baggerfahrer an, die Kirche niederzureißen und jene Tutsi zu überfahren, die noch nicht niedergemetzelt worden waren. „Der Fall Serombas ist typisch", sagte Wolfgang Schomburg, der damals Richter am Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda war, im Gespräch mit dieser Zeitung. Es habe eine Reihe ähnlicher Fälle gegeben.

Wie andere Beteiligte am Völkermord in Ruanda floh auch Seromba nach Europa und tauchte 1997 in Florenz auf, wo er unter falschem Namen zwei Jahre als Priester tätig war, bis er von einer Menschenrechtsorganisation enttarnt wurde. Im Juni 2001 erhob der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda Anklage gegen den Geistlichen, der bis zuletzt seine Unschuld beteuerte. Serombas Flucht nach Italien und sein dortiges Wirken als Priester ist kaum ohne kirchliche Hilfe denkbar. Auch beim Internationalen Strafgerichtshof setzte sich der Vatikan für Seromba ein. Wie eine mit dem Verfahren vertraute Person dieser Zeitung sagte, versuchte ein vatikanischer Diplomat beim Präsidenten des Gerichtshofs eine Einstellung des Verfahrens zu erwirken.

Von den 62 Personen, die der Internationale Strafgerichtshof für Ruanda verurteilte, waren zwei katholische Priester, ein weiterer angeklagter Priester wurde freigesprochen. Einen weiteren Fall übergaben die Richter an die französische Justiz. Das Tribunal mit Sitz in Arusha im Nordosten Tansanias war von den Vereinten Nationen im November 1994 eingerichtet worden, um zentrale Akteure des Völkermords zur Rechenschaft zu ziehen. Dutzende weitere Priester wurden von traditionellen Gerichten der Dorfgemeinschaften in Ruanda wegen ihrer Rolle während des Völkermords verurteilt. Wie viele Priester verurteilt wurden, ist nicht bekannt.

Der Völkermord in Ruanda war kein spontaner Gewaltexzess. Die Massaker wurden detailliert geplant und durch gezielte Propaganda gegen die Tutsi mehrere Monate lang vorbereitet. Die katholischen Bischöfe Ruandas, die traditionell der Hutu-Regierung nahestanden, unternahmen jedoch – von Ausnahmen einzelner Bischöfe abgesehen – nichts, um dem systematisch geschürten Hass gegen die Tutsi entgegenzuwirken, der im Oktober 1993 in den öffentlichen Aufruf zum Völkermord mündete. Und als die Massaker begannen, brauchten die Bischöfe einige Wochen für eine gemeinsame Stellungnahme, in der sie sich auf einen allgemeinen Aufruf zum Frieden an Hutu und Tutsi beschränkten, ohne die Schuldigen an den Massakern ausdrücklich zu benennen.

Es dauerte 22 Jahre, bis sich die katholische Kirche in Ruanda zu einem Schuldbekenntnis entschloss. Im November 2016 veröffentlichte die Bischofskonferenz des ostafrikanischen Landes eine Erklärung, in der es hieß: „Wir bitten um Verzeihung dafür, dass einige Kirchenmitglieder und Priester, die ihr Leben dem Dienst für Gott und die Christen gewidmet haben, sich am Völkermord beteiligt haben." Die Bischöfe hoben zugleich hervor, dass die Kirche niemand beauftragt habe, zu töten, und sie wiesen eine Schuld der Kirche als Institution zurück. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, Bischof Philippe Rukamba, sagte: „Wir wissen, dass Kirchenmitglieder eine Rolle beim Völkermord spielten. Jedoch stimmen wir nicht der Auffassung zu, dass die Kirche selbst eine Rolle im Genozid spielte."

Das bischöfliche Schuldbekenntnis fand ein geteiltes Echo, unter Opfern gab es sowohl Kritik als auch Lob. Der Regierung von Präsident Paul Kagame, der dem Völkermord 1994 als Anführer der aus einer Tutsi-Miliz hervorgegangenen Ruandischen Patriotischen Front (RPF) ein Ende bereitet hatte, ging es nicht weit genug; sie bemängelte das fehlende Eingeständnis eines institutionellen Versagens. Die Bischöfe befanden sich damit allerdings ganz auf der päpstlichen Linie. Auch Johannes Paul II. hatte 1996 in einem Brief an Ruandas Bischöfe geschrieben, „die Kirche als Ganze kann nicht für die Schuld jener Glieder verantwortlich gemacht werden, die gegen das Gesetz des Evangeliums gehandelt haben". Offenbar für unzureichend hielt Franziskus diese Sichtweise seines Vorgängers und der ruandischen Bischöfe, die damit der traditionellen katholischen Lehre folgten, dass die Kirche selbst nicht schuldig werden kann, weil sie eine Gründung Jesu Christi ist. Anlässlich einer Audienz für Ruandas Präsident Kagame im Vatikan bat er im März 2017 jedenfalls um Vergebung für die „Sünden und Fehler der Kirche und ihrer Mitglieder".

Heute spielt die katholische Kirche in Ruanda eine tragende Rolle für die Aussöhnung der beiden verfeindeten Volksgruppen. Doch die Wunden der Vergangenheit sind tief. Die katholische Theologin Katharina Peetz, die an der Universität des Saarlandes das Projekt „Gelebte Theologie im Friedens- und Versöhnungsprozess Ruandas" der Deutschen Forschungsgemeinschaft leitet, kennt mehrere Fälle, in denen Katholiken wegen des Verhaltens der katholischen Kirche während des Völkermords zu einer evangelikalen Freikirche übergetreten sind; statistisches Material dazu gebe es aber nicht. So habe ihr eine Frau in Ruanda erzählt, sie könne nicht mehr Katholikin sein, weil ihre Eltern in einer katholischen Kirche ermordet worden seien.

Verena BENTELE Foto Imago

Für Beteiligung

Schon vor sechs Jahren hat die frühere Behindertenbeauftragte der Bundesregierung und heutige Präsidentin des Sozialverbandes VdK Verena Bentele sich dafür eingesetzt, dass vollbetreute Menschen mit Behinderung bei der Europawahl am 26. Mai mit abstimmen dürfen. Bisher dürfen diese sowie psychisch Kranke, die sich im Maßregelvollzug befinden, bei Wahlentscheidungen auf Bundesebene nicht an die Wahlurne. Bentele ist ausgesprochen verärgert darüber, dass seither nichts passiert ist, sagte sie vor der Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts über den Antrag einer einstweiligen Anordnung, die FDP, Linke und Grüne in Karlsruhe beantragt hatten. Das Ziel eines „inklusiven Wahlrechts" war im Koalitionsvertrag schon vereinbart worden. Demzufolge hatte sich die große Koalition in Berlin auf den Abbau von Wahlrechtshürden geeinigt, doch der Gesetzentwurf zur Streichung von Wahlrechtsausschlüssen soll erst zum 1. Juli 2019 in Kraft treten. Damit könnten die Betroffenen an der Europawahl noch nicht teilnehmen. Im Februar hatte das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass auf einen gerichtlich bestellten Betreuer angewiesene Behinderte nicht einfach von der Wahl ausgeschlossen werden können. „Es ist jetzt wichtig, dass alle Menschen auch barrierefrei informiert werden und ohne Hürden an den Wahlen teilnehmen können", meint Bentele, die schon vor ihrer Wahl zur Präsidentin im Landesvorstand des VdK Bayern angehörte.

Als zwölffache Paralympicssiegerin im Biathlon und im Skilanglauf machte die durch eine Erbkrankheit blinde Bentele den Behindertensport populär. Sie wurde am 28. Februar 1982 in Lindau geboren und wuchs auf dem Biobauernhof ihrer Eltern bei Tettnang am Bodensee auf. 2001 legte sie ihr Abitur mit Schwerpunkt Wirtschaftslehre an einer Förderschule für Blinde und Sehbehinderte in Marburg ab. Nach dem Ende ihrer aktiven Sportlerkarriere 2011 schloss sie ein Magisterstudium mit dem Hauptfach Neuere Deutsche Literaturwissenschaften mit den Nebenfächern Sprachwissenschaften und Pädagogik an der Ludwig-Maximilians-Universität in München mit der Note „sehr gut" ab. Sie ließ sich dann zum systemischen Coach ausbilden und war als freiberufliche Vortragsrednerin und Motivationstrainerin für Unternehmen tätig. Anderen Mut machen kann eine, die sich selbst etwas traut: 2013 bestieg sie als erste Blinde den Kilimandscharo und im selben Bergmassiv den Mount Meru.

2014 wurde sie auf Vorschlag der damaligen Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) zur Behindertenbeauftragten bestellt. Als erste Behinderte war sie in diesem Amt bis Mai 2018 tätig. Die Strategie des vorsichtigen Mahnens manches Vorgängers hat sie schnell abgelegt. Sie machte sich für die konsequente Abschaffung von Barrieren für Behinderte stark und ist auch nicht verlegen, wenn es um ihre eigene Selbständigkeit geht. Mit Hilfe von Sprachprogrammen auf Computern und Handy versucht sie, weitgehend selbständig zu arbeiten und sich lange Texte schnell vorlesen zu lassen. Als VdK-Präsidentin will sie weiterhin gegen die Benachteiligung Behinderter kämpfen. HEIKE SCHMOLL

Er auf seiner Höllenfahrt

Colm Tóibíns großer Essay über den Krebs

„It all started with my balls“: Der Satz, mit dem der irische Schriftsteller Colm Tóibín den Essay über seine Krebserkrankung beginnt, liest sich im Original sicherlich etwas lockerer als auf Deutsch. Und doch geht es in dem rund dreißig Seiten langen, Satz um Satz erschütternden Stück, das die Kulturzeitschrift „London Review of Books“ jetzt veröffentlicht hat, auch darum: was sich über existentielle Grenzsituationen sagen lässt und was nicht; wohin Sprache vordringen kann, wenn ein Künstler sie ein Leben lang geschliffen hat; und am Ende auch, was das Schreiben über Angst, körperlichen Schmerz und nachtschwarzes Elend den Nichtkranken zu sagen hat.

Es begann also mit seinen Eiern – einem Schmerz, einer Schwellung, einer ersten ärztlichen Untersuchung und ein paar Tests. Dann Weiterleben, Reisen zwischen Kontinenten, wichtige Dinge. Sagen wir: Verdrängen, weil niemand gern darüber nachdenkt, was in den intimeren Zonen seines Körpers nicht stimmen könnte. Bis Ignorieren nicht mehr geht. Die Onkologie kommt ins Spiel, eines führt zum anderen: die Höllenfahrt, die für jeden Kranken eine andere ist und von der sich wohl nur in der Literatur so berichten lässt, dass andere etwas damit anfangen können.

Colm Tóibín, geboren 1955, pendelt zum Zeitpunkt seiner Erkrankung zwischen Südkalifornien, New York, Dublin und seinem Rückzugsort in den Pyrenäen. In Amerika hält er sich wegen ehrenvoller Professuren auf. Erstmals teilt er sein Leben dauerhaft mit einem Partner, wie er vor zwei Jahren in Berlin erzählte, und es gefällt ihm. Jetzt schleudert ihn die Krebserkrankung aus alldem heraus, zwingt ihn in eine lange Chemotherapie in Irland und schickt ihn auf einen monatelangen Kreuzweg, dessen Ende nicht absehbar ist. Auch heute noch nicht.

Spätestens seit den Aids-Berichten der achtziger und neunziger Jahre, die ein eigenes literarisches Genre begründeten, hat die Kunst der autobiographischen Krankheitsbeschreibung mit Alltäglichkeit und dem banalen Sosein der Dinge zu tun – mit Krankenhausbürokratie, dem Temperament von Ärzten und Pflegepersonal, der Prozession der Pillen und den verschiedenen Flüssigkeiten, die aus dem Körper heraus- oder in ihn hineinlaufen. Aber auch mit dem Entschluss, Schamgrenzen zu queren und das Schweigen zu brechen. Manchmal steht am Ende der Aids-Tod wie bei dem Franzosen Hervé Guivert („Mitleidsprotokoll“) oder dem Amerikaner Harold Brodkey („Die Geschichte meines Todes“). Die moderne Krankheitsliteratur will weder erbaulich sein – also Trost spenden, wo keiner zu haben ist – noch klinisches Grauen als Selbstzweck produzieren, sondern: Ehrlichkeit, Einsicht, Transparenz.

Es ist wohl kein Zufall, dass Tóibín, der in seinen Essays oft über die Verhüllungsstrategien homosexueller Künstler geschrieben hat, weil er selbst einer ist, jetzt einen solch wahrhaftigen Text schreiben konnte. Von der ersten Zeile an gelingt es ihm, seine Leser zu berühren und nah an seine Seite zu holen. Kein einziger falscher Ton: Dieser Autor, der schon früh in seiner Laufbahn mit psychologischer Meisterschaft beschädigte ältere Menschen geschildert hat – etwa in „Flammende Heide“ (1992) –, macht sich selbst auf uneitle Weise durchlässig, ja durchsichtig. Medizinisches Detail muss sein – aber in Grenzen. Andererseits sind wir erwachsene Menschen, da verbieten sich Euphemismen. Als zwei junge Männer in Kitteln sich zur Vorbereitung des Ultraschalls an den Geschlechtsteilen des Autors zu schaffen machen, sagt der eine zu ihm: „Ich weiß, das ist jetzt peinlich für Sie.“ Tóibíns Antwort: „Wenn Sie so alt sind wie ich, ist nichts mehr peinlich.“

Dieselbe Diskretion gilt für den Humor, der hier und da aufblitzt. Als Tóibín es vor Schmerzen kaum noch aushält und abermals dringend ins Krankenhaus muss, fällt ihm ein, dass der Papst sich auf Dublin-Besuch befindet und die halbe Stadt abgesperrt ist. Sofort fragt er sich, ob er in den letzten Jahren nicht zu kritisch über Franziskus I. geschrieben hat und ob ihm jetzt dafür womöglich die Rechnung von oben präsentiert wird. Auch ein Agnostiker bleibt katholischer Ire.

Was sonst noch? Tóibín weiß jetzt, was Ärzte und Pflegepersonal leisten („ich mochte jeden dort, und das war eine Hilfe“). Dass Trinken ein Luxus sein kann. Dass er für den Rest seines Lebens das Geschrei der Dubliner Seemöwen hassen wird. Dass körperliche Schwäche demütigend ist und auch das mit Demut ertragen werden muss. Dass man kindliche Dankbarkeit empfindet für Medikamente, die einen zudröhnen.

Seit Tóibíns Essay vor einigen Tagen frei zugänglich auf der Website des „London Review of Books“ erschien, haben zahllose Medien in Großbritannien und Irland darauf reagiert. Nicht nur, weil es sich um einen der großen zeitgenössischen Erzähler englischer Sprache handelt. Sondern weil hier ein bedeutendes Stück Lebensliteratur entstanden ist. „Berauben wir ihn seiner Unheimlichkeit“, hat Montaigne über den Tod geschrieben, „pflegen wir Umgang mit ihm, gewöhnen wir uns an ihn . . .“ Aber nur wenige Autoren schaffen es wie Colm Tóibín, uns dabei zu helfen. PAUL INGENDAAY



Im Uhrzeigersinn: Astrid Löffler-Luckes „Onyx“ ohne und mit Farbe von 1967 sowie das „Diamant“-Mokkaservice von 1969 Foto Angela Endress

Die Flamingos sind jetzt aus Plastik

Das wunderbare Porzellan, das zu DDR-Zeiten auf Burg Giebichenstein in der Tradition des Bauhauses entworfen wurde, ist jetzt in zwei oberfränkischen Museen wiederzuentdecken.

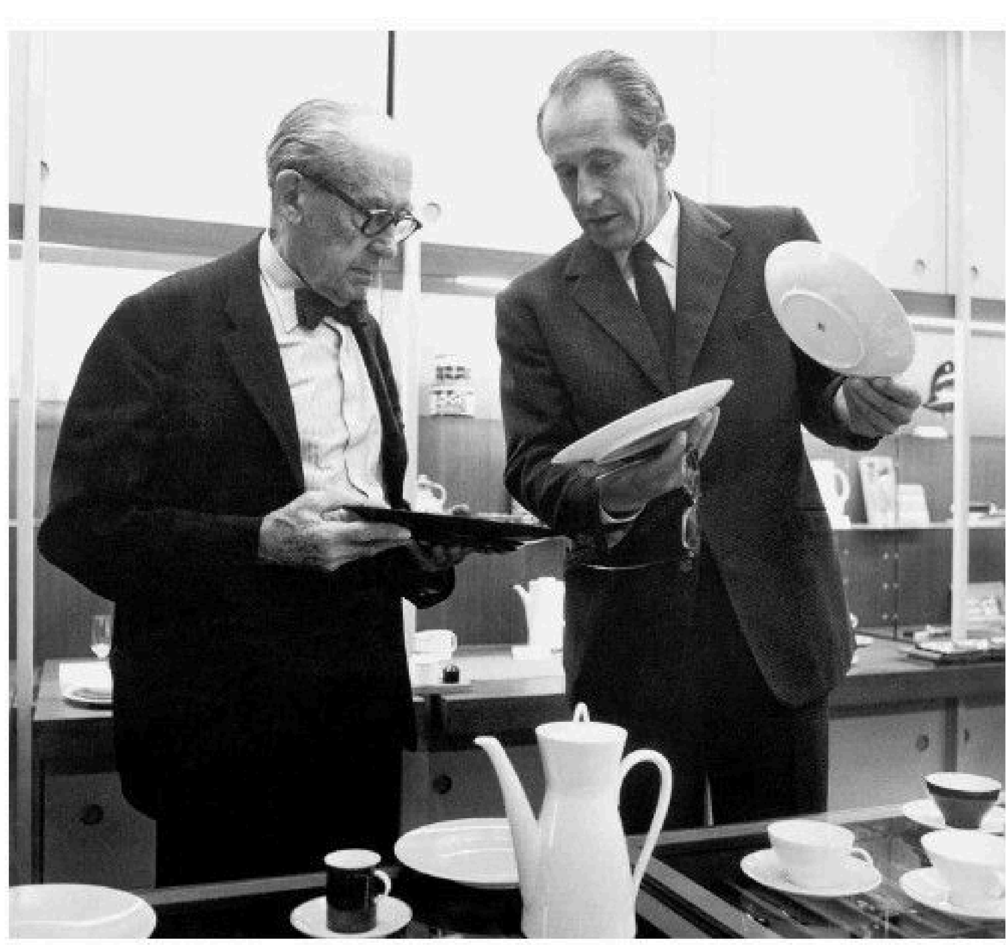
Auf den ersten Blick mündet die Geschichte des Bauhauses im Exil seiner Akteure. Der Gründungsdirektor Walter Gropius emigrierte 1937 in die Vereinigten Staaten. Seine Nachfolger, Hannes Meyer und Ludwig Mies van der Rohe, verließen in den dreißiger Jahren das Land. Die berühmte Töpferwerkstatt des Bauhauses in Dornburg wurde bereits 1925 geschlossen, als es von Weimar nach Dessau umzog und sich programmatisch verstärkt an der Industrie orientierte. Der Leiter der Keramikabteilung, Gerhard Marcks, und seine Schülerin Marguerite Friedlaender kamen an der Burg Giebichenstein in Halle unter, einer kaum weniger innovativen Konkurrenzeinrichtung (F.A.Z. vom 18. Dezember 2018). Mit ihren Arbeiten für die Königliche Porzellanmanufaktur Berlin schrieb Friedlaender Designgeschichte. 1933 wurde sie aufgrund ihrer jüdischen Herkunft entlassen und floh zunächst in die Niederlande, später in die Vereinigten Staaten.

Gerade im touristisch ergiebigen Jubiläumsjahr 2019 stellt sich die Frage: Wo hat das Bauhaus sichtbare Spuren hinterlassen? In welchen Zusammenhängen konnte es über die Schließung im Jahr 1933 hinaus Impulse setzen? Ist die mit dem Bauhaus assoziierte Praxis der Formgebung und Lehre nicht seit der Auflösung der Ulmer Hochschule für Gestaltung vor fünfzig Jahren passé?

Zwei Ausstellungen im entlegenen Oberfranken geben Antworten. Das Porzellanikon mit seinen Standorten in Hohenberg an der Eger und Selb zeigt das keramische Schaffen im Umfeld der Burg Giebichenstein von der Weimarer Republik bis in die Gegenwart in einer von Claudia Zachow und Steffi Auffenbauer kuratierten Schau. In Selb öffnet die Rosenthal GmbH das Werksgelände am Rotbühl für Besucher: Gropius selbst hatte die Fabrik ab 1965 mit seinem Team errichtet. Im Unterschied zur „Glaskathedrale“ in Amberg, in der heute die Riedel-Gruppe produziert, erlebte er die Vollendung seines Selber Spätwerks noch.

Herausragend ist der designhistorische Ausstellungsteil in Hohenberg, im Kern ein Who`s who der Porzellangestaltung der DDR. Schon der Auftakt überrascht: Gustav Weidanz’ Teeservice von 1922 dekliniert Griffvarianten durch, die zwischen ergonomischer Analyse und einer neuen Poesie der Technik schwanken. Die Handhaben erinnern dabei nicht zufällig an Flugzeugteile. Es folgen die erwartbaren Spitzenstücke von Friedlaender und Marcks, dekorloses Porzellan für die „Neue Wohnung“, das durch die Eleganz seiner Formen besticht. Fast zu unschuldig steht Friedlaenders Steingutservice „Five o’Clock“ in der Vitrine. Die appetitliche Cremefarbe und die seltsam bekannten Konturen lassen vergessen, dass der Entwurf von 1937 ein Produkt des erzwungenen Exils der Künstlerin ist.

Als Bindeglied zwischen den vor 1933 in Halle tätigen Bauhäuslern und dem Neuanfang unter sozialistischen Vorzeichen fungiert Hubert Griemert, der bis 1946 an der Burg Giebichenstein lehrte. Gerne hätte man einige Arbeiten aus jener dunklen Zeit gesehen. Statt dessen prunkt die Griemert gewidmete Sektion mit seinen stilprägenden Entwürfen aus der frühen Bundesrepublik. Neben üppig sich biegenden, braun- und blauscheckigen Kolbenvasen stehen seine beiden Service für die KPM: die doppelt geschwungene Form „Krokus“ und das Jubiläumsservice „Kreis und Oval“, bei dem alle gemeinsam genutzten Teile einen ovalen Querschnitt haben.



Formfetischisten unter sich: Walter Gropius und Philip Rosenthal Foto Museum

Paradigmatisch für die DDR-Zeit ist die Biographie von Hubert Petras. Seine Zylindervasen führten 1962 zu einem letzten Aufflammen des Formalismus-Streits. Ab 1966 unterrichtete er für drei Jahrzehnte an der Burg Giebichenstein und entwickelte eine bis heute nachwirkende Grundlehre, die nicht von ungefähr an den Vorkurs des Bauhauses erinnert. Noch als Pensionär gelangen ihm zeitgemäße Entwürfe wie das Objekt „Kaktus“ oder eine amorphe Noppenvase.

Generell folgt der keramische Diskurs an der Burg Giebichenstein in der Nachkriegszeit dem Paradigma der industriellen Formgestaltung. Davon erzählen kanonische Leistungen wie Ilse Dechos Service „Daphne“ mit kantigen Griffen und abstrakt reliefierten Oberflächen. Die charakteristische Spannung zwischen formalem Eigensinn und den Anforderungen der Massenproduktion trieb Astrid Löffler-Lucke auf die Spitze. Ihre Fußtasse „Onyx“ ist ein ebenso poetisches wie exzentrisches Objekt. Die Deckel ihres Services „Diamant“ ziert kein gewöhnlicher Knauf, sondern ein Ring, der wie Schmuck aus den Swinging Sixties wirkt.

Frappierend aktuell sind die Gefäßstudien mit quadratischem Querschnitt, die Jutta Schulz in den achtziger Jahren für die Arbeitsgemeinschaft „Gedeckter Tisch“ erarbeitete. Die Absolventen der Hallenser Hochschule machten auch nach 1989 Karriere, allen voran Barbara Schmidt, der das Berliner Bauhaus-Archiv 2013 mit noch nicht einmal 50 Jahren eine Werkschau widmete. Als Chefdesignerin war sie an der Neuausrichtung der 1994 von einem ehemaligen Rosenthal-Manager übernommenen Porzellanfabrik Kahla beteiligt, die heute zu den Innovationsführern der Branche zählt, getreu dem Motto „Design oder Nicht-Sein“.

Die zweite Ausstellungssektion in Selb gilt der trotz aller Brüche lebendigen Tradition der Keramikausbildung an der Burg Giebichenstein. Schon Friedlaender reagierte mit ihren Servicen auf veränderte Gebrauchsgewohnheiten. Aktuelle Schülerarbeiten künden vom Bemühen, neue Techniken wie Laser oder 3D-Druck mit überlieferten Idealen der Formgebung zu vermitteln. Konsequent verweist das gegenwärtige Motto des Studiengangs auf die Polarität von Handwerk und Industrie, die schon die Selbstreflexion des Bauhauses prägte: „Working like a craftsman – Thinking like a designer“.

Den Spagat zwischen gestern und heute bewältigt auch die Präsentation im Rosenthal-Werk am Rotbühl. Plastikattrappen ersetzen die einst frei auf dem Gelände herumlaufenden Flamingos, die der Fuchs gefressen hat. In einem ehemaligen Großraumbüro zwischen dem ikonischen Schmetterlingsdach und dem Feierabendhaus, das seine Bestimmung im Namen trägt, zeigt sich die Firma als vitales Designunternehmen und informiert zugleich über die Baugeschichte der zu ihrer Entstehungszeit wegweisenden Fabrikanlage.

Dass Bayern dem Bauhaus-Verbund zum hundertsten Gründungsjubiläum der Schule nicht beigetreten ist, verwundert angesichts von Gropius’ Präsenz im Freistaat. Mit etwas gutem Willen mag man – analog zu Ludwig Thomas „Münchner im Himmel“ – vermuten, dass der Bote, der die Kunde vom Bauhauserbe der nördlichen Landesteile in die Hauptstadt hätte bringen sollen, nie weiter gekommen ist als bis zu den Zoigl-Wirten von Windischeschenbach und ihren kühlen Bierseideln. CHRISTOPH SCHMÄLZLE

Reine Formsache. Vom Bauhaus-Impuls zum Designlabor an der Burg Giebichenstein Halle. Im Porzellanikon – Staatliches Museum für Porzellan, Hohenberg a. d. Eger/Selb; bis zum 6. Oktober. Der instruktive Katalog kostet 39,90 Euro.

Radikal zeitgemäß. Rosenthal x Walter Gropius. Im Rosenthal-Werk, Rotbühl/Selb; bis zum 28. September (nur samstags). Das Begleitmagazin kostet 6 Euro.

Der Hype-Killer

Die härtesten Arbeiter für die Forschung, da beißt die Maus keinen Faden ab, besitzen ein erbsengroßes Hirn und die wachesten Augen der Welt. Im harten Laboralltag hat das leider gar nicht viel zu bedeuten. Keine Maus kriegt einen Orden dafür, dass sie für Pillen, Psychosen und Diäten ihr Leben lässt. Wenn alles gut läuft, gut für den Forscher, dann schafft es die Maus irgendwie in die Schlagzeilen. Nicht persönlich, höchstens als Stellvertreter. Die Forschung, heißt es dann ganz unkompliziert, habe bewiesen, dass ein bestimmtes Wachstumshormon den Wunsch nach Gewichtsabnahme hintertreibe oder dass Sport während der Schwangerschaft den Nachwuchs vor Fettleibigkeit schütze – nein, nicht Nachwuchs heißt es, sondern Babys oder Kinder. Aus Mäusen werden Menschen. Solche Kurzschlüsse nagen an dem Stolz des Bostoner Gesundheitsforschers James Heathers, und man darf wenige Tage nachdem er sich auf Twitter als graumelierte Maus mit dem Konto „Justsaysinmice“ angemeldet hat, mit Fug und Recht behaupten: Die vorsätzliche Verdummung trifft einen Nerv. Ganze fünf Beispiele, wie Tierexperimente zu billigen medizinischen Medizintipps verarbeitet werden, hat Heathers mit dem schlichten, aber wie auf einem Warnschild groß geschriebenen Hinweis „in Mäusen“ markiert – und dafür innerhalb weniger Tage schon Zehntausende Follower eingesammelt. Offensichtlich gibt es viel Sympathie für den Hype-Killer. Was an Mäusen gefunden wurde, sagt er, muss noch lange nicht für den Menschen stimmen. Der Mensch vergisst das gerne. Und wenn Parallelen wie beispielsweise bei psychiatrischen Leiden, etwa Demenzen, durch genetische Eingriffe ins Mäuseerbgut gezielt erzeugt werden, ist höchste Zurückhaltung und im klinischen Kontext auch Sensibilität geboten, das wissen die Gelehrten am allerbesten. Beispiel Alzheimer: In Mäuseexperimenten ist der Hirnzerfall längst zu stoppen, in klinischen Versuchen ist noch jeder Therapieansatz gescheitert. Heathers Warnhinweis vor Überinterpretationen heißt natürlich überhaupt nicht, dass Tierstudien keine aussagekräftigen Resultate liefern. Oder dass Alzheimer nie geheilt werden könnte. Es heißt lediglich: Vorsicht, vorläufiges Wissen. Als vor Jahren mit der Genomentschlüsselung herauskam, dass Mensch und Maus nicht nur etwa die Größe des Ergbuts (zirka drei Milliarden Bausteine) teilen, sondern in den Gensequenzen weit mehr als neunzig Prozent Gemeinsamkeiten besitzen, war damit längst nicht die Stellvertreterrolle der Maus festgeschrieben. Wie auch? Ratte, Katz und Kuh sind so weit weg auch nicht. Die eklatanten Unterschiede in der Genausprägung, der Regulierung und vieler molekularer Feinheiten markieren die (vielfach noch unentdeckten) Unterschiede. Auch im Immunsystem, Stoffwechsel und in den Stressantworten bringt die Maus andere Voraussetzungen mit. Am Ende aber sind es nicht die Abweichungen, sondern die Gemeinsamkeiten, die im Labor zählen. Wenn also, wie in diesen Tagen, holländische Forscher in Rattenhirnen Spiegelneurone entdecken und damit den biologischen Quell für Empathie und Mitgefühl, dann werden sie wohl keine weichen Knie bekommen und die Finger vom gefühligen Nager lassen. Sie werden vielmehr weiter danach suchen, was die Spiegelneurone dort bewirken – und darauf hoffen, irgendwann weitreichende Schlüsse für eine warmherzigere Zukunft menschlicher Gemeinschaften ziehen zu können. jom

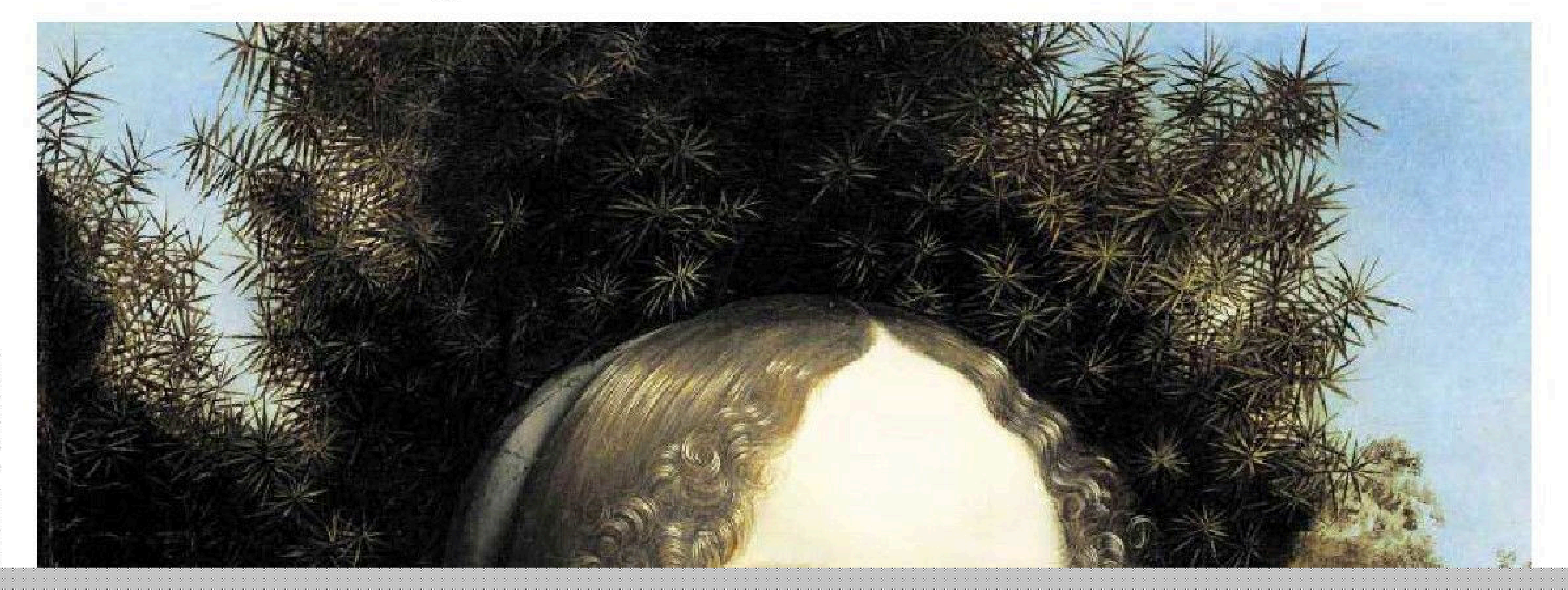
Es gibt sie doch

Madrid zeigt Malerinnen des Prado

Madrid zeigt in diesen Wochen auf Stellwänden und Bildschirmen Gemälde des Prado, die von Künstlerinnen geschaffen wurden. Die Aktion, für die sich die spanische Hauptstadt mit Spaniens bedeutendster Pinakothek verbündet hat, dient der Sichtbarmachung weiblicher Kreativität in Kunst und Wissenschaft. Anlass ist das zweihundertjährige Jubiläum des Museums, das in diesem Jahr gefeiert wird. Zu den wenigen Malerinnen, die der Prado, dessen Sammlung Werke bis zum frühen zwanzigsten Jahrhundert umfasst, überhaupt vorweisen kann, gehören die italienischen Barockkünstlerinnen Artemisia Gentileschi (1593 bis etwa 1654) und Sofonisba Anguissola (1535 bis 1625) sowie die Niederländerin Clara Peeters (um 1594 bis 1658). Letztere, deren Stillleben einen wichtigen Platz in den königlichen spanischen Sammlungen einnahmen, war 2016 die erste Malerin in der Geschichte des Museums, die der Prado mit einer Einzelausstellung geehrt hat. Die beiden Italienerinnen werden im Herbst folgen. Die jetzt begonnene Werbeaktion an zentralen Punkten der Innenstadt darf auch als Reaktion auf die scharfe Kritik der vergangenen Jahre gewertet werden: Von mehr als 1600 Kunstwerken, die der 1819 eröffnete Prado ausstellt, stammen nur sechs von Frauen. P.I.

Der Weltenfrau ins Auge schauen

Zum Leben erwachende Bilder: Kia Vahland und Bernd Roeck reihen sich unter die Buchautoren zum runden Todestag von Leonardo da Vinci.



Dass Leonardo da Vinci ein Universalgenie war, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass unter der Fülle populärwissenschaftlicher Veröffentlichen anlässlich seines fünfhundertsten Todestages nur wenige von Kunsthistorikern stammen. Zu ihnen zählt das Buch von Kia Vahland. Die Kunsthistorikerin und Redakteurin der „Süddeutschen Zeitung" legt ein Buch

Harter Tobak

Bücher haben ihre Geschichte. Mitunter kommen sie sogar zu einer, obwohl sie nur aus einem kolportierten Titel bestehen. So im Fall des lateinischen Traktats „De tribus impostoribus" (Über die drei Betrüger). Die drei sind Moses, Jesus und Mohammed, es geht also um härtesten religionskritischen Tobak, zudem durch Alter geadelt, denn die erste Version, die einen solchen Betrugsvorwurf gegen die Religionsstifter erhob, ist kurz nach der Wende zum zweiten Jahrtausend belegt. Im Jahr 1239 unterstellte Papst Gregor IX. seinem Widersacher Friedrich II., hinter diesem Traktat zu stecken, und begann damit ein über die Jahrhunderte gehendes Spiel der zugewiesenen oder zumindest vermuteten Autorschaft am skandalösen Text, von dem nie ein Exemplar auftauchte, bloß in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts eine plumpe Fälschung. Drei Jahrzehnte zuvor war allerdings ein radikal aufklärerisches französisches Buch gleichen Titels erschie-

Fernsehen am Dienstag

Aktualisiertes und ausgewähltes Programm

www.faz.net/tv

ARD

5.30 ARD-Morgenmagazin **9.00** Tagesschau **9.05** Live nach Neun **9.55** Sturm der Liebe **10.44** Tagesschau **10.45** Meister des Alltags (1) **11.15** Wer weiß denn sowas? **12.00** Tagesschau **12.15** ARD-Buffet. Am Dienstag gibt es im „ARD-Buffet" Lachs mit Erbsen und Minze, am Herd steht Michael Kempf / Zuschauerfragen zum Thema: Salz – wie viel ist gesund? **13.00** ZDF-Mittagsmagazin . Mit heute Xpress **14.00** Tagesschau **14.10** Rote Rosen **15.00** Tagesschau **15.10** Sturm der Liebe **16.00** Tagesschau **16.10** Verrückt nach Meer **17.00** Tagesschau **17.15** Brisant **18.00** Wer weiß denn sowas? **18.50** WaPo Bodensee. Krimiserie. Böse Freunde **19.45** Wissen vor acht – Natur **19.50** Wetter vor acht **19.55** Börse

20.00 **Tagesschau**
20.15 **Um Himmels Willen** Unterhaltungsserie. Außenseiter. Ein Brief des Bauamts sorgt für Unbehagen. Umfassende und teure Sanierungsarbeiten sollen vorgenommen werden.
21.00 **In aller Freundschaft** Ärzteserie Unruhige Nächte. Roland muss seine Straßenbahn-Bekanntschaft davon überzeugen, dass er nur an ihr interessiert ist.
21.45 **Report München** U.a.: Kündigung brutal – wenn mit Eigenbedarfskündigungen ganze Häuser geräumt werden / Das schleichende Gift – Wie die Bundeswehr Gefahren durch PFC aussitzt
22.15 **Tagesthemen** Mit Wetter
22.45 **Mord mit Aussicht** Krimiserie Tod am 18. Loch
23.35 **Mord mit Aussicht** Krimiserie Das nennt man Camping
0.25 **Nachtmagazin**
0.45 **Um Himmels Willen**

ZDF

5.30 ARD-Morgenmagazin **9.00** heute Xpress **9.05** Volle Kanne – Service täglich. Wahlrecht für Behinderte: Das BVerfG hat entschieden **10.30** Notruf Hafenkante. Krimiserie. Die letzte Reise **11.15** SOKO Stuttgart. Krimiserie. Der Highlander **12.00** heute **12.10** drehscheibe **13.00** Mittagsmagazin **14.00** heute – in Deutschland **14.15** Die Küchenschlacht **15.00** heute Xpress **15.05** Bares für Rares. Magazin **16.00** heute – in Europa **16.10** Die Rosenheim-Cops. Krimiserie. Um ein Haar **17.00** heute **17.10** hallo deutschland **17.45** Leute heute. Ein Tag mit Emilia Schüle: Fotoshooting und Podiumsdiskussion **18.00** SOKO Köln. Krimiserie. Messerscharf **19.00** heute **19.20** Wetter **19.25** Die Rosenheim-Cops. Krimiserie

20.15 **Putin und die Deutschen** Dokumentation. Wladimir Putin hat eine komplizierte Beziehung zu Deutschland. Er schätzt das Land, viele Werte aber lehnt er ab. Seine Nähe zu den Deutschen gehört zu den Gründungsmythen seiner Präsidentschaft.
21.00 **Frontal 21** Wenn Mieter aus ihrer Wohnung müssen – Trickserei mit Eigenbedarf / Leben mit Trisomie – Diskussion um Bluttest für Schwangere / Steuerhinterziehung leicht gemacht – Wenn der Staat wegschaut
21.45 **heute-journal** Mit Wetter
22.15 **Trotzdem bin ich schön** Leben mit Brustkrebs Magdalena hörte 2006 das erste Mal die Diagnose Brustkrebs. Es folgten Brustamputation, Chemo und Bestrahlung.
22.45 **Mann, Sieber!** Show
23.15 **Markus Lanz** Talkshow
0.30 **heute+** Nachrichten

ARTE

5.00 Berlin Live **6.05** X:enius **6.35** Leben mit Vulkanen **7.00** Journal Junior **7.10** 360° **7.55** Die Inseln der Queen **8.40** Stadt Land Kunst **9.20** Die Mordakte Medici **10.10** Die Mordakte Medici **11.05** Geheimnisvolle Wildblumen. Von der Sonne verwöhnt **11.50** Leben mit Vulkanen **12.15** Re: **12.50** Arte Journal **13.00** Stadt Land Kunst **13.40** Die schwarze Witwe. Amerik. Thriller, 1987 **15.50** Äquator – Die Linie des Lebens. Die Wiege des Lebens **16.45** X:enius **17.10** Die Bienenflüsterer. Argentinien – Auf der Suche nach dem Paradies **17.40** Klöster Europas – Zeugen des Unsichtbaren **18.35** Ein Jahr in Kanadas Wildnis (1/4) **19.20** Arte Journal **19.40** Re:. Angelockt und abgezockt: Das Geschäft mit der Armut in Tschechien

20.10 **Anderswo in Europa** Magazin
20.15 **The Clock is Ticking – Das Brexit-Drama** Franz. Dokumentarfilm. Regie: Alain de Halleux, 2019. Europa steckt in einem der schwierigsten Scheidungsverfahren aller Zeiten. Journalisten haben den EU-Chefunterhändler Michel Barnier durch die EU-Austrittsverhandlungen mit Großbritannien begleitet.
21.45 **Gespräch mit Michel Barnier**
22.00 **Rassenkrieg in den USA?** Die Ziele der Alt-Right
22.50 **Undercover bei den Neuen Rechten** Mein Jahr in der Alt-Right. Jahrelang nahm der schwedische Student Patrik an Treffen der rechtsextremen Alt-Right-Bewegung teil.
23.45 **Spielen Sie Gott, Mr. Feinberg?** Dt. Dokumentarfilm. Regie: Karin Jurschick, 2016
1.20 **Mit offenen Karten** Pakistan – Geopolitik des doppelten Spiels?

3 sat

5.17 Wunder der Natur **6.00** La Réunion – Naturwunder im indischen Ozean. Doku **6.20** Kulturzeit **7.00** nano **7.30** Alpenpanorama. Reihe **9.00** ZIB **9.05** Kulturzeit **9.45** nano **10.15** Hart aber fair. Die Fleisch-Frage – mit hübschen Siegeln gegen schlechtes Gewissen? Zu Gast: Sarah Wiener, Manfred Karremann, Albert Stegemann, Patrik Baboumian, Sarah Dhem **11.40** Der Geschmack Europas **12.10** Am Schauplatz Gericht. Vom Nachbarn eingemauert **13.00** ZIB **13.20** Die Magie des Leoparden. Ökotourismus in Südafrikas Wildreservaten **14.00** Zurück zur Wildnis – Das Madikwe Wildreservat in Südafrika. Doku **14.45** Universum (1/3) Dokureihe. (1-3/3) **16.55** Universum **18.30** nano **19.00** heute **19.20** Kulturzeit

20.00 **Tagesschau**
20.15 **Fremder Feind** Dt. Drama mit Ulrich Matthes, Barbara Auer, Jördis Triebel. Regie: Rick Ostermann, 2018. Nach dem Tod seines Sohnes zieht sich Arnold in die Berge zurück. Dort wird er von einem Fremden angegriffen.
21.45 **kinokino** Gerichtsdrama mit dunkler Vergangenheit – „Der Fall Collini" / „Van Gogh – An der Schwelle zur Ewigkeit" / Die Lust an der Kontroverse – Nicolas Ofczarek in Bozen
22.00 **ZIB 2**
22.25 **Netz Natur** Die Schweiz und die Jagd
0.05 **Reporter** Ein Patron tritt ab – Wie der älteste Verlag der Welt die Nachfolge regelt
0.55 **10vor10** Nachrichten
0.55 **Universum** Afrikas Wilder Westen – Namibias Wüstenpferde
1.45 **Universum** Namaqualand – Der Blumengarten Afrikas

RTL

5.05 Der Blaulicht-Report **5.25** Exclusiv **5.35** Explosiv **6.00** Guten Morgen Deutschland **8.30** Gute Zeiten, schlechte Zeiten **9.00** Unter uns **9.30** Alles was zählt **10.00** Der Blaulicht-Report **11.00** Der Blaulicht-Report **12.00** Punkt 12 **14.00** Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal **15.00** Die Superhändler – 4 Räume, 1 Deal. Art déco Lampe Jongleur / Segelschiff / Stahlrohrmöbel „Mauser" / Ölgemälde **16.00** Meine Geschichte – Mein Leben. Brautmutter flirtet mit Bräutigam **17.00** Freundinnen – Jetzt erst recht **17.30** Unter uns. Soap. Mit Petra Blossey **18.00** Explosiv – Das Magazin **18.30** Exclusiv – Das Star-Magazin **18.45** RTL aktuell **19.03** Wetter **19.05** Alles was zählt. Soap **19.40** Gute Zeiten, schlechte Zeiten

20.15 **Beck is back!** Anwaltsserie. Familienbande. Nachdem Sarah festgenommen wurde, setzt Hannes alles daran, sie aus der Untersuchungshaft zu befreien.
21.15 **Die Klempnerin** Krimiserie. Wer nach Rache strebt, hält seine eigenen Wunden offen. Mit Yasmina Djaballah. Am selben Tag, an dem Waldeck wegen Mords aus Notwehr freigesprochen wird, ist ein Anschlag auf sein Leben geplant.
22.10 **Doctor's Diary – Männer sind die beste Medizin** Comedyserie. Oh Gott! Mein Mann hat mich nackt gesehen!
23.10 **Doctor's Diary – Männer sind die beste Medizin** Comedyserie. Mist! Wieder einen Frosch erwischt! Mit Diana Amft
0.00 **RTL Nachtjournal**
0.27 **RTL Nachtjournal – Das Wetter**
0.35 **Bones – Die Knochenjägerin** Krimiserie. Die Fetzen nach dem Funken. Mit Emily Deschanel

SAT 1

5.30 Sat.1-Frühstücksfernsehen. Zu Gast: Charlotte Karlinder, Daniel Schmidt, Julia Wöllenstein **10.00** Im Namen der Gerechtigkeit – Wir kämpfen für Sie! **11.00** Im Namen der Gerechtigkeit – Wir kämpfen für Sie! Doku-Soap **12.00** Anwälte im Einsatz. Doku-Soap **13.00** Anwälte im Einsatz. Doku-Soap **14.00** Auf Streife. Doku-Soap **15.00** Auf Streife – Die Spezialisten. Doku-Soap **16.00** Klinik am Südring. Doku-Soap **17.00** Klinik am Südring – Die Familienhelfer **17.30** Klinik am Südring – Die Familienhelfer **18.00** Endlich Feierabend! Magazin **19.00** Genial daneben – Das Quiz. Rateteam: Kaya Yanar, Sophia Thomalla, Hella von Sinnen, Wigald Boning. Moderation: Hugo Egon Balder **19.55** Sat.1 Nachrichten

20.15 **Navy CIS** Krimiserie. Es war einmal ein Tim. Mit Mark Harmon Ein Mord im Verteidigungsministerium wird mit dem alten Computerpasswort von McGee in Verbindung gebracht.
21.15 **Navy CIS: L.A.** Krimiserie Niemand ist sicher. Mit Chris O'Donnell. Das NCIS-Team kann einen Terror-Anschlag auf ein Museumsschiff verhindern – weitere Attentate sind geplant.
22.10 **Hawaii Five-0** Krimiserie Marokko. Mit Alex O'Loughlin
23.10 **Spiegel TV – Reportage** Schwanger mit 50 – Ein Kind um jeden Preis? Moderation: Maria Gresz
0.15 **Dinner Party – Der Late-Night-Talk** Zu Gast: Ali Güngörmüş
1.15 **So gesehen** Gedanken zur Zeit
1.20 **Navy CIS** Krimiserie. Es war einmal ein Tim. Mit Mark Harmon
2.00 **Navy CIS: L.A.** Krimiserie. Niemand ist sicher. Mit C. O'Donnell
2.40 **Hawaii Five-0** Krimiserie

ZDF Neo

7.50 Topfgeldjäger **8.45** Lafer! Lichter! Lecker! **9.25** Bares für Rares **10.20** Bares für Rares **11.10** Der Nachbar in meinem Beet **11.55** Die Rettungsflieger **13.30** Monk **14.50** Heldt **15.35** Die Rettungsflieger **17.05** Monk **18.30** Bares für Rares **19.20** Bares für Rares **20.15** Helen Dorn. Bis zum Anschlag. Dt. Krimi, 2014 **21.40** Ein Fall für zwei. Krimiserie **22.45** heute-show **23.15** Shapira Shapira **23.45** Nix Festes **0.40** Greyzone – No Way Out

Phoenix

7.30 Abgeholzt **8.15** Für immer Afrika **9.00** phoenix vor ort **9.15** vor ort **12.15** planet e. **12.45** Weltbewegend – Die Entstehung der Kontinente **14.15** Das Luther-Tribunal – Zehn Tage im April. Dt. Dokudrama, 2017 **15.45** Mitteldeutschland von oben **17.15** Safari, Surfing, Sonnenuntergang **17.30** phoenix der tag **18.00** planet e. **18.30** Weltbewegend – Die Entstehung der Kontinente **20.00** Tagesschau **20.15** Weltbewegend – Die Entstehung der Kontinente **21.45** heute-journal **22.15** Das verdient Deutschland **23.00** Schuften bis zum Umfallen **23.30** Arm trotz Arbeit **0.15** DokThema **1.00** Herbert muss sammeln – Armut in Deutschland

Pro Sieben

7.30 The Big Bang Theory **9.00** The Middle **9.50** Fresh off the Boat **10.45** Mike & Molly **11.10** How I Met **12.05** 2 Broke Girls **12.55** Mom **13.15** Two and a Half Men **14.30** The Middle **15.20** The Big Bang Theory **17.00** taff **18.00** Newstime **18.10** Die Simpsons **19.05** Galileo **20.15** Get the F*ck out of my House **22.35** Mission Wahnsinn – Für Geld zum Held **23.35** Die Simpsons **1.25** Get the F*ck out of my House

Tele 5

6.25 Dauerwerbesendung **7.25** Joyce Meyer – Das Leben genießen **7.55** Dauerwerbesendung **16.15** Star Trek – Raumschiff Voyager **17.15** Stargate **19.05** Star Trek – Raumschiff Voyager **20.15** Into the White. Norweg./Schwed./Franz. Kriegsdrama, 2012 **22.20** Age of Heroes. Engl. Kriegsfilm, 2011 **0.10** Outpost – Black Sun. Engl. Horrorfilm, 2012

KIKA

6.55 Die Sendung mit dem Elefanten **7.20** Super Wings **7.45** Sesamstraße **8.10** Weißt du eigentlich, wie lieb ich dich hab? – Die Abenteuer des kleinen Hasen **8.30** Mama Fuchs und Papa Dachs **8.54** Kikaninchen **9.00** Löwenzahn **9.25** Das Dschungelbuch **10.15** Arthur und die Freunde der Tafelrunde **11.00** Peter Pan – Neue Abenteuer **12.10** Mia and me **13.15** Das Haustiercamp **13.40** Tiere bis unters Dach **14.10** Schloss Einstein **15.00** Dance Academy – Tanz deinen Traum! **15.50** H2O – Abenteuer Meerjungfrau **16.35** Anna auf der Alm (2/5) **17.00** 4 ½ Freunde **17.25** Insectibles **18.00** Wir Kinder aus dem Möwenweg **18.10** Die Biene Maja **18.35** Mama Fuchs und Papa Dachs **18.50** Sandmännchen **19.00** Arthur und die Freunde der Tafelrunde **19.25** Wissen macht Ah! **19.50** logo! **20.00** KiKA Live **20.10** Das erste Mal ... USA! (2/6)

Hessen

8.20 Leopard, Seebär & Co. **9.10** Maintower **9.35** hessenschau **10.05** hallo h. **10.55** Die Ratgeber **11.25** defacto **12.10** Brisant **12.50** Liebe verlernt man nicht. Dt. Liebesfilm, 2009 **14.20** Leopard, Seebär & Co. **15.10** Giraffe, Erdmännchen & Co. **16.00** hallo hessen **16.45** hessenschau kompakt **17.00** hallo hessen **17.50** hessenschau kompakt **18.00** Maintower **18.25** Brisant **18.45** Die Ratgeber **19.15** alle wetter **19.30** hessenschau **20.00** Tagesschau **20.15** Abenteuer Wasser – Ausflüge ins erfrischende Hessen **21.00** Abenteuer Höhe – Ausflüge über Hessen **21.45** Hessen-Reporter. Der Wanderimker – Bienen für die Bauern **22.15** hessenschau **22.30** Vince Ebert live – „Zukunft is the future" **23.15** Reiff für die Insel – Katharina und der ganz große Fisch. Dt. Komödie, 2013 **0.40** Liebe verlernt man nicht. Dt. Liebesfilm, 2009

NDR

8.10 Sturm der Liebe **9.00** Nordmagazin **9.30** H.-Journal **10.00** Schleswig-Holstein Magazin **10.30** buten un binnen **11.00** Hallo Niedersachsen **11.30** Typisch! **12.00** Brisant **12.25** In aller Freundschaft **13.10** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte **14.00** NDR//aktuell **14.15** die nordstory **15.15** Gefragt – Gejagt **16.00** NDR//aktuell **16.20** Mein Nachmittag **17.10** Seehund, Puma & Co. **18.00** Regional **18.15** NaturNah. Der alte Mann und die Linde **18.45** DAS! Norddeutschland und die Welt **19.30** Regional **20.00** Tagesschau **20.15** Visite **21.15** Panorama 3 **21.45** NDR//aktuell **22.00** Tatort. LU. Dt. Krimi, 2015 **23.30** Weltbilder **0.00** Bücherjournal **0.45** NDR Talk Show

RBB

7.20 Brisant **8.00** Brandenburg aktuell **8.30** Abendschau/Brandenburg aktuell **9.00** In aller Fr. **10.30** Rote Rosen **11.20** Sturm der Liebe **12.10** Tierärztin Dr. Mertens **13.00** rbb24 **13.10** Verrückt nach Meer **14.00** Lichters Schnitzeljagd (10) **14.45** Tim Mälzer kocht! – auf Mallorca (2/4) **15.15** Der Geist Europas **16.00** rbb24 **16.15** Gefragt – Gejagt **17.05** Nashorn, Zebra & Co. **18.00** rbb UM6 . mit Sport **18.30** zibb. zuhause in berlin & brandenburg **19.30** Abendschau/Brandenburg aktuell **20.00** Tagesschau **20.15** Geheimnisvolle Orte **21.00** Tatort Berlin. Die Sekretärin und das Fallbeil **21.45** rbb24 **22.00** Nuhr im Ersten **22.45** Die Florian Schroeder Satire Show **23.30** Talk aus Berlin **0.00** Abendshow **0.45** Abendschau/Brandenburg aktuell **1.15** Brandenburg aktuell **1.45** zibb



ARD, 20.15 Uhr, Um Himmels Willen, *Trödelhändler Horst (M. Semmelrogge) mit Schwester Agnes (E. v. Frankenberg).* Foto ARD

WDR

7.30 Wissen macht Ah! **8.20** Erlebnisreisen **8.35** Hart aber fair **9.50** Aktuelle Stunde **10.35** Lokalzeit **11.05** Seehund & Co. **11.55** Giraffe, Erdmännchen & Co. **12.45** WDR aktuell **13.05** Planet Wissen **14.05** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte **15.45** WDR aktuell **16.05** Hier und heute **18.00** WDR aktuell / Lokalzeit **18.15** Servicezeit **18.45** Aktuelle Stunde **19.30** Lokalzeit **20.00** Tagesschau **20.15** Abenteuer Erde. An den Ufern der Lippe **21.00** Quarks **21.45** WDR aktuell **22.10** Tödliche Geheimnisse – Jagd in Kapstadt. Dt. Thriller, 2017 **23.40** Die Uhr läuft ab. Engl. Thriller, 1974 **1.10** Quarks

MDR

8.50 In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte (7) **9.40** Quizduell – Der Olymp **10.30** Elefant, Tiger & Co. **11.00** MDR um elf **11.45** In aller Freundschaft. **12.30** Daheim in den Bergen. Liebesreigen. Dt. Drama, 2018 **14.00** MDR um zwei **15.15** Gefragt – Gejagt **16.00** MDR um vier **17.45** MDR aktuell **18.10** Brisant **18.54** Unser Sandmännchen **19.00** MDR Regional **19.30** MDR aktuell **19.50** Einfach genial **20.15** Umschau **21.00** Der Osten **21.45** MDR aktuell **22.05** Wer braucht den Osten? (3/3) **22.50** Polizeiruf 110. Eine Madonna zu viel. Dt. Krimi, 1973 **23.55** Morden im Norden **0.45** Umschau

SWR

7.00 Tierhaltung – Woher kommt unser Fleisch? **7.35** Mensch, Leute! **8.05** SWR Landesschau BW **8.50** In aller Freundschaft **9.35** Eisbär, Affe & Co. **10.25** Giraffe, Erdmännchen & Co. **11.15** Planet Wissen **12.15** Gefragt – Gejagt **13.00** Meister des Alltags **13.30** So war's! (1) **14.15** Eisenbahn-Romantik **15.15** Technikgeschichten **16.05** Kaffee oder Tee **18.00** SWR Aktuell Baden-Württemberg **18.15** natürlich! **18.45** SWR Landesschau BW **19.30** SWR Aktuell Baden-Württemberg **20.00** Tagesschau **20.15** Marktcheck **21.00** Der beste Deal **21.45** Aktuell BW **22.00** Familie Heinz Becker **22.25** Schreinerei Fleischmann und Freunde **22.55** Heinrich Del Core's Comedy Night (6) **23.25** Die Pierre M. Krause Show **23.55** kabarett.com **0.40** Familie Heinz Becker **1.10** Spätschicht. Florian Schroeder mit Gästen **1.55** Lisa Feller live – Der Nächste, bitte!

Bayern

7.20 Tele-Gym **7.35** Panoramabilder / Bergwetter **8.30** Tele-Gym **8.45** Seehund, Puma & Co. **9.35** Elefant, Tiger & Co. **10.25** Zwischen Bayern und Tirol – Natur im Karwendel **11.10** Länder – Menschen – Abenteuer **11.55** In aller Freundschaft **12.40** In aller Freundschaft – Die jungen Ärzte **13.30** Pumuckls Abenteuer **14.20** Anna und die Haustiere **14.40** Gefragt – Gejagt **15.30** Schnittgut. Alles aus dem Garten **16.00** Rundschau **16.15** Wir in Bayern **17.30** Abendschau – Der Süden **18.00** Abendschau **18.30** Rundschau **19.00** Gesundheit! **19.30** Dahoam is Dahoam **20.00** Tagesschau **20.15** Tatort. Eine Handvoll Paradies. Dt. Krimi mit David Striesow. Regie: Hannu Salonen, 2013 **21.45** Rundschau **22.00** Tatort. Es ist böse. Dt. Krimi mit Nina Kunzendorf. Regie: Stefan Kornatz, 2012 **23.30** nacht:sicht. Gespräch **0.00** Johann Sebastian Bach: Johannes-Passion

RTL 2

7.00 Die Kochprofis – Einsatz am Herd **8.00** Frauentausch **12.00** Die Geissens – Eine schrecklich glamouröse Familie! **14.00** Die Wollnys – Eine schrecklich große Familie! **15.00** Hilf mir! Jung, pleite, verzweifelt ... **17.00** RTL II News **17.10** Krass Schule – Die jungen Lehrer **18.05** Köln 50667 **19.05** Berlin – Tag & Nacht **20.15** Armes Deutschland – Stempeln oder abrackern? Dokureihe. Warum arbeiten, wenn Vater Staat zahlt? / Junge Verweigerer und alte Malocher **0.15** Autopsie – Mysteriöse Todesfälle

Super RTL

6.55 Paw Patrol **7.30** Caillou **7.50** Peppa Pig **8.00** Zak Storm – Super Pirat **10.40** Die Tom und Jerry Show **13.10** Spirit: wild und frei **13.35** Angelo! **14.05** Coop gegen Kat **14.30** Bugs Bunny **14.55** Dragons – Auf zu neuen Ufern **15.20** ALVINNN!!! **15.50** Ninjago – Rückkehr der Oni **16.15** Ritter hoch 3 **16.40** Die Nektons – Abenteurer der Tiefe **17.10** Grizzy & die Lemminge **17.40** Spirit: wild und frei **18.05** Bugs Bunny **18.40** WOW **19.10** ALVINNN!!! **19.40** Angelo! **20.15** Sahara – Abenteuer in der Wüste. Engl./Span./Dt./Amerik. Actionkomödie mit Matthew McConaughey, 2005 **22.35** Cold Justice – Verdeckte Spuren **0.25** Infomercials

Kabel 1

7.45 Blue Bloods – Crime Scene New York **9.35** Navy CIS: L.A. **10.25** Navy CIS **11.15** Without a Trace **12.10** Numb3rs **13.05** Castle **14.00** The Mentalist **14.55** Navy CIS: L.A. **15.50** News **16.00** Navy CIS **16.55** Abenteuer Leben täglich **17.55** Mein Lokal, Dein Lokal – Der Profi kommt **18.55** Achtung Kontrolle! Wir kümmern uns drum. Beschimpfungen, Randale und Pöbeleien – Bundespolizei Stralsund **20.15** Wild Wild West. Amerik. Westernkomödie, 1999 **22.30** Star Trek. Amerik./Dt. Sci-Fi-Film, 2009 **0.50** Saw III. Amerik./Kanad. Horrorfilm, 2006

Vox

6.50 CSI: Den Tätern auf der Spur **7.45** Verklag mich doch! **9.50** Verklag mich doch! **10.55** Mein Kind, dein Kind – Wie erziehst du denn? **11.55** Shopping Queen **13.00** Zwischen Tüll und Tränen **14.00** Mein Kind, dein Kind – Wie erziehst du denn? **15.00** Shopping Queen **16.00** 4 Hochzeiten und eine Traumreise. Tag 2: Tanya, Zeuthen **17.00** Zwischen Tüll und Tränen **18.00** First Dates – Ein Tisch für zwei **19.00** Das perfekte Dinner **20.00** Prominent! **20.15** Hot oder Schrott – Die Allestester. Doku-Soap **23.15** Detlef muss reisen **0.15** nachrichten **0.35** Medical Detectives. Dokumentationsreihe

ARD-alpha

6.30 Englisch für Anfänger – Übung **7.00** Telekolleg Englisch – Fast Track English **7.30** Telekolleg Chemie für Biologie **8.00** Tele-Gym **8.15** Panoramabilder **9.30** Köhlmeiers Märchen **10.00** Ich mach's! **10.30** Campus Doku **11.00** Planet Wissen **12.05** Tagesgespräch **13.00** Gefühlswelten **13.15** Warum Angst haben? **14.00** Wenn ich Angst habe **14.20** Treffpunkt Medizin **15.00** Willi wills wissen **15.30** Karen in Action **16.00** Sonntag in Europa: Der siebente Tag, Jerusalem **16.30** Xenius **17.00** Odysso **17.45** nano **18.15** Planet Wissen **19.15** SMS – Schwanke meets Science. Wenn Knochen erzählen **19.30** alpha-Demokratie **20.00** Tagesschau **20.15** Fährpassagen **21.00** Wunderwaffe Mikrobiom **21.50** W wie Wissen **22.20** alpha-Campus TALKS. Intervallfasten: Gesund durch Hungern? **22.50** Bergauf, bergab **23.20** The Day **23.50** Die Tagesschau vor 20 Jahren **0.10** Bob Ross **0.35** Space Night **1.30** alpha-Centauri

WELT

Stündlich Nachrichten **5.25** B-52 – Der Stratosphärenbomber **12.45** Börse am Mittag **13.05** The Canadian – Der Transkontinental-Express **14.05** Die fünf Besten **15.25** Science of Stupid: Wissenschaft der Missgeschicke **16.05** Mayday **18.15** Börse am Abend **18.25** WELT Drive **19.10** Welt der Wunder **20.05** In Seenot. Dokumentationsreihe **22.05** Die Megaschiffbauer **23.00** Project Impossible **0.00** Lost Places **1.30** Mythos und Wahrheit

ntv

Stündlich Nachrichten **5.15** Deutschland 1945 – Von Frieden keine Spur **6.05** Telebörse **10.40** Telebörse **12.30** News Spezial **13.10** Telebörse **13.30** News Spezial **14.10** Telebörse **14.30** News Spezial **15.20** Ratgeber – Hightech **15.40** Telebörse **16.30** News Spezial **17.15** Telebörse **17.30** News Spezial **18.20** Telebörse **18.35** Ratgeber – Steuern & Recht. Magazin **19.10** Exportschlager Radarfalle – Blitzer auf Beutezug. Dokumentation **20.15** Flugzeug-Katastrophen. Dokumentationsreihe **22.10** Gefährliche Landungen – Flugzeuge in Not **23.30** Klamroths Konter. Zu Gast: Franziska Giffey (SPD, Politikerin). Moderation: Louis Klamroth **0.10** Spiegel TV **0.45** Auslandsreport **1.10** Flugzeug-Katastrophen

CNN

7.00 CNN Newsroom **10.30** Inside Africa **11.00** CNN Newsroom **11.30** Leading Women **12.00** New Day **13.00** CNN Talk **13.30** World Sport **14.00** News Stream **15.00** First Move with Julia Chatterley **16.00** International Desk **17.00** Connect the World **18.00** The Express **18.30** Destination Tohoku **19.00** Amanpour **20.00** Hala Gorani Tonight **21.00** Quest Means Business **22.00** The Lead with Jake Tapper **23.00** CNN Today **23.30** World Sport **0.00** CNN Today

Radio am Dienstag

HÖRSPIEL

19.04 **„Nicht mein Bein" – WDR 3** Von Klaus Fehling, ca. 56 Min.
20.10 **„Novelle" – Deutschlandfunk** Von Max Ophüls, ca. 50 Min.

KLASSIK

20.03 **Konzert – Deutschlandfunk Kultur** Sibelius: „Finlandia", Tondichtung op. 26; Beethoven: Konzert für Violine, Violoncello und Klavier C-Dur op. 56 „Tripelkonzert"; Tschaikowski: Sinfonie Nr. 7 Es-Dur (Rekonstruktion) (Fidelio Trio: Mary Dullea, Klavier; Darragh Morgan, Violine; Tim Gill, Violoncello; RTE National Symphony Orchestra, Leitung: Thomas Kemp), ca. 117 Min.
20.04 **Konzertsaal – HR 2** Schubert: 2. Sinfonie B-Dur D 125; Rihm: Das Rot – Sechs Gedichte von Karoline von Günderrode; Schubert: 8. Sinfonie h-Moll D 759 „Unvollendete"; Sechs Lieder aus „Schwanengesang" D 957 (Christoph Prégardien, Tenor; Ulrich Eisenlohr, Klavier; hr-Sinfonieorchester, Leitung: Andrés Orozco-Estrada), ca. 116 Min.
20.04 **Konzert – WDR 3** Musikfabrik im WDR – Intermezzi. Aperghis: Triple für Flöte, Klarinette und Trompete; Requiem furtif für Violine und japanische Klanghölzer; Adámek: Lost Prayer Book für Sheng und Ensemble, Uraufführung; Aperghis: Intermezzi (Wu Wei, Sheng; Ensemble Musikfabrik, Leitung: Ondřej Adámek), ca. 116 Min.
20.05 **BR-Klassik-Studiokonzert – BR-Klassik** Klavierabend Boris Giltburg. Schostakowitsch: Streichquartett F-Dur op. 73; Prokofiew: Sonate a-Moll op. 28; Rachmaninow: Préludes op. 32 (Boris Giltburg), ca. 145 Min.

FEATURE & MAGAZIN

8.30 **kulturWelt – BR 2** Elyas M'Barek in der Rolle des Strafverteidigers. „Der Fall Collini", ein Roman von Bestseller-Autor Ferdinand von Schirach, kommt als Justiz-Thriller in die Kinos. Von Marie Schoeß, ca. 30 Min.
10.00 **Leute – SWR 1 BW** Zu Gast: Gabi Biesinger, Ex-Korrespondentin, David Whitehead, deutsch-britischer Übersetzer, ca. 120 Min.
10.05 **Notizbuch – BR 2** Preis-Jojo im Internet, ca. 115 Min.
12.05 **Doppelkopf – HR 2** Am Tisch mit Sabine Hock, Liesel Christ-Biografin, ca. 55 Min.
16.05 **Eins zu Eins. Der Talk – BR 2** Zu Gast: Stephan Zantke, Strafrichter, ca. 55 Min.
16.05 **Kulturcafé – HR 2** u.a. mit Kinderarzt Herbert Renz-Polster (ca.17:10 Uhr), ca. 115 Min.
16.10 **Zu Gast – RBB Kulturradio** Lea Singer, Schriftstellerin, ca. 35 Min.
16.35 **Forschung aktuell – Deutschlandfunk** Der Lernbereite (9/12). Maschinelles Lernen / Sendereihe ‚Tolle Idee! Was wurde daraus?' Sonnenstrom aus der Wüste. Was wurde aus Desertec? / Wissenschaftsmeldungen / Sternzeit 16. April 2019. Gott ist die Schwerkraft, ca. 25 Min.
17.05 **Forum – SWR 2** Eine Buga für Heilbronn – Wozu gibt es eigentlich Gartenschauen?, ca. 45 Min.
18.05 **IQ – Wissenschaft und Forschung – BR 2** Besuch bei Merkur und Venus. Reise zu den vergessenen Planeten, ca. 25 Min.
18.05 **Der Tag – HR 2** Schafft ihn das? – Trump und die Einwanderer, ca. 55 Min.
19.15 **Das Feature – Deutschlandfunk** Albtraum Unterhalt: Wenn Kinder für Rabeneltern haften müssen, ca. 45 Min.
19.30 **Feature – Deutschlandfunk Kultur** Pressesprecher. Vom Wachhund zum Kommunikationsarbeiter, ca. 30 Min.
20.00 **Feature – NDR Kultur** Die Nacht ist vorgedrungen. Wie mein Vater schizophren wurde, ca. 60 Min.
20.03 **Musik aus unseren Archiven – SWR 2** Kammermusik mit Mitgliedern des SWR Symphonieorchesters. Constantinescu: Konzert für Streichorchester, bearbeitet für 2 Violinen, Viola, Violoncello und Kontrabass; Enescu: Intermezzo für Streichorchester op. 12 Nr. 1, bearbeitet für 2 Violinen, Viola, Violoncello und Kontrabass, ca. 57 Min.
20.05 **Nachtstudio – BR 2** Heimat – ein Zwiespalt. Private Sehnsucht oder politischer Begriff?, ca. 55 Min.
21.05 **Redezeit – NDR Info** Fahrdienst MOIA, E-Scooter, immer mehr Radverkehr – Brauchen wir eine Verkehrswende?, ca. 55 Min.
23.05 **Fazit – Deutschlandfunk Kultur** Utrecht, Caravaggio und Europa. Ausstellung in der Münchner Pinakothek / Parcours zu Kunst: Theater und Kunstmuseum Basel: „Das Theater der Bilder", ca. 55 Min.
0.05 **Feature – Deutschlandfunk Kultur** Die Nachlassverwalterinnen, ca. 55 Min.

LESUNG

8.30 **Am Morgen vorgelesen – NDR Kultur** Amos Oz: „Eine Geschichte von Liebe und Finsternis" (2/12), ca. 30 Min.
14.04 **Fortsetzung folgt – SR2** Franz Kafka: „Das Schloß" (18/36), ca. 56 Min.
20.04 **Literatur im Gespräch – SR2** Reinhard Kaiser-Mühlecker zu seinem Roman „Enteignung". Lesung und Gespräch, ca. 56 Min.
21.05 **radioTexte am Dienstag – BR 2** Lauren Elkin: „Frauen erobern die Stadt" (1/2), ca. 55 Min.

Winterkorn drohen zehn Jahre Haft

Das Landgericht Braunschweig prüft im Diesel-Skandal die Anklage gegen den früheren VW-Chef. Das hat Folgen für klagende Kunden.

cag./hw. HAMBURG/BERLIN, 15. April. Lange hatte VW behauptet, der Diesel-Betrug sei ohne das Wissen der Vorstände begangen worden. Diese Aussage bricht immer mehr in sich zusammen. Denn nun muss sich der frühere VW-Chef Martin Winterkorn wegen der Manipulationen von Abgaswerten bei Dieselautos wohl vor Gericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft Braunschweig hat am Montag Anklage wegen schweren Betrugs gegen Winterkorn und vier weitere Beschuldigte erhoben. Neben Betrug wirft die Anklagebehörde den früheren VW-Führungskräften auch Untreue, Steuerhinterziehung sowie mittelbare Falschbeurkundung vor. Der Tatzeitraum erstrecke sich vom 15. November 2006 bis zum 22. September 2015. Das zuständige Landgericht in Braunschweig hat die Anklage am Freitag erhalten und wird jetzt die 692 Seiten dicke Anklageschrift prüfen und entscheiden, ob es zu einem Verfahren kommt. Ermittlungen gegen weitere 36 Beschuldigte hielten an, hieß es. Offen sei, wann sie abgeschlossen werden. Winterkorn hat immer wieder versichert, er habe von den Manipulationen nichts gewusst.

Dem früheren VW-Chef Winterkorn, der nach Aufdeckung der millionenfachen Dieselabgasmanipulation durch die amerikanischen Umweltbehörden im September 2015 zurückgetreten war, werfen die Ermittler Betrug in einem besonders schweren Fall sowie unlauteren Wettbewerb und Untreue vor. Er habe es seit Mai 2014 unterlassen, die rechtswidrigen Manipulationen an Dieselmotoren den zuständigen Behörden in Europa und den Vereinigten Staaten offenzulegen und den weiteren Einbau der Abschalteinrichtungen zu untersagen. Die Existenz der illegalen Abschalteinrichtung sei „in der Folge unter zeitlich und inhaltlich unterschiedlicher Mitwirkung der Angeschuldigten bewusst verschwiegen worden".

Den Beschuldigten drohen bei einer Verurteilung zwischen sechs Monaten und zehn Jahren Haft. Zudem sollen ihnen unrechtmäßig erlangte Bonuszahlungen wieder entzogen werden. „Es handelt sich dabei um Beträge zwischen knapp 300 000 Euro bis hin zu knapp elf Millionen Euro", teilte die Anklagebehörde mit. Ihrer Pressemitteilung zufolge stützt sich die Braunschweiger Staatsanwaltschaft bei ihren Vorwürfen gegen Winterkorn stark auf dessen Wochenendpost vom Mai 2014. Bereits im Februar 2016 war Winterkorn wegen dieser VW-intern „Wikopost" genannten Informationen ins Zwielicht geraten. Ein Vertrauter habe ihn damals in einer Notiz auf die deutlich zu hohen Abgaswerte in den amerikanischen Dieselautos hingewiesen und berichtet, die amerikanischen Behörden dürften deswegen untersuchen, ob VW ein sogenanntes Defeat Device – eine Abschalteinrichtung – eingesetzt habe. Seit dem Mai 2014 habe Winterkorn es unterlassen, „nach Kenntnis der rechtswidrigen Manipulationen an Diesel-Motoren diese gegenüber den zuständigen Behörden in Europa und den USA sowie gegenüber Kunden offen zu legen und den weiteren Einbau der sogenannten ‚Abschalteinrichtungen' als auch den Vertrieb der Fahrzeuge mit diesem ‚defeat device' zu untersagen", heißt es in der Mitteilung der Braunschweiger Staatsanwälte. Diese Abschalteinrichtungen führen dazu, dass ein Dieselfahrzeug im Prüfmodus weniger Stickoxide ausstößt als später im normalen Fahrbetrieb. Der Postkoffer, in dem Winterkorn diese Informationen über die Manipulationen bekommen haben soll, spielt auch im Prozess der Kapitalanleger eine entscheidende Rolle, die in einem Musterprozess vor dem Braunschweiger Oberlandesgericht gegen das Unternehmen klagen. VW wertet diese Vermerke in seiner Klageerwiderung dort als „unspektakuläre Routineinformationen zu einem technisch determinierten Produkt- und Technikthema, wie sie regelmäßig bei einem Automobilhersteller vorkommen".



Martin Winterkorn: *Wird ihm Post aus dem Jahr 2014 zum Verhängnis?* Foto Markus Ulmer

Winterkorn selbst hat immer bestritten, von den Manipulationen gewusst zu haben. Auf die Frage, wann er zum ersten Mal von den Defeat Devices gehört habe, sagte der frühere VW-Chef im Januar 2017 vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags: „Sicher nicht vor September 2015." Winterkorn sagte damals auch: „Es ist nicht zu verstehen, warum ich nicht frühzeitig und umfassend über die Messprobleme aufgeklärt worden bin." Er räumte ein, dass er möglicherweise „Signale überhört oder falsch gedeutet habe". Die Staatsanwälte gehen zudem davon aus, dass der Konzern mit Wissen und Billigung auch von Winterkorn im November 2014 ein Softwareupdate erlassen habe, „das nutzlos war und dazu dienen sollte, den wahren Grund für die erhöhten Schadstoffwerte im Normalbetrieb der Fahrzeuge weiterhin zu verschleiern". Die Namen der anderen Führungskräfte neben Winterkorn nannte die Staatsanwaltschaft in ihrer Mitteilung nicht und verwies dazu auf die Unschuldsvermutung, die für alle Beschuldigten gelte.

Die Anklage gegen die Manager könnte sich auch auf die zivilrechtlichen Streitigkeiten mit VW auswirken. Dazu müssten die Vorwürfe, Winterkorn habe bereits 2014 von den Manipulationen gewusst und die Software-Nachbesserungen im November seien nutzlos gewesen, im Rahmen des Strafverfahrens bewiesen werden. Die Musterfeststellungsklage gegen VW fußt unter anderem auf dem Argument, dass VW die Kunden getäuscht habe. Die Auswirkungen auf das Verfahren von Aktionären wiederum sind auch nach Ansicht von Klägeranwälten begrenzt: „Gegenüber Winterkorn betreffen die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft offenbar erst den Zeitraum ab Mai 2014", sagt Axel Wegner aus der Anlegerkanzlei Tilp. „Hierfür haben wir im Kapitalanlegermusterverfahren schon hinreichend Kenntnisse, daher bringt uns die Nachricht nicht weiter." In den Verbraucherverfahren bestätige die Anklage das, was die Landgerichte ohnehin oft unterstellt hätten. Dennoch könnte die Anklage Anlegern und Autokäufern das Leben vor Gericht vereinfachen: „Wenn man die Vorstandskenntnis hat, stellen sich viele Frage nicht mehr", erklärt der Jurist.

Vermögen der Deutschen steigen auf breiter Front

Höhere Immobilienpreise sind der Treiber / Rückstand zu anderen Industrieländern / Ostdeutschland abgehängt

ppl. FRANKFURT, 15. April. Die Vermögen der deutschen Privathaushalte sind in den vergangenen Jahren „auf breiter Basis" gestiegen. Zu diesem Ergebnis kommt eine große Haushaltsbefragung der Bundesbank, deren Ergebnisse sie am Montag öffentlich gemacht hat. Demnach kam das Durchschnittsvermögen der deutschen Haushalte im Jahr 2017 auf 233 000 Euro – ein Anstieg gegenüber 2014 um fast 9 Prozent. „Insbesondere die Nettovermögen von Immobilieneigentümern haben sich in der Folge der gestiegenen Immobilienpreise erhöht", schreibt die Bundesbank.

Der Durchschnittswert wird indes durch sehr große Vermögen nach oben gezogen. Ein besserer Indikator für das mittlere Vermögen der Bevölkerung ist der Medianwert: Eine Hälfte der Haushalte liegt über diesem Wert, die andere Hälfte darunter. Das Medianvermögen ist 2017 laut Bundesbank-Umfrage auf 70 800 Euro gestiegen, ein Plus um gut 17 Prozent gegenüber 2014. Es bestehen weiterhin große regionale Unterschiede. Im Osten beträgt das Nettovermögen nur ein Drittel des Bundeswertes, nämlich 23 400 Euro. In Westdeutschland sind die Haushalte in Baden-Württemberg, Bayern und Hessen mit rund 140 000 Euro mittlerem Nettovermögen weit reicher als im Nordwesten (74 300 Euro) und im Westen (60 300 Euro). „Im Osten wirkt noch immer der DDR-Effekt", erklärt der Verteilungsforscher Andreas Peichl vom Ifo-Institut. „Es gab im Sozialismus kaum privaten Vermögensaufbau, deshalb weniger zum Start im wiedervereinigten Deutschland 1990 und auch weniger Erbschaften seitdem."

Der Immobilienpreisboom der vergangenen Jahre hat sich nicht auf den Median ausgewirkt, denn der mittlere Haushalt besitzt in Deutschland kein Haus oder keine Wohnung. Nur 44 Prozent leben in der eigenen Immobilie, dies ist mit der niedrigste Wert im EU-Vergleich. „Aber auch die Vermögen vieler Mieterhaushalte und von Haushalten in der vermögensärmeren Hälfte der Verteilung sind angestiegen", stellt die Bundesbank in ihrem Bericht fest. „Zur positiven Vermögensentwicklung dieser Haushalte tragen insbesondere die gestiegenen Einkommen bei." Allerdings bleibt es dabei, dass die untere Hälfte der Bevölkerung fast kein Vermögen ausweisen kann (nur drei Prozent Anteil am Gesamtvermögen).

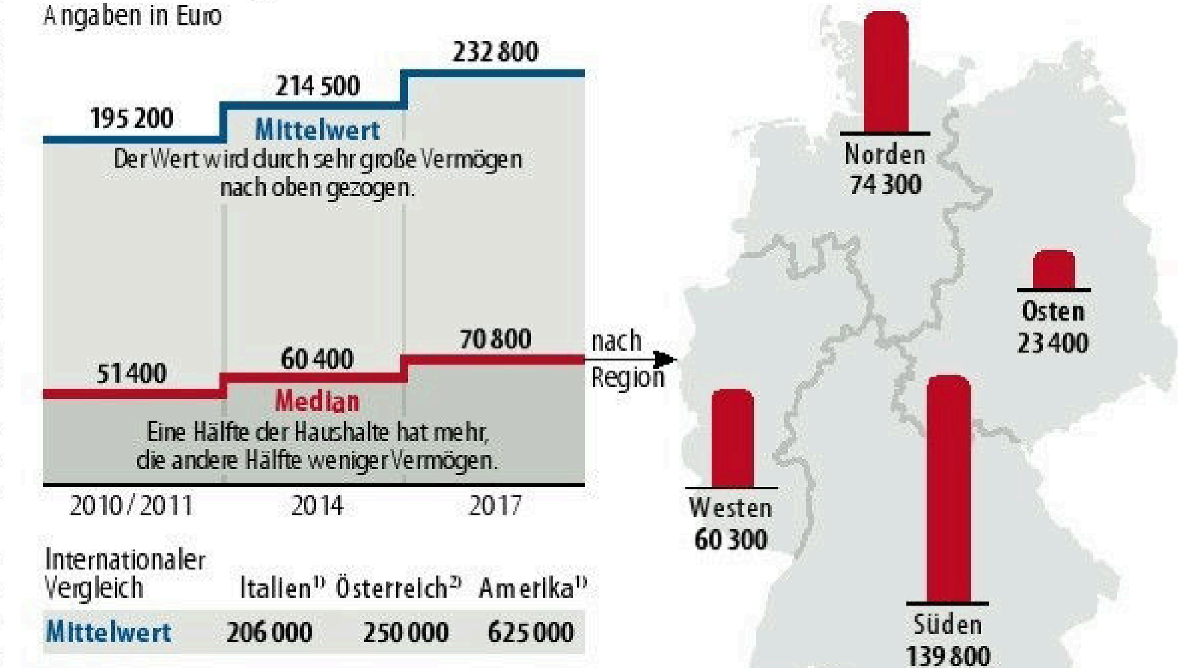
In der oberen Hälfte der Bevölkerung macht Immobilienbesitz die Masse der Vermögen aus. Im obersten Zehntel ballt sich das Finanzvermögen. Das oberste Zehntel der Haushalte dagegen besaß 2017 rund 55 Prozent, fünf Prozentpunkte weniger als drei Jahre zuvor. Das durchschnittliche Nettovermögen der obersten 10 Prozent der Haushalte lag bei etwa 1,3 Millionen Euro. Der Gini-Koeffizient, der Ungleichheit misst, ist nach Angaben der Bundesbank nicht gewachsen, sondern zeigt seit Jahren keinen klaren Trend. Im Jahr 2018 sind die deutschen Aktienkurse deutlich gesunken, dies könnte die Vermögen am oberen Rand gedrückt haben.

Im Vergleich mit den Vermögen in anderen Industrieländern haben die Deutschen aufgeholt, sie aber zur zum Teil eingeholt. Der Mittelwert von 233 000 Euro im Jahr 2017 lag zwar höher als in Italien mit 206 000 Euro, aber noch unter dem Mittelwert in Österreich mit 250 000 Euro und weit unter dem Mittelwert in den Vereinigten Staaten von 692 000 Dollar (625 000 Euro). Dieser durch die Vermögen von Milliardären und Multimillionären geprägte Wert zeigt die sehr hohe Vermögensungleichheit in Amerika.

Auch in Deutschland sind Vermögen ungleich verteilt, aber nicht ganz so stark. Beim Medianwert liegen die Deutschen hinter den anderen Ländern, für die neuere Daten vorliegen: In Italien beträgt der Median 126 000 Euro. Das liegt auch an dem dort sehr viel weiter verbreiteten Immobilienbesitz (rund 70 Prozent der Haushalte). In Österreich kommt der Median-Haushalt auf ein Nettovermögen von 83 000 Euro, in den Vereinigten Staaten auf umgerechnet 88 000 Euro.

Ein Grund für die im internationalen Vergleich eher mäßigen Vermögen der Deutschen ist der weniger verbreitete Immobilienbesitz, betont der Wirtschaftsweise Lars Feld. „Einerseits ist die deutsche Wohneigentumsquote nach der Schweiz die zweitniedrigste aller OECD-Länder. Andererseits sind die Steigerungen der Immobilienpreise in Deutschland im internationalen Vergleich noch moderat", erklärt er. Einen zweiten Grund betont Ifo-Forscher Andreas Peichl: das Rentensystem. „Die Rente in Deutschland ist relativ großzügig, deshalb bilden die Leute weniger anderes Vermögen als in anderen Ländern." Ansprüche an die gesetzliche Rentenversicherung werden in der Bundesbank-Statistik nicht berücksichtigt. Peichl und zwei Kollegen haben im vergangenen Jahr in einer Studie die Rentenansprüche mit einbezogen. Dadurch sinkt die Gini-Ungleichheitsziffer von 0,73 auf 0,51.

Für ihre nun zum dritten Mal wiederholte große Untersuchung „Vermögen und Finanzen privater Haushalte in Deutschland" hat die Bundesbank mit dem Umfrageinstitut Infas rund 5000 Haushalte befragt. Sie sollten Auskunft geben zu ihrem Sachvermögen – also Haus- und Wohneigentum, Grundbesitz sowie Unternehmensbeteiligungen. Auch nach Fahrzeugen, Sammlungen und Schmuck wurde gefragt. Zudem fließen Finanzvermögen wie Sparkonten, Anleihen, Aktien- und Fondsvermögen ein. Davon abgezogen werden Verbindlichkeiten, also Hypotheken und sonstige Schulden. Daraus ergibt sich das Nettovermögen.



Internationaler Vergleich	Italien[1]	Österreich[2]	Amerika[1]
Mittelwert	206 000	250 000	625 000
Median	126 000	83 000	88 000

1) Stand 2016. 2) Stand 2017.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freihandelskommando

Von Heike Göbel

Es ist dem amerikanischen Präsidenten nicht entgangen, wie uneins und zögerlich die EU-Staaten ihre Handelskommissarin mit einem Mandat ausgestattet haben, um den transatlantischen Zollkonflikt zu lösen. Sie schicken Cecilia Malmström geschwächt in die Gespräche über ein Freihandelsabkommen, und Donald Trump weiß solche Schwächen auszunutzen. Sie liegen ausgerechnet in Interessengegensätzen der EU-Schwergewichte: Frankreich fürchtet um den Schutz seines Agrarsektors. Es hat als einziges Land gegen das Mandat gestimmt, in dem Deutschland eine letzte Chance sieht, seine (Auto)-Industrie vor den von Trump angedrohten Zöllen zu bewahren. Damit fehlt es der EU an Verhandlungsspielraum, zudem steht sie unter Zeitdruck, die Amtsperiode der Kommission läuft Ende Oktober aus. Doch gilt auch: Das Ausloten der Möglichkeiten freieren Handels ist nie verkehrt und nicht nur die EU, auch die Vereinigten Staaten hätten in einem eskalierenden Konflikt viel zu verlieren. Vielleicht hat man ja gelernt aus dem gescheiterten Anlauf zum TTIP-Abkommen, die Ziele sind diesmal schon bescheidener gewählt. Die Industrie tut gleichwohl gut daran, sich für einen Fehlschlag zu wappnen.

Zu wenig Hausbesitzer

Von Philip Plickert

Wenn die Vermögen steigen, dann blicken manche vorzugsweise auf die Ungleichheit. Zwar hat die Vermögensungleichheit laut der neuesten Bundesbank-Untersuchung nicht zugenommen, sie ist aber hoch. Besonders bedauerlich: Die untere Hälfte der Bevölkerung kann fast gar kein explizites Vermögen vorweisen. Hinzu kommt ein starkes regionales Gefälle. Im Osten besitzen die Bürger als Spätfolge des DDR-Sozialismus viel geringere Vermögen als in Westdeutschland. Zwei Hauptgründe gibt es für die mit 70 000 Euro im internationalen Vergleich der Industrieländer doch eher bescheiden wirkenden mittleren Vermögen der Deutschen: Hierzulande besitzen nur 44 Prozent der Haushalte eine eigene Immobilie. Eine Politik, die den Anspruch der Sozialen Marktwirtschaft auf Vermögensbildung breiter Schichten ernst nimmt, sollte schärfer darüber nachdenken, warum es in Deutschland relativ wenige Haus- und Wohnungseigentümer gibt. Der andere Punkt ist das Rentensystem. Die hiesigen gesetzlichen Rentenansprüche werden in der Bundesbank-Statistik ignoriert. In anderen Ländern wird mehr kapitalgedeckt fürs Alter vorgesorgt – das lässt die Vermögen höher erscheinen.

Sind Quantencomputer wichtiger als Diesel?

Von Carsten Knop

Kein digitales Geschäftsmodell, so gut wie keine Ahnung von Künstlicher Intelligenz (KI), von Blockchain oder Quantencomputing: So fällt in den allermeisten Fällen eine Bestandsaufnahme der IT-Kompetenz deutscher Unternehmen im Jahr 2019 aus. Dass viel zu viele Unternehmen noch immer keine Vorstellung davon haben, wie sich ihr traditionelles Geschäftsmodell in eine digitale Welt übertragen lässt, hat jüngst erst wieder eine Umfrage des Digitalverbands Bitkom gezeigt. Und die Unwissenheit, zum Teil sogar die Arroganz, potenziert sich noch im Umgang mit IT-Themen, die nach Ansicht vieler Beobachter reine Zukunftsmusik sind.

Quantencomputer? Die seien doch frühestens in fünf Jahren marktreif, heißt es dann. Und selbst diese Schätzung sei doch noch arg optimistisch. Warum also jetzt investieren, und in was überhaupt? Künstliche Intelligenz? Mit welchen Daten soll man denn da was genau machen? Und die Blockchain? Eine Technologie, die durch die fast ausschließliche Berichterstattung über die darauf aufbauende Kryptowährung Bitcoin in der öffentlichen Wahrnehmung völlig falsch eingeordnet wird. Hier könnte man sich tatsächlich in der Vertragsgestaltung mit zuvor unbekannten Kunden auf ganz neues Terrain wagen.

Das Versäumnis, sich mit solchen Zukunftsthemen zu beschäftigen, wird sich in den kommenden gut zehn Jahren rächen. Mit Blick auf die Nachlässigkeit bei der Weiterentwicklung des eigenen Geschäftsmodells erklärt sich das sofort, aber auch rund um die anderen Themen kann der Weckruf nicht laut genug sein. Als vor ein paar Jahren die Apple-Watch noch recht neu auf dem Markt war, wurde man von Ärzten für die Prognose ausgelacht, dass derartige Geräte bald Einfluss auf Langzeitdiagnosen und vor allem auf die Kardiologie haben würden. Spätestens mit der jüngsten Variante ist diese Vision innerhalb von fünf Jahren Realität geworden.

Anders ausgedrückt: Während ein ganzes Land darüber nachzudenken scheint, was für eine Zukunft der Diesel noch hat, werden anderswo Fakten geschaffen – und das nicht nur in der Elektromobilität. Die EU debattiert zwar zu Recht über ethische Richtlinien für die Künstliche Intelligenz, doch gesammelt werden die Daten und programmiert wird die Software in China oder Amerika. Und während der kanadische Premierminister kein Problem damit hat, Quantencomputing aus dem Stegreif zu erklären, heißt es in Deutschland allzu häufig: Quatsch, der Energieverbrauch ist viel zu hoch, und das gelte im Übrigen auch für die Blockchain. Keine Zukunft habe das Ganze oder jedenfalls noch lange keine, daher bestehe kein Interesse. Im Zweifel hat man gerade erst damit angefangen, endlich einmal ein paar Daten und Programme in die digitale Datenwolke Cloud zu verlagern. Auch das ist eine Anwendung, der die Deutschen extrem kritisch gegenübergestanden haben, weshalb die Weltmarktführer auf diesem Gebiet nun zum Beispiel Amazon oder Microsoft heißen. Hier zeigt sich, was es heißt, sich in Sicherheit zu wiegen, Chancen zu verpassen, das kurzfristige Risiko zu scheuen.

Doch bleiben wir beim Quantencomputer: Dabei handelt es sich um Rechner, die ganz bestimmte Aufgaben erledigen können, die selbst Supercomputer nicht lösen können. Denn anders als klassische Bits, die nur zwei mögliche Zustände, nämlich 1 oder 0, annehmen können, befinden sich die sogenannten Qubits (Quantenbits), mit denen Quantencomputer arbeiten, in beiden Zuständen gleichzeitig. Das heißt, sie rechnen parallel statt linear. IBM, Intel, Google & Co. investieren längst sehr viel Geld in diesem Gebiet. Und es stimmt: Sie haben mit diversen Schwierigkeiten zu kämpfen. Die Geräte müssen stark gekühlt werden, die Qubits sind empfindlich. Aber auf diesem Gebiet jetzt Wissen zu erwerben, zu verstehen, wie Quantencomputer funktionieren, wäre dennoch gerade für die deutsche Industrie von größter Bedeutung. Denn Quantencomputer könnten sich, wenn sie einmal zuverlässig funktionieren, dazu eignen, digitale Fabriken zu optimieren oder leichtere Autos für neue Antriebstechnologien zu bauen. Das sind genau die Gebiete, in denen die deutsche Wirtschaft ihren Vorsprung halten muss, nicht unbedingt aber in der Verteidigung des Verbrennungsmotors.

> Die deutsche Wirtschaft ist im Umgang mit KI, Blockchain und Quantencomputern zu zaghaft.

Volkswagen befasst sich im Rahmen von Quantencomputing auch schon mit Projekten, Daimler ebenfalls. Es geht um die Optimierung von Streckenführungen für autonom fahrende Fahrzeuge, um Verkehrsflüsse in Städten, um die Batterieforschung und Verschlüsselungsfragen, damit die Datensicherheit auch dann noch gewährleistet ist, wenn irgendwann einmal Hacker über Quantencomputer verfügen. Doch wer schon verpasst hat, rechtzeitig auf den KI-Zug aufzuspringen, stellt heute fest, dass die wirklichen Talente bei den Big-Tech-Unternehmen in den Vereinigten Staaten gelandet sind. Das könnte sich bei Fachleuten rund um das Thema Quantencomputing wiederholen. Volkswagen hat zwar ein gutes Dutzend solcher Fachleute an Bord. Diese Zahl aber mag man auf die gesamte deutsche Wirtschaft kaum hochrechnen, das Ergebnis könnte allzu erschreckend sein.

Neues Zentrum
Die „Hansegruppe" tritt in der EU für Stabilität ein. Deutschland gehört ihr nicht an. Seite 18

Guter Stil
Herrenhemden aus Deutschland stehen für Qualität. Doch für ihre Hersteller wird es härter. Seite 25

Fragliche Sicherheit
Die Digitaldienste der Post sind bequem. Doch wie steht es dort um das Briefgeheimnis? Seite 26

Machtfaktor Hansegruppe

Für Stabilität tritt in der EU eine Allianz nordeuropäischer Länder ein. Die Niederlande geben den Ton an – Deutschland gehört nicht dazu.

Von Mark Beunderman



In einem Boot? *Der niederländische Finanzminister Wopke Hoekstra (links) spricht mit seinem deutschen Kollegen Scholz.* Foto Getty

FRANKFURT, 15. April. Geht der einstige Verbündete Deutschlands in Sachen Währungsunion seinen eigenen Weg? Die Niederlande profilieren sich jetzt als lautester Gegner eines neuen Integrationsssprungs im Euroraum, wie er von Frankreich und von der Europäischen Kommission gewünscht wird. Den Haag positioniert sich nicht, wie noch zur Amtszeit von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, an der Seite des großen deutschen Nachbarn. Stattdessen führt die fünftgrößte Volkswirtschaft des Euroraums eine informelle Gruppe von kleinen, nördlichen EU-Staaten an, die mittlerweile als „Hanse" bekannt ist.

Der ehrgeizige niederländische Finanzminister Wopke Hoekstra, ein Christdemokrat, kündigte Anfang im März 2018 an, „eine Allianz zu schmieden" mit seinen Kollegen aus Dänemark, Schweden, Finnland, Estland, Lettland, Litauen und Irland. Für „ein wirtschaftlich stärkeres Europa" wolle diese Allianz sich einsetzen, sagte Hoekstra damals. In einem gemeinsamen Papier formulierte die Allianz eine „nördliche" politische Antwort auf die mehr zentralistische, vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron verfolgte Zielrichtung für den Euroraum. Reformen auf der nationalen Ebene seien nötig sowie auch Haushaltsdisziplin. Eben keine „Kompetenzübertragung" auf die europäische Ebene oder „weitgehende Vorschläge".

Die dezentrale, mehr auf nationale Eigenverantwortung gründende Vision des Bündnisses – das von der Presse oft gebrauchte Prädikat „hanseatisch" mittlerweile auch selbst nutzt – hat man danach weiter definiert. Die Gruppe sprach sich gegen das vor allem von Frankreich und von der Kommission vorangetriebene eigene Budget des Euroraums aus, in einem Schreiben im Juni. Sie befürworte te danach im Juli die Entwicklung eines europäischen Kapitalmarkts. Und sie plädierte im November für strengere Kriterien für staatliche Nothilfe vom Rettungsfonds ESM an Krisenländer.

Es sind Positionen, die auch in Deutschland viel Unterstützung haben. Nationale Eigenverantwortung, nationale Haftung, solide Staatsfinanzen: Diese Werte lassen sich zum Beispiel auch im Europawahlprogramm der CDU/CSU finden. Dennoch hat die Bundesregierung die „Hanse"-Positionen nie öffentlich unterstützt, anders als Länder wie Belgien und Österreich, die den Brief gegen das Euro-Budget mitunterzeichneten, und Tschechien und die Slowakei, die das ESM-Papier der „Hanse" unterstützten.

Da scheint es, als ob sich Den Haag und Berlin jetzt voneinander entfernen. Der Name von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) – selbst aus der Hansestadt Hamburg – fehlt bei den „Hanse"-Erklärungen. Tatsächlich aber stimmt das Finanzministerium in Den Haag die Arbeit der „Hanse"-Gruppe mit der deutschen Seite schon jetzt eng ab. Scholz wird regelmäßig zu den Abendessen eingeladen und war auch einige Male beim „Hanse"-Treffen dabei.

Was wollen die Niederländer mit der „Hanse"? „Den Haag hat eine Gelegenheitskoalition gebildet, und damit betreibt es eine Art Machtpolitik: Als größtes Land der kleinen nördlichen Länder will es Deutschland unter Druck setzen, damit die Deutschen in Sachen Währungsunion nicht zu viel mit Frankreich mitbewegen", sagt Adriaan Schout, EU-Experte des niederländischen Instituts für Internationale Beziehungen „Clingendael", in Den Haag. Er betrachtet die „Hanse"-Initiative als Reaktion auf die dort als „visionäre Gewalt" wahrgenommenen Pläne Macrons, den Euroraum politisch und finanziell weiter zu integrieren.

„Aus deutscher Perspektive" meint der niederländische Historiker und Europakenner Luuk van Middelaar, „kann es durchaus nützlich sein, dass es jetzt eine organisierte nördliche Gruppe gibt, die sich klar ausspricht." Zwar teilt Deutschland die Angst der „Hanse"-Gruppe vor einer zentralisierten Transferunion im Euroraum, es könne sich aber wegen der engen Beziehung mit Frankreich nicht so laut rühren wie jetzt die von den niederländischen Nachbarn geführte Allianz, sagt Van Middelaar. „Im permanenten Tauziehen zwischen Deutschland und Frankreich, das von den südeuropäischen Staaten unterstützt wird, gibt es jetzt ein nördliches Gegengewicht."

Van Middelaar, ein ehemaliger Berater des früheren EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy, betrachtet die neue niederländische Führungsrolle innerhalb der „Hanse" als Teil einer strategischen Neuausrichtung der niederländischen Außenpolitik, die mit dem Brexit zu tun hat. Zwar habe Hoekstra sich mit dem Bündnis mit Blick auf den Euroraum profiliert, von dem das Vereinigte Königreich nie Teil war. Van Middelaar kann sich aber vorstellen, dass das Bündnis auch bei anderen EU-weiten Themen, etwa dem EU-Haushalt oder der industriepolitischen Debatte, Stellung beziehen wird. „Das Ausscheiden der Briten hat für die Niederländer das ganze Spiel in der EU geändert. Bei der Verteidigung marktwirtschaftlicher Werte in der EU haben die Niederlande immer die Unterstützung des Vereinigten Königreichs gesucht, einem der drei großen Mitgliedstaaten der EU. Jetzt liegt diese Strategie in Trümmern."

Die hanseatische Initiative der Niederländer kann schon deshalb nicht die einzige Antwort auf den Brexit sein, weil die Gruppe in ihrer Einwohnerzahl zu klein ist, um bei Abstimmungen blockierende Minderheiten zu formen, betont Van Middelaar. „Ohne die großen Mitgliedstaaten wird Den Haag nach dem Brexit nicht viel erreichen." Außerdem laufen die Interessen der „Hanse"-Länder nicht immer parallel, so heißt es aus Diplomatenkreisen. Bei den bevorstehenden Verhandlungen über den EU-Haushalt für die Jahre 2021 bis 2027 gibt es sowohl Nettozahler (Niederlande und die nordischen Länder) als auch Nettoempfänger (die baltischen Staaten).

Tatsächlich beschränkt sich die niederländische Post-Brexit-Diplomatie nicht auf den Norden. Intensiviert wurden die Kontakte zu den Benelux-Partnern und zu Deutschland – und auch zu Frankreich, das Den Haag etwa in Klimafragen als wichtiger Gesprächspartner gilt. Ministerpräsident Mark Rutte und sein Außenminister Stef Blok, beide Mitglieder der rechtsliberalen Partei VVD, wollen die „Hanse"-Strategie, die im Finanzministerium verfolgt wird, nicht auf Kosten der Beziehung mit Frankreich gehen lassen. Um den Eindruck zu vermeiden, sie sei gegen Frankreich gerichtet, wurde im Oktober auch Finanzminister Bruno Le Maire am Abendessen der nördlichen Minister eingeladen, und Le Maire kam. Er äußerte sich im November dennoch irritiert über die „Hanse": Er fühle sich mit der Initiative „unbequem".

Dennoch ist die „Hanse"-Strategie der Niederländer anscheinend erfolgreich, meint Van Middelaar: Die französische Idee eines Euroraumbudgets wurde in den vergangenen Monaten erheblich abgeschwächt. Es soll laut einem Beschluss des Europäischen Rates im Dezember Teil des neuen EU-Haushalts werden. Um wie viel Geld es geht, bleibt unbekannt. „In seiner letzten Europa-Rede hat Präsident Macron die Eurozone nicht einmal mehr erwähnt", sagt Van Middelaar. „Seine Erwartungen sind gedämpft worden, die deutsche Gegenmacht wurde von der ‚Hanse' gestärkt." Schout ist da skeptischer. „Was ohne die ‚Hanse'-Gruppe passiert wäre, weiß man ja nicht. Es scheint mir eine Überschätzung, zu glauben, dass die Deutschen wegen des Drucks dieser ‚Hanse' weniger Zugeständnisse an Frankreich machen. Ein großes Land wie Deutschland hat in der Europapolitik seine eigenen, eher innenpolitischen Überlegungen."

Italiens Regierung beglückt die Wähler mit Geldgeschenken

Zur Erfüllung ihrer Wahlversprechen ziehen die Koalitionsparteien derzeit alle Register / Erst die Rentenzahlung, dann Antragsprüfung

tp. ROM, 15. April. Italiens populistische Regierungsparteien sehen sich wegen der bevorstehenden Europawahl unter Druck, noch so schnell wie möglich unter den Wählern Geld zu verteilen, auch um den Preis, dass Regeln der ordentlichen Verwaltung oder europäische Vorschriften außer Kraft gesetzt werden. Besonders drastisch tritt dieser Wunsch zutage bei der Frage der Entschädigung von Anlegern, die wegen des Zusammenbruchs von sechs regionalen Banken Milliarden verloren haben.

Die regierende Fünf-Sterne-Protestbewegung und ihr Koalitionspartner, die rechtspopulistische Lega, haben die Verluste der Anleger als Folge von Versäumnissen italienischer Aufsichtsorgane und des europäischen Bail-in-Prinzips beschrieben, nachdem für Verluste von Banken nach den Aktionären erst einmal Inhaber von Obligationen und dann eventuell auch noch Inhaber von Konten mit mehr als 100 000 Euro aufkommen müssen. Die Regierungsparteien haben im Haushalt 1,5 Milliarden Euro für Entschädigungen von Verlusten mit Obligationen und Aktien eingestellt; sie verlangen, dass davon noch vor der Wahl ein ansehnlicher Betrag bei den Wählern ankommt. Die Vereinigungen geprellter Anleger treiben die Regierung mit dem Argument vor sich her, dass schon früher viel versprochen, aber dann nichts getan wurde.

Für die Fünf-Sterne-Bewegung und die Lega lautet nun die Konsequenz, dass jeder, der einen Antrag auf Entschädigung stellt, automatisch zufriedengestellt werden muss, ohne Gerichtsurteil oder ohne Untersuchung des Falls durch ein Schiedsgericht, wie ursprünglich geplant. Auch der parteilose Ministerpräsident Giuseppe Conte hat sich dieser Forderung angeschlossen. Nur Schatz- und Finanzminister Tria leistet Widerstand gegen das Verlangen der beiden Regierungsparteien. Tria warnt, dass im Falle von Fehlentscheidungen der italienische Rechnungshof von Politikern und Verwaltungsangestellten Geld zurückverlangen könne. Außerdem würde die EU-Kommission eine automatische Entschädigung von Verlusten als Wettbewerbsverzerrung ansehen. Tria will Medienberichten zufolge automatische Entschädigung nur für Opfer der Bankenkrise mit weniger als 35 000 Euro Einkommen und Finanzanlagen von weniger als 100 000 Euro, doch das ist den Koalitionsparteien noch nicht genug.

Während über die Entschädigung von Verlusten der Bankenkrise noch gestritten wird, ist die vorschnelle Verteilung von Geldern bei anderen Wahlversprechen schon Realität: Steckenpferd der Lega ist eine Rückkehr zur Frührente für Italiener mit einem Lebensalter von mindestens 62 Jahren und 38 Beitragsjahren, unter dem Begriff „Quota 100". Weil das Rentenamt Inps mitunter Wochen und Monate braucht, um die Rentenanträge zu bearbeiten, gibt es nach Medienberichten nun vorläufige Rentenzahlungen. Selbst das offizielle Zertifikat für das Ende der Beschäftigung könne nachgereicht werden, berichtet ein ausgewiesener Rentenexperte. Obwohl oft über Verzögerungen bei Rentenzahlungen geklagt wurde, erschaudern nun die Fachleute über die neue Politik des schnellstmöglichen Geldverteilens aus der Rentenkasse. Das gleiche Prinzip gilt auch für den Wahlschlager der Fünf-Sterne-Bewegung, das Bürgergeld. Anfangs wurde noch gesagt, dass die Ansprüche jedes Antragstellers genau geprüft würden, und dass Geld nur gezahlt würde, wenn vorher ein Vertrag über Ausbildung oder Arbeitsplatzsuche abgeschlossen würde. Doch das Inps hat mitgeteilt, man könne nicht in kurzer Zeit Vermögen oder Beschäftigung aller Antragsteller untersuchen – seit Anfang März sind es schon mehr als 800 000. Um die entsprechenden Verträge zu prüfen, fehlt es auch noch an Mitarbeitern in den Arbeitsämtern. Für die Fünf-Sterne-Bewegung ist die Arbeitsplatzsuche aber nebensächlich, wichtig ist ihr dagegen, dass Tausende Antragsteller Anfang Mai Geld erhalten.

Vor Rügen steigt die Windstromparty

Mit viel politischer Prominenz wird an diesem Dienstag der Offshore-Park Arkona offiziell in Betrieb genommen / Weniger Fördergeld nötig

ami. SASSNITZ, 15. April. Für eine Eröffnungsparty ist es schon ein bisschen spät. Immerhin drehen sich die 60 Rotoren im Windpark Arkona 35 Kilometer vor der Ostküste der Ostseeinsel Rügen seit einem halben Jahr im Wind und produzieren Strom. Aber die Verzögerung fällt kaum ins Gewicht, wenn Politprominenz dem Projekt frischen Glanz verschafft. Das gilt umso mehr, wenn die örtliche Bundestagsabgeordnete auch die Bundeskanzlerin ist. So soll an diesem Dienstag Angela Merkel (CDU) mit Ministern aus Frankreich und Norwegen, der Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern und Managern aus Deutschland, Norwegen und Belgien im Fährhafen Sassnitz „eine Standortbestimmung zum Thema Klimaschutz vornehmen".

Das jedenfalls erwartet der Energiekonzern Eon, der den Windpark gebaut hat und betreibt. Mit dem norwegischen Öl- und Gaskonzern Equinor, vormals Statoil, hat Eon gut eine Milliarde Euro investiert. Mit einigem Stolz heißt es von dem Unternehmen, es komme auch nicht alle Tage vor, dass so ein Projekt „unter Budget und vor Zeitplan fertiggestellt" werde. Den Netzanschluss besorgte der für Ostdeutschland verantwortliche Netzbetreiber 50Hertz, ein Tochterunternehmen des belgischen Elia-Konzerns. Die Umspannstation auf See stammt aus Frankreich – so fällt es den Hausherren nicht schwer, den Park als ein europäisches Energieprojekt zu loben und einen Kontrapunkt zur oft geäußerten Kritik zu setzen, die deutsche Energiewende sei ein mit den Nachbarn nicht abgestimmter Alleingang.



Auf hoher See: *Windräder* Foto dpa

380 Megawatt Leistung hat der Park. Das ist gut ein Drittel der in der Ostsee installierten deutschen Windstromkapazitäten, die sich Ende vorigen Jahres nach Branchenangaben auf 1076 Megawatt beliefen. Das entspricht einem Drittel der Kapazität des größten ostdeutschen Braunkohlekraftwerks Jänschwalde. Weitaus mehr Windkraftkapazitäten sind in der Deutschen Bucht in der Nordsee installiert. Zehn Jahre nach dem Bau des ersten Testfelds Alpha Ventus erzeugen dort mehr als 1100 Windkraftanlagen Strom. Ende vergangenen Jahres kamen sie laut Deutscher Windguard auf 5306 Megawatt Leistung. Allein das ist etwa die Hälfte der im Rheinischen Braunkohlerevier installierten Kapazität von 10 000 Megawatt.

Ein Nachteil der Windparks auch auf See ist allerdings, dass sie nur an der Hälfte der Stunden eines Jahres ein Maximum an Strom liefern. Dafür emittieren sie keine Klimagase. Allein der Betrieb des Parks Arkona vermeidet laut Eon jedes Jahr den Ausstoß von 1,2 Millionen Tonnen Kohlendioxid an anderer Stelle.

Offshore-Strom wird für die Energiewende immer wichtiger, zumal an Land der Bau von vier von fünf Windparks inzwischen beklagt wird. Jedoch trifft der schleppende Ausbau der Stromnetze die Windparkbetreiber auf dem Wasser wie jene an Land. Eine Konsequenz war, dass die Regierung im Jahr 2014 per Gesetz die ambitionierten Offshore-Ausbaupläne zusammengestrichen hat. Das Ausbauziel für das Jahr 2030 wurde von bis zu 25 000 auf 15 000 Megawatt gekürzt. Die Regierung wollte keine Investitionsruinen auf dem Meer fördern mit teuren Kraftwerken, deren Strom niemand abnimmt. Inzwischen gibt es neue Ideen: Etwa die, dass Ökostrom aus dem Windpark in Wasserstoff umgewandelt, per Tanker abtransportiert und als Treibstoff für die Bahn oder in der Industrie eingesetzt wird.

Offshore-Strom habe seinen festen Platz im deutschen Energiemix, sagt Sebastian Boie von der Stiftung Offshore Windenergie. Sein Anteil an den Erneuerbaren belaufe sich inzwischen auf knapp 10 Prozent. In den vergangenen sechs Jahren seien rund 15 Milliarden Euro von der Offshore-Industrie investiert und 27 000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Bezahlt wird das von den Stromkunden, und zwar über Umlagen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Noch gibt es für die Offshore-Kraftwerke eine großzügig bemessene Förderung von bis zu knapp 19 Cent je Kilowattstunde über acht Jahre. So viel kassieren auch Eon und Equinor bis Ende des Jahres 2026 für die Windstromausbeute vor Rügen.

Inzwischen sind Betreiber aber auch mit weniger Geld zufrieden. Neue Parks, die vom Jahr 2022 an gebaut werden, bekamen in Ausschreibungen schon den Zuschlag, weil ihre Eigner mit 6 Cent oder gar null Cent Förderung zufrieden waren. Fallende Kosten für Installation und Wartung, immer größere Turbinen auf höheren Masten und andere Innovationen spielen eine Rolle. Der Energiekonzern Eon etwa berichtet gern über einen neuartigen Korrosionsschutz für die 35 Meter unter und 100 Meter aus der Ostsee ragenden Stahlmasten. Das spare Geld und belaste die Umwelt weniger.

Milliardenbeträge könnten zudem eingespart werden, wenn, wie in Großbritannien, der Netzanschluss im Wettbewerb ausgeschrieben und von den Parkbetreibern gelegt werden müsste und nicht, wie in Deutschland, von den regional zuständigen Netzbetreibern. Zu dem Schluss kam zumindest dieser Tage eine im Auftrag des staatlichen dänischen Energiekonzerns Ørsted erstellte Studie.

Die Branche treibt etwas anderes um. Sie würde gern schnell mehr neue Parks bauen. Denn mit 6400 Megawatt ist das für das Jahr 2020 definierte Ausbauziel von 7500 Megawatt schon fast erreicht. Es sei wichtig, die Potentiale „noch stärker im Heimatmarkt zu nutzen und den Ausbau auch hier schnell zu forcieren", sagt Boie.

Seine Hoffnung ist der Koalitionsvertrag. Darin steht ein nichtspezifizierter „Offshore-Windenergiebeitrag", der zusätzlich gebaut werden soll, versehen mit der Einschränkung: „Voraussetzung ist die Aufnahmefähigkeit der entsprechenden Netze." Der Offshorebranche schwebt ein kurzfristiger zusätzlicher Ausbau von 1500 Megawatt vor sowie die teilweise Rückabwicklung der im Jahr 2014 beschlossenen Kürzungen, also eine Erhöhung der Ausbauziele 2030 „auf mindestens 20 000 Megawatt". Das Merkel am Dienstag auf dem Deck des Installationsschiffs „Resolution" in Sassnitz ankündigen wird, glaubt allerdings niemand.

Trump: Boeing soll die „737 Max" umbenennen

lid. NEW YORK, 15. April. Prahlerei in vermeintlich bescheidene Töne zu verpacken, dafür haben Amerikaner die Formulierung „Humblebragging", also eine Kombination der englischen Begriffe für „bescheiden" und „angeben". Der amerikanische Präsident Donald Trump tat dies am Montag auf nicht sonderlich subtile Weise, als er einen Ratschlag an den Flugzeughersteller Boeing über den Kurznachrichtendienst Twitter verbreitete. Was wisse er schon über Markenpolitik, vielleicht nichts, waren seine einleitenden Worte, die er sofort mit dem Zusatz in Klammern versah: „Aber ich bin Präsident geworden!" Weiter sagte er, wenn er Boeing wäre, würde er die 737 Max reparieren, einige „großartige Funktionen" hinzufügen und dem Flugzeug einen neuen Namen geben. „Kein Produkt hat so gelitten wie dieses." Am Ende des Tweets stand ein weiterer „Humblebrag": „Aber noch mal, was zur Hölle weiß ich schon?"

Die 737 Max von Boeing ist im März nach zwei Flugzeugabstürzen aus dem Verkehr gezogen worden. Vorläufige Unfallberichte legen den Schluss nahe, dass bei beiden Abstürzen eine in der Maschine installierte Software eine Rolle gespielt hat. Boeing arbeitet gerade an einer Aktualisierung der Software, die dann Regulierungsbehörden genehmigen müssen, bevor das Flugzeug wieder abheben kann. Mit dem Tweet am Montag schien Trump ein Stück weiter auf Distanz zu Boeing zu gehen. Er hat in den vergangenen Jahren enge Beziehungen zum Boeing-Vorstandsvorsitzenden Dennis Muilenburg gepflegt und ihn wiederholt getroffen. Im Jahr 2017 besuchte er ein Boeing-Werk in North Carolina und hielt dort eine Rede, an deren Ende er sagte: „Gott segne Boeing."

Umweltministerin reicht CO_2-Preis nicht

BERLIN, 14. April (dpa). Im Streit um den besten Weg zu mehr Klimaschutz in Deutschland hat das SPD-geführte Bundesumweltministerium Kanzlerin Angela Merkel (CDU) widersprochen. Merkel hatte am Wochenende in ihrem Podcast gesagt, bis Jahresende werde die Bundesregierung entscheiden, „ob wir sektorweise CO_2 einsparen, oder ob wir die Bepreisung von CO_2 insgesamt noch stärker in den Fokus rücken". Eine Sprecherin von Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) sagte am Montag nun, man sehe das „nicht als Alternative". Es müsse zwischen Zielen und Maßnahmen unterschieden werden. Deutschland muss seinen Treibhausgas-Ausstoß insgesamt reduzieren. Im Klimaschutzplan von 2016 hat die Bundesregierung die Klimaschutzziele zusammen auf die einzelnen Bereiche wie Verkehr, Landwirtschaft und den Energiesektor heruntergebrochen. Diesen Klimaschutzplan, zu dem sich die aktuelle Koalition bekannt hat, will Schulze nun in ein Klimaschutzgesetz gießen. In der Union gibt es große Vorbehalte dagegen, die Sektorziele gesetzlich zu verankern. Das würde vor allem Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU), Bauminister Horst Seehofer (CSU), Agrarministerin Julia Klöckner (CDU) und Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) unter Druck setzen. Ein Weg für mehr Klimaschutz könnte ein CO_2-Preis sein, der den Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO_2) teurer macht und damit klimafreundliche Technologien nach vorn bringen soll.

Kurze Meldungen

Pipeline-Regeln treten in Kraft

Die EU hat neue Vorschriften für Gasleitungsprojekte wie die umstrittene Pipeline Nord Stream 2 beschlossen. Demnach dürfen die Produktion von Erdgas und der Betrieb der Leitung nicht in einer Hand liegen – anders als bisher beim russischen Staatskonzern Gasprom. Ein Betreiber muss Konkurrenten die Nutzung der Leitung gegen Gebühr erlauben. Für bereits bestehende Leitungen und Projekte sollen aber unter strengen Auflagen Ausnahmen möglich sein. Darauf hatte vor allem Deutschland gedrungen, um Nord Stream 2 vor dem Aus zu retten. dpa

Streit um Auto-Funk in Europa

In Europa baut sich ein Streit darüber auf, wie vernetzte Autos untereinander und mit der Infrastruktur am Straßenrand kommunizieren sollen: per Wireless Lan oder über das Mobilfunk-Netz. Ein sogenannter delegierter Rechtsakt der EU-Kommission setzt zumindest zunächst für die Kurzstrecke auf W-Lan. Wenn EU-Parlament oder Rat der Mitgliedsländer bis Mitte Mai keine Einwände erheben, tritt er in Kraft. BMW und die Deutsche Telekom riefen Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) dazu auf, dagegen ein Veto einzulegen. dpa

Kein Klimaaktivist

Jeremy Clarkson, der britische Motorjournalist, der aus der BBC-Kultserie „Top Gear" bekannt ist, engagiert sich anders als am 11. April gemeldet nicht für die Klimaschutzbewegung „Extinction Rebellion". theu.

Zuwanderung aus Osteuropa lässt spürbar nach

bee. FRANKFURT, 15. April. Die Personalsorgen deutscher Unternehmen könnten sich künftig noch einmal deutlich verschärfen. Denn bislang haben ausländische Arbeitskräfte insbesondere aus Osteuropa einen großen Beitrag zum Beschäftigungsaufschwung geleistet – mehr als jede zweite neu geschaffene sozialversicherungspflichtige Stelle wurde zuletzt von einem Ausländer besetzt. Nun aber lässt die Zuwanderung etwa aus Bulgarien, Kroatien, Polen, Rumänien und Ungarn deutlich nach, wie am Montag veröffentlichte Zahlen des Statistischen Bundesamts auf Basis des Ausländerzentralregisters zeigen.

So sind im vergangenen Jahr rund 357 000 Menschen mehr nach Deutschland zugewandert, als das Land verlassen haben. Im Jahr 2017 waren es jedoch noch fast doppelt so viele. Und: Der Rückgang ist vor allem auf eine geringere Zuwanderung aus den anderen EU-Ländern zurückzuführen. So kamen im Jahr 2018 aus den fünf genannten Ländern nur noch 124 000 Menschen nach Deutschland – im Jahr zuvor waren es noch 268 000. Diese Entwicklung sei „nicht überraschend", kommentierte Wido Geis-Thöne vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln. Viele osteuropäische Länder seien ebenso wie Deutschland vom demographischen Wandel betroffen. „Deshalb braucht es dringend ein neues Einwanderungsgesetz, das Fachkräften aus Nicht-EU-Ländern den Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt erleichtert."

Für solch ein Gesetz, über dessen Details Union und SPD weiter uneins sind, hatten sich in ihrem jüngsten Jahresgutachten auch die sogenannten Wirtschaftsweisen ausgesprochen. Sie hatten darin darauf hingewiesen, dass die Zuwanderung aus den EU-Mitgliedstaaten schon seit zwei Jahren rückläufig ist. Im vergangenen Jahr hatten rund 266 000 Menschen aus Drittstaaten einen Aufenthaltstitel zum Zwecke der Erwerbstätigkeit, 50 000 mehr als noch ein Jahr zuvor. Die meisten von ihnen kamen aus Westbalkan-Ländern wie Albanien oder Mazedonien. Auch diese Länder seien allerdings vom demographischen Wandel betroffen, sagte IW-Forscher Geis-Thöne. Zu den Hauptherkunftsländern der Menschen aus Drittstaaten zählen zudem Indien, China und die Vereinigten Staaten.



EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström kündigt das Gesprächsmandat am Montag in Brüssel an. Foto AP

EU: Handelsgespräche mit Trump

Europa hofft, dass Amerika auf Auto-Strafzölle verzichtet und Zölle sinken. Nur Frankreich stellt sich quer.

hmk./chs. BRÜSSEL/PARIS, 15. April. In Brüssel erwarten die meisten, dass der amerikanische Präsident Donald Trump Schutzzölle auf europäische Autos verhängt. Im Mai muss Trump eine Entscheidung treffen. Dann läuft die dafür vorgesehene Frist aus. Entspannungssignale waren in jüngster Zeit nicht aus Washington zu hören. Im Gegenteil: Im Streit um die Subventionen für die Flugzeughersteller Airbus und Boeing setzt seine Regierung derzeit ganz auf Konfrontation und kündigte Vergeltungszölle in Milliardenhöhe an. Die EU tut trotzdem einiges, um Trump milde zu stimmen. So beauftragten die EU-Staaten am Montag in Luxemburg die EU-Kommission, Gespräche über den Abbau von Industriezöllen mit Amerika aufzunehmen. Frankreich stimmte als einziges Land dagegen.

Die Gespräche sind Teil des „Deals" zwischen Trump und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vom vergangenen Sommer. Damals einigten sich beide Seiten auf Verhandlungen über Zölle sowie den Abbau regulatorischer Hürden. Das sind unterschiedliche Standards oder auch Regeln, die den Handel erschweren. Im Gegenzug verzichtete Trump – vorerst – auf die Autozölle, die nach amerikanischem Verständnis auch explizit von den Handelsgesprächen ausgenommen sein sollen. Der Verabschiedung des Mandats für diese war ein monatelanges Ringen vorausgegangen. Die Kommission hatte schon im Januar ein Mandat für die Verhandlungen vorgelegt, um so schnell beginnen zu können. Frankreich, aber auch Belgien hatten sich dagegen gesperrt.

Die Franzosen argumentierten zum einen, sie könnten keinen Verhandlungen mit Staaten zustimmen, die das Klima-Abkommen von Paris ablehnten. Zudem dürfe sich die EU nicht durch die Androhung von Zöllen zu Gesprächen zwingen lassen. Eine Rolle spielte aber auch die Sorge, dass von den Wahlen zum Europaparlament Ende Mai eine Debatte über die Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten wie zuvor über das deutlich umfassendere TTIP-Abkommen drohe. In der anstehenden Europawahl gehörten die Außenhandelsfragen zu den wichtigsten Themen, lautet die Einschätzung in Beraterkreisen von Präsident Emmanuel Macron. Die anderen Mitgliedstaaten waren den Franzosen in den vergangenen Wochen insofern entgegengekommen, als Umweltfolgen von Produkten berücksichtigt werden sollen, wenn Zölle festgelegt werden.

Zudem stellten sie klar, dass Europa mit den Amerikanern nicht über die für Frankreich wichtigen Landwirtschaftsthemen verhandele. Die Franzosen hielten aber dennoch an ihrem Widerstand fest und zwangen die Europäer damit, das Mandat mit qualifizierter Mehrheit anzunehmen. Das ist möglich, in Handelsgesprächen aber bisher nicht vorgekommen. Umso mehr fällt es ins Gewicht, dass mit Frankreich ein Gründungsmitglied und wirtschaftliches Schwergewicht überstimmt worden ist. Es wirft zudem abermals ein schlechtes Licht auf das deutsch-französische Verhältnis, weil Berlin und Paris in der Frage der Handelsgespräche mit Trump völlig konträre Positionen vertraten. Am Ende vertraten nur die Spanier und Belgier eine ähnliche Linie wie Frankreich und gaben zumindest Erklärungen ab, die ihr Unbehagen über die Gespräche zum Ausdruck bringen.

Nur auf Deeskalation gegenüber den Vereinigten Staaten setzten aber auch die Europäer nicht. So hat die Kommission im Streit um die Boeing-Subventionen inzwischen eine Liste mit Vergeltungszöllen von bis zu 20 Milliarden Euro festgelegt. Es sollen am Ende aber nur Zölle von 10 Milliarden Euro verhängt werden. Treffen könnte das Fitnessgeräte, Microsofts Xbox, Casinotische, Tabak, Wodka oder auch gefrorenen Hummer. Auch für den Fall, dass Trump Autozölle verhängt, bereitet die Kommission schon seit Monaten eine Liste mit Gegenzöllen von ebenfalls bis zu 20 Milliarden Euro vor. Ketchup steht ebenso darauf wie Pflaster oder Rosinen.

Deutschland will neues Urheberrecht schonend umsetzen

CDU verspricht Lösung ohne „Uploadfilter"

hw. BERLIN, 15. April. Auf diesen Tag haben die nach langen, heftigen Debatten ermatteten Befürworter wie Gegner des neuen EU-Urheberrechts lang gewartet: Deutschland hat dem umstrittenen Vorhaben im Ministerrat zugestimmt, dabei allerdings eine erläuternde Erklärung zu Protokoll gegeben. Das zwölf Punkte umfassende Papier liegt der F.A.Z. vor. Die gewundenen Formulierungen darin zeigen große Zweifel innerhalb der Bundesregierung am gerade beschlossenen Vorhaben.

Das Dokument bezieht sich ausdrücklich „insbesondere" auf Artikel 17 der Richtlinie – also jene Vorschrift, die nach Ansicht von Kritikern zu den umstrittenen „Uploadfiltern" führt. Damit sind Computerprogramme gemeint, die auf Plattformen wie Youtube schon während des Hochladens urheberrechtlich geschützte Inhalte erkennen und deren Veröffentlichung verhindern. Da Programme auch in legale Inhalte Rechtsverletzungen hineinlesen, könnte die Reform die Meinungsfreiheit beeinträchtigen. Hatten manche Befürworter der Richtlinie darauf verwiesen, dass das Regelwerk solche Maßnahmen nicht erwähne, macht die Bundesregierung nun keinen Hehl daraus, dass es auf die Filter hinausläuft: Uploadfilter kommen durch Artikel 17 „voraussichtlich" zur Anwendung, heißt es in der Erklärung. Sie will nun „klarstellend" ergänzen, dass Dienste wie die Online-Enzyklopädie Wikipedia und Foren nicht unter die strengen Regeln fallen.

Das gegenüber dem Reformvorhaben kritisch eingestellte Bundesjustizministerium hat nach Angaben der SPD-Fraktion eine Art Wiedervorlage für das gerade beschlossene Vorhaben durchgesetzt: „Sollte sich zeigen, dass die Umsetzung zu einer Beschränkung der Meinungsfreiheit führt oder die zuvor skizzierten Leitlinien auf unionsrechtliche Hindernisse stoßen, wird die Bundesregierung darauf hinwirken, dass die festgestellten Defizite des EU-Urheberrechts korrigiert werden", heißt es am Ende der Erklärung. Großen Wert hat dieses Versprechen aber nicht: Rechtlich ist es nicht bindend, und eine solche Korrektur der Urheberrechtsreform setzt die EU-weite Einigung voraus. Zwischen der am Montag beschlossenen und der vorigen liegen knapp 20 Jahre – und die Reform zeigte, wie schwierig die Einigung insbesondere mit Frankreich war.

Damit Zitate von Werken besser erkannt werden, sollen Nutzer nach den Vorschlägen der Bundesregierung diese beim Hochladen künftig kennzeichnen. Wenn also ein Gitarrenlehrer vor der Kamera ein bekanntes Gitarrenriff anspielt, müsste er beim Hochladen künftig angeben, dass er gerade ein Werk „zitiert" im Sinne des Urheberrechts. Ähnliches gilt dann für Parodien. „Eine Löschung könnte in diesen Fällen also nicht automatisch, sondern erst nach einer von Menschen durchgeführten Überprüfung zulässig sein", heißt es in der Protokollerklärung. Zudem müsste „hinreichend belegt" sein, dass die Inhalte – also im Beispiel der Musikausschnitt – einem Rechteinhaber zustehen.

Rechtlich hat die nur von Deutschland abgegebene Protokollerklärung kaum einschränkende Wirkung. Sie dürfte bei der nun einsetzenden Gesetzgebungsarbeit als dezente politische Leitplanke wirken. Eventuell wirkt sie auch in die vorgeschriebenen Abstimmungsgespräche zwischen Kommission, Mitgliedstaaten und Betroffenen hinein („best practices").

Die CDU verwies am Montag auf ihren Umsetzungsvorschlag, mit dem sie kurz vor den anberaumten europaweiten Protesten die Kritiker besänftigen wollte. Dieser mache „keine Uploadfilter erforderlich", betonte CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak auf dem Kurznachrichtendienst Twitter. In ihrem Vorschlag will die CDU eine zeitliche Grenze einführen, unterhalb derer Uploads keine Lizenzgebühren auslösen. Neue Schranken im Urheberrecht können Mitgliedstaaten der EU nicht beliebig einführen. Kritiker monieren daher, dass der CDU-Vorschlag überhaupt nicht umsetzbar ist.

Jimmy Schulz, FDP-Fraktionsvorstandsmitglied und Vorsitzender des Ausschusses Digitale Agenda, kritisierte, die große Koalition sei mitverantwortlich dafür, dass eine europaweite „Zensurinfrastruktur" eingeführt werden könne. Oliver Süme vom Providerverband Eco warnte, es werde zu Überfilterung kommen. „Kleine Unternehmen werden ihre Dienste einschränken oder künftig Technologien einkaufen müssen, die sich nur die Großen in der Entwicklung leisten können."

Rechnungshof: 115 000 Arbeitslose fehlen in Statistik

Jobcenter müssen ihre eigenen Angaben prüfen / Arbeitsagentur: Keine Manipulation

bee. FRANKFURT, 15. April. Die Jobcenter müssen künftig ihre eigenen Angaben über die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland mit Hilfe von automatisierten Prüfsystemen regelmäßig kontrollieren. Eine entsprechende Weisung sei in der vergangenen Woche in Kraft getreten, bestätigte eine Sprecherin der F.A.Z. am Montag. Anlass hierfür ist ein noch unveröffentlichter Bericht des Bundesrechnungshofs von Ende Februar. Darin heißt es einem Agenturbericht zufolge, in der offiziellen Arbeitslosenstatistik seien 115 000 Arbeitslose nicht als solche erfasst. Die Rechnungsprüfer werfen den Jobcentern vor, den Status von Empfängern von Arbeitslosengeld II („Hartz IV") nicht korrekt an die Bundesagentur für Arbeit gemeldet zu haben.

Die Arbeitsagentur hatte früh auf den Bericht reagiert und darauf verwiesen, dass der Bundesrechnungshof an keiner Stelle davon ausgehe, dass es sich um bewusste Manipulation oder systematische Fehler handeln könnte. Die meisten Fehler passierten, wenn die Arbeitsvermittler Einträge manuell verändern müssten. Ein Beispiel: Nimmt ein Hartz-IV-Empfänger an einem Integrationskurs oder einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teil, die mindestens sechs Wochen dauert, gilt er offiziell nicht mehr als arbeitslos, sondern als arbeitssuchend. Endet der Kurs, muss der Status wieder geändert werden. Das kann allerdings nur vor Ort im persönlichen Gespräch mit dem Arbeitsvermittler erfolgen. Versäumt der Mitarbeiter im Jobcenter, einen Termin festzulegen, oder erscheint der Kunde nicht, kommt es zu einer Verzögerung. Auch kann es passieren, dass der Termin nach dem offiziellen Stichtag für die monatliche Arbeitsmarktstatistik liegt – der Status wäre dann ebenfalls nicht richtig erfasst.

Auch wenn die absoluten Zahlen nie bis zur letzten Person korrekt sein könnten und eine „geringfügige Unterzeichnung der Arbeitslosenzahl" vorliegen könne, gäben die Statistiken das Niveau und die Veränderungen korrekt wieder, teilte die Bundesagentur für Arbeit mit. Offiziell gelten in Deutschland derzeit 2,301 Millionen Menschen als arbeitslos, so wenige wie noch nie seit der Wiedervereinigung. Dass der Behörde die Validität der Daten wichtig ist, geht auch aus internen Unterlagen hervor, die der F.A.Z. vorliegen. Darin heißt es, eine hohe Datenqualität der Bewerberdatensätze sei „von großer Bedeutung für den Vermittlungsprozess". Darüber hinaus seien korrekte und zeitnah aktualisierte Daten „maßgeblich" für die Aussagekraft der Statistik der Arbeitagentur.

Die 302 gemeinsam von Bundesagentur für Arbeit und Kommunen geführten Jobcenter müssen die automatisierten Prüfprogramme daher nun verpflichtend einsetzen – bislang konnten sie frei darüber entscheiden. Insbesondere Jobcenter in Ballungsräumen und Großstädten, die im Regelfall einen hohen Anteil an erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aufwiesen, könnten davon stärker betroffen sein, heißt es in den Unterlagen der Behörde. Für andere Jobcenter entstehe hingegen kein oder nur geringer Mehraufwand. Eine Sprecherin verwies auch darauf, dass die Stichprobe des Bundesrechnungshofs mit 770 Fällen in 219 Jobcentern sehr klein sei. Die Rechnungsprüfer hatten die Zahlen hochgerechnet.

In Fukushima beginnt die Bergung von Brennstäben

Ferngesteuerter Greifarm soll sie aus den Abklingbecken der Unglücksreaktoren holen

pwe. TOKIO, 15. April. Acht Jahre nach dem Nuklearunfall mit dreifacher Kernschmelze im japanischen Kernkraftwerk Fukushima Daiichi hat die Betreibergesellschaft Tepco erstmals mit der Bergung von Brennstäben aus einem der havarierten Reaktoren begonnen. Ferngesteuert bewegten Techniker einen Greifarm, der vier Brennstäbe aus dem Abklingbecken im Reaktor 3 in einen Transportbehälter umsetzte. In dem Reaktor lagern 566 abgebrannte und noch nicht benutzte Brennstäbe, die herausgeholt und in ein sichereres Gebäude auf dem Kraftwerksgelände verbracht werden sollen. Der Betreiber Tokyo Electro Power Company will diese Arbeiten bis zum März 2021 abschließen. Der Beginn der Bergung der Brennstäbe aus Reaktor 3 hatte sich um mehr als vier Jahre verzögert, als Folge der hohen Strahlung und technischer Schwierigkeiten.


Ohne Schutzanzug: *Japans Ministerpräsident Shinzo Abe war kürzlich vor Ort.* Foto dpa

In den Reaktoren 1 bis 3 des Kraftwerks kam es im März 2011 nach dem Tsunami und dem Ausfall der Stromaggregate zur Kernschmelze. Rund 160 000 Einwohner mussten damals wegen der radioaktiven Strahlung fliehen. 30 000 von ihnen können noch heute nicht und teils nie mehr in ihre Häuser zurück. Erst am Wochenende hatte Ministerpräsident Shinzo Abe zum ersten Mal nach fünf Jahren das Kraftwerk besucht. Der Regierungschef wollte ein Zeichen setzen der Verbundenheit mit den Opfern, nachdem ein mittlerweile entlassener Minister durch ungeschickte Bemerkungen daran Zweifel hatte aufkommen lassen.

Die Bergung der Brennstäbe aus Reaktor 3 ist ein wichtiger, aber nur ein kleiner Schritt hin zum auf lange Frist geplanten Abriss der Reaktoren. Die Brennstäbe aus dem Reaktor 4, der zur Zeit des Unglücks nicht in Betrieb war, hatte Tepco schon 2014 entfernt. Doch in den havarierten Reaktoren 1 und 2 lagern weitere 1007 Brennstäbe in Abklingbecken, die geborgen werden müssen. Tepco will diese Arbeiten etwa 2022/2023 beginnen. Weit schwieriger wird sich danach die Sicherstellung des geschmolzenen Brennstoffs in den Reaktoren herausstellen, von der noch unklar ist, wie es technisch genau funktionieren soll. Derweil kämpft Tepco weiter mit den Massen radioaktiv verseuchten Wassers, das in der Kühlung der beschädigten Reaktoren anfällt und auf dem eng werdenden Kraftwerksgelände gelagert werden muss.

China hat den Auto-Kater

Zum ersten Mal gehen die Verkäufe im größten Markt der Welt zurück. Haben die Chinesen etwa die Lust am Auto verloren?



Alles unter Kontrolle: *Ein Sicherheitsmitarbeiter überwacht den Aufbau der Automesse in Schanghai.* Foto EPA

hena. SCHANGHAI, 15. April. In einem Volkswagen-Autohaus im Schanghaier Westen will der Händler den schlechten Nachrichten vom größten Automarkt der Welt nicht trauen. Denn bisher brummte die Autokonjunktur in China. Schließlich hatten die Chinesen erst Anfang der neunziger Jahren begonnen, in bedeutender Zahl Autos zu kaufen. Seitdem sind die Verkäufe jedes Jahr kräftig gestiegen, zuletzt auf rund 28 Millionen Stück. Für Volkswagen und die anderen deutschen Hersteller ist China längst zum größten und profitabelsten Markt avanciert.

Doch wenn am Dienstag in Schanghai eine der größten Automessen der Welt für Fachbesucher und Presse ihre Türen öffnet, hängt die Zahl neun wie ein böses Omen über den 340 000 Quadratmeter Ausstellungsfläche in den Messehallen: Den neunten Monat in Folge ist der Absatz auf dem chinesischen Markt im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gesunken. Im Februar um fast 14 Prozent, im März immerhin noch um mehr als 5 Prozent. „Glaube ich nicht", sagt der VW-Händler im Westen der Stadt. „Die Zahlen sind bestimmt manipuliert. In Wahrheit müssten sie noch viel schlechter sein. Im März habe ich ein einziges Auto verkauft."

Da mögen es der Volkswagen-Konzern, Daimler und BMW an den Vorabenden während ihrer Auftaktpartys zur Auto Show gemäß dem Stil der Branche auch noch so krachen lassen. Dahin ist das gute Gefühl der Vorjahre, als sich Autos in China fast wie von selbst mit zuweilen zweistelligen Wachstumsraten verkauften. Auf 1000 Chinesen kämen statistisch betrachtet noch nicht einmal 200 Autos, beliebte Daimlers China-Vorstand Hubertus Troska früher in seinen Präsentationen vorzurechnen. Da sei noch viel Luft nach oben, Smog in den Innenstädten hin oder her. In Amerika läge die Zahl schließlich bei rund 800, in Deutschland immerhin bei fast 600 Autos.

Wer im Bordunterhaltungsprogramm von chinesischen Fluglinien einen Spielfilm anschauen will, muss sich zunächst zehn Minuten lang durch Werbespots für Autos quälen. Kaum eine Investition in China galt in den vergangenen Jahren so sicher wie in die Lust der Chinesen, ihren wirtschaftlichen Aufstieg mit einem funkelnden neuen Fahrzeug Ausdruck zu verleihen. Allein in den zehn Jahren von 2008 bis 2017 stieg die Zahl der verkauften Autos von 6,7 Millionen auf 24,7 Millionen, ein Zuwachs von 270 Prozent. Dann sank die Zahl im vergangenen Jahr zum ersten Mal in der Geschichte der Volksrepublik: auf 23,7 Millionen.

Ist der Aufschwung nun vorbei, der Markt gesättigt, wie in China allenthalben zu hören ist? Der immer noch nicht gelöste Handelsstreit mit den Vereinigten Staaten wird als Grund angeführt dafür, dass die Chinesen die Lust am Konsum verloren hätten. Dass der Aktienmarkt im vergangenen Jahr in Schanghai um ein Viertel, an der Börse in Shenzhen um rund 30 Prozent eingebrochen war, dürfte ebenfalls die Kauflaune gezügelt haben.

Marktführer Volkswagen, der in guten Jahren in China zwei Drittel des gesamten Konzerngewinns eingefahren hat, versucht die Erzählung vom Ende des chinesischen Auto-Aufschwungs mit Optimismus zu zerstreuen. Dass der Markt im März lediglich um 5 Prozent im Minus gelegen habe und nicht mehr zweistellig wie in den Vormonaten, nennt VW-Marken-Vertriebschef Jürgen Stackmann eine „Belebung". Allerdings herrsche noch „keine Goldgräberstimmung", gesteht der Manager ein.

Nachdem Chinas Regierung mit Wirkung zum April den Mehrwertsteuersatz um 3 Prozentpunkte gesenkt hat, solle der Absatz in der zweiten Jahreshälfte jedoch wieder an Fahrt aufnehmen. Ein Ergebnis auf Vorjahresniveau hält VW für möglich. Ferdinand Dudenhöffer von der Universität Duisburg-Essen hingegen glaubt, dass der Gesamtmarkt auch im laufenden Jahr rückläufig sei. Eine Überkapazität von fast 5 Millionen Neuwagen hat er für das laufende Jahr in China errechnet. Das bedeutete, dass rund ein Fünftel der Produktionskapazität ungenutzt bliebe. Erst nach dem Jahr 2022 sei das Problem der Überkapazitäten gelöst.

Der Markt in China sei eben wie alles im Land getrieben von den staatlichen Eingriffen der Regierung, schreibt Ernan Cui vom Pekinger Analysehaus Gavekal Dragonomics. Nachdem im Sommer 2015 der chinesische Aktienmarkt eingebrochen war und die Autoverkäufe spürbar zurückgingen, senkte die Regierung deren Besteuerung um 5 Prozentpunkte – so, wie sie es schon nach Ausbruch der Weltfinanzkrise im Jahr 2008 getan hatte.

Daraufhin stiegen die Verkäufe im vierten Quartal 2015 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um ein Fünftel. In der Folgezeit hielt der Aufschwung an. Im Jahr 2017 nahm die Regierung die Steuererleichterung wieder teilweise zurück. Im Jahr 2018 eliminierte sie die Subvention komplett. Nachdem an den Börsen die Kurse fielen wie Steine, Hunderte Kredittauschbörsen im Land zahlungsunfähig wurden und das Ersparte von zig Millionen Anlegern vernichteten und zu allem Übel auch noch die Unsicherheit über den Zollkrieg zwischen China und den Vereinigten Staaten zunahm, gingen die Verkäufe im vierten Quartal um 15 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurück.

Selbst wenn die Chance in Metropolen wie Schanghai, ein Nummernschild zu erhalten, wegen der strikten Regulierung äußerst gering ist, dürfte in den weniger bekannten Millionenstädten im Hinterland noch viel Raum sein für den Verkauf von Autos – genauer gesagt: von sportlichen Geländewagen (SUV) mit klassischem Benzinmotor.

Aus diesem Segment stammen schon heute 40 Prozent aller Fahrzeugverkäufe. Hersteller Great Wall aus der nördlichen Provinz Hebei hat im vergangenen Jahr 884 000 SUV verkauft, was sogar 85 Prozent seines gesamten Absatzes ausmacht.

Von dem Phänomen haben mittlerweile auch die deutschen Hersteller gehört. Daimler-Vorstandschef Dieter Zetsche kündigte am Montag in Schanghai an, noch dieses Jahr einen neuen kompakten SUV in China zu verkaufen. Volkswagen will bis zum Ende nächsten Jahres gar ein Dutzend SUV-Modelle im Angebot haben – damit der Konzern wieder träumen darf im größten Automarkt der Welt.

Die Luftfahrt nimmt Handgepäcksünder ins Visier

Zusätzliche Maß- und Gewichtskontrollen im Gespräch

tko. FRANKFURT, 15. April. Für den Kontrollaufwand, den ein Reisender am Flughafen verursacht, gilt das Wannenmaß. Mit „Wannen" bezeichnet der Branchenjargon die Plastikschalen, in die Passagiere Beutel, Jacken oder Laptops legen, um sie per Förderband durch einen Kontrollapparat fahren zu lassen. Je mehr Behälter ein Passagier benötigt, desto länger dauert es, bis der nächste an der Reihe ist. Doch die Zahl der Passagiere, die drei oder mehr Wannen für ihr Handgepäck brauchen, steigt weiter. Dem soll nun entgegengesteuert werden.

Nach dem Chaosjahr 2018 hat die deutsche Luftfahrt zahlreiche Ursachen identifiziert, die den Verkehr aus dem Plan brachten. Zum Teil mitverantwortlich sind demnach auch die Passagiere selbst, die sich über Verspätungen und Warteschlangen beklagten. „Jeder sollte aufpassen, nicht zu viel Handgepäck mitzunehmen. Es kann sein, dass es bald vor der Sicherheitskontrolle eine separate Handgepäckgewichtskontrolle gibt", sagte Michael Engel, Geschäftsführer des deutschen Fluggesellschaftenverbands BDF auf einer Fachtagung in Düsseldorf. Branchenkreisen zufolge sind für den Flughafen dort Pläne in Arbeit; ein Flughafensprecher bestätigt Anfangsgespräche zu dem Thema. Allerdings beteuert er, dass der systematische Taschencheck nicht unmittelbar bevorstehe.

Das Thema ist heikel. Nahezu alle Fluggesellschaften haben Grenzen für kostenfreies Handgepäck festgelegt. Doch deren Einhaltung kontrolliert mancher Beförderer kaum, um keinen Kunden zu vergraulen. Zwar stehen Metallgestelle in Terminals, an denen Taschengrößen geprüft werden können, aber Passagiere eilen daran vorbei. Wird doch nachgemessen, geschieht das meist direkt vor dem Einstieg. Dann ist aber der Mehraufwand an den Sicherheitskontrollen schon entstanden. Der Ausweg wären neue Automaten, die vor den Kontrollen prüfen, ob ein Handgepäckstück den Vorgaben einer Airline entspricht.

In der Branche gilt als unbestritten, dass weniger Handgepäck zu schnelleren Abläufen führt. „Wenn Passagiere statt vier nur noch drei Kontrollwannen für ihre Sachen benötigen, sehen wir einen deutlichen Effizienzgewinn", sagte Winfried Hartmann, Chef des Frankfurter Sicherheitsdienstleisters Frasec, auf der Düsseldorfer Veranstaltung. Weniger Taschen dürften auch dazu führen, dass Reisende schneller im Flugzeug Platz nehmen. Doch ebenso erwartbar wäre der Aufschrei, wenn der direkte Weg zum Flugzeug wegen einer wenige Zentimeter zu großen Tasche versperrt bliebe.

Während Billigflieger wie Ryanair über ihre Regeln wachen, machte für die Deutsche Lufthansa Klaus Froese, verantwortlich für den Betrieb in Frankfurt, am Montag deutlich, dass man sich vorerst nicht den Ärger der Passagiere aufhalsen wolle: „Wir drängen darauf, die Handgepäckregeln einzuhalten. Ich kann mir aber nicht vorstellen, vor dem Einstieg ins Flugzeug noch mal zu kassieren." Lufthansa übt sanften Druck aus, weist Kunden deutlicher darauf hin, wie groß und schwer ein Handgepäckstück sein darf und animiert Reisende, Taschen kostenlos am Check-in-Schalter abzugeben. Auch der Flughafenkonzern Fraport will nicht zum Buhmann werden. „Wir arbeiten mit den Fluggesellschaften daran, dass Gepäckregeln eingehalten werden, aber wir sind nicht die Handgepäckpolizei", sagte Bereichsvorstand Pierre Dominique Prümm.

Vorerst hofft man in Frankfurt von Juli an auf Entlastung durch neue Kontrollspuren. Testläufe hätten ergeben, dass eine neue Doppelspur 500 Passagieren je Stunde passieren könnten, vier alte Anlagen schafften auf der selben Fläche 320 Reisende, sagte Prümm. Damit wird zwar das Ziel, den Reisendendurchsatz zu verdoppeln, vorerst nicht erreicht – schneller geht es dennoch.

Lufthansa schreibt Quartalsverlust

Die Fluggesellschaft Deutsche Lufthansa hat im ersten Quartal dieses Jahres wegen hoher Treibstoffkosten und Überkapazitäten Verluste eingefahren. Der bereinigte Gewinn vor Zinsen und Steuern sei von plus 52 Millionen Euro im Vorjahreszeitraum auf minus 336 Millionen Euro gefallen, teilte das Unternehmen am Montagabend mit. Das Ergebnis sei unter anderem durch um 202 Millionen Euro höhere Treibstoffkosten belastet worden, hieß es weiter. Zudem hätten marktweite Überkapazitäten in Europa zu einem hohen Preisdruck geführt. Gleichzeitig sei das erste Quartal 2018 noch vom Kapazitätsrückgang nach dem Marktaustritt von Air Berlin geprägt gewesen und bilde daher einen starken Vergleichswert. Doch schon für das laufende Quartal gibt sich Lufthansa unter anderem wegen der guten Buchungslage zuversichtlich. dpa

Bundesbank beklagt lasche EU-Haushaltsregeln

Stabilitätspakt-Formeln „kaum noch nachvollziehbar" und schlecht überprüft / Staaten sollen mit Schlechtwetterfonds vorsorgen

ppl. FRANKFURT, 15. April. Die Deutsche Bundesbank kritisiert die EU-Regeln des Stabilitätspaktes als extrem kompliziert, kaum noch nachvollziehbar. Daher seien sie wenig wirkungsvoll. Gleichzeitig macht die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht Vorschläge, wie die Haushaltsregeln vereinfacht werden könnten und dann mehr Biss hätten. In der gegenwärtigen, mehrfach überarbeiteten Form biete der sogenannte Stabilitätspakt „weite Ermessensspielräume", die es ermöglichten, sogar „anhaltend grobe Zielverfehlungen zu entschuldigen", heißt es im Monatsbericht der Bundesbank, der am Montag veröffentlicht wurde.

Es sei möglich, den Abbau sehr hoher Schuldenquoten regelkonform immer weiter aufzuschieben. Das vernichtende Urteil der Bundesbank-Fachleute: „Inzwischen können weder Bevölkerung noch Politik oder Wissenschaft abschätzen, wo die Grenzen regelkonformer Haushaltspolitik liegen." Die europäischen Fiskalregeln hätten sich „unbefriedigend entwickelt".

Vor zwanzig Jahren enthielt der Stabilitätspakt zwei zentrale Vorgaben: Das laufende Defizit im Staatshaushalt dürfe 3 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) nicht überschreiten, die Staatsschuldenquote dürfe nicht über 60 Prozent des BIP liegen. Ein Problem war und ist, dass es keine wirksamen Sanktionen bei einer Verletzung der Regeln gibt. Nach Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise wurde der Pakt mehrfach überarbeitet und neue, komplizierte Zusatzregeln eingeführt, die ein mittelfristiges Haushaltsziel betreffen. Die Regeln enthalten zudem mehr Ausnahmen und Spielräume. Das liegt auch daran, dass zentrale Größen wie der um Einmal- und Konjunktureffekte bereinigte Saldo mittels komplizierter ökonometrischer Berechnungen mit vielen Annahmen geschätzt werden, was viel Raum für Interpretationen gibt.

Die EU-Kommission soll über die Einhaltung der Regeln wachen. Kritiker sagen jedoch, dass die Brüsseler Kommission zu politisch und manchmal willkürlich agiere. Sie drücke auch mal ein Auge zu bei großen, wichtigen Ländern, etwa zuletzt bei Frankreich und Italien. Im Durchschnitt haben die EU-Länder eine Schuldenquote von knapp 81 Prozent des BIP. Frankreich ist mit knapp 100 Prozent verschuldet, Italiens Schuldenquote beträgt sogar 133 Prozent des BIP.

Die Bundesbank schlägt vor, die Überwachung der Haushaltsregeln der EU-Kommission wegzunehmen und an eine unabhängige, weniger politische Institution zu übertragen. Die Kommission stehe in Zielkonflikten. Hinter vorgehaltener Hand heißt es in der Bundesbank, in Brüssel werde bei der Haushaltskontrolle „wie auf dem Basar verhandelt". Die Regeln sollten, so fordern es die deutschen Währungshüter, „deutlich entschlackt" werden. Es sollte weniger Ausnahmen und Ermessensspielräume geben. Grundsätzlich ist die Bundesbank der Meinung, dass einfachere, aber nachvollziehbare und wirklich bindende Regeln besser wären. Ausnahmen dürften nur einjährig sein und müssten an strukturelle Ziele gebunden werden. Bei Ländern mit zu hohen Defiziten sollten diese Zielverfehlungen auf Kontrollkonten verbucht werden und dann später besonders ambitioniert abgebaut werden, um einen zu hohen Verschuldungsaufbau zu verhindern.

Außerdem regt die Bundesbank an, sogenannte Rainy-Day-Funds (Schlechtwetterfonds) als Vorsorge für schwierige Zeiten anzulegen. Es sei gut, wenn die Länder fiskalische Puffer bildeten. Dazu müssten sie die mittelfristigen Haushaltsziele übererfüllen. Wenn die Wirtschaft schlechter läuft, könnten sie die Rücklagen nutzen, um im Konjunkturabschwung gegenzusteuern. Eine sogenannte „Goldene Regel", die staatliche Investitionsausgaben bei der Beurteilung der Neuverschuldung berücksichtigt, hält die Bundesbank eher für problematisch und verweist auf Erfahrungen in Deutschland. Wenn man Nettoinvestitionen berücksichtige und die Defizitregel damit lockere, sollte dies aber nur dann erlaubt sein, wenn der Schuldenstand deutlich unter den 60 Prozent des BIP, vielleicht bei 50 Prozent, liege, so die Bundesbank.

Frankreich greift nach Atomkraftwerken

PARIS, 15. April (Reuters). Frankreich will die Kernkraftwerke des Versorgers EdF offenbar wieder verstaatlichen und dessen Aktionäre damit von drohenden Milliardenrisiken befreien. Die Atomkraft-Sparte mit 58 Reaktoren, die drei Viertel des Stromverbrauchs Frankreichs deckt, solle nach den Plänen der Regierung abgespalten werden, berichtete die Zeitung „Le Parisien" am Montag. Ein Insider bestätigte, dass der Strategieausschuss der EdF sich am 28. Mai mit einem Umbauplan für den Konzern beschäftigen werde. Der Staat hält 84 Prozent an EdF. Vorstandschef Jean-Bernard Lévy hatte kürzlich gesagt, die Regierung habe ihn gebeten, bis zum Jahresende Vorschläge für einen Umbau des Konzerns vorzulegen. In die neue Holdinggesellschaft sollen nach dem Plan mit dem Namen „Project Hercules" neben den Atomreaktoren auch der Energiegroßhandel und möglicherweise die Wasserkraftwerke eingebracht werden, wie die Zeitung schreibt. EdF braucht rund 55 Milliarden Euro, um die alternden Atomkraftwerke auf den neuesten Stand zu bringen. Zuletzt war es an Dutzenden Kernkraftwerken zu Ausfällen gekommen. Bei den EdF-Aktionären sorgte der Bericht für Erleichterung. Die Aktien in Paris legten um bis zu 4,3 Prozent zu.

STANDPUNKT

Hartz IV reformieren: was hilft und was nicht

Von Ulrich Walwei

Seit 2005 gibt es die Grundsicherung für Erwerbsfähige, von breiten Teilen der Öffentlichkeit Hartz IV genannt. Das Regelwerk war von Anfang an umstritten. Die aktuelle Debatte zielt nun auf teils fundamentale Veränderungen. So wird etwa gefordert, Sanktionen abzuschaffen und die Leistungen zum Lebensunterhalt zu erhöhen, insbesondere nach längeren Beschäftigungszeiten. Angesichts dieser Debatte ist es hilfreich, sich vor Augen zu führen, was Forschungsbefunden zufolge hilft und was eher nicht. Schließlich gehört der Arbeitsmarkt zu den Politikfeldern, die wissenschaftlich umfangreich untersucht werden.

Mit Blick auf die Sanktionen beispielsweise sind die Befunde eindeutig: sie wirken. Sanktionen führen dazu, dass schneller eine neue Stelle angetreten wird. Sie abzuschaffen ist sicher nicht zu empfehlen. Sehr populär ist die Forderung, die Bezugsdauer des Arbeitslosengelds zu verlängern, um den Übergang in Hartz IV zu verzögern. Damit wäre allerdings ein unerwünschter Nebeneffekt verbunden: Forschungsergebnisse zeigen klar, dass eine Verlängerung der Anspruchsdauer auf Arbeitslosengeld zugleich auch die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit erhöht. Das Gefühl, mehr Zeit für die Stellensuche zu haben, lässt die Suchintensität geringer werden und die Ansprüche an die neue Stelle wachsen. Das Problem ist: Je länger die Arbeitslosigkeit andauert, desto schwieriger wird es, wieder eine Stelle zu bekommen. Für manchen würde sich die Verlängerung der Anspruchsdauer am Ende als fatal erweisen.

Problematisch wäre auch, die Höhe der Grundsicherung deutlich anzuheben. Dies hätte zur Folge, dass die Motivation, Tätigkeiten mit niedrigen Verdiensten auszuüben, sinken würde. Ganz abgesehen von den Kosten, die von den Steuerzahlern erwirtschaftet werden müssen, wäre es keine kluge Politik, Arbeitsanreize zu verringern. Schon jetzt ist der geringe Lohnabstand bei niedrigen Einkommen zur Höhe der Sozialleistungen ein Problem.

Wenn von einer Abschaffung der Sanktionen, einer Verlängerung des Arbeitslosengeld-Anspruchs oder einer deutlichen Erhöhung der Grundsicherung aus Forschungssicht also klar abzuraten ist – was wären dann empfehlenswerte Reformansätze? Hier einige Beispiele:

Derzeit ist das System der unterschiedlichen Sozialleistungen wie Grundsicherung, Kindergeld, Kinderzuschlag oder Wohngeld zu komplex und teilweise auch noch in sich widersprüchlich. Es gibt Fallkonstellationen, bei denen es sich nicht lohnt, mehr zu verdienen, weil gekürzte Sozialleistungen und erhobene Steuern dazu führen, dass am Ende vom Mehrverdienst nichts mehr übrig bleibt. Hier besteht ganz klar Änderungsbedarf.

Sosehr das Vorhandensein von Sanktionsmöglichkeiten grundsätzlich nötig ist – über die Ausgestaltung der Regeln im Detail kann man diskutieren. Denkbar wäre, die Höhe der Sanktionen zu begrenzen und die bestehenden härteren Regelungen für Unter-25-Jährige abzuschaffen. Wenn Menschen wegen Mietschulden der Wohnungsverlust droht, ist niemandem geholfen. Änderungen mit Augenmaß wären hier angebracht.

Zudem könnte mehr als bisher für die Aufwärtsmobilität getan werden, auch in der Grundsicherung. Qualifizierung ist hier der entscheidende Schlüssel. Bei Arbeitslosen wären verstärkte finanzielle Anreize für die Teilnahme an Qualifizierungen hilfreich. Darüber hinaus sollten berufsbegleitende Qualifizierungen verstärkt gefördert werden und Nachbetreuung von Vermittelten zur Regel werden.

Bei der Prävention von Langzeitarbeitslosigkeit sind die Potentiale ebenfalls nicht ausgeschöpft. Hier gibt es immerhin schon einige Erfolge. So ist die Zahl der Menschen, die aus dem Arbeitslosengeld-Bezug in die Grundsicherung wechseln, deutlich gesunken. Während es früher einmal rund 40 000 Menschen im Monat waren, liegt die Zahl jetzt bei 8000.

Wenn man hier weiterkommen will, darf man nicht außer Acht lassen, dass Bildung ein zentraler Schlüssel auch für die Prävention von Langzeitarbeitslosigkeit ist. Ohne abgeschlossene Berufsausbildung vergrößert sich das Risiko erheblich, arbeitslos zu werden und keinen neuen Job zu finden. Damit wird deutlich, dass die Arbeitsmarktpolitik zwar mit Weiterbildungen und dem Nachholen eines Berufsabschlusses einiges tun kann, im Grunde aber weit vorher angesetzt werden muss – vielfach werden die Weichen schon in Kitas und Schulen gestellt.

Und da wir schon dabei sind, die Grenzen der Arbeitsmarktpolitik hinter uns zu lassen: Durch den Ausbau der öffentlichen Infrastruktur könnte gerade das Leben der Menschen mit geringem Einkommen verbessert werden. Das würde nicht nur Arbeitslosen, sondern auch Beschäftigten nutzen. Ein gut ausgebauter und günstiger öffentlicher Nahverkehr beispielsweise hilft allen und ermöglicht es, auch Jobs anzunehmen, die sonst ohne Auto nur schwer erreichbar wären.

Die Einführung der Grundsicherung im Jahr 2005 hat erheblich zum nachfolgenden Abbau der Arbeitslosigkeit beigetragen. Grundgedanke der Reform war eine aktivierende Arbeitsmarktpolitik. Fördern und Fordern sind seitdem eine Einheit. Menschen erhalten in einer finanziellen Notsituation Mittel zum Lebensunterhalt und bekommen Unterstützung bei der Integration in den Arbeitsmarkt. Gleichzeitig müssen sie an ihrer Eingliederung mitwirken, etwa an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen teilnehmen und sich auf freie Stellen bewerben. In der Sozialhilfe stand dagegen die finanzielle Unterstützung im Zentrum. Eine mögliche Integration in den Arbeitsmarkt wurde bei Sozialhilfeempfängern weit weniger systematisch angegangen.

Das Grundprinzip der Reform im Jahr 2005 ist richtig. Das Rad zurückzudrehen wäre ein Fehler, aber eine Weiterentwicklung ist sinnvoll. Bei den anstehenden Veränderungen ist zu beachten, dass wir jetzt nicht mehr der Massenarbeitslosigkeit Herr werden müssen – jetzt gilt es, überzeugende Antworten auf die verfestigte Arbeitslosigkeit und den mit der Digitalisierung verbundenen Strukturwandel zu finden.

Ulrich Walwei ist kommissarischer Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg.

Der Holzbranche gehen die Eichen aus

ols. REUTLINGEN, 15. April. Die deutsche Holzindustrie hat den heißen Sommer 2018 glimpflich überstanden. Die Trockenheit habe zwar den Beständen zugesetzt, aber die Versorgung nicht gefährdet, wie Johannes Schwörer vom Hauptverband der Deutschen Holzindustrie (HDH) in Reutlingen mitteilte. Bei Nadelhölzern gebe es keine Engpässe. Aber Eiche sei weiter knapp, sie werde gerne als Bodenbelag und im Möbelbau verwendet. Die deutsche Holzindustrie hat vergangenes Jahr den Umsatz um 2,5 Prozent auf 36,5 Milliarden Euro gesteigert und 3600 neue Stellen geschaffen. In der Branche, deren Umsatz zur Hälfte aus der Möbelindustrie stammt, sind nun mehr als 156 000 Menschen beschäftigt. Schwörer sieht ein Ende des Konzentrationsprozesses hierzulande. Für das laufende Jahr dämpfte er zugleich die Erwartungen. Der Umsatz werde stagnieren oder allenfalls minimal wachsen. Hintergrund sei die Konjunkturentwicklung.

Wettlauf der Elektroroller-Anbieter

Bald sollen auch in deutschen Städten kleine Elektroroller fahren. Die ersten Anbieter von Mietrollern bringen sich schon in Stellung.



Er testet noch: *Rollerfahrer in Berlin* Foto Paul Langrock/Laif

itz./tnie. WIEN/FRANKFURT, 15. April. Sie sind kinderleicht zu fahren, und man fühlt sich mit ihnen auch wie ein Kind, nur schneller. Elektroroller wecken den Knaben im Manne, das kleine Mädchen in der Frau. Mit großem Spaß und einem Anflug von Geschwindigkeitsrausch surrt man dahin, umkurvt elegant kleine Hindernisse und kommt, anders als beim Radfahren, unverschwitzt und mit vollem Atem am Ziel an.

E-Scooter sind weltweit im Kommen. Auch in Deutschland sollen sie bald fahren. Im Februar hat Verkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) eine entsprechende Verordnung unterschrieben. Roller mit einer Geschwindigkeit von 6 bis 12 Kilometern in der Stunde dürfen demnach schon von Zwölfjährigen benutzt werden und sollen auf Gehwegen fahren, Roller mit 12 bis 20 Kilometern in der Stunde sollen auf Radwegen fahren. Um sie zu benutzen, muss man mindestens 14 Jahre alt sein. Ist kein Radweg vorhanden, können die Fahrer auf die Fahrbahn ausweichen; eine Helmpflicht ist nicht vorgesehen. Nun fehlt nur noch die Zustimmung der EU-Kommission und des Bundesrats. Schon im Frühjahr sollen die Regeln in Kraft treten. Das Rennen der Anbieter hat schon begonnen. Wer aber wird sich durchsetzen?

In Berlin hoffen die drei Gründer Lawrence Leuschner, Julian Blessin und Mathias Laug, dass sie es mit ihrem Start-up Tier sein werden. „Wir freuen uns, endlich auch in Deutschland, unserem Heimatmarkt, starten zu können." Tier wurde erst im vergangenen Sommer gegründet, ist aber schon in zehn Ländern und 19 Städten unterwegs. Dass das Unternehmen derart schnell auf dem Markt war, liegt daran, dass die drei Gründer schon Arbeitserfahrung vorweisen können. Laug war zuvor beim Lieferdienst Lieferando und Takeaway, Blessin bei BCG Digital Ventures, einer Tochtergesellschaft der Unternehmensberatung Boston Consulting Group. Und Leuschner gründete den Online-Händler Rebuy mit. Die Erfahrung habe geholfen, in dem Bereich schon mal etwas gemacht zu haben. Es sei ihnen zum Beispiel leichter gefallen, potentielle Partner zu finden, um sich zu finanzieren, sagt Blessin.

Und was versprechen sie sich von ihrem neuen Vorhaben? „Ich bin der festen Überzeugung, dass wir mit den E-Scootern erstmalig die Chance haben, urbane Mobilität noch mal nachhaltig zu verändern", sagt Blessin. „Ich sehe das im Bekanntenkreis: Da sind Leute, die vorher niemals umgestiegen wären, die mit einer elektrischen Fortbewegungsmöglichkeit umsteigen würden. Unser Wunsch ist es, möglichst viele Pkw-Kilometer ersetzen zu können." In Zeiten, in denen diskutiert wird, Autos aus den Städten zu verbannen oder wenigstens die Anzahl der Autofahrten zu verringern, klingt die Öffnung des Verkehrs für E-Roller wie ein Versprechen. „Ich habe schon mehrere Sechskilometerfahrten hinter mir, die in etwa 20 Minuten sehr gut funktionieren", sagt Blessin. Im Vergleich zum Auto ist man mit einem ähnlichen Geschwindigkeit unterwegs, weil man sich wie ein Fahrrad bewegen kann, nur ohne die Anstrengung. Und man steht nicht im Stau. Auch an Ampeln kann man bis ganz nach vorne fahren, so wie mit einem Fahrrad." Doch werden wirklich Autofahrer umsteigen oder eher jene Leute, die bisher den ÖPNV genutzt haben?

Was in Deutschland aufgrund fehlender Erlaubnis noch Zukunftsmusik ist, lässt sich in Österreich seit vergangenem Herbst schon ausprobieren. In Wien parken überall in der Innenstadt Miet-Scooter, die jedem Nutzer gegen Bezahlung zur Verfügung stehen, der älter als 18 Jahre alt ist. Dazu braucht er ein Smartphone, die App des Anbieters und eine Kreditkarte. Inzwischen tummeln sich drei Unternehmen auf dem Markt: die Amerikaner Lime und Bird sowie die Berliner Gesellschaft Tier von Laug, Leuschner und Blessin. Die Konditionen sind weitgehend identisch, die Tarife auch. Je Fahrt fällt ein Grundpreis von einem Euro an, jede Minute kostet 15 Cent. Eine Fahrt von 20 Minuten kostet also immerhin 4 Euro. Die Lime-Modelle sind die größten, sie können schwere Personen samt Rucksack bis zu 150 Kilogramm tragen. Dafür sind die Tier-Roller am wendigsten geeignet. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 25 Kilometer in der Stunde. Diese Auflage ist Teil der amtlichen Wiener Regelung, die Elektroroller als Fahrräder einstuft. Deshalb brauchen sie keine Nummernschilder, können ohne Führerschein genutzt werden, müssen aber auf Fahrbahnen und Radwegen bleiben. Bürgersteige oder Fußgängerzonen sind Tabu.

Ähnlich wie beim Carsharing zeigt die App auf einer Karte an, wo sich die nächsten Roller befinden. Das gewählte Gefährt lässt sich elektronisch entsperren, gibt Auskunft über den Ladestand des Akkus, führt ein Fahrtenbuch und muss am Ende der Tour so abgestellt werden, dass es niemanden behindert. Bird und Lime verlangen, dass die Parkposition per Handykamera nachgewiesen wird. Nachts sammeln die Anbieter alle Scooter wieder ein und laden sie auf.

Die Erfahrungen in Wien seien sehr erfreulich, sagt Tonalli Arreola, der Österreich-Geschäftsführer von Lime. Seit Betriebsbeginn Ende September hätten sich 60 000 Personen angemeldet und die Roller mindestens einmal genutzt. Die meisten seien Wiener, nicht Touristen. „Die Nachfrage ist deutlich größer als das Angebot", sagt Arreola. Das zeige sich daran, dass Lime die von der Stadt je Anbieter maximal zugelassenen 1500 Roller bereits im Einsatz habe. Begonnen hatte man vor einem halben Jahr mit nur 250 Fahrzeugen. Die Konkurrenz wachse ähnlich schnell, beobachtet Arreola: „Der Markt ist groß genug für uns alle." Immerhin gilt Wien mit fast 1,9 Millionen Einwohnern als die zweitgrößte deutschsprachige Stadt nach Berlin und vor Hamburg. In Deutschland ist das amerikanische Unternehmen – das sich als führender Anbieter in Europa versteht – bisher nur mit Fahrrädern und Elektrorädern im Einsatz. „Kein anderes Segment wächst so schnell wie die E-Scooter", sagt Arreola. Während jedes Mietfahrrad im Durchschnitt nur zweimal am Tag ausgeliehen werde und jedes Elektrorad drei- bis viermal, seien es beim Stromroller acht- bis zwölfmal. Das liege vor allem am „Spaßfaktor" und an der modernen, äußerst urbanen Art der Fortbewegung. Das Ziel sei es, den übrigen Stadtverkehr zu entlasten, und zwar bestenfalls auf der ersten und der letzten Meile: Ein erster Roller soll den Nutzer von der Wohnung zur Bus- oder Bahnhaltestelle bringen. Ein zweiter ihn am Ende der Nahverkehrsfahrt bis zum Arbeitsplatz bringen. Abends verläuft der Weg umgekehrt.

Nicht nur Lime, auch das Berliner Start-up Tier hat sich aus Sicht von Julian Blessin seit seinem Start in Wien gut geschlagen. Welche Erfahrungen haben sie bislang gemacht? Sind E-Scooter nicht nur etwas für Schönwetterfahrer im Frühling und im Sommer? „Wir haben festgestellt, dass es gar nicht so sehr die Temperatur ist, die einschränkt", sagt Blessin. Man könne sich ja warm anziehen, eine Mütze aufziehen. In Städten, die kaltes Wetter gewöhnt sind, wie Oslo und Kopenhagen, sei Kälte kein Problem. „Was aber Fahrten auf jeden Fall einschränkt, ist Nässe. Da kann es auch 25 Grad draußen sein, aber regnen wie nur sonst was; dann gehen die Fahrtzahlen trotzdem runter." Im Grunde genommen sei das Nutzerverhalten ähnlich wie bei dem von Fahrrädern. An vier Tagen musste Tier den Service in Wien im Winter einstellen. Der Grund: Eis und Glätte.

Wie Lime, so sammelt auch Tier seine E-Roller in der Nacht wieder ein. Denn das Konzept kommt fast ohne feste Stationen aus. Leiht man sich einen E-Roller, kann man ihn abstellen, wo man möchte. Diese Flexibilität soll dem Kunden entgegenkommen. Nachts werden die Roller an einer zentralen Stelle gewartet und am nächsten Tag wieder verteilt.

Doch wie umweltfreundlich ist es, die E-Roller, die in der ganzen Stadt verteilt stehen, einzusammeln? Konterkariert das nicht das ursprüngliche Ziel, Pkw-Kilometer einzusparen? „Das ist ein Argument", sagt Blessin. „Wir versuchen auch da wieder, auf Elektromobilität zu setzen, um die E-Scooter einzusammeln. Wir sind auch teilweise mit Lastenfahrrädern unterwegs, wie in Kopenhagen. Das ist noch nicht überall möglich."

Nun warten die Anbieter auf die Öffnung des deutschen Markts. Blessin glaubt, er und seine drei Mitgründer seien gut aufgestellt, um im Rennen um die Kunden zu bestehen. Anders als beim Fernbusverkehr glaubt er, dass mehr Anbieter nebeneinander existieren können. Schon jetzt stünden sie in Gesprächen mit vielen Städten. Nicht nur in Millionenstädten lohne sich das Geschäft, auch in kleineren Städten gebe es genug Nachfrage. Bleibt nur noch die Frage, wie die Städte reagieren. Einige haben schlechte Erfahrungen gemacht, als sie von Fahrradverleihanbietern überrollt wurden. „Das Fahrradfiasko hilft uns sogar ein bisschen, um bestimme Fehler zu vermeiden", sagt Blessin. „Unser Ansatz ist der Dialog und unser Angebot an den Bedürfnissen der Stadt auszurichten."

Doch ein Blick nach Österreich zeigt: Die Elektroroller sind in Wien nicht unumstritten. Wer mit ihnen unterwegs ist, erlebt erboste Fußgänger und Radfahrer, die sich von den lautlosen Flitzern erschrocken oder bedrängt fühlen. So wie jetzt gerade: Ein Radler entfernt gleich drei solcher geparkten Konkurrenten von einem öffentlichen Fahrradständer und wirft sie zornig auf eine Rasenfläche. „Das ist mein Platz!", grantelt er. Arreola vom Anbieter Lime sagt dazu, dass es zwischen unterschiedlichen Verkehrsmitteln immer Reibereien gebe. Um sie zu minimieren, sorgten firmeneigene Patrouillen dafür, dass die Lime-Scooter korrekt abgestellt würden. „Letztlich geht es ja uns allen darum, dass weniger Autos fahren", meint er. „Langfristig sollte sich die Situation in den Innenstädten entspannen."

Citigroup verdient mehr als Goldman Sachs

maf. FRANKFURT, 15. April. Der Gewinn der amerikanischen Großbank Goldman Sachs ist im ersten Quartal eingebrochen. Doch Vorstandschef David Solomon wertete die Zahlen angesichts des verhaltenen Jahresauftakts als zufriedenstellend. Ihr Konkurrent Citigroup verdiente im ersten Quartal mehr als Goldman Sachs, doch lag die Investmentbank in der Profitabilität – gemessen an der Eigenkapitalrendite – vorn. Trotzdem verlor die Goldman-Sachs-Aktie bis zum Handelsschluss an Wall Street fast 3,9 Prozent, während die Citigroup-Aktie nahezu unverändert aus dem Handel ging.

Im Investmentbanking bewahrten die Berater von Unternehmensübernahmen und -fusionen Goldman Sachs vor noch schlechteren Zahlen. Denn sie steigerten ihre Erträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 51 Prozent auf 887 Millionen Dollar. Dagegen kam es in der Plazierung von Anleihen und Aktien zu deutlichen Rückgängen, ebenso im Geschäft für institutionelle Kunden. Die Erträge von Goldman Sachs fielen im ersten Quartal um 13 Prozent auf 8,8 Milliarden Dollar, während die Citigroup mit 18,6 Milliarden Dollar nur 2 Prozent weniger einnahm. Der Gewinn von Goldman Sachs rutschte um 21 Prozent auf 2,25 Milliarden Dollar ab. Auch hier schlug sich die Citigroup besser, ihr Ergebnis stieg um 2 Prozent auf 4,7 Milliarden Dollar.

Es war das zweite Quartal in Folge, in dem Goldman Sachs im Wertpapierhandel ein deutliches Minus verzeichnete. Die Bank ist stärker von den Entwicklungen an den Märkten abhängig als der Branchenprimus JP Morgan, der sich auf ein starkes Geschäft mit Verbrauchern stützen kann und am Freitag ein Rekordergebnis präsentiert hatte.

Auch die Citigroup ist als Universalbank sowohl an den Kapitalmärkten als auch im Massengeschäft vertreten. Umso überraschender ist es, dass die Citigroup im Anleihehandel besser abschnitt als JP Morgan oder Goldman Sachs. Die Anleihehändler weiteten ihre Erträge im ersten Quartal um 1 Prozent aus, während die beiden Rivalen deutliche Einbußen zu verkraften hatten. Das Ergebnis der Citigroup im Aktiengeschäft brach um 24 Prozent ein. Im Filialgeschäft verbesserte die Großbank ihr Resultat um 4 Prozent auf 1,4 Milliarden Dollar. Vorstandschef Michael Corbat wertete die Quartalszahlen als Beleg für die Fortschritte seiner Bank. Das nordamerikanische Privatkundengeschäft profitierte von neuen Produkten und der Ansprache einer breiteren Kundschaft über digitale Kanäle. Darüber hinaus konnte die Citigroup ihre Kosten um 3 Prozent verringern. Die Ertragsteuern sanken um 12 Prozent. *(Kommentar Seite 26.)*

Kurze Meldungen

Zalando überrascht

Der Online-Händler Zalando hat im ersten Quartal überraschend gut abgeschnitten. Der bereinigte Gewinn vor Zinsen und Steuern (Ebit) sei in Höhe eines einstelligen Millionenbetrages positiv, teilte das Unternehmen am Montagabend mit. Die Markterwartungen lagen bisher bei einem Minus von 10 Millionen Euro. Der Umsatz habe wie von den Experten erwartet um 15,2 Prozent zugelegt. dpa

Spotify gerät unter Druck

Ein Bericht über einen neuen kostenlosen Musikdienst von Amazon hat die Aktien des Streamingdienstes Spotify unter Druck gesetzt. Sie verloren am Montag mehr als 4 Prozent. Das Magazin „Billboard" hatte am Freitag über Pläne berichtet, Musik kostenlos über die Echo-Lautsprecher anzubieten. Das Angebot könne schon in dieser Woche starten. Amazon und Spotify antworteten zunächst nicht auf die Bitte um eine Stellungnahme. Reuters

Vivendi mit weniger Musik

Der französische Medienkonzern Vivendi treibt den Anteilsverkauf seiner gewinnträchtigen Musik-Label-Tochtergesellschaft Universal Music Group (UMG) voran. Die Auswahl der potentiellen Partnerbanken und Berater werde bald abgeschlossen, teilte der Konzern am Montag mit. Pricewaterhouse Coopers sei mit der Prüfung der Bücher beauftragt und werde diese in den nächsten Wochen beenden. Insidern zufolge haben der amerikanische Finanzinvestor KKR und der chinesische Musikstreamingdienst Tencent Music Entertainment Interesse an UMG angemeldet. Analysten bewerten den zum Verkauf stehenden 50-Prozent-Anteil mit 20 bis 40 Milliarden Euro. Reuters

Akasol mit gutem Geschäft

Der Batteriehersteller Akasol profitiert von der Elektromobilität. Der Umsatz des Darmstädter Unternehmens stieg im vergangenen Jahr kräftig um 49,1 Prozent auf 21,6 Millionen Euro, wie es am Montag mitteilte. Unter dem Strich wies Akasol, das Batteriesysteme für Busse, Bahnen oder Lastwagen herstellt, auch wegen der Kosten für den Börsengang vergangenes Jahr einen Verlust von 726 000 Euro aus. dpa

Mit Kleinrobotern aus Deutschland auf den Spuren von Google

Franka Emika aus München traut sich eine Erfolgsgeschichte zu, wie sie sonst nur im Silicon Valley oder in China geschrieben wird

umx. FRANKFURT, 15. April. Es dürfte in den vergangenen Jahren nur wenige deutsche Start-ups gegeben haben, die die Phantasien derart beflügelten wie Franka Emika aus München. Was wurde nicht alles projiziert auf die jungen Roboter-Enthusiasten aus Schwabing: Hier werde der Beweis erbracht, dass bahnbrechende Erfindungen nicht nur aus dem Silicon Valley kommen müssten; mit den Brüdern Haddadin seien zwei Glücksfälle für den Industrie- und Wissenschaftsstandort Deutschland am Werk – Sami Haddadin als Leiter der „Munich School of Robotics and Machine Intelligence" an der TU München und Mitgründer von Franka Emika, Simon Haddadin als Geschäftsführer des jungen Unternehmens. Ihre Gründung sei der nächste Herausforderer von Kuka, dem Roboterhersteller aus Augsburg, der im Jahr 2016 nach einer ebenfalls aufregenden Entwicklung für einige Milliarden Euro von Chinesen übernommen worden war.

Simon Haddadin sagt, dass die Erwartungshaltung enorm sei. Und der Druck mitunter auch. Aber er arbeite nicht daran, krampfhaft dagegen anzuarbeiten. Im Gegenteil. „Es gibt nicht viele Erfolgsgeschichten wie unsere", sagt der 33 Jahre alte Geschäftsführer. „Und genau das ist unser Ausgangspunkt: Wir wollen eine deutsche Erfolgsgeschichte schreiben."

Die ersten Kapitel sind fertig, und Franka Emika ist inzwischen kein Start-up mehr, sondern ein ausgewachsenes Unternehmen. Es hat mehr als 100 Beschäftigte, wenn man die Stellen von Zulieferern und Dienstleistern hinzuzählt, sind es mehr als 400. Die Kleinroboter, die die Münchner in einem früheren Nokia-Siemens-Werk im Allgäu bauen, gelten nicht nur als großer technologischer Wurf in der Robotik. Sie sind auch kommerziell erfolgreich. Im Jahr 2017 baute Franka Emika 150 Stück seines preisgekrönten Modells Panda, vergangenes Jahr waren es 1500. Und in diesem Jahr kann sich Simon Haddadin, Mitgründer und einer von drei Geschäftsführern, eine ähnliche Steigerungsrate vorstellen. Weil die Basisversion etwas mehr als 10 000 Euro und die Komplettausstattung mit allerlei Anwendungen rund 15 000 Euro kostet, liefe das auf einen Umsatz von mehr als 200 Millionen Euro hinaus. Als Franka Emika vor zwei Jahren aus der Hand des Bundespräsidenten den deutschen Zukunftspreis für den Panda erhielt, war damit nicht unbedingt zu rechnen.

Damals wurde das feinfühlige Arbeiten des Pandas als neuer Entwicklungsschritt herausgestellt. „Wir waren die ersten, die ihren Robotern einen Tastsinn gegeben haben", sagt Simon Haddadin. Es war eine der Grundideen von Franka Emika: Während andere Roboter vergleichsweise stupide immergleiche programmierte Bewegungen ausführen, geht die Sensibilität des Pandas so weit, dass er – nur ein Beispiel – moderne Schlüssel in ein enges Schloss bekommt. Das setzt vorsichtiges Herantasten, das Reagieren auf Widerstand und Flexibilität voraus – was für menschliche Hände selbstverständlich ist, nicht aber für Robotergreifer.

Daneben setzte Franka Emika von Anfang an auf leichte Bedienbarkeit und einen niedrigen Preis. Simon Haddadin erzählt von frühen Gesprächen mit dem Robotik-Chef von Apple, der das Jahresgehalt in der Produktion von Zulieferunternehmen wie Foxconn auf 10 000 Dollar taxiert habe – daran müsse sich der Preis für Kleinroboter orientieren. Sonst lohne sich ihr Einsatz nicht. Die kleinteilige Arbeit in der Herstellung von Smartphones ist nur eines von vielen Einsatzgebieten der kleinen Cobots – jener handlichen, kollaborativen Roboter, die ungefährlich sind, was sie im Gegensatz zu großen Industrierobotern qualifiziert, mit Menschen zusammenzuarbeiten. Unternehmen wie Kuka oder ABB aus der Schweiz stellen solche Kleinroboter zwar auch her, aber ihr Kerngeschäft sind die Roboterriesen in der Industrie. Der Panda kann im Grunde jedem Handwerker zu Diensten sein. „Die Produktionszyklen vieler Unternehmen sind so kurz, dass sich der Einsatz von Robotern bisher nicht gelohnt hat. Er war schlicht zu teuer. Das ändern wir gerade", sagt Simon Haddadin. Nicht ohne Pathos sprechen er und sein Bruder davon, die Robotertechnik zu demokratisieren.



Simon Haddadin stellt Roboter für jedermann her.

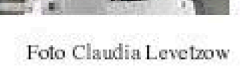
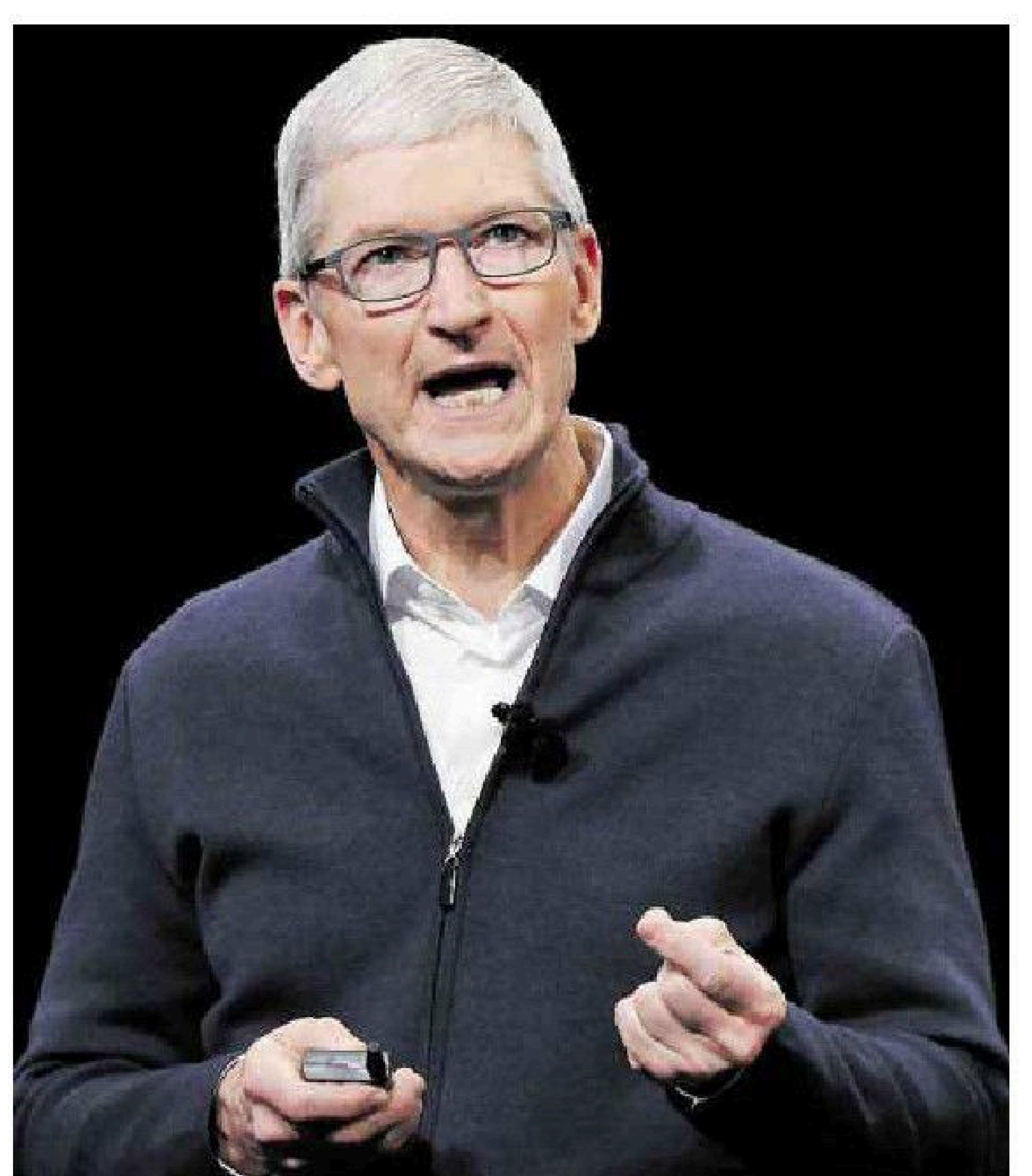


Foto Claudia Levetzow

Kuka, das zuletzt schwächelnde und von Unruhen geplagte deutsche Vorzeigeunternehmen der Branche, habe den Trend zum Leichtbauroboter nicht ernst genug genommen, sagen Kritiker. Auch die kleinen Kuka-Modelle gehen auf Forschungen am Deutschen Luft- und Raumfahrtzentrum in Oberpfaffenhofen nahe München zurück – dort, wo Sami Haddadin von Gerhard Hirzinger, einem der renommiertesten Roboter-Professoren der Welt, beeinflusst wurde. Die Idee hinter Franka Emika geht auch auf die Enttäuschung über Kukas halbherzigen Weg hinsichtlich der Kleinroboter zurück. Die Haltung: Das können wir besser. Andere scheinen zuzustimmen. Der Maschinenbaukonzern Voith, ehemals Mehrheitseigner bei Kuka und nach dem Verkauf an Midea um mehr als eine Milliarde Euro reicher, hat sich als strategischer Partner auch an Franka Emika beteiligt.

Simon Haddadin hat also gute Gründe, groß zu denken. Und deshalb sagt er: „Wir können in unserem Bereich ein ähnliches Erfolgsmodell schaffen, wie es IT-Unternehmen in Amerika oder China vorgemacht haben." Zumal mit Bruder Sami in seiner Nähe: „Was die Tiefe der Technologie betrifft, ist die TU München mit der ‚School of Robotics and Machine Intelligence' ein Leuchtturm – und zwar nicht nur in Deutschland oder Europa", sagt er. Es sei kein Wunder, dass Unternehmen wie Google oder Amazon mit Forschungsabteilungen in der Stadt gekommen sind.





Stehen sich unversöhnlich gegenüber: *Apple-Chef Tim Cook (links) und Qualcomm-Chef Steven Mollenkopf* Foto EPA/AFP

Showdown zwischen Apple und Qualcomm

In Kalifornien stehen sich die beiden Technologiegiganten in einem spektakulären Patentprozess gegenüber. Auch die Vorstandschefs werden wohl aussagen.

lid. NEW YORK, 15. April. Die amerikanischen Technologiegiganten Apple und Qualcomm liefern sich seit mehr als zwei Jahren einen erbitterten Rechtsstreit um Patente. Er wird auf mehreren Kontinenten ausgetragen und hat auch Deutschland erfasst, und er hat dazu geführt, dass zwischenzeitlich Verkaufsverbote für Apples iPhones ausgesprochen wurden. Nun steht das bislang wohl dramatischste Kapitel in diesem Gefecht bevor: Für den Montag war im kalifornischen San Diego der Beginn eines Prozesses angesetzt, in dem sich Apple und Qualcomm gegenüberstehen. Dabei stehen Forderungen in Milliarden-Dollar-Höhe im Raum, und es wird auch erwartet, dass die Vorstandsvorsitzenden der zwei streitenden Parteien aussagen, also auch Apple-Chef Tim Cook. Der Prozess sollte am Montag mit der Auswahl von Geschworenen anfangen, es wird damit gerechnet, dass er sich über mehr als einen Monat hinzieht.

In dem Prozess stehen sich zwei sehr ungleiche Parteien gegenüber: Auf der einen Seite Apple, der Hersteller des wohl berühmtesten Smartphones der Welt, auf der anderen Seite Qualcomm, ein Lieferant für Smartphone-Hersteller, der in der breiten Öffentlichkeit nicht annähernd so bekannt sein mag wie Apple, aber eine sehr bedeutende Rolle in dem Markt spielt. Qualcomm ist auf Halbleiter spezialisiert, die in Smartphones zum Einsatz kommen. Das Unternehmen verkauft solche Chips nicht nur, sondern es vergibt auch Lizenzen und kassiert dafür entsprechende Gebühren. Dieses Lizenzgeschäft ist hochprofitabel und steht für weit mehr als die Hälfte des Gewinns. Das Unternehmen greift dabei auf seinen riesigen Schatz an Patenten zurück. Insbesondere profitiert es von Patenten für Technologien, die Smartphones mit Mobilfunknetzen verbinden, also eine zentrale Funktion für solche Geräte. Es ist somit kaum möglich, ein Smartphone herzustellen, ohne sich ins Revier von Qualcomm und seinen Patenten zu bewegen. Das lässt sich Qualcomm auch gut bezahlen. Smartphone-Hersteller zahlen Lizenzgebühren an das Unternehmen, selbst wenn sie dessen hauseigene Chips nicht verwenden.

Apple wirft Qualcomm im Grundsatz vor, überhöhte Lizenzgebühren für seine Patente verlangt zu haben. In der Anfang 2017 eingereichten Klage, um die sich der jetzt beginnende Prozess dreht, spricht der Konzern von „schonungsloser Erpressung". Der Konzern beklagt sich auch darüber, von Qualcomm im Rahmen einer als „keine Lizenz, keine Chips" bezeichneten Politik doppelt zur Kasse gebeten zu werden, soll heißen, der Verkauf von Chips ist daran geknüpft, auch eine Lizenz zu erwerben. Im Gegenzug hat Qualcomm auch Apple verklagt und dem Konzern vorgeworfen, gegen seine Patente verstoßen zu haben.

In dem Prozess in seiner Heimatstadt San Diego steht Qualcomm nun nicht nur Apple gegenüber, sondern auch vier von dessen Auftragsherstellern, darunter dem taiwanischen Unternehmen Foxconn. Diese Unternehmen reklamieren, sie hätten Qualcomm im Laufe der Jahre neun Milliarden Dollar zu viel an Lizenzgebühren bezahlt, und dieses Geld wollen sie nun zurückhaben. Wenn Qualcomm den Rechtsstreit verliert, könnte diese Summe nach amerikanischem Wettbewerbsrecht sogar noch auf 27 Milliarden Dollar verdreifacht werden. Qualcomm wiederum sagt, Apple und seine Partner schuldeten dem Unternehmen noch unbezahlte Lizenzgebühren von mehr als sieben Milliarden Dollar. Inklusive einer Strafzahlung will Qualcomm sogar 15 Milliarden Dollar. Die Summen, die hier im Raum stehen, stellen andere prominente Patentauseinandersetzungen aus der jüngeren Vergangenheit weit in den Schatten. Zum Beispiel die juristischen Gefechte, die sich Apple mit dem koreanischen Wettbewerber Samsung geliefert hat. Hier wurde Samsung im Jahr 2012 zunächst verurteilt, Apple einen Schadenersatz von mehr als einer Milliarde Dollar zu zahlen, die Summe wurde später aber deutlich reduziert.

Die Fronten zwischen Apple und Qualcomm sind offenbar verhärtet, was einen außergerichtlichen Vergleich derzeit wenig wahrscheinlich erscheinen lässt. Das „Wall Street Journal" berichtete vor wenigen Tagen, Tim Cook und sein Qualcomm-Kollege Steve Mollenkopf seien in ihren jeweiligen Positionen festgefahren und hätten kaum einen persönlichen Draht zueinander. Bei einem Treffen der Manager vor einem Jahr in der Apple-Zentrale habe Mollenkopf zunächst gar nicht gesprochen, sondern das Wort seinem Chefanwalt überlassen. Die Auseinandersetzung spielt sich mittlerweile auf vielen Ebenen ab. Im vergangenen September warf Qualcomm Apple in einer Klage sogar den Diebstahl von Geschäftsgeheimnissen vor. Im Dezember errang Qualcomm einen Sieg in Deutschland, als das Landgericht in München ein Verkaufsverbot für einige ältere iPhone-Modelle verhängte. Erst kürzlich fand in Amerika ein Prozess statt, der auf eine Klage der Wettbewerbsbehörde FTC gegen Qualcomm zurückging. Die Vorwürfe der FTC decken sich zum Teil mit denjenigen von Apple. Ein Urteil in diesem Verfahren steht noch aus. *(Kommentar Seite 26.)*



Rusal baut Werk in Amerika

Russischer Aluminiumkonzern investiert in Kentucky

mkwa. MOSKAU, 15. April. Der russische Aluminiumkonzern Rusal, der im Januar von der Sanktionsliste der Amerikaner gestrichen wurde, will mit einem amerikanischen Partner ein Werk im Bundesstaat Kentucky aufbauen. Es soll im Jahr 500 000 Tonnen warm umgeformte und 300 000 Tonnen kalt umgeformte Aluminiumbauteile liefern, hauptsächlich an die Automobilindustrie. Rusal wird sich mit 40 Prozent an der Fabrik beteiligen, der amerikanische Hersteller von Aluminiumlegierungen, Braidy Industries, mit 60 Prozent. Das Werk soll 1,68 Milliarden Dollar kosten, der Vertrag in den nächsten Monaten unterzeichnet werden. Das nötige Aluminium, das im Jahr 2020 eröffnet werden soll, will Rusal aus der Hütte Taischet in Sibirien nach Amerika liefern, die sich noch im Bau befindet.

Rusal, außerhalb Chinas der größte Aluminiumproduzent der Welt, war mit weiteren Unternehmen des Milliardärs Oleg Deripaska im April 2018 von den Amerikanern mit Sanktionen belegt worden. Das Finanzministerium erlaubte allerdings amerikanischen Unternehmen weiter Geschäfte mit dem Konzern. Viele internationale Unternehmen beendeten aus Furcht vor sekundären Sanktionen die Zusammenarbeit mit Rusal; der Aluminiumpreis stieg zeitweise massiv an. Im Januar hob Washington die Strafmaßnahmen gegen das Unternehmen wieder auf. Im Gegenzug musste Deripaska, der weiterhin mit Sanktionen belegt ist, seine Kontrollmehrheit an En+, der Muttergesellschaft von Rusal, aufgeben. Der Verwaltungsrat des Aluminiumkonzerns wurde unter Mitsprache der Amerikaner neu besetzt. Es gilt als wahrscheinlich, dass die Investition in den Vereinigten Staaten Teil der Einigung zwischen Deripaska und dem amerikanischen Finanzministerium war.

Rückzug aus Tschechien

Schwäbisch Hall gibt Geschäft im Nachbarland auf

ols. STUTTGART, 15. April. Die Bausparkasse Schwäbisch Hall zieht sich überraschend aus Tschechien zurück. Sie verkauft ihre Beteiligung in Höhe von 45 Prozent an der tschechischen Bausparkasse CMSS für 240 Millionen Euro, wie der deutsche Branchenprimus mitteilte. Käufer sei die CSOB, der tschechische Ableger des belgischen Finanzkonzerns KBC. Details und Hintergründe zu dem Verkauf wollte ein Sprecher von Schwäbisch Hall nicht nennen. Bei der Bilanzpressekonferenz Mitte März gab es noch keine Hinweise auf die Transaktion. Den Erlös daraus kann das deutsche Unternehmen gut gebrauchen, weil es seit Jahren in seine veraltete Informationstechnologie investieren muss.

Das tschechische Institut wurde 1993 als Gemeinschaftsunternehmen von Schwäbisch Hall und CSOB gegründet. Letzteres Unternehmen ist künftig alleiniger Eigentümer von CMSS. Ende 2018 betrug das Darlehensvolumen laut Mitteilung 4,5 Milliarden Euro, die Einlagen wurden mit 5,3 Milliarden Euro beziffert. Derzeit hat die Bausparkasse rund 1,3 Millionen Kunden und 1 800 Mitarbeiter im Außendienst. Der Schwäbisch-Hall-Vorstandsvorsitzende Reinhard Klein sagte: „Wir sind sehr stolz auf das gemeinsam Erreichte. Die nun möglichen Synergien durch den Zusammenschluss von CSOB und CMSS stellen sicher, dass die CMSS ihre Marktführerschaft weiter ausbauen kann." Im Ausland (Osteuropa und China) kletterte das Bausparneugeschäft von Schwäbisch Hall im vergangenen Jahr um 16 Prozent auf 12 Milliarden Euro und der Bestand um 4,8 Prozent auf eine Bausparsumme von 62 Milliarden Euro an. In der Baufinanzierung ging das Auslandsgeschäft indes leicht auf 2,3 Milliarden Euro zurück. Schwäbisch Hall ist seit 1992 in der Slowakei vertreten und seit 1997 in Ungarn. In Ungarn profitierte das Neugeschäft im vergangenen Jahr durch Änderungen bei der dortigen Wohnungsbauprämie und betrug 3,6 Milliarden Euro.

Kartellamt gegen Fusion in der Müllbranche

Übernahme des Grünen Punktes stößt auf Bedenken

bü. DÜSSELDORF, 15. April. Das Bundeskartellamt hat sein Veto gegen die geplante Elefantenhochzeit in der Müllbranche angekündigt. Wenn der Branchenriese Remondis die Übernahme des Dualen System Deutschland (DSD), bekannt als „Grüner Punkt", doch noch durchbringen will, wird er den Verkauf von Unternehmensteilen oder andere Zugeständnisse anbieten müssen. Nach Auffassung des Kartellamtes droht ein Verdrängungswettbewerb zu Lasten der übrigen dualen Systeme, die sich im Auftrag von Industrie und Handel um die Sammlung, Sortierung und Aufbereitung von Verpackungsmüll kümmern. „Zu befürchten wären höhere Kosten für DSD-Wettbewerber, erhebliche Marktanteilsgewinne von DSD und letztlich höhere Preise auf dem Markt für duale Systeme", sagte Kartellamtspräsident Andreas Mundt. Die Rechnung würde am Ende bei den Verbrauchern landen, weil die Kunden der dualen Systeme ihre Kosten auf die Produktpreise umlegen.

Das zur Rethmann-Gruppe gehörende Familienunternehmen Remondis – 7,3 Milliarden Euro Umsatz, 32 000 Mitarbeiter, rund 8000 Fahrzeuge – ist der mit Abstand größte deutsche Entsorger. Er holt im Auftrag der Kommunen Restmüll ab und sammelt für die dualen Systeme Verpackungsabfälle ein, entsorgt Gewerbemüll, betreibt Sortier- und Recyclinganlagen und ist an zahlreichen Müllverbrennungsanlagen beteiligt. DSD wiederum ist mit einem Marktanteil von rund 35 Prozent das größte der insgesamt 8 dualen Systeme und einer der wichtigsten Auftraggeber für Remondis und dessen kleinere Konkurrenten. Kommunale und private Entsorger haben deshalb vor der Fusion gewarnt (F.A.Z. vom 9. April). Remondis verschaffe sich eine Schlüsselposition, die seine Marktmacht in bedrohlicher Weise verstärke.

So sieht das auch das Bundeskartellamt. Durch die Übernahme könne Remondis seine Preise für die von DSD-Wettbewerbern benötigten Vorleistungen wie die Müllabfuhr und Sortierung erhöhen und die Konkurrenz an die Wand drücken, schreiben die Bonner Wettbewerbshüter in ihrer 153 Seiten dicken vorläufigen Einschätzung. Und DSD könne sein großes Nachfragevolumen nutzen, um Remondis-Wettbewerber zu benachteiligen, indem es dem neuen Eigner Aufträge zuschanze. Eine große Hürde ist außerdem die starke Position von DSD und Remondis auf dem Markt für die Aufbereitung von Altglas. Ein Zusammenschluss würde nach Darstellung des Kartellamtes zur Entstehung einer marktbeherrschenden Stellung führen. Gemeinsam kämen die beiden Unternehmen auf Marktanteile von 40 bis 60 Prozent.

Remondis und DSD haben zwei Wochen Zeit, um zu der Veto-Ankündigung Stellung zu nehmen und Auflagen anzubieten. „Wir gehen davon aus, dass die Unternehmen die erheblichen Bedenken nicht werden ausräumen können", sagte der Vizepräsident des Verbandes kommunaler Unternehmen, Patrick Hasenkamp. Die wachsende Konzentration auf dem Entsorgungsmarkt führe jetzt schon zu Belastungen der Branche und mittelbar der Verbraucher. Remondis hatte in den vergangenen Jahren zahlreiche kleinere Unternehmen geschluckt, ohne dass das Kartellamt eingreifen konnte. In manchen Regionen gibt es bei Ausschreibungen der Kommunen praktisch keinen Wettbewerb mehr. „Die Marktmacht von Remondis ist einzigartig und erdrückend", so Eric Rehbock, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Sekundärrohstoffe und Entsorgung.

Gravierende Pflichtverstöße

Schwere Rüge gegen Wohnungsverband im Südwesten

ols. STUTTGART, 15. April. Das baden-württembergische Wirtschaftsministerium will nach der Insolvenz der Wohnungsgenossenschaft Eventus eG dem zuständigen Prüfverband künftig genauer auf die Finger schauen. Der Verband baden-württembergischer Wohnungs- und Immobilienunternehmen (VBW) habe bei der Prüfung gegen seine Pflichten nach dem Genossenschaftsgesetz verstoßen, teilte Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) in Stuttgart mit. Sie berief sich bei ihren Aussagen auf ein von ihrem Haus in Auftrag gegebenes Gutachten. Das Unternehmen Eventus hätte nie als Genossenschaft eingetragen werden dürfen, und bei den Pflichtprüfungen habe der Verband zahlreiche Mängel in der Geschäftsführung und erhebliche wirtschaftliche Probleme festgestellt. Eventus hatte um Anlegergelder geworben, die angeblich in die Sanierung, den Handel und die Vermietung von Wohnimmobilien fließen sollten. Je nach Anlagedauer winkten angebliche Ausschüttungen von 6 Prozent und mehr.

Eventus meldete dann im Herbst 2017 Insolvenz an. Der Schaden betrug über 9 Millionen Euro. Und der einstige Vorstandsvorsitzende wurde Mitte März wegen Millionenbetrugs zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt. Heftige Kritik hatte das Gericht auch an dem VBW geäußert. Das zweifelhafte Geschäftsmodell und die nicht vorhandene interne Kontrolle hätten die Prüfer erkennen müssen, spätestens im Laufe der Zeit, aber eigentlich schon zu Beginn. „Die Eventus hätte niemals an den Start gehen dürfen", sagte der Richter. So wurde beispielsweise im VBW-Prüfbericht für das Jahr 2014 die verspätete Aufstellung des Jahresabschlusses kritisiert. Er sei erst zum März 2016 aufgestellt worden. Die Buchführung sei insgesamt nicht ordnungsgemäß gewesen. Ebenso nicht die Besetzung des Aufsichtsrats, heißt es dort. Die Prüfer sind auch auf fragwürdige Abrechnungen des Vorstandschefs gestoßen. So seien im Januar 2014 insgesamt 1573 Stunden in Rechnung gestellt worden, dies entspricht bei 20 Arbeitstagen im Monat im Durchschnitt rund 79 Stunden je Tag, heißt es im Prüfbericht weiter. Derzeit prüft die Staatsanwaltschaft Stuttgart aufgrund von Strafanzeigen von Geschädigten, ob sie gegen die verantwortlichen Prüfer Ermittlungen aufnimmt; das Ergebnis ist offen. Die Geschädigten werfen dem Verband vor, nicht die Staatsanwaltschaft oder andere Behörden informiert zu haben.

Nach Bekanntwerden der Vorwürfe schaltete sich das Wirtschaftsministerium ein. Es hat die Staatsaufsicht über die entsprechenden Prüfungsverbände, aber keine berufsrechtliche Aufsicht. Es ist eine Besonderheit der Genossenschaften, dass sie nicht von den üblichen Wirtschaftsprüfern geprüft werden, sondern ihre eigenen Prüfer haben. Beim VBW gab es in den letzten Monaten auch personelle Wechsel, wohl um die Affäre aufzuarbeiten. Sicherlich spielte da auch das aufsichtsrechtliche Verfahren beim Wirtschaftsministerium eine Rolle und der Druck der Öffentlichkeit. So gibt es bei dem Verband einen neuen Prüfdirektor, der vom Baden-Württembergischen Geno-Verband kommt. Im Dezember 2018 wurde dort der Direktor Gerhard Schorr mit viel Lob in den Ruhestand verabschiedet. Anfang 2019 tauchte er dann beim VBW wieder auf. Das Wirtschaftsministerium will nun mit Hilfe eines externen Gutachters sicherstellen, dass der Verband die Auflagen auch erfüllt. Dieser wiederum ist sich weiterhin keiner Schuld bewusst. „Abschließend lässt sich festhalten, dass der VBW im Fall der Eventus eG sich im damals üblichen Rahmen der prüferischen Begleitung von Genossenschaften bewegt und sämtliche ihm nach dem Genossenschaftsgesetz obliegende Pflichten erfüllt hat", heißt es auf Anfrage.

Volkswagen fährt mit Sammeltaxis

cag. HAMBURG, 15. April. Das Volkswagen-Tochterunternehmen Moia hat am Montag in Hamburg offiziell seinen Betrieb aufgenommen. Moia setzt in Hamburg im ersten Schritt etwa 100 selbst entwickelte Elektro-Kleinbusse als Sammeltaxis ein. In den kommenden zwölf Monaten soll die Flotte schrittweise auf 500 Fahrzeuge aufgestockt werden. Das Geschäftsmodell von Moia ist einfach: Mehrere Menschen teilen sich einen VW-Bulli. Kunden bestellen ein Fahrzeug über eine App, und eine Software fasst dann die Fahrgäste mit vergleichbaren Zielen zusammen. Die Haltestellen ergeben sich aus den Kundenwünschen und sollen nie weiter als 150 Meter von einem Fahrgast entfernt liegen. Ein Moia-Bus soll innerhalb von wenigen Minuten kommen. Bis zu fünf Personen finden in den Bussen Platz – Moia rangiert damit wie eine Art Sammeltaxi zwischen den öffentlichen Verkehrsmitteln wie Bus, Straßenbahn und einem Taxi. Die Fahrpreise sollen im Schnitt bei sechs bis sieben Euro liegen.

Urlaubern in Spanien droht ein Flugchaos

MADRID, 15. April (dpa). Reisenden in Spanien drohen vor Ostern und an den Feiertagen Flugausfälle und Wartezeiten. Nachdem das Sicherheitspersonal des Madrider Flughafens schon am Freitag in einen unbefristeten Streik getreten war, legten am Montag auch die Piloten der Regionalfluggesellschaft Air Nostrum zunächst für drei Tage landesweit die Arbeit nieder. Die größten Sorgen bereitete am Montag in Spanien aber der Aufruf der Gewerkschaften USO und UGT an rund 60 000 Mitarbeiter des Bodenpersonals, die Arbeit am Ostersonntag sowie am Mittwoch nach Ostern an allen spanischen Flughäfen niederzulegen. Damit würde nach Schätzungen bis zu fünf Millionen Urlaubern ein Flugchaos drohen. Da an Ostern die Sommersaison beginnt und bei deutschen Reisenden vor allem die Sonnenziele rund um das Mittelmeer sowie Städtetrips nach Madrid oder Barcelona beliebt sind, müssen wohl auch Zehntausende Deutsche in ihrem Osterurlaub mit teils erheblichen Problemen rechnen.

MENSCHEN & WIRTSCHAFT

Zwei Ministerinnen in ungleichem Wettstreit

Als Franziska Giffey und Anja Karliczek ins Kabinett kamen, waren beide unbekannt. Doch während die eine noch immer ihre Rolle sucht, tut sich die andere als Kommunikationstalent hervor.



Beide lachen, aber nur eine hat etwas zu lachen: *die Ministerinnen Franziska Giffey (links) und Anja Karliczek* Foto Reuters

Eine Begebenheit aus dem Spätsommer 2018 könnte ein Sinnbild für Anja Karliczeks inzwischen gut einjährige Amtszeit sein: Die neue Bundesbildungsministerin hatte die Hauptrede zum „Parlamentarischen Abend" der Wirtschaftsverbände zu halten. Mehr als 500 interessierte Gäste waren zum Stehempfang im weitläufigen Innenhof versammelt. Nur leider funktionierten die Lautsprecher schlecht: Schon dicht vor der Bühne war die 47 Jahre alte CDU-Politikerin kaum noch zu verstehen. Also wandten sich erst einige und dann immer mehr Gäste dem Smalltalk zu, während Karliczek über die Zukunft von Bildung und Forschung referierte. Sie trug ihren Text in die sinkende Aufmerksamkeit hinein tapfer vor, doch am Ende wurden ihre Worte vom anschwellenden Gebrummel fast völlig verschluckt.

Tatsächlich hatte sie es auch im Regierungsalltag vom Start weg mit schwierigen Voraussetzungen zu tun: Die Abgeordnete aus dem Tecklenburger Land, Hotelfachfrau mit Wirtschaftsdiplom, war wenig bekannt und noch weniger als Bildungsfachfrau profiliert, als sie nach holprigen Koalitionsverhandlungen plötzlich das Ressort bekam. Andererseits aber gab es seither vieles zu bewegen, das Stoff zur Profilierung bot: der „Digitalpakt Schule" mit Milliardensummen für die Länder; die Hightech-Strategie und die Künstliche Intelligenz; eine Bafög-Erhöhung um 17 Prozent. Auch der geplante Lehrlingsmindestlohn wird bald fertig; und es gibt Vorbereitungen für den Einstieg in eine neue steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen.

Irgendwie aber hat die Ministerin dabei bisher nicht viel Eindruck hinterlassen – jedenfalls nicht der Art, dass sie für eine treibende Kraft des Aufbruchs in der Bildungs- und Forschungsrepublik gehalten wird. Teils mag es daran liegen, dass andere im Vordergrund standen oder dorthin drängten: Im finalen Ringen um den Digitalpakt bestimmten die Länder das Geschehen, in Sachen Forschungsförderung preschte Finanzminister Olaf Scholz vor, und in der Aus- und Weiterbildung Arbeitsminister Hubertus Heil (beide SPD). Offenkundig liegt es nicht zuletzt daran, dass Karliczek bisher ein Rezept fehlt, Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen – ob durch Lautstärke, markante Positionen oder taktisches Geschick. Sie wird oft als umgänglich und aufgeschlossen beschrieben. Doch ist selbst in CDU-Reihen zu hören, dass sie wohl kein Glücksgriff für das Kabinett gewesen sei.

Einen interessanten Kontrast dazu gibt Franziska Giffey (SPD) ab. Zwar war auch sie, zuvor Bezirksbürgermeisterin Berlin-Neuköllns, bis zu ihrem Einstieg in die Bundesregierung weder überregional bekannt noch eine profilierte Fachfrau für Familienpolitik – ganz abgesehen vom traurigen Zustand ihrer Partei. Und wer gezielt Schwächen ihrer neuen Arbeit sucht, könnte durchaus Ansatzpunkte finden: Ihre neue Bundesförderung für Kindertagesstätten schwächt die Kompetenz der Länder, ist zeitlich befristet und klärt nicht, wie das Versprechen eines dauerhaft besseren Kita-Angebots gehalten werden soll. Ihre aktuelle Reform des Kinderzuschlags für Geringverdiener bleibt bei näherem Hinsehen Stückwerk. Weitere Großprojekte hat es bisher nicht gegeben. Doch Giffey überspielt vieles durch eine ausgebuffte Kommunikation.

Eine am Freitag verschickte Pressemitteilung ihres Ministeriums unter der Überschrift „Gute Kommunikation für Gute Kitas" passt sinnbildlich dazu: Sie informiert über den von der 40 Jahre alten Ministerin angestoßenen „Deutschen Kita-Preis" – denn die jährliche Auszeichnung für gute Kitas hat nun selbst eine Auszeichnung erhalten, den „Internationalen Deutschen PR-Preis". Damit prämiert die „Deutsche Public Relations Gesellschaft" starke Kampagnen.

Zu Giffeys Erfolgen zählt aber auch eine neuartige politische Erfindung – griffige Gesetzesnamen, mit denen sich eine Botschaft transportieren lässt. Anfangs gab es Stirnrunzeln über das „Gute-Kita-Gesetz" und das „Starke-Familien-Gesetz". Inzwischen findet sogar der Bundesinnenminister Gefallen an dem Kniff; mit dem „Geordnete-Rückkehr-Gesetz" will er das Abschieben abgelehnter Asylbewerber erleichtern. Die vermeintlich unerfahrene Ministerin hat einen neuen Standard politischer Kommunikation etabliert. Überhaupt mag es Giffey gerne griffig. Anstatt viele Pressekonferenzen in ihrem Ministerium zu halten, zeigt sie sich vorzugsweise bürgernah. Kaum eine Woche, in der sie nicht zu Presseterminen in Kitas oder Senioreneinrichtungen lädt; um noch einmal an das „Starke-Familien-Gesetz" zu erinnern, besuchte sie am Freitag mit Kamerateams eine Familienberatung in Berlin-Marzahn. Ironie am Rande: Zwar sieht sie sich gerade mit hässlichen Plagiatsvorwürfen gegen ihre 2010 vorgelegte Doktorarbeit konfrontiert. Doch scheint sie täglich zu beweisen, wie gut sie deren Generalthema beherrscht – das Werk handelt von der Frage, wie sich einfachen Bürgern die abstrakte Arbeit der EU-Kommission nahebringen lässt.

Genau genommen steht auch Karliczek für neuen Bodenkontakt in ihrem Ressort. Während ihre Amtsvorgängerin, die Mathematikprofessorin Johanna Wanka (CDU), besonders in der weitverzweigten Welt der Hochschul- und Forschungspolitik zu Hause war, ist sie umso besser mit praktischer Berufsbildung vertraut. Nach dem Abitur 1990 machte die Tochter einer Hoteliersfamilie eine Ausbildung zur Bankkauffrau. Dann stieg sie in den familieneigenen Betrieb ein, schloss eine Ausbildung zur Hotelfachfrau einschließlich Ausbildereignung an; und studierte später noch berufsbegleitend Betriebswirtschaft an der Fern-Universität Hagen.

Sie weiß also, worum es geht, wenn die Zukunft des vielgerühmten deutschen Berufsbildungssystems gesichert werden soll. Es erklärt aber wohl auch ihre Schwierigkeiten, politisch virtuos mit dem geplanten Lehrlingsmindestlohn umzugehen – den die SPD in den Koalitionsvertrag bugsiert hat und als politische Trophäe sieht. Allerdings hat es die Bildungsministerin bisher nicht vermocht, die im Koalitionsvertrag angekündigte „Nationale Weiterbildungsstrategie" erkennbar mit ihrem Namen zu verbinden. Was sich daran durch eine andere Kommunikation verbessern lässt, könnte sich bald klären: Karliczek hat dafür gerade einen neuen Fachmann ins Ministerium geholt. Ulrich Scharlack, langjähriger Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, leitet seit Anfang April ihr Pressereferat.

Giffey hat indes mit der „Konzertierten Aktion Pflege", die sie als Seniorenministerin mit Sozialminister Heil und Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) leitet, eine weitere große Bühne, um für ihre Politik zu werben. Jüngst nutzte sie das Thema Pflege gar für einen direkten Wettstreit mit der Bildungsministerin: Diese hatte ihren neuen Jahresbericht über das Berufsbildungswesen zu präsentieren. Aber noch bevor Karliczek damit vor die Presse trat, hatte Giffey schon in einer eigenen Mitteilung über die darin enthaltenen Aussagen zur Pflege-Ausbildung informiert. DIETRICH CREUTZBURG

Foxconn-Gründer will zurücktreten

Terry Gou, der Gründer und Vorsitzende des taiwanischen Elektronikunternehmens Foxconn, will in den kommenden Monaten zurücktreten. Der 69 Jahre alte Gou bestätigte der Nachrichtenagentur Reuters in Taipeh, dass er das Amt des Vorsitzenden aufgeben wolle. Er will aber trotzdem weiter in die strategischen Entscheidungen des Unternehmens involviert bleiben.

Das im Jahr 1974 gegründete Foxconn, das formal den Namen Hon Hai Precision Industry trägt, ist der größte Auftragsfertiger der Welt. Das Unternehmen mit seinen mehr als einer Millionen Mitarbeitern in China baut für den Elektronikkonzern Apple iPhones und iPads und zählt zahlreiche andere internationale Elektronikunternehmen als Kunden. Foxconn macht einen Jahresumsatz von 5,2 Billionen taiwanischen Dollar (149 Milliarden Euro). Mehr als die Hälfte davon soll von Apple kommen. Der Wechsel in der Führung, der auf der Hauptversammlung im Juni stattfinden könnte, kommt für Foxconn mit seinen vielfältigen Interessen in einer schwierigen Zeit. Das Geschäft mit den hochpreisigen Smartphones läuft nicht mehr ganz rund. Nach Medienberichten musste das Unternehmen in China seit dem Herbst schon 50 000 Arbeiter entlassen. Mit dem Kauf des japanischen Elektronikunternehmens Sharp im Jahr 2016 versuchte Gou, in das Geschäft mit Markenware vorzudringen und nicht nur hinter den Kulissen im Auftrag anderer zu schrauben.

Mit Gou verliert Taiwan den zweiten Titan der Elektronikindustrie als Unternehmensführer. Im vergangenen Jahr hatte sich der 87 Jahre alte Morris Chang, der Gründer und Vorsitzende von Taiwan Semiconductor Manufacturing Co. (TSMC), zurückgezogen. pwe

Neuer Finanzchef für IAG

Die British-Airways-Muttergesellschaft IAG bekommt einen neuen Finanzvorstand. Enrique Dupuy de Lôme werde die Aufgabe zur Hauptversammlung im Juni abgeben, teilte der Mutterkonzern von British Airways, Iberia, Vueling und Aer Lingus am Montag in London mit. Nachfolger Dupuys wird der bisherige Finanzchef von British Airways, Steve Gunning. Die Aktionäre sollen seiner Berufung in den Verwaltungsrat des Konzerns während der Hauptversammlung zustimmen. „Ich glaube, nach acht Jahren als Finanzvorstand von IAG und zuvor 20 Jahre als Finanzchef von Iberia ist für mich nun der richtige Zeitpunkt gekommen, IAG zu verlassen", sagte Dupuy. Der Manager hatte die Finanzen des Konzerns seit seiner Gründung im Jahre 2011 geführt. IAG-Chef Willie Walsh sagte, er habe einen „phantastischen Job" gemacht. Der künftige Finanzchef Gunning hat den entsprechenden Posten bei British Airways seit Anfang 2016 inne. dpa-AFX

Hiesinger wird Post-Kontrolleur

Der langjährige Vorstandsvorsitzende von Thyssen-Krupp, Heinrich Hiesinger, will sich künftig um Pakete, Briefe und Logistik kümmern. Nach der Hauptversammlung Mitte Mai soll er für die Kapitalseite in den Aufsichtsrat von Deutsche Post DHL einziehen. Das ist der Einladung zum Aktionärstreffen im internationalen Bonner Konferenzzentrum zu entnehmen. Hiesinger, der bereits dem Aufsichtsrat von BMW angehört, würde bei der Post den Platz von Henning Kagermann einnehmen. Der frühere Vorstandschef von SAP tritt aus Altersgründen nicht wieder an. Hiesinger war im vorigen Sommer völlig überraschend bei Thyssen-Krupp zurückgetreten und hatte den Stahl- und Industriekonzern in eine schwere Krise gestürzt. Angeblich fehlte es ihm an Rückendeckung im Aufsichtsrat. Seit 2011 hatte der promovierte Elektroingenieur in Essen die Fäden in der Hand gehabt. Hiesinger, Jahrgang 1960, stammt von einem Bauernhof auf der Schwäbischen Alb. Begonnen hatte er seine Karriere bei Siemens, wo er 2007 in den Vorstand aufrückte und dort den Industriesektor verantwortete. 2010 wechselte er als stellvertretender Vorstandschef nach Essen. bü.

Die pünktlichsten Züge Deutschlands

tih. FRANKFURT, 15. April. Versierte Bahnkunden wissen: Wer pünktlicher auf der Schiene unterwegs sein will, muss umsteigen – von Fernzügen auf Regionalzüge. Während ICEs und Intercitys im März eine Pünktlichkeitsquote von nur 78,3 Prozent aufwiesen, kamen Regionalexpresse und -bahnen zu 95,1 Prozent pünktlich an den Bahnhöfen an – gemäß der von der Bahn genutzten Definition, wonach fünf Minuten Verspätung noch keine Verspätung sind. Den Qualitätsunterschied begründet der Konzern mit den „anfälligen" langen Laufwegen der Züge im Fernverkehr, mit den verkehrsreichen Hauptkorridoren und den stark frequentierten Großstadt-Bahnhöfen.

Allerdings gibt es auch innerhalb des Nahverkehrs erstaunlich große Unterschiede in Sachen Pünktlichkeit. Im Bundesdurchschnitt waren im Jahr 2018 94,1 Prozent aller Nahverkehrszüge der DB pünktlich. Deutlich besser lief es in Hamburg: Hier fuhren 97,7 Prozent der Regionalbahnen und -expresse pünktlich. Den zweiten Rang erreichte Berlin mit 97,3 Prozent, wie die Bahn der Nachrichtenagentur dpa mitteilte. Bestes Flächenland war Mecklenburg-Vorpommern mit 96,6 Prozent, am schlechtesten schnitt Bremen mit 86 Prozent ab. Den vorletzten Platz belegte Schleswig-Holstein mit 89,8 Prozent.

Für Hamburg-Pendler sind die guten Werte der Hansestadt also nur die halbe Wahrheit. Berlin und Hamburg schneiden auch deshalb so gut ab, weil die S-Bahn mitgezählt wird. Sie entlastet durch ihre kurzen Strecken und vielen Fahrten die Statistik. Ohne S-Bahn läge die Pünktlichkeit etwa in Hamburg nur bei 89 Prozent. Zu den pünktlichsten Linien in Deutschland dürfte die Schwarzwald-Strecke Freiburg – Seebrugg gehören. Hier lagen die Wochenquoten im März zweimal über der Marke von 99 Prozent.

S-Bahnen und Regionalzüge werden im Auftrag der Länder von den Verkehrsverbünden bestellt und bezuschusst. Im Fall von Verspätungen können die Länder ihre Zahlungen kürzen.

Neuer Kopf für Geldscheine in Japan

pwe. TOKIO, 15. April. Mit viel Trara hat die japanische Regierung in dieser Woche neue Banknoten vorgestellt, die von 2024 an eingeführt werden sollen. Die lange Zeitspanne zwischen Ankündigung und Einführung deutet an, dass es sich hier um ein politisches Manöver handelt. Im Nachgang der Verkündigung des neuen kaiserlichen Zeitalters „Reiwa", das mit dem Thronwechsel am 1. Mai beginnen wird, will die Regierung von Ministerpräsident Shinzo Abe politisches Kapital schlagen. Auch das Finanzministerium unser Taro Aso, das in den vergangenen Jahren viele Negativschlagzeilen machte, kann mit der Ankündigung der neuen Banknoten positiv glänzen.

Die Banknoten werden erstmals seit 2004 umgestaltet. Die Note zu 10 000 Yen (80 Euro) zeigt künftig Eiichi Shibusawa (1840–1931), der als Vater des japanischen Kapitalismus bezeichnet wird. Shibusawa gründete einen frühen Vorläufer der heutigen Mizuho Bank und war damit an der Gründung vieler heute noch bekannter Unternehmen beteiligt. Auch die japanische Handelskammer geht auf ihn zurück. Auf dem 5000-Yen-Schein wird die Gründerin der 1900 gegründeten Tsuda-Universität, Umeko Tsuda (1864–1929), zu sehen sein. Die 1000-Yen-Note schmückt künftig das Antlitz von Shibasaburo Kitasato (1853–1931), eines Mediziners, der das Bakterium der Beulenpest entdeckt hatte.

Ein Grund für die neuen Banknoten sind die neuesten Sicherheitsmerkmale, mit denen sie ausgestattet sein werden. Geldfälscher sind in Japan aber kaum verbreitet. Im vergangenen Jahr wurden 1698 gefälschte Banknoten entdeckt. Zum Vergleich: In Deutschland waren es rund 58 000 Stück. Wie fast immer in Japan verbinden sich mit dem Vorgang Hoffnungen auf einen positiven Schub für die Wirtschaft. Japan ist ein Eldorado für Automatenhersteller. Fast an jeder Ecke werden Getränke in Automaten angeboten. Viele einfache Restaurants sparen Personal, indem Kunden an einer Maschine Essensbons kaufen und so den Zahlvorgang automatisieren. All diese Maschinen werden auf die neuen Banknoten umgerüstet werden müssen, was den Automatenherstellern einen Nachfrageschub bescheren wird.



Neue Note in Tokio Foto Bloomberg

Commerzbank will für Kapital mehr Spielraum

maf. FRANKFURT, 15. April. Der Vorstand der Commerzbank wappnet sich während der Fusionsverhandlungen mit der Deutschen Bank für eine eigenständige Zukunft. Die Aktionäre sollen auf der Hauptversammlung am 22. Mai in Wiesbaden wieder den gesetzlich möglichen Spielraum für eine Kapitalerhöhung genehmigen, wie aus der am Montag veröffentlichten Einladung zur Hauptversammlung hervorgeht. Demnach sollen sie den Rahmen für das genehmigte Kapital von 45,45 auf 50 Prozent des Grundkapitals erhöhen. Allerdings wies das Institut darauf hin, dass es keine konkreten Pläne für eine Kapitalerhöhung gebe. Der alte Vorratsbeschluss läuft Ende April 2020 aus und soll nun durch einen neuen abgelöst werden. Dieser gilt fünf Jahre bis Mai 2024. Damit kann die Bank das Eigenkapital um insgesamt 50 Prozent erhöhen, davon bis zu 10 Prozent ohne Bezugsrecht der Aktionäre. Gleichzeitig schlägt der Vorstand für eigenkapitalähnliche Instrumente (Additional Tier 1) einen geringeren Ermächtigungsrahmen vor: Dieser soll von 13,6 Milliarden auf 5 Milliarden Euro begrenzt werden. Auch diese Maßnahme ist als Puffer zu verstehen, da die Commerzbank keine solchen höher verzinsten Anleihen im Umlauf hat. Schließlich sollen die Aktionäre eine Dividende von 0,20 Euro je Aktie genehmigen.

Verdi ruft zu Streiks bei Amazon auf

BERLIN, 15. April (AFP). Die Gewerkschaft Verdi hat rund um das Ostergeschäft Streiks beim Online-Händler Amazon angekündigt. An mehreren Standorten in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Rheinland-Pfalz legten die Beschäftigten bereits in der Nacht zu Montag die Arbeit nieder. Amazon versicherte seinen Kunden, ihre Osterbestellungen würden ankommen, die „lokalen Streiks an vereinzelten Standorten" hätten „keinerlei Auswirkungen".

In Rheinberg und Werne in Nordrhein-Westfalen sollen die Streiks nach Angaben von Verdi bis Donnerstag andauern. Im hessischen Bad Hersfeld soll die Arbeit bis Dienstag ruhen, in Koblenz in Rheinland-Pfalz nur am Montag.

Bestreikt wird damit das Geschäft vor den Osterfeiertagen. Auch an anderen Standorten könne es während der Osterzeit „jederzeit zu Arbeitsniederlegungen kommen", kündigte die Dienstleistungsgewerkschaft an. Seit Jahren fordert Verdi eine Bezahlung der Beschäftigten des Online-Riesen nach den Tarifen des Einzelhandels. Amazon lehnt dies bislang ab und betont immer wieder, in seinen Logistikzentren werde am oberen Ende dessen gezahlt, was für vergleichbare Tätigkeiten üblich sei.



Für viele Kragenweiten: *So will der Hemdenproduzent Eterna Kunden von sich überzeugen.* Foto Eterna

Der harte Kampf um jedes Hemd

Die Hemdenhersteller aus Deutschland haben es immer schwerer. Die Konkurrenz wächst, die Umsätze stagnieren. Das macht nun auch den großen Namen der Branche zu schaffen.

sdie. FRANKFURT, 15. April. Der Passauer Hemdenhersteller Eterna setzt auf das weiße Hemd – zumindest während der Bilanzpressekonferenz am vergangenen Freitag. Der geschäftsführende Gesellschafter Henning Gerbaulet trägt das schlichte Weiß im Frankfurter Marriott Hotel zu blauem Anzug und Krawatte. Die anderen Mitarbeiter des Traditionshauses scheinen an diesem Tage die klassische Farbe ebenfalls zu bevorzugen. Auch dank ihr hat sich der Umsatz des Unternehmens aus Niederbayern im vergangenen Jahr etwas erhöht – um 0,7 Prozent auf 105,1 Millionen Euro.

Das Hemd könnte die letzte Bastion der Formalität sein. Im besten Falle sind sie weiß oder blau, passend zum Anzug und zur Krawatte, so steht es immerhin in der Benimmfibel Knigge. Die Deutschen vermeiden jedoch immer häufiger den Kauf eines neuen Hemdes – so ging der Absatz in den vergangenen Jahren immer weiter zurück. Der Hemdenmarkt in Europa gilt als umkämpft. Neuen Anbietern fällt es schwer, sich auf dem Markt zu etablieren, den sich maßgeblich die großen Hersteller teilen. Neben Eterna zählen auch Olymp und Seidensticker zu den führenden Unternehmen. Doch auch für die Großen werden die Zeiten schwieriger: Insgesamt geht der Umsatz mit Oberhemden in Deutschland zurück. So machten die deutschen Hersteller im Jahre 2010 noch rund 3,3 Milliarden Euro Umsatz, im vergangenen Jahr waren es nur noch rund 2,6 Milliarden Euro.

Den Umsatzrückgang erklären die meisten Unternehmen mit dem Wetter – so seien die Winter zu kalt gewesen, die Sommer zu lang und zu heiß. Für Joachim Strähle ist das kein Argument. Er unterrichtet Modemanagement an der Hochschule Reutlingen. „Das Wetter wird immer als Ausrede benutzt", sagt Strähle. Ein heißer Sommer wie im letzten Jahr könne dazu führen, dass gewisse Produkte wie beispielsweise ein Wintermantel weniger verkauft werde – für die schlechten Gesamtmarktzahlen sei das aber nicht ausschlaggebend. Stattdessen sei das Sortiment vieler Häuser zu groß und die Innovationen in der Branche gering. Allgemein nimmt der Kostendruck nach Branchenexperten zu, es gibt immer mehr globale Konkurrenten. Zusätzlich setzen die steigenden Löhne in China den dort produzierenden Modeunternehmen zu. Große Modehersteller werden für die etablierten Häuser zur Konkurrenz – Konzerne wie Hennes & Mauritz oder Esprit verkaufen längst Hemden in allen Ausführungen, meist zu einem günstigeren Preis als die Traditionshersteller.

Daneben verändern sich auch die Kundenbedürfnisse: Aus den deutschen Büros weichen die einst strengen Kleidervorschriften. Erst kürzlich gab die amerikanische Investmentbank Goldman Sachs bekannt, dass ihre IT-Mitarbeiter selbst entscheiden dürfen, welche Kleidung sie angemessen finden. Das soll die Bank auch für den Nachwuchs interessant machen. In Start-ups ist das oft schon die Realität. Auch Unternehmenschefs wie Mark Zuckerberg, Steve Jobs oder Tim Cook machen schon seit Jahren vor, dass auch das T-Shirt oder der Rollkragenpullover im Geschäft taugt.

Tanja Croonen vom Mode-Verband „German Fashion" sieht das Hemd längst nicht aus den Regalen verschwinden. „Der Hemdenmarkt individualisiert sich", sagt Croonen. Viele Bürger würden noch immer gern Hemd tragen, wenn auch mit mehr Farbe und Mustern.

Hersteller wie Olymp haben das längst erkannt. Im Geschäft finden sich neben Hemdklassikern auch Modelle mit Mustern und kurzen Ärmeln. Im vergangenen Jahr steigerte das Unternehmen den Umsatz, um 3 Prozent. Während das Unternehmen aus Bietigheim-Bissingen mehr ins Ausland exportiert, stagniert das Geschäft im Inland jedoch. Die Zeiten würden rauher, sagte der Olymp-Chef Mark Bezner im Januar der F.A.Z. „Aber wir sind gut gerüstet." Es verwundert nicht, dass der Konkurrent Eterna auch eine kleine Umsatzsteigerung feiert. Schließlich macht der Wettbewerb derweil mit anderen Nachrichten auf sich aufmerksam: So verkündete Seidensticker im Februar, vier Filialen in Deutschland zu schließen und 120 Stellen abzubauen – damit will das Unternehmen auf die Umbrüche auf dem Modemarkt reagieren.

Unter den Eterna-Kunden sind noch immer blaue oder eben weiße Hemden am beliebtesten – trotzdem hätten sich auch hier die Schnitte verändert. Die Auswahl für Kunden hätte zugenommen. „Die Menschen fühlen sich heute jünger", sagt Eterna-Gesellschafter Gerbaulet. Das sehe man auch an den Hemden im Geschäft. Für Strähle von der Hochschule Reutlingen reicht das an Innovation nicht aus. „Die gesamte Bekleidungsbranche hat sich technisch seit 20 Jahren grundsätzlich nicht verändert." Lediglich neue Schnittmuster als Verkaufsargument zu bringen sei nicht genug – auch wenn damit immerhin das Hemd äußerlich seine klare Linie behält.

Publicis wagt größte Übernahme seiner Geschichte

chs. PARIS, 15. April. Die jüngste Fusionsankündigung in der internationalen Werbebranche ist am Montag an der Börse begrüßt worden. Der französische Werbekonzern Publicis hatte am Sonntag angekündigt, dass er den amerikanischen Marketing- und Datenspezialisten Epsilon für 4,4 Milliarden Dollar übernimmt. Die Aktie von Publicis legte am Montag an der Pariser Börse um gut 3 Prozent auf fast 48 Euro zu, jene vom Epsilon-Eigentümer Alliance Data Systems Corporation legte ebenfalls zu. Es handelt sich um den größten Zukauf, den Publicis in seiner mehr als 90 Jahre alten Geschichte getätigt hat. Er setzt die Expansion der Franzosen im Datengeschäft fort.

2014 hatte Publicis den amerikanischen Anbieter Sapient für 3,7 Milliarden Dollar erworben, ein Unternehmen, das als Technologiespezialist gilt. Die Übernahme von Epsilon ist auch eine der größten Akquisitionen in der internationalen Werbebranche während der vergangenen Jahre. Sie belegt die wachsende Bedeutung der Datenbeschaffung und -analyse. Die großen Agenturen beschränken sich längst nicht mehr nur auf die Erfindung von Werbeslogans und TV-Spots. Sie versuchen, ihren Kunden umfangreiches Datenmaterial vorzulegen, mit dem diese ihre Abnehmer besser verstehen können. Auf diesem Weg wollen die Werbeunternehmen auch zur gesamten digitalen Transformation ihrer Kunden beitragen. Dabei ähneln einige Werbeagenturen wie Publicis mehr und mehr Unternehmensberatern. „Die Übernahme von Epsilon beschleunigt die Transformation unserer Gruppe. Künftig sind wir an allen Punkten der Wertschöpfung vertreten – von der klassischen Werbung in den Medien über die Technologie bis zu Daten und der genauen Kenntnis der Kunden", sagte der Publicis-Vorstandsvorsitzende Arthur Sadoun. Umgekehrt drängen Unternehmensberater ins Werbegeschäft vor. So hat beispielsweise die Accenture-Gruppe Anfang April die als besonders kreativ geltende Agentur Droga5 aus New York übernommen. Accenture Interactive hat inzwischen ein Werbegeschäft aufgebaut, dessen Umsatz auf rund 8,5 Milliarden Dollar geschätzt wird.

Die künftige Publicis-Tochtergesellschaft Epsilon beschäftigt 9000 Mitarbeiter, darunter 3700 Datenspezialisten sowie 2000 Ingenieure in Indien. Die Franzosen bezahlen den Kaufpreis von 4,4 Milliarden Dollar in bar, betonen jedoch, dass sich der Preis aufgrund steuerlicher Vorteile netto nur auf 3,95 Milliarden Dollar beläuft. Die Summe wird durch liquide Mittel und Bankkredite aufgebracht. Nach Angaben von Publicis-Chef Sadoun hatten viele Analysten einen Preis von 5 bis 5,5 Milliarden Dollar erwartet, dennoch ist die Übernahme nicht billig. Der Kaufpreis von 4,4 Milliarden Dollar entspricht dem gut Achtfachen des Betriebsergebnisses von 485 Millionen Dollar im vergangenen Jahr. Publicis betont, dass Epsilon auch im Datenschutz führend sei, so dass die Sensibilitäten verschiedener Kunden berücksichtigt werden können.

Unter den Analysten waren am Montag allerdings auch skeptische Stimmen zu hören. Publicis habe mit der Integration von Sapient Schwierigkeiten gehabt. Bei Epsilon müssen die Franzosen nun beweisen, dass sie es besser können.

FIRMENINDEX Seite

Die F.A.Z.-Wetterinformationen im Internet: www.faz.net/wetter

DEUTSCHLAND

Messwerte und Prognosen

	Mo. 15.4.	Di. 16.4.	Mi. 17.4.	Do. 18.4.
Aachen	6° s	16° w	14° b	17° s
Arkona	7° h	7° s	8° s	8° s
Berlin	8° s	13° s	15° s	18° b
Bremen	7° h	13° s	15° s	17° s
Brocken	3° h	3° h	5° h	8° h
Cottbus	8° s	13° s	16° s	16° b
Cuxhaven	7° s	11° s	12° s	13° s
Dresden	7° h	13° s	15° s	16° w
Düsseldorf	9° h	18° s	17° b	19° s
Erfurt	6° h	13° s	14° s	15° h
Essen	9° s	17° s	18° b	18° s
Feldberg	-2° N	5° h	5° w	7° h
Feldberg/Ts.	7° s	9° h	10° h	11° h
Frankfurt	10° s	17° s	18° b	19° s
Freiburg	5° s	15° R	16° w	18° s
Garmisch	7° s	13° h	11° b	11° s
Greifswald	7° h	11° s	11° s	12° s
Gr. Arber	2° s	11° s	11° s	10° h
Hamburg	8° h	13° s	14° s	16° s
Hannover	7° h	13° s	15° s	18° s
Helgoland	6° s	9° s	10° s	10° s
Hof	4° w	12° s	14° s	14° h
Kahler Asten	5° s	11° s	13° s	13° s
Karlsruhe	8° s	16° w	16° b	18° h
Kassel	8° s	14° s	16° s	17° b
Köln	9° h	18° s	17° b	19° s
Konstanz	8° w	15° h	16° w	15° s
Leipzig	7° s	13° s	15° s	15° b
Lübeck	7° h	12° s	12° s	13° s
Magdeburg	7° s	13° s	15° s	17° b
Mannheim	9° s	16° s	17° b	19° s
München	8° h	15° s	15° s	13° b
Norderney	8° h	10° s	12° s	11° s
Nürnberg	11° s	17° s	18° s	16° w
Oberstdorf	5° h	12° b	12° w	13° s
Osnabrück	10° h	14° s	15° s	17° s
Passau	8° s	16° s	15° s	15° b
Rostock	7° s	11° s	12° s	13° s
Saarbrücken	7° h	15° b	15° b	17° s
Stuttgart	8° s	15° b	15° b	16° s
Sylt	8° s	9° w	11° s	12° s
Trier	7° s	14° b	14° b	17° s
Zugspitze	-8° S	-4° h	-4° h	-2° w

s: sonnig, h: heiter, w: wolkig, b: bedeckt, G: Gewitter, N: Nebel, R: Regen, Rs: Regenschauer, Sr: Sprühregen, S: Schnee, SR: Schneeregen, Ss: Schneeschauer, –: keine Mitteilung. Alle Tabellen zeigen als Prognose die Tages-Höchsttemperatur, als gestrigen Wert die Messung mittags Ortszeit.

Sonne & Mond

06:27/20:22 16:24/05:37

Auf- und Untergang in Mitteleuropäischer Sommerzeit (MESZ) für Frankfurt/Main.

Heute

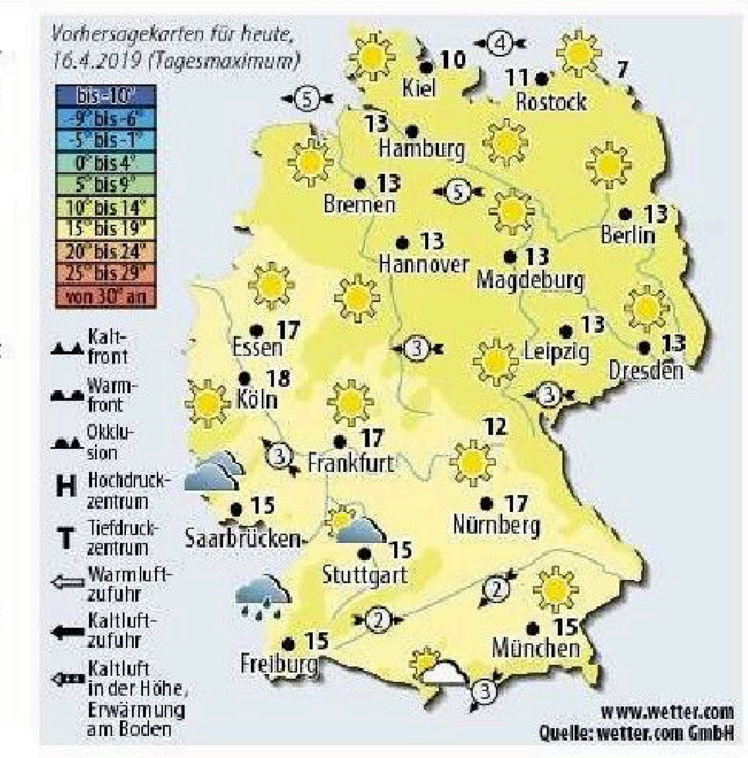
Ein Hoch über Skandinavien sorgt in weiten Teilen Deutschlands für freundliches und mildes Wetter. Nur der Südwesten kommt zwischenzeitlich unter den Einfluss eines Tiefdruckausläufers.

Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen: Den ganzen Tag scheint zu nur wenigen harmlosen Wolken oft die Sonne. Bei meist frischem Wind aus Osten liegen die Temperaturen um 13 Grad.

Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern: Verbreitet überwiegt heute der Sonnenschein. Der Wind weht dazu meist mäßig, in Böen frisch aus östlichen Richtungen. Die Höchstwerte liegen zwischen 10 und 13 Grad. Auf Rügen und Usedom ist es mit 7 Grad wesentlich kühler.

Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland: Anfangs zeigt sich auch hier oft die Sonne. Im Laufe des Nachmittags ziehen von Südwesten her Wolken auf und später fällt südlich der Mosel etwas Regen. Nur vom Münsterland bis ins hessische Bergland bleibt der Himmel bis zum Abend meist wolkenlos. Die Höchsttemperaturen bewegen sich zwischen 15 und 18 Grad. Die höchsten Werte sind am Rhein möglich. Dabei weht schwacher bis mäßiger Wind aus Ost bis Südost.

Baden-Württemberg und Bayern: In Bayern wird es ein freundlicher Tag. In Baden kommen dichtere Wolken und später leichter Regen auf. Dieser breitet sich gegen Abend nach Württemberg aus. Die Luft erwärmt sich auf milde 12 bis 17 Grad.



Aussichten

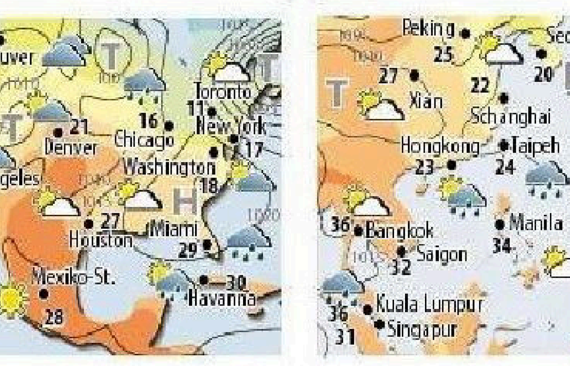
Am **Mittwoch** setzt sich überall freundliches Wetter durch. Nur in der Südwesthälfte halten sich anfangs noch mehr Wolken aus denen vereinzelt letzte Tropfen fallen. Am **Donnerstag** scheint in ganz Deutschland oft die Sonne. Die Temperaturen steigen an beiden Tagen deutlich an, sodass an Gründonnerstag bis 20 Grad möglich sind.

Biowetter, Pollenflug

Im Südwesten nimmt bei vielen Menschen die Motivation und Konzentration ab. Anderswo ist man gut gelaunt und fit. Die meist milden Temperaturen sind perfekt für sportliche Aktivitäten im Freien. Verbreitet fliegen die Birken- und Weidenpollen stark. In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Saarland ist der Flug nur mäßig.

NORDAMERIKA

ASIEN



EUROPA

Reisewetter in Europa - Vorhersage für die nächsten Tage

Österreich, Schweiz: Heute in der Schweiz von Südwesten her Wolken und Regen, sonst sonnig, am Mittwoch zunehmend freundlicher. 5 bis 22 Grad.

Frankreich, Benelux: Zunächst vor allem im Osten noch Regen, dann recht sonnig, im Südwesten später nass. 10 bis 26 Grad.

Griechenland, Türkei, Zypern: Wechselhaft mit Wolken, Sonne und teils kräftigen Schauern oder Gewittern. 12 bis 22 Grad.

Spanien, Portugal: Zunächst verbreitet viel Sonne. Ab morgen von Westen her Regenschauer. Höchstwerte: 14 bis 28 Grad.

Balearen, Sardinien, Korsika: Zu Beginn noch Schauerwetter, ab morgen freundlicher. Höchsttemperaturen: 14 bis 22 Grad.

Italien, Malta: Sonne und Wolken, zunächst noch zeitweise Regenschauer, vor allem im Süden. 15 bis 23 Grad.

Großbritannien, Irland: Zunächst noch örtliche Schauer, ab morgen Sonne und Wolken. Maximal 8 bis 19 Grad.

Skandinavien: Verbreitet freundlich mit Sonne und Wolken, auch in Nordskandinavien langsam ansteigende Temperaturen. 3 bis 18 Grad.

Polen, Tschechien, Slowakei: Sonne und meist lockere Wolkenfelder, nur in Ostpolen zeitweise Regen. 4 bis 19 Grad.

Städtewetter im Ausland

EUROPA	Mo. 15.4.	Di. 16.4.	Mi. 17.4.	Do. 18.4.
Amsterdam	10° w	15° s	17° h	18° s
Athen	15° Rs	17° h	18° h	17° h
Barcelona	14° b	14° b	17° h	16° b
Belgrad	13° G	14° s	15° h	13° h
Bozen	11° s	15° s	17° w	16° s
Brüssel	9° s	17° h	13° b	19° h
Budapest	14° s	15° s	15° b	16° b
Bukarest	11° b	15° h	14° b	13° b
Dublin	7° R	10° b	11° w	13° h
Dubrovnik	15° s	17° s	15° s	16° s
Helsinki	7° s	10° s	9° h	11° s
Istanbul	10° b	12° s	14° s	13° h
Kiew	5° w	10° b	9° R	12° h
Kopenhagen	6° s	9° s	12° s	13° s
Las Palmas	19° h	21° s	21° h	19° s
Lissabon	16° h	19° h	16° R	17° w
Ljubljana	13° h	15° s	17° s	14° h
London	11° s	16° b	16° w	18° s
Madrid	19° w	20° s	25° h	13° R
Mailand	15° h	18° w	20° s	18° b
Malaga	23° s	22° s	19° h	17° G
Mallorca	19° h	18° w	20° s	19° b
Moskau	7° s	11° s	8° s	8° b
Neapel	17° h	16° h	17° h	18° s

Städtewetter im Ausland

EUROPA Fortsetzung	Mo. 15.4.	Di. 16.4.	Mi. 17.4.	Do. 18.4.
Oslo	8° s	10° w	12° w	14° s
Palermo	13° h	16° b	16° w	16° h
Paris	11° s	12° R	17° w	20° s
Prag	12° s	13° s	15° s	17° h
Riga	7° s	13° s	14° s	11° s
Rom	17° h	19° b	20° w	21° h
Sofia	10° b	14° w	13° s	12° b
Stockholm	7° s	10° s	11° s	14° s
St. Petersbg.	8° s	11° s	9° b	12° s
Venedig	15° h	15° s	16° s	17° h
Warschau	10° s	11° b	16° b	17° h
Wien	12° s	15° s	13° b	15° h
Zürich	9° s	15° b	16° w	15° s
AFRIKA				
Accra	30° h	32° h	32° h	32° Rs
Algier	20° s	20° s	19° s	23° b
Casabl.	19° s	22° s	21° b	19° h
Dakar	22° s	24° s	24° s	24° s
Johannesb.	22° h	24° s	25° s	23° R
Kairo	16° R	25° s	24° h	24° s
Kapstadt	17° h	18° h	20° s	22° s
Lagos	32° h	33° s	32° b	32° h
Nairobi	25° h	28° s	29° s	29° s
Tunis	17° s	25° s	20° s	23° h
NORDAMERIKA				
Chicago	8° w	16° R	14° R	11° R
Houston	25° s	27° h	24° R	27° s
Los Angeles	19° s	19° w	25° s	29° h
Miami	29° R	29° R	29° R	29° R
Montreal	5° R	10° w	11° w	11° R
New York	12° R	17° w	17° w	16° R
S. Francisco	11° R	16° s	18° s	22° s
Toronto	5° R	11° h	12° w	11° R
Washington	18° R	18° h	22° w	21° R
LATEINAMERIKA				
Bogota	20° R	21° w	22° R	21° R
B. Aires	18° w	22° h	24° h	23° h
Caracas	29° h	30° Rs	31° h	30° w
Lima	22° h	23° h	23° h	24° h
Mexiko-St.	25° s	28° s	29° s	30° s
R. d. Janeiro	26° h	28° h	28° R	28° h
Sant. (Ch.)	19° s	27° s	26° s	23° h
NAHER OSTEN				
Ankara	12° b	13° w	13° h	13° s
Antalya	16° G	17° b	20° s	19° s
Baghdad	29° s	29° s	23° s	28° h
Dubai	26° s	29° s	31° s	34° s
Riad	30° s	34° h	35° h	34° h
Teheran	23° s	23° h	23° w	22° h
Tel Aviv	17° b	18° Rs	18° Rs	18° s
ASIEN				
Bangkok	34° h	36° h	36° h	36° h
Hongkong	24° w	23° Rs	25° Rs	26° Rs
Jakarta	30° w	32° w	32° h	32° h
Manila	32° h	34° h	34° h	34° h
Neu Delhi	35° h	32° w	30° w	32° h
Peking	21° h	25° h	25° w	23° h
Seoul	15° s	20° s	20° h	20° h
Schanghai	18° s	22° s	29° s	28° h
Singapur	30° h	31° h	32° G	32° G
Taipeh	20° w	24° R	24° R	28° R
Tokio	18° h	20° s	19° h	21° h
AUSTRALIEN und NEUSEELAND				
Melbourne	25° h	27° h	26° h	21° h
Sydney	22° h	23° h	23° h	24° h
Wellington	13° s	14° s	15° s	16° s



Wie viel von der Persönlichkeit wird gesammelt? *Die Frage stellt sich nun auch bei den Angeboten der Deutschen Post aus ihrer Bonner Zentrale.* Foto Reuters

Datenschutzvorwürfe gegen die Deutsche Post

Briefe mit sensiblen Informationen landen ohne Wissen der Empfänger als digitale Kopien auf Rechnern der Post, was mit dem Briefgeheimnis nur schwer vereinbar ist.

Von Helmut Bünder

DÜSSELDORF, 15. April

Für Versicherer, Banken und Unternehmen, die Abermillionen Briefe verschicken, klingt es nach einem unwiderstehlichen Angebot: Die Deutsche Post gewährt ihnen einen satten Zusatzrabatt von 3 Cent für jeden Brief, den sie als PDF-Datei auf die Rechner des gelben Riesen laden. Diese digitalen Kopien will die Post dann, schneller als den Papierbrief, elektronisch an die Empfänger weiterleiten. Natürlich nicht als simple ungeschützte E-Mail, sondern nur dann, wenn es auf der anderen Seite ein E-Post-Konto für eine sichere Verbindung gibt. Von einer „Brückentechnologie" ist die Rede und davon, die alte Briefwelt und die neue digitale Welt unter einen Hut zu bringen. „Wir verbinden das Beste aus beiden Welten", verspricht der Konzern.

Seit Jahresbeginn hat er die digitale Kopie im Angebot. „Das Produkt wurde erfolgreich eingeführt, und Kunden zeigen großes Interesse", sagte ein Postsprecher. Eine andere Frage ist, ob die Kombination aus digitaler und analoger Welt auch das Beste für Menschen ist, die Wert auf den Schutz ihrer persönlichen Daten legen. Wer auf das Briefgeheimnis vertraut, kommt ins Grübeln: Mit jeder digitalen Kopie landen sensible persönliche Informationen auf den Servern der Post: Kontostände, Gesundheitsdaten, Übersichten über Telefonverbindungen, Versicherungsinformationen und was noch so in den Briefen steht, die Unternehmen an ihre Kunden verschicken.

Die Umwandlung in die digitalen Kopien erfolgt in aller Regel ohne Wissen und Zustimmung der Empfänger, die sich darauf verlassen, dass Briefe beim früheren Staatskonzern in sicheren Händen sind. Nur die Geschäftsbedingungen der für E-Post registrierten Kunden, laut Konzern rund eine Million Menschen, sind nach Angaben eines Sprechers entsprechend geändert worden. Wer nicht widersprach, habe stillschweigend eingewilligt. Auch die Adressdaten gelangen nun in digitaler Form zur Post. So ist es ein Leichtes, über einen Algorithmus auszuwerten, welche Unternehmen Briefe wohin schicken. „Für das Werbegeschäft wären solche Daten Gold wert, weil sie eine sehr genaue Zielgruppenabgrenzung erlauben", vermutet ein Brancheninsider.

Die Post wiegelt ab. An Werbetreibende würden keine Daten weitergegeben. „Bei der digitalen Kopie geht es ausschließlich um eine sichere, verlässliche digitale Kommunikation." Und dann kommt eine detailreiche Schilderung der Verschlüsselungstechnik und der vom Cybersicherheitsamt BSI zertifizierten Plattform für die Verarbeitung der digitalen Kopien. Die Zusammenarbeit mit den Großversendern erfolge im Rahmen einer „Auftragsdatenverarbeitung" nach den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung. Alle digitalen Kopien würden zunächst an die Post übermittelt, damit „diese im Auftrag des Versenders prüfen kann, ob der Empfänger ein E-Post-Konto besitzt". Wenn ja, werde elektronisch zugestellt. Wenn nicht, werde die digitale Kopie gelöscht.

Christian Koenig hat die Sicherheitsvorkehrungen und den „Geschäftskundenleitfaden" zur Digitalen Kopie unter die Lupe genommen. „Das macht mit Blick auf den Datenschutz einen guten Eindruck und ist sehr transparent, aber nur bis zu dem Punkt, an dem die elektronische Datei eingeliefert wird. Dahinter beginnt das Darknet der Post", sagte der Rechtswissenschaftler der Universität Bonn der F.A.Z. Seine Vermutung ist schwerwiegend: Die Post könnte gegen das Briefgeheimnis verstoßen. Es sei nicht ersichtlich, wie sie die Dateien gegen eine „verbotene Kenntnisnahme durch eigene Mitarbeiter und Drittdienstleister" abschirme. „Prima facie bestehen belastbare Anhaltspunkte, dass die Deutsche Post AG auf ihrer Produktplattform für die Digitale Kopie keinen ausreichenden Gewährleistungsstandard zum Schutz des Postgeheimnisses ... sicherstellt", lautet das Fazit des Regulierungsexperten in einem Rechtsgutachten für den Bundesverband Briefdienste.

Aus Sicht der Post ziehen diese Argumente schon deshalb nicht, weil es sich um eine Telekommunikationsdienstleistung handele. Koenig spricht dagegen von einem in die physische Briefpost integrierten „Paralleldienst", für den dieselben Regeln zu gelten hätten. Selbst wenn die Inhalte der Kopien geschützt seien – schon der Umgang mit den Verbindungsdaten bewege sich in einer Grauzone, weil mehr Mitarbeiter als notwendig oder sogar Dritte Einblick bekämen. „Wer mit wem kommuniziert, ist Teil des Briefgeheimnisses", sagte er. Koenig sieht die Bundesnetzagentur in der Pflicht, Ermittlungen aufzunehmen und das neue Postangebot gegebenenfalls zu untersagen.

Klare Ansagen von der Marktaufsicht gibt es noch nicht. Die Netzagentur stufe die digitale Kopie zwar nicht als Briefprodukt ein, sagte ein Sprecher der F.A.Z. Es werde aber geprüft, ob sie wegen der engen Verbindung zum Brief nicht „auch der postrechtlichen Regulierung unterliegen kann". Zudem hat die Behörde Vorermittlungen aufgenommen, ob der Zusatzrabatt als missbräuchliche Preisgestaltung zu werten ist, die den Wettbewerb um die lukrativen Großversender behindert.

Nach Branchenangaben nutzen schon rund 20 Unternehmen das Post-Angebot. Täglich würden von rund einer halben Million Briefe digitale Kopien übermittelt. Der Konzern nennt keine Zahlen, auch keine Referenzkunden. Aber es kursieren Namen. Von der F.A.Z. darauf angesprochen, bestritten die meisten, dass sie mitmachen. Ausnahme ist der Mobilfunkkonzern Freenet, der bestätigt, dass er das Produkt seit Januar nutzt. Andere haben sich die Versandform vorstellen lassen. Sie wollen sich aber, wie zum Beispiel die Allianz-Versicherungen, noch nicht festlegen. Denn den verlockenden Rabatten stehen erhebliche Rechtsrisiken und möglicherweise Ärger mit erbosten Kunden gegenüber. „Bei der Bewertung steht für uns ganz klar der Datenschutz für unsere Kunden im Vordergrund", betonte ein Sprecher des Versicherers Signal-Iduna.

So sieht das auch Frank T. Eckart. Er leitet den „Arbeitskreis Großversender" im Postnutzerverband DVPT, dem mehr als 50 Großkunden der Post angehören, die meisten von ihnen Banken und Versicherer. Prinzipiell passe das neue Produktangebot prima in die Digitalisierungsbemühungen. „Trotzdem macht aus unserem Kreis noch niemand mit. Wir brauchen Rechtssicherheit", sagte er. Das gelte vor allem für Versicherungsunternehmen, die sonst sogar mit dem Strafgesetzbuch wegen Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203) in Konflikt kommen könnten. Eckart pocht auf ein Testat der Post oder einer unabhängigen Stelle, das die Versicherer nichts zu befürchten haben. Ein anderer möglicher Ausweg liegt auf der Hand: alle Kunden der Unternehmen vorab zu fragen, ob sie damit einverstanden sind, dass ihre Briefe als digitale Kopie bei der Post landen. In diese Richtung soll, wie es hieß, unter anderem der Talanx-Versicherungskonzern vorgefühlt haben. Davon allerdings habe die Post nichts wissen wollen.

Um zu verstehen, was sich der Konzern außer Kundenbindung durch den Zusatzrabatt von seinem heiklen Angebot verspricht, braucht es einen Blick zurück. Der damalige Brief-Chef Jürgen Gerdes hatte mit großem Tamtam 2010 die E-Post eingeführt. Mehr als eine halbe Milliarde Euro soll die Post für Entwicklung, Technik und Marketing investiert haben. Laut Konzern haben sich zwar rund eine Million Menschen online registriert. Viele sind aber offenbar Karteileichen. Insiderangaben zufolge gibt es jedenfalls gerade einmal 60 000 aktive Nutzer.

Wie der Konzern das ändern will, ist in einer als „streng vertraulich" markierten Präsentation nachzulesen. Das Papier hatte die Post im vorigen Jahr für ein Gespräch mit dem Wirtschaftsministerium, dem Kartellamt und der Netzagentur über ihr neues Produkt vorbereitet. „Im Ausblick wird der digitale Briefkasten den gesamten adressierten physischen Briefkasten spiegeln", heißt es darin. Die Kunden bekämen „immer und überall" digitalen Zugriff auf wichtige Dokumente und Sendungen. Und genau diese Vorteile werde man ihnen mit der digitalen Kopie demonstrieren.

Dazu sollen Empfänger ohne E-Post-Account aus den Datensätzen der eingehenden digitalen Kopien herausgefiltert und anhand ihrer Daten „Mikrozellen" zugeordnet werden. Dabei handelt es sich um kleinere Gruppen von benachbarten Haushalten, im Durchschnitt 6,6 an der Zahl, die die Post auswerten darf, ohne mit dem Datenschutz in Konflikt zu geraten. Bei einer Häufung von Treffern in einer Mikrozelle soll überprüft werden, wie es dort um die „Online-Affinität" steht. Dazu will die Post auf einschlägige Sperrlisten und ihre Datenbank Microdialog zurückgreifen, die sie auch zur Zielgruppenabgrenzung für Reklamekunden nutzt. Darin finden sich neben Angaben zu Kaufkraft, Alter, Familienstruktur, Gebäuden oder Autos unter anderem Informationen über die Affinität zum Online-Handel sowie Lebensstilen, Werten und Kaufmotiven.

Wenn das Ergebnis stimmt, sollen „selektierte Adressen" gezielt beworben werden: mit Reklame im analogen Briefkasten und einem für vier Wochen gültigen Aktivierungskennwort für die E-Post. „Relevanten Content" für den digitalen Briefkasten hätte die Post diesen ausgewählten Kunden ja dann zu bieten. Wenn ihr Plan aufgeht, weiß sie in Zukunft schließlich sehr genau, welche Unternehmen die jeweiligen Mikrozellen anschreiben, und kann ihre digitalen Kopien nutzen, um die Werbung zu verstärken. Bleibt nur noch zu klären, ob und wie das alles mit Datenschutz und Briefgeheimnis vereinbar ist. Nur zur Erinnerung: Die Post gehört immer noch zu mehr als einem Fünftel dem Staat.

Gegenwind für UBS und Credit Suisse

Aktionärsvertreter stören sich an hohen Gehältern / Von Johannes Ritter

ZÜRICH, 15. April

Die beiden Schweizer Großbanken UBS und Credit Suisse sehen ungemütlichen Aktionärsversammlungen entgegen. Etliche Kleinaktionäre werden ihren Unmut über die hohen Gehälter der jeweiligen Vorstandsvorsitzenden äußern. Dabei bekommen sie Rückendeckung von großen Stimmrechtsberatern und Aktionärsvertretern. Wie berichtet, streicht der UBS-Chef Sergio Ermotti für 2018 insgesamt 14,1 Millionen Franken (12,4 Millionen Euro) ein. Die Arbeit von Tidjane Thiam, der die Credit Suisse führt, wird mit 12,7 Millionen Franken vergütet. Damit zählen die beiden Manager über die Finanzbranche hinaus zu den absoluten Spitzenverdienern in der Schweiz.

Die Schweizer Anlagestiftung Ethos empfiehlt den Aktionären der UBS und der Credit Suisse, auf den jeweiligen Hauptversammlungen am 2. Mai und 26. April alle Anträge abzulehnen, die sich auf die Vergütungen von Vorstand und Verwaltungsrat beziehen. Ethos hält den Bonus von 73,3 Millionen Franken, den die 13 UBS-Konzernleitungsmitglieder in Summe für 2018 zugesprochen bekommen haben, für unangemessen. Die Stiftung verweist auf den Aktienkurs, der im vergangenen Jahr um 32 Prozent gesunken sei, und auf die schwache Gesamtrendite der UBS-Aktie. Diese sei von 2016 bis 2018 um mehr als 28 Prozent gefallen, während die Rendite von Aktien vergleichbarer Banken in der gleichen Zeit nur um 1,8 Prozent gesunken sei. In die gleiche Richtung geht die Kritik an der Credit Suisse, deren Börsenwert im vergangenen Jahr um fast 40 Prozent gefallen sei.

Vor Ethos hatte bereits der Stimmrechtsberater Glass Lewis den Aktionären von UBS und Credit Suisse empfohlen, den jeweiligen Vergütungsbericht abzulehnen. Den Bonus von Credit-Suisse-Chef Thiam zu erhöhen, sei nicht gerechtfertigt, erklärte Glass Lewis. Zudem seien einige Finanzzahlen schlechter ausgefallen als jene vergleichbarer Wettbewerber.

Im Fall der UBS gestehen die Berater dem Management zwar zu, dass sich die Ergebnisse der Schweizer Großbank im Jahresvergleich gut entwickelt hätten, aber auch hier hätten einige Kennziffern unter den Vergleichswerten der Konkurrenz gelegen. Glass Lewis zeigt sich überdies besorgt wegen der hohen Bußen, die der UBS vor allem im Rechtsstreit mit Frankreich drohten. Der Verwaltungsrat der Bank hätte die schwelenden Rechtsfälle in seine Erwägungen zur Bestimmung der Boni mit einfließen lassen sollen. Ein Pariser Gericht hatte die Schweizer Großbank im Februar zu einer Rekordstrafe von 4,5 Milliarden Euro verurteilt. So soll die UBS dafür büßen, dass sie einst französischen Kunden beim Hinterziehen von Steuern geholfen habe. Die Schweizer Bank weist die Vorwürfe zurück und hat Berufung eingelegt. Dennoch hat sie in der Bilanz mehr als 500 Millionen Dollar für die Prozessrisiken in Frankreich zurückgestellt.



Tidjane Thiam Foto AP

Wegen dieses Verfahrens empfiehlt der Stimmrechtsberater Glass Lewis, sich bei der Abstimmung über die Entlastung von Verwaltungsrat und Vorstand zu enthalten. Der einflussreiche amerikanische Stimmrechtsberater ISS geht noch einen Schritt weiter: Er rät den Aktionären, auf der Hauptversammlung die Entlastung wegen des Rechtsstreits zu verweigern. Dies würde es vereinfachen, zu einem späteren Zeitpunkt eventuell rechtliche Schritte gegen die Führungsorgane der Bank einzuleiten, schreibt der ISS.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Chinas Auto-Delle

Von Hendrik Ankenbrand

In Deutschland wird alle paar Jahre das Ende des Autos ausgerufen. Junge Leute, so heißt es etwa, verlören die Lust am Auto, weil sie nicht mehr Dinge besitzen wollten, sondern nur auf Zeit nutzen. Das Argument hört man auch in China: Der Markt sei gesättigt, unken Beobachter. Jeder Chinese, der ein Auto wolle, habe schon eines. Und die Zahl derer, die wegen mangelndem Parkraum und schier endloser Wartezeit in Staus keine Autos kauften, steige rasant. Doch so wie in Deutschland spätestens nach dem Studium oder dem Umzug ins Grüne weiter das eigene SUV hermuss, dürften wohl auch in China die Autoverkäufe nach einer Delle wieder deutlich zulegen. Der öffentliche Nahverkehr im Land ist viel zu gering entwickelt, als dass die Menschenmassen auf ihren langen Fahrten zum Arbeitsplatz auf Bus und Bahn umsteigen könnten. Auch ein Produkt, das dem Auto den Platz als Statussymbol Nummer eins streitig machen könnte, ist nicht in Sicht. Grund für den Rückgang auf dem Automarkt sind denn auch eher zuvor gewährte Subventionen des Staats, die im Jahre 2018 ausgelaufen sind. Doch schon hat Peking in Sorge um die schwächelnde Wirtschaft wieder die Mehrwertsteuer gesenkt. 2019 wird für den Verkauf von Autos ein weiteres schwieriges Jahr. Am Ende jedoch ist es auch in China noch nicht.

Apple versus Qualcomm

Von Roland Lindner

Patentgefechte in der Technologiebranche sind oft ein Ärgernis. Unternehmen wenden hohe Ressourcen auf, um sich zu bekriegen, lassen sich von ihrem Kerngeschäft ablenken, und die Urteile werden oft in nachfolgenden Instanzen so weit abgemildert, dass gefragt werden muss, ob der ganze Aufwand gerechtfertigt war. Nun beginnt in Amerika ein besonders spektakulärer Patentprozess zwischen den beiden Technologiegiganten Apple und Qualcomm, in dem Milliardenforderungen im Raum stehen. Es ist der bisherige Höhepunkt eines juristischen Gefechts, das sich schon seit einiger Zeit hinzieht und das auch Deutschland erfasst hat, wo kürzlich ein Verkaufsstopp über einige iPhones verhängt wurde. Qualcomm hat kaum eine andere Wahl, als den Rechtsstreit mit aller Macht auszufechten. Denn Apple zielt auf den Kern des Unternehmens, das lukrative Geschäft mit der Vermarktung von Lizenzen auf Smartphone-Technologien. Setzte sich Apple durch, stünde Qualcomms Geschäftsmodell in seiner heutigen Form in Frage, und das ausgerechnet in einer Zeit, in der das Unternehmen sich dafür rüstet, aus seinem riesigen Patentschatz rund um den nächsten Mobilfunkstandard 5G Kapital zu schlagen. Qualcomm hat in dem Prozess mehr zu verlieren als Apple. Es geht nicht nur um Schadenersatz, sondern um die Zukunft des Unternehmens.

Die Universalbank lebt

Von Markus Frühauf

Es schadet einer Bank nicht, breit aufgestellt zu sein. Sowohl internationale Konzerne bei Übernahmen oder an den Kapitalmärkten als auch normale Privatkunden in der Immobilienfinanzierung oder in der Altersvorsorge zu beraten ist nicht Ausdruck einer strategischen Verzettelung, sondern steht für einen ausgewogenen Geschäftsmix mit stabilen Erträgen. Die jüngsten Quartalszahlen amerikanischer Banken zeigen: Die Universalbank lebt. Das dürften auch die Deutsche Bank und die Commerzbank in ihren Fusionsverhandlungen mit Interesse zur Kenntnis nehmen, lassen sich beide Häuser ebenfalls unter den Universalbanken einordnen. Hier kommt es auch auf Größe an, also auf eine ausreichende Eigenkapitalausstattung, verbunden mit einem dicken Liquiditätspolster. Natürlich helfen die höheren Zinsen in den Vereinigten Staaten den Universalbanken JP Morgan und Citigroup besonders, während eine Deutsche Bank für ihre hohen Liquiditätsreserven an die Europäische Zentralbank „Strafzinsen" zahlen muss. Aber einer Universalbank bietet die Digitalisierung die Chance, im Massengeschäft die Kosten des Filialvertriebs in Zukunft deutlich zu verringern. Unabhängig von Fusionen wird das zu einem erheblichen Stellenabbau führen. Doch schützt ein profitables Privatkundengeschäft gegen die Schwankungen an den Kapitalmärkten.

Donald Trumps nächste Attacke auf die Fed



Quelle: Bloomberg/Foto Reuters/F.A.Z.-Grafik Brocker

Donald Trump vor Air Force One

Donald Trump kennt die Regeln, nach denen Machtspiele verlaufen: Wer sich einmal durchsetzt, kann damit rechnen, auch mit seinem nächsten Anliegen Erfolg zu haben. Aus Trumps Sicht hatte er mit seinen Attacken auf die Notenbank Fed im vergangenen Herbst Erfolg, denn die Notenbank brach, nachdem die Aktienkurse gegen Jahresende deutlich gefallen waren, ihren Normalisierungsprozess in der Geldpolitik ab, obgleich die amerikanische Wirtschaft nach wie vor gut läuft. Die von Jerome Powell geleitete Notenbank kündigte an, auf die für das Jahr 2019 ursprünglich geplanten zwei Erhöhungen ihres Leitzinses aus heutiger Sicht zu verzichten. Zudem wird die Fed ihre Reduzierung der Bilanzsumme durch den Abbau von Anleihebeständen nur noch bis zum Herbst fortsetzen. Seitdem steigen die Aktienkurse an der Wall Street wieder, und die Sorgen vor einem Fall der amerikanischen Wirtschaft in eine Rezession sind geschwunden.

Darüber sollte Trump sich freuen, aber stattdessen legt er nach. Auf Twitter schrieb der Mann aus dem Weißen Haus: „Wenn die Fed ihre Arbeit richtig gemacht hätte, was sie nicht getan hat, wäre der Aktienmarkt um zusätzliche 5000 bis 10 000 Punkte gestiegen." Außerdem vertritt Trump die Ansicht, dass mit einer anderen Geldpolitik das Wirtschaftswachstum in den Vereinigten Staaten bei niedriger Inflation deutlich über 4 Prozent betragen könnte statt rund 3 Prozent wie im vergangenen Jahr. Für das laufende Jahr erwarten viele Fachleute ein Wirtschaftswachstum zwischen 2 und 2,5 Prozent. Trump wandte sich dieses Mal vor allem gegen die Reduzierung der Bilanzsumme der Fed seit dem Herbst 2017. Die Bilanzsumme ist von 4,5 Billionen Dollar in der Spitze auf zuletzt 3,9 Billionen Dollar gesunken, indem die Fed fällig werdende Anleihen nicht länger durch neue Anleihen ersetzte. Im vergangenen Jahr hatte Trump vor allem die Leitzinserhöhungen der Fed als schädlich für das Wirtschaftswachstum bezeichnet.

Die Äußerungen des Präsidenten mögen im Zusammenhang mit den nächsten Präsidentenwahlen zu sehen sein, für die er sich positionieren möchte. Trump hat sich in den vergangenen Jahren als ein Mann inszeniert, der wesentlich zum ansehnlichen Wirtschaftsaufschwung und steigenden Börsenkursen beigetragen hat. Die Verantwortung für ein schwächeres Wirtschaftswachstum und möglicherweise wackligere Börsenkurse möchte er offensichtlich bei der Notenbank abladen.

Viele Fachleute sind allerdings der Ansicht, dass der auffällige Politikwechsel der Fed seit der Jahreswende weniger ein Ergebnis der Pressionen Trumps als vielmehr eine Reaktion auf Sorgen über die Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums ist. Powell hat mehrfach auf aus der Weltwirtschaft stammende Risiken für die Konjunktur in den Vereinigten Staaten verwiesen. gb.

Benzin war am Wochenende besonders teuer

sibi. FRANKFURT, 15. April. Der Benzinpreis in Deutschland ist am ersten Ferienwochenende in den meisten Bundesländern auf einen neuen Jahreshöchststand gestiegen. Eine entsprechende Entwicklung zeichnete sich schon in der vergangenen Woche ab. Super E10 kostete am Wochenende im Bundesdurchschnitt fast 1,45 Euro je Liter und damit so viel wie seit dem Herbst vorigen Jahres nicht mehr. An den Autobahnen entlang der Hauptreiseströme waren die Preise noch deutlich höher. Auch der Dieselpreis hat mit mehr als 1,27 Euro inzwischen den höchsten Stand in diesem Jahr erreicht, wie aus Zahlen des Internetportals Clever-Tanken hervorgeht.

Am Wochenende hatten in vielen Bundesländern die Osterferien begonnen und damit eine Reisewelle. Die längsten Staus erwartet der Autoklub ADAC allerdings erst noch für Donnerstagnachmittag und für den Nachmittag des Ostermontags.

Auch der Preis für Rohöl ist am Montag zunächst weiter gestiegen, bevor es eine Gegenbewegung gab. Am Nachmittag kostete Öl der Nordseesorte Brent zeitweise 71,12 Dollar je Barrel (Fass zu 159 Liter), das waren rund 0,6 Prozent weniger als am Vortag. Die amerikanische Sorte West Texas Intermediate (WTI) kostete zeitweise 63,44 Dollar, das war ein Minus von 1,2 Prozent. Die jüngste Entwicklung der Förderanlagen in den Vereinigten Staaten hat dabei die Ölpreise offenbar belastet. Am Freitagabend hatte der amerikanische Öl-Ausrüster Baker Hughes gemeldet, dass die Zahl der aktiven Bohrlöcher in der vergangenen Woche leicht gestiegen sei. Sie erhöhte sich demnach um zwei auf 833 Bohrlöcher. Das war der zweite Anstieg in Folge. In den Vereinigten Staaten ist auch die Öl-Fördermenge in den vergangenen Monaten gestiegen und liegt derzeit auf einem Rekordniveau von durchschnittlich immerhin 12,2 Millionen Barrel je Tag. „Der Ölpreisanstieg seit Jahresbeginn spricht für eine weiter steigende Bohraktivität und eine steigende amerikanische Ölproduktion", hieß es in einer Analyse von Rohstoffexperten der Commerzbank.

Verkauf der Generali Leben ist Durchbruch für Abwickler

Vier Millionen Verträge wechseln in die Hände der Viridium-Gruppe / Was bedeutet Run-off für Verbraucher?

pik. FRANKFURT, 15. April. Vergangene Woche hat die Finanzaufsicht Bafin bekanntgegeben, dass die Abwicklungsplattform der Viridium-Gruppe den Lebensversicherungsbestand der Generali übernehmen darf. Damit wandern rund vier Millionen Lebensversicherungsverträge von der in München ansässigen Tochtergesellschaft des italienischen Versicherers zu dem Run-off-Spezialisten aus dem hessischen Neu-Isenburg, der dem britischen Finanzinvestor und dem deutschen Rückversicherer Hannover Rück gehört.

Was ist ein Run-off?

Der Run-off ist die in der Versicherungswirtschaft etablierte Vorgehensweise, einen Geschäftszweig aufzugeben. Die bestehenden Verträge werden weitergeführt, neue Policen werden nicht mehr abgeschlossen. Das machen zum Beispiel Sachversicherer so, wenn sie eine unprofitable Sparte nicht mehr weiterführen wollen. Das geschieht häufig im internen Run-off. In diesem Segment ist es aber auch in Deutschland seit vielen Jahren üblich, dass Spezialisten die Bestände weiterführen, um mit Hilfe einer effizienteren Verwaltung und einer besseren Kapitalanlage bessere Erträge zu erzielen. Nach dem Verkauf geht ein Bestand dann in den externen Run-off. Diese Logik wurde in angelsächsischen Ländern auch auf die Lebensversicherung übertragen. Von dort schwappte das Geschäftsmodell vor einigen Jahren nach Deutschland.

Sind Run-off-Versicherte Kunden zweiter Klasse?

Für Policeninhaber muss der Run-off nicht zwingend negativ sein. Entscheidender Vorteil ist die Abkopplung des Versichertenkollektivs vom Neugeschäft und damit vom kostspieligen Vertrieb. Die Abschlussaufwendungen deutscher Lebensversicherer liegen jährlich bei knapp 7 Milliarden Euro, die aus den Erträgen der Kunden finanziert werden müssen. Das fällt im Run-off weg. Abwicklungsplattformen können somit auch auf eine Vertriebsmannschaft verzichten, die auf Provisionen aus ist. Somit bleibt wieder mehr in der Ausschüttung für die Kunden. Allerdings stehen Viridium, Frankfurter Leben, Athora und My Life, wie die vier deutschen Abwickler heißen, auch weniger im Wettbewerb mit anderen Versicherern, so dass sie sich nicht mehr für Höchstleistungen anstrengen müssen.

Was bedeutet der Verkauf für die bisherigen Policeninhaber?

Ihre rechtlichen Ansprüche ändern sich nicht. Der Aufkäufer muss die Zusagen aus dem Vertrag genauso einhalten wie die alte Gesellschaft. Dass dies auch ordnungsgemäß geschieht, überwacht die Bafin, die auch schon den Verkauf genau überprüft hat. Zunächst einmal sind die Interessen von Aufkäufer und Kunde gleichgerichtet: Beide sind an niedrigen Kosten und hohen Kapitalanlageergebnissen interessiert, weil sie nur so Geld verdienen. Von den Kostengewinnen stehen der Plattform sogar 50 Prozent zu. Viridium setzt deshalb besonders intensiv auf niedrige Verwaltungskosten durch schlanke Verwaltungsprozesse. Athora legt den Fokus auf die Kapitalanlage, von deren Gewinnen der Plattform nur 10 Prozent zustehen.

Fallen in der Zukunft die Überschussbeteiligungen?

Das ist ein zentrales Argument der Verbraucherschützer. Sie befürchten, dass angesichts von Niedrigzins und strenger Eigenkapitalregulierung so wenige Erträge bleiben, dass es eine Konkurrenz zwischen Plattform und Verbrauchern gibt. Gesetzliche Vorgaben allerdings regeln hier das Procedere (wie oben beschrieben). Ansonsten profitiert der Kunde vom wegfallenden Vertrieb. Die Bafin sieht einen weiteren Vorteil für ihn: Weil der Abwickler weitere Bestände kaufen will, um seine Plattform effizienter zu betreiben, habe er einen Anreiz, gegenüber dem Markt eine attraktive Verzinsung auszuweisen. Das komme den bestehenden Verträgen zugute.

Kann das auch anderen Versicherten passieren?

Grundsätzlich denken alle Branchenteilnehmer unter den schwierigen Bedingungen darüber nach, ob sie das Geschäft weiter profitabel betreiben können. Skandia, Frankfurter Leben, Arag, Generali und andere sind in den externen Run-off gegangen. Debeka und nach langen öffentlichen Diskussionen auch die Ergo haben den Run-off-Bestand im eigenen Unternehmen gehalten. Die Marktführer Allianz und R+V haben sich – auch unter Einbezug der öffentlichen Debatte – dafür ausgesprochen, das Neugeschäft weiter zu betreiben.

Warum treten Versicherer Bestände ab?

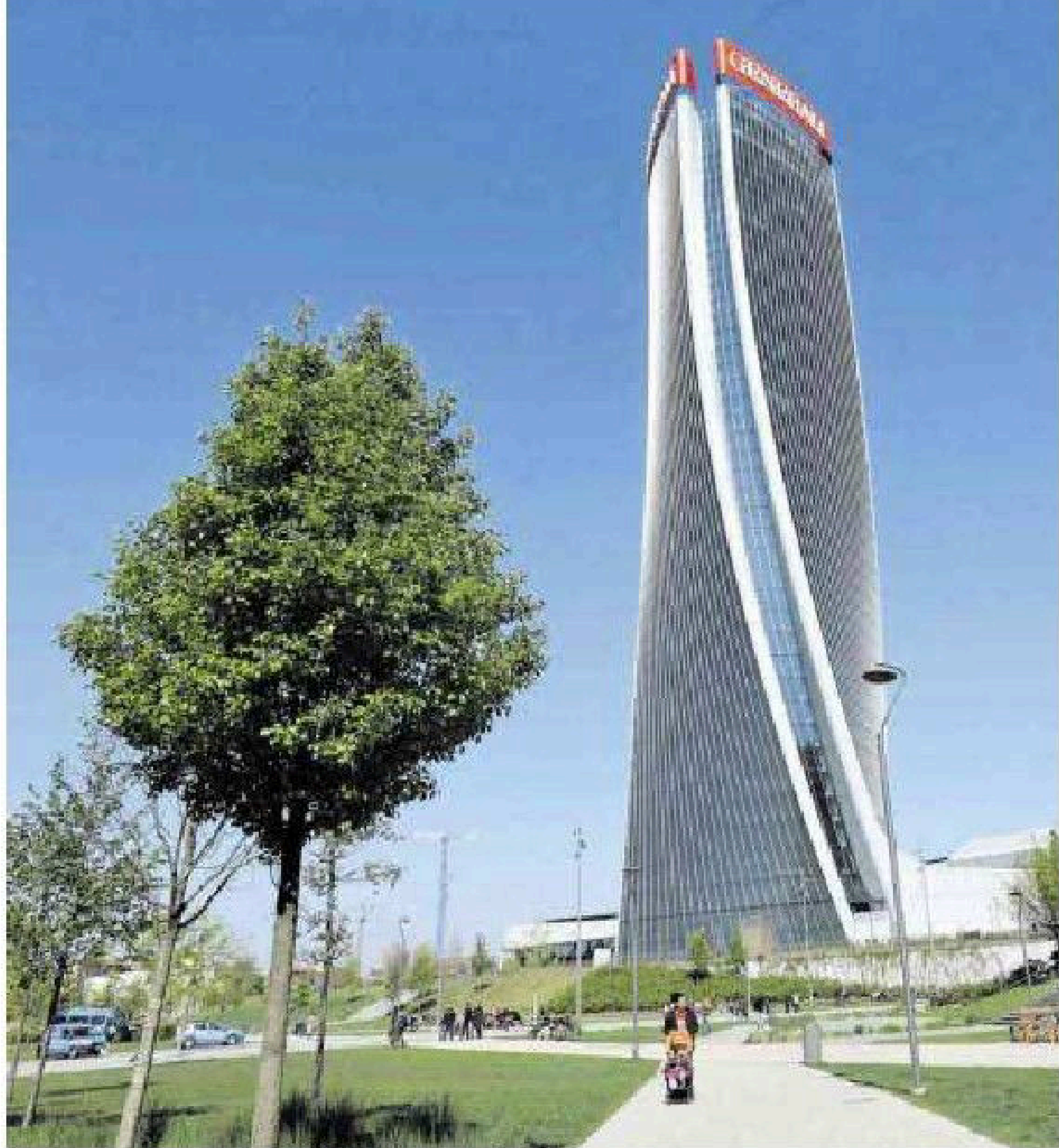
Der Niedrigzins lastet auf den Erträgen. Das 2017 eingeführte Aufsichtsrecht Solvency II ist eine Belastung für langfristige Garantieprodukte. Versicherer streben danach, Eigenkapital für attraktivere Geschäftsfelder freizubekommen.

Woher haben die Abwickler ihr Kapital?

Die Herkunft der Investoren hat durchaus eine Rolle in der zum Teil hitzig geführten öffentlichen Diskussion gespielt. Cinven, Haupteigentümer von Viridium, ist eine britische Beteiligungsgesellschaft. Die Muttergesellschaft von Athora hat ihren Sitz am großen Versicherungsstandort auf den Bermudainseln. Und die Frankfurter Leben ist im Besitz der chinesischen Gesellschaft Fosun. Kritiker haben in Zweifel gezogen, dass sie langfristig durch alle Krisen hindurch an diesem Geschäftsmodell festhalten.

Was bedeutet Run-off für die deutsche Altersvorsorge?

Er belegt, dass das deutsche Modell mit langfristigen Zinsgarantien in dieser Marktlage nicht profitabel zu betreiben ist. Gleichzeitig wirft er die Frage auf, warum Versicherer gerade 18 Jahre nach der Riester-Reform so durchgeschüttelt werden, dass die Grundlagen der Reform in Frage gestellt werden müssen.



Schicker Turm in Mailand: *Deutsche Lebenpolicen aber mag die Generali nicht.* Foto Imago

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Goldrekord

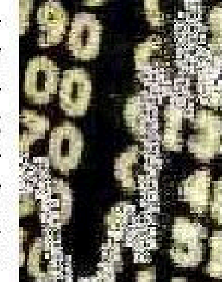
Von Christian Siedenbiedel

Es gilt einen Rekord zu vermelden, und zwar einen bemerkenswerten. 8918 Tonnen Gold halten die deutschen Privatanleger, Edelmetall im Wert von rund 326 Milliarden Euro. Das ist so viel wie noch nie. Die Zahl basiert zwar nur auf Fortschreibungen, eine exakte Statistik darüber gibt es nicht. Gleichwohl unterstützt die Zahl noch einmal das Bild vom deutschen Privatanleger als einem eher vorsichtigen Menschen, der sein Geld lieber auf dem Girokonto belässt, als es in Aktien zu stecken. Und der stärker als die Menschen in anderen Ländern auch zum Gold greift, weil es ihm Sicherheit zu versprechen scheint. In Zeiten, in denen es für festverzinsliche Formen der Geldanlage kaum Zinsen gibt, spricht weniger gegen eine Anlage in Gold als sonst. Es sind in diesem Sinne fast ideale Zeiten für Gold. Gleichwohl kann ein geschickter Anleger mit breit gestreuten Aktien-Investments langfristig der Niedrigzinsphase besser ein Schnippchen schlagen als mit dem Edelmetall. Dessen Preis ist schließlich allen möglichen Faktoren ausgesetzt und schaffte es zuletzt entgegen den sehr zuversichtlichen Bankenprognosen kaum längere Zeit über die Marke von 1300 Dollar je Unze.

Tops & Flops

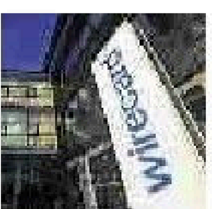
Dax über 12 000 Punkte

+ Der deutsche Aktienindex Dax hat am Montag im Handelsverlauf die Marke von 12 000 Punkten abermals überschritten. Am Nachmittag stand der deutsche Leitindex bei 12 007 Punkten, ein Plus gegenüber dem Vortag von 0,1 Prozent. Markt-Fachleute rechnen in der verkürzten Osterwoche allerdings nicht mit spektakulären Bewegungen. Fast jeder dritte Börsianer sei schon im Urlaub, so hieß es.



Wirecard legen wieder zu

+ Die Aktien des Zahlungsabwicklers Wirecard gehörte am Montag zu den stärksten Titeln im Dax. Zeitweise stand ein Plus von 3,8 Prozent zu Buche. Ein weiterer kritischer Medienbericht beeinträchtigte den Kurs offenbar nicht. Zudem meldete die Investmentbank Goldman Sachs eine Aufstockung der Anteile an Wirecard über Optionen, Swaps und Warrants. Am Donnerstag soll darüber hinaus voraussichtlich das Leerverkaufsverbot auslaufen. Am 25. April will das Unternehmen nach bisherigen Angaben seine Bilanz vorstellen.



Deutsche Bank profitiert

+ Bankaktien notierten am Montag tendenziell etwas stärker. Die Deutsche Bank gehörte mit einem Plus von zeitweise 1,8 Prozent zu den Gewinnern im deutschen Aktienindex Dax. Die Commerzbank im M-Dax der mittelgroßen Werte legte zeitweise um 1,4 Prozent zu. Schon am Vormittag hatten Anleger auf positive Folgen guter Geschäftszahlen der amerikanischen Banken Citigroup und Goldman Sachs auch für die hiesigen Institute spekuliert.



Die Börse



	12.4.	15.4.
F.A.Z.-Index	2289,15	2296,14
Dax 30	11999,93	12020,28
M-Dax	25461,69	25582,79
Tec-Dax	2760,69	2789,92
Euro Stoxx 50	3447,83	3450,46
F.A.Z.-Euro-Index	128,59	128,89
Dow Jones	26412,30	26384,77
Nasdaq Index	7984,16	7976,01
Bund-Future	164,60	164,67
Tagesgeld Frankfurt	-0,47 %	-0,43 %
Bundesanl.-Rendite 10 J.	0,05 %	0,06 %
F.A.Z.-Renten-Rend. 10 J.	0,62 %	0,67 %
US-Staatsanl.-Rend. 10 J.	2,57 %	2,55 % *
Gold, Spot ($/Unze)	1290,54	1288,06
Rohöl (London $/barrel)	71,55	71,27**
1 Euro in Dollar	1,1321	1,1313
1 Euro in Pfund	0,8629	0,8631
1 Euro in Schw. Franken	1,1326	1,1345
1 Euro in Yen	126,76	126,66

*) Ortszeit 16.00 Uhr, **) Ortszeit 22.00 Uhr

Vorsorge für den Fall der Fälle
Viele machen sich ungern Gedanken über die eigene Berufsunfähigkeit. Seite 29

Gold-Rekord in Deutschland
Niemand liebt das Edelmetall so wie die Deutschen. Das hat gute Gründe. Seite 29

Turins Maestro
Juventus macht sich von Ronaldo abhängig – und das ausgesprochen gerne. Seite 31

Unbekannte Größe
Eishockeymeister München verzweifelt an Panther-Torhüter Olivier Roy. Seite 31

Finanzen

Dax 30, M-Dax und Tec-Dax

Internationale Finanzmärkte

Statistik (aus dem HDAX)

Tagesgewinner	Veränd. %	52-Wochen-Gewinner	Veränd. %
Software	+4,58	Dialog Semic. NA	+63,52
RIB Software NA	+3,98	Evotec	+62,22
Rocket Internet	+3,69	Nemetschek	+59,73
freenet NA	+3,51	Nordex	+57,72

Tagesverlierer	Veränd. %	52-Wochen-Verlierer	Veränd. %
Covestro	−4,19	ProSiebenSat.1	−49,74
Dt. Wohnen Inh.	−2,46	Osram Licht NA	−45,43
LEG Immobilien	−1,82	Siltronic NA	−43,97
Vonovia NA	−1,65	Wacker Chemie	−43,89

Dax im Jahresverlauf (Xetra)

Schluss: 12020,28 28.12.2018: 10558,96 52 Wochen Hoch/Tief: 13204,31/10279,20

Deutscher Aktienmarkt tendiert eher freundlich

Der Dax ist zu Beginn der Karwoche wieder über die Marke von 12 000 Punkten gestiegen. Nachdem der deutsche Leitindex am Montagmorgen die Hürde kurzzeitig überwunden hatte und sie zunächst nicht halten konnte, legte er zum Handelsschluss 0,2 Prozent auf 12 020 Punkte zu. Der M-Dax der mittelgroßen Werte stieg um 0,5 Prozent auf 25 583 Punkte. Der Euroraum-Leitindex Euro Stoxx 50 kletterte um 0,1 Prozent auf 3450 Zähler. Bankaktien profitierten zum Teil von Spekulationen über gute Ergebnisse der amerikanischen Banken Goldman Sachs und Citigroup. Die Deutsche Bank legte zeitweise 1,8 Prozent zu, die Commerzbank 1,4 Prozent. Die Anleger von Daimler reagierten leicht besorgt auf einen neuen Verdacht der Manipulation von Abgaswerten bei Dieselautos. Die Papiere des Autoherstellers sanken um zeitweise 0,7 Prozent. Bei etwa 60 000 Geländewagen von Daimler sollen die Werte mit Hilfe eines Computerprogramms auf dem Prüfstand gesenkt worden sein.

In New York sind die Aktienmärkte am Montag mit leichten Verlusten aus dem Handel gegangen. Der Dow-Jones-Index der Industriewerte verlor 0,1 Prozent auf 26 385 Punkte. Der breiter gefasste S&P 500 gab 0,06 Prozent auf 2906 Punkte nach. Der Verlust an der Technologiebörse Nasdaq betrug 0,1 Prozent auf 7976 Punkte. Am Freitag hatten die amerikanischen Indizes noch durchweg Gewinne verzeichnet. An der New York Stock Exchange wechselten am Montag rund 755 Millionen Aktien den Besitzer. 1647 Werte legten zu, 2021 Werte gaben nach und 361 blieben unverändert. sibi.

Deutsche Börsen

Kurse in Euro

Prime Standard

Europäische Börsen

Kurse in Euro

Übersee Börsen

Dow Jones Industrial Average

New York (USD)

Aktien-Indizes

Euro Stoxx 50, Stoxx Europe 50

Zinsen, Renditen, Terminkontrakte und Indizes

Benchmark-Anleihen

Terminkontrakte

Swaps

Umsätze der dt. Börse

EZB-Daten

Renten-Indizes

Renditen/Kreditzinsen

New Yorker Geldmarkt

Leitzinsen im Ausland

F.A.Z.-Renten-Rendite

Intern. Devisenmärkte

Intern. Warenmärkte

Münzen, Barren

Anleihen

Unternehmensanleihen

Öffentliche Anleihen

Volker Looman

Die finanzielle Versorgung bei Berufsunfähigkeit

Wer jung ist, mag an die Rente denken, doch die Gefahr, vorher im Rollstuhl zu landen, wird ausgeblendet. Ich kann das gut verstehen, weil die finanzielle Absicherung bei Berufsunfähigkeit eine heikle und teure Angelegenheit ist. Trotzdem möchte ich mit Ihnen die Frage erörtern, wie das Risiko, nicht mehr arbeiten zu können, abgesichert werden sollte, weil der Abschluss einer Rente bei Berufsunfähigkeit nur die halbe Miete ist, wie Sie gleich sehen werden.

Der Protagonist des heutigen Falles ist 35 Jahre alt. Er ist Diplom-Ingenieur und Single, und an beiden Sachverhalten soll sich in Zukunft nichts ändern. Der Mann interessiert sich zwar für Frauen, doch er möchte nicht heiraten, und von Kindern will er schon gar nichts wissen. Stattdessen möchte er sein Leben und das monatliche Nettogehalt von 4000 Euro genießen. Das setzt aber voraus, weder den Arbeitsplatz noch die Gesundheit zu verlieren. Dafür gibt es natürlich keine Garantie, doch die finanziellen Folgen beider Katastrophen können mit Hilfe von Versicherungen gemildert werden. Das monatliche Arbeitslosengeld beträgt in seinem Fall etwa 2100 Euro und wird in der Regel ein Jahr lang bezahlt. Die Zahlung der staatlichen Rente bei Erwerbsminderung setzt voraus, mindestens fünf Jahre versichert zu sein und in dieser Zeit wenigstens 36 Pflichtbeiträge in die Rentenkasse eingezahlt zu haben. Die beiden Voraussetzungen sind im vorliegenden Fall nicht erfüllt, so dass der Abschluss einer Rente bei Berufsunfähigkeit überlegenswert ist.

Die Höhe dieser Rente beträgt maximal 90 Prozent des Nettolohns. Das sind in unserem Beispiel monatlich 3600 Euro, und die erste Entscheidung, die zu treffen ist, ist die Antwort auf die Frage, ob so viel Geld überhaupt benötigt wird. Falls zum Beispiel auch 3000 Euro ausreichen, dann kostet die Absicherung dieser Rente bis zum 67. Lebensjahr bei einer preiswerten Direktversicherung wie der Cosmos in Saarbrücken monatlich 118 Euro. Die Police läuft 32 Jahre, doch der Vertrag kann jeden Monat gekündigt werden. Sollte der Mann in zehn Jahren eine Million erben oder zwei Millionen im Lotto gewinnen, kann die Versicherung „umgehend“ gekündigt werden.

Solange der Vertrag läuft, wird bei Berufsunfähigkeit die vereinbarte Rente von 3000 Euro bezahlt. Wichtig ist allerdings die Einsicht, dass die Rente nicht lebenslang, sondern nur bis zum 67. Lebensjahr bezahlt wird. Das wirft die Frage auf, wie es danach weitergehen soll, und um diese Frage schleichen die meisten Menschen herum wie die Katze um den heißen Brei. Daher erlaube ich mir – zu Ihrer eigenen Sicherheit – die Frage zu wiederholen: Wovon werden Sie, wenn Sie im Alter von 38 oder 40 Jahren berufsunfähig werden, im Alter leben? Die erste Antwort mag ja noch lauten, es nicht zu wissen, doch die zweite Antwort wird lauten müssen, dem Staat auf der Tasche zu liegen, weil kein Vermögen vorhanden sein wird. Können und wollen Sie mit dieser Perspektive leben?

Die Versorgung im Alter erfordert 216 Monatsrenten von weiterhin 3000 Euro, wenn der Ingenieur beispielsweise 85 Jahre werden wird. Das sind in der Summe rund 648 000 Euro, und wenn die Renten mit jeweils 2 Prozent auf den Beginn des „Ruhestandes“ abgezinst werden, ist ein Barwert von 544 000 Euro nötig. Das ist der Betrag, den der Ingenieur bis zum 67. Lebensjahr „irgendwie“ auftreiben muss, um im Alter über die Runden zu kommen. Ich möchte Ihnen keine Versicherung aufschwatzen, liebe Leserinnen, werte Leser, doch wenn Sie die Berufsunfähigkeit als reale Bedrohung empfinden, dann werden Sie mit hoher Wahrscheinlichkeit um einen „Sparplan mit Versicherungsschutz“ nicht herumkommen.

Der Klassiker ist die Rentenversicherung mit Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit. Bei der Cosmos müssen Sie, wenn Sie dieser Gesellschaft treu bleiben wollen, monatlich 966 Euro auf den Tisch legen, um in 32 Jahren die notwendigen 544 000 Euro zu erhalten. Hinzu kommen 38 Euro pro Monat, falls Sie berufsunfähig werden und die Versicherung die monatlichen Sparraten übernimmt. Das sind insgesamt 1004 Euro pro Monat. Die jährliche Rendite beträgt 2,1 Prozent vor Steuern, weil die Einzahlungen in sichere Anleihen fließen, und dort sind seit Jahren keine höheren Erträge zu erzielen. Die Verzinsung sinkt nach Steuern auf schätzungsweise 1,7 Prozent, weil die halbe Differenz zwischen Einzahlungen (386 000 Euro) und Auszahlungen (544 000 Euro) dem persönlichen Steuersatz unterliegt.



Illustration Getty

Bitte lassen Sie sich die ganze Geschichte einmal in Ruhe durch den Kopf gehen. Sie sind 35 Jahre alt, verdienen netto 4000 Euro im Monat und haben das Bedürfnis, bei Berufsunfähigkeit eine lebenslange Monatsrente von 3000 Euro zu bekommen. Dafür müssen Sie monatlich 1122 Euro beziehungsweise 28 Prozent des Nettolohns auf den Tisch legen. Wie schmeckt Ihnen dieser Vorschlag, wo würden Sie auf einer Skala von 0 wie „überhaupt nicht“ bis 10 wie „besser geht's nicht“ das Kreuz machen?

Mich würde nicht wundern, wenn Sie es bei 2 oder 3 machen, und es würde mich verblüffen, wenn Sie es bei 7 oder 8 setzen. Wer denkt erstens gerne an den Rollstuhl, und wer ist zweitens bereit, für diese Perspektive monatlich 1122 Euro zu berappen? Sie können natürlich auf die Kapitalversicherung verzichten, doch dann müssen Sie sehen, wie Sie im Alter über die Runden kommen. Wenn Ihnen dazu „ums Verrecken nichts“ einfällt, wie die Norddeutschen sagen, wenn ihnen das Wasser bis zum Hals steht, wird am „Sparen mit Absicherung“ kein Weg vorbeiführen. Wir können bestenfalls über Varianten reden.

Sie können statt der klassischen Rentenpolice zum Beispiel eine fondsgebundene Kapitalversicherung abschließen, bei der die Sparraten in Aktien investiert werden. Sollten Sie dazu wider Erwarten bereit sein, dann sollten Sie allerdings Nägel mit Köpfen machen und die Sache selbst in die Hand nehmen. Die notwendigen Zutaten – zwei Aktiensparpläne und eine Versicherung – bekommen Sie bei jeder Direktbank. Der erste Sparplan ist ein amerikanischer Aktien-Index-Fonds wie der S&P 500 (ISIN: IE00B5BMR087) von Blackrock, und der zweite Sparplan ist ein europäischer Aktien-Index-Fonds wie der Eurostoxx 600 (ISIN: LU0908500753) von Lyxor. Die beiden Fonds kosten lediglich 0,07 (!) Prozent pro Jahr, so dass bei einer jährlichen Indexrendite von 5 Prozent monatliche Raten von 700 Euro nötig sind, um in 32 Jahren die gewünschten 544 000 Euro zu erreichen.

Hinzu kommen 14 Euro für die Ausführung der Sparpläne und 28 Euro für den Versicherungsschutz. Das sind zusammen 742 Euro im Monat, so dass diese Kombination um 26 Prozent „billiger“ als die klassische Rentenversicherung mit Beitragsbefreiung bei Berufsunfähigkeit ist. Der Vorteil hat natürlich (s)einen Preis, weil die Sparraten an der Börse angelegt werden. In meinen Augen bieten die Langfristigkeit der Sparverträge und die Streuung der Indexfonds aber gewisse Sicherheit, das Ziel zu erreichen. Wenn die Geschichte nicht nur als Absicherung gegen Berufsunfähigkeit, sondern auch als Altersvorsorge interpretiert wird, weil die halbe Million in 32 Jahren auf alle Fälle zur Verfügung stehen wird, dann wird sich die eine oder der andere Single von Ihnen bestimmt zu dem Sparprogramm entschließen können – oder soll Ihr gutes Geld doch lieber in Kinder und Eigenheime investiert werden?

Der Autor ist Finanzanalytiker in Stuttgart.

Deutsche horten so viel Gold wie nie

Fast 40 Prozent lagern Edelmetall zu Hause / Woher kommt die besondere Liebe zum Gold?

sibi. FRANKFURT, 15. April. Die Goldbestände privater Haushalte in Deutschland haben einen Rekordstand erreicht. Das geht aus einer Studie der Steinbeis-Hochschule für die Reisebank hervor. Demnach besitzen Privatleute in Deutschland derzeit rund 8918 Tonnen Gold, davon 4925 Tonnen in Form von Barren und Münzen und knapp 4000 Tonnen in Form von Schmuck. Das ist eine größere Menge als beispielsweise die Goldreserven der Vereinigten Staaten von Amerika, die bei der Notenbank Federal Reserve (Fed) gelagert werden. Die Wissenschaftler haben diese Zahlen mit Hilfe einer repräsentativen Befragung von 2000 Deutschen berechnet.

Seit der vorigen Erhebung dieser Art wuchsen die Goldbestände der privaten Haushalte in Deutschland demnach um rund 246 Tonnen. Rechnet man die Bestände der Deutschen Bundesbank hinzu, das sind etwa 3369,7 Tonnen, so sind rund 6,5 Prozent der globalen Goldbestände in deutschem Besitz: eine ganze Menge, wenn man bedenkt, dass der deutsche Anteil an der Weltbevölkerung lediglich rund 1 Prozent beträgt.

In der Studie gaben drei Viertel der Befragten an, in irgendeiner Form Gold zu besitzen. Die Goldbesitzer teilen sich dabei in drei Gruppen auf. Rund 37,9 Prozent der Bevölkerung in Deutschland besitzen Münzen und Barren. 61,6 Prozent besitzen Schmuck aus Gold. Und 14,8 Prozent besitzen Wertpapiere, die in irgendeiner Form mit Gold verbundenen sind.

Seit dem Jahr 2010 ist demnach der Besitz von Gold in Form von Schmuck in Deutschland insgesamt von 3566 auf 3993 Tonnen gestiegen, ein Plus von knapp 12 Prozent. Goldanlagen in Barren und Münzen hingegen haben stärker zugenommen, von 3992 auf 4925 Tonnen, ein Plus also von rund 23 Prozent. Es ist also wohl vor allem das Anlagemotiv, das die Goldbestände der Deutschen vergrößert hat. Im Durchschnitt kommen der Studie zufolge jetzt 58 Gramm Goldschmuck auf jeden Deutschen und 71 Gramm Gold in Form von Barren und Münzen.

Mit der interessanten Geschichte dieser überdurchschnittlichen Goldhaltung in Deutschland hatte sich schon vor anderthalb Jahren die Lobbyorganisation World Gold Council beschäftigt. Im Jahr 2016 hatte schließlich kein Land der Welt je Einwohner mehr Geld für Goldbarren, Goldmünzen und Goldschmuck ausgegeben als Deutschland. „Die deutsche Gier nach dem Gold“ oder „Die mysteriöse Flucht der Deutschen ins Gold“ titelten damals die Zeitungen. Deutschland lag mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Investment in Gold von 50 Euro im Jahr nicht nur auf dem ersten Platz in der Welt vor der Türkei, China und den Vereinigten Staaten. Der Vorsprung vor dem Zweitplatzierten, der Türkei, war auch ungewöhnlich groß. In Deutschland wurden mit 1,4 Gramm je Einwohner mehr als 50 Prozent mehr gekauft als in der Türkei mit knapp 0,9 Gramm.

Mehr als in anderen Ländern wird in Deutschland Gold dabei von den Privatleuten offenbar als wertbeständige Geldanlage angesehen – in anderen traditionellen Goldländern wie beispielsweise Indien oder China hingegen dominiert die Schmucknachfrage.

Gold ist in Deutschland sehr beliebt. Foto Deutsche Bundesbank

Als Ursache für das besondere Interesse der Deutschen an Gold wird häufig die „German Angst“ angeführt – ein besonderes Sicherheitsbedürfnis, das allgemein mit der eher vorsichtigen Mentalität oder auch mit der besonderen deutschen Geschichte mit zwei Weltkriegen, Inflation und Währungsreformen zu tun haben könnte. Das ist allerdings alles umstritten. Auf jeden Fall halten die Deutschen mehr Geld in Form von den als relativ sicher geltenden Bankeinlagen als die Menschen in vielen anderen Ländern – und sie kaufen tendenziell mehr Gold und im Gegenzug deutlich weniger Aktien.

In Umfragen im vergangenen Jahr wurden von den Gold-Fans als Begründung für ihr Gold-Investment unter anderem Angst vor einem Eurocrash, die Schuldenkrise im Euroraum und Skepsis gegenüber dem Finanzsystem genannt, sowie Besorgnis über eine mögliche Vermögensvernichtung durch Negativzinsen. 48 Prozent der Befragten gaben an, dass ihnen Gold „ein Gefühl der Sicherheit“ gebe.

Die Gold-Anhängerschaft ist dabei offenbar nach wie vor recht stark vom eigenen Handeln überzeugt. Immerhin 91 Prozent derjenigen, die in der Vergangenheit schon Gold zu Anlagezwecken gekauft hatten, gaben jetzt in der Umfrage an, mit ihrer Entscheidung weiterhin zufrieden zu sein. Unter den Gold-Fans waren dabei die wohlhabenderen Schichten überproportional vertreten, sowohl was das Einkommen, als auch was das Vermögen betrifft. In der Gruppe mit mehr als 4000 Euro Monatseinkommen und in der Gruppe mit mehr als 400 000 Euro Anlagevermögen gab es in der Umfrage überdurchschnittlich viele Gold-Anleger – vermutlich einfach wegen der Gelegenheit zu einem solchen Investment. Interessant auch die Auskunft darüber, wo die Goldanleger ihre Pretiosen aufbewahren: 39 Prozent sagten „im Schließfach meiner Bank“, 5 Prozent sagten „im Edelmetalldepot“ oder „Verwahrlösung bei einem spezialisierten Drittanbieter“ – und immerhin 38,3 Prozent sagten „zu Hause“.

Der Goldbesitz der Deutschen

in Tonnen, 2019

	Tonnen
Deutsche Privatanleger	8918,0
Amerikanische Notenbank	8133,5
Deutsche Bundesbank	3369,7
IWF	2814,0
Italien	2451,8
Frankreich	2436,0
Russland	2150,5

Quellen: Reisebank, World Gold Council · F.A.Z.-Grafik Niebel

Fonds

Tägliche Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds - mitgeteilt von vwd group

Name / Whrg. / Ausg./Rückn. / Perf. 1 Monat
Stand: 15.04.2019
*Preise vom Vortag / letzt verfügbar

Aberdeen Standard Investments
www.aberdeenstandard.de

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Asia Pacific Equ T	$*	/ 84,11	6,74
Emerg Mkts Equ T	$*	/ 70,70	7,44
Japanese Equity T	¥*	/ 450,94	2,45
Multi Asset Grth T	€*	/ 11,13	0,69
Multi Asset Inc A	€*	/ 9,44	0,74
Sel Em Mkts Bond T	$*	/ 45,38	2,16
Sel Eur HighYieldT	€*	/ 22,72	1,57
US$ Credit Bond T	$*	/ 11,15	0,27

Allianz Global Investors
www.allianzglobalinvestors.de

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Adifonds A	€	125,79 / 119,80	4,32
Aktien Europa A	€	92,55 / 88,14	4,31
Concentra A	€	118,87 / 113,21	4,62
Europazins A	€	56,20 / 54,56	0,79
Flexi Rentenf. A	€	93,36 / 90,20	1,48
Fondak A	€	178,70 / 170,19	3,59
Global Eq.Divid A	€	116,06 / 110,53	2,70
Industria A	€	104,24 / 99,28	3,08
Interglobal A	€	346,47 / 329,97	5,18
Kapital Plus A	€	65,01 / 63,12	1,95
Mobil-Fonds A	€	49,80 / 48,82	0,21
Nebw. Deutschl.A	€	314,48 / 299,50	3,05
Rentenfonds A	€	87,03 / 84,91	1,09
Rohstofffonds A	€	70,96 / 67,58	5,99
Strategief.Stab.A2	€	55,44 / 53,83	0,94
Thesaurus AT	€	967,28 / 921,22	4,32
Verm. Deutschl. A	€	183,04 / 174,32	4,23
Wachstum Eurol A	€	120,29 / 114,56	4,23
Wachstum Europa A	€	125,11 / 119,15	5,17

Allianz Global Investors GmbH Luxembourg Branch

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Best Sty Eur Eq AT	€	141,83 / 135,08	3,50
Best Sty US Eq AT	€	221,05 / 210,52	3,32
Dyn Mu Ass Str15 A	€	108,82 / 105,65	1,44
Dyn Mu Ass Str50 A	€	132,51 / 127,41	2,23
Dyn Mu Ass Str75 I	€	1366 / 1366	2,93
Enh ShTerm Euro AT	€	107,81 / 107,81	−0,01
Euro Bond A	€	12,04 / 11,69	1,12
Europe SmCap Eq A	€	226,88 / 216,08	6,74
European Eq Div AT	€	293,53 / 279,55	2,05
Fl Rate NoPl-VZI A	€	97,72 / 97,72	0,03
Glb Agricult Tr. A	€	156,79 / 149,32	1,03
Glb ArtIntellig AT	€	142,22 / 135,45	2,52
Glb Mu-Ass Cre-AH2	€	98,96 / 96,08	0,85
Glb SmCap Eq AT	$	13,82 / 13,16	3,48
Income & Gro A USD	$	11,35 / 10,91	3,12
Income Gr A-H2-EUR	€	116,54 / 112,06	2,77

Alte Leipziger Trust

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
€uro Short Term	€	43,88 / 43,45	0,18
Aktien Deutschland	€	114,95 / 109,48	3,05
AL Trust €uro Relax	€	52,89 / 51,35	1,30
AL Trust Chance	€	82,69 / 78,75	3,02
AL Trust Stab.	€	64,69 / 62,81	1,87
AL Trust Wachstum	€	77,52 / 74,54	2,49
Trust €uro Dfsv	€	45,79 / 45,79	0,00
Trust €uro Renten	€	47,16 / 45,79	1,03
Trust Akt Europa	€	53,05 / 50,52	5,33
Trust Glbl Invest	€	96,56 / 91,96	4,13

ampega. Talanx Investment Group
www.ampega.de

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Amp AmerikaPl Aktf	€	187,09 / 178,18	3,45
Amp CrossoverPl. P	€	108,40 / 105,24	1,72
Amp DivPlus Akt P	€	133,16 / 126,82	2,78
Amp EuroAktVC10P	€	102,45 / 99,47	1,75
Amp EuroZonePl Akt	€	114,72 / 109,26	3,46
Amp Fakt StrPl Pa	€	103,90 / 100,87	−0,17
Amp GenderPlus Akt	€	106,45 / 102,36	3,04
Amp Global Aktien	€	14,46 / 13,84	3,21
Amp Global Renten	€	17,70 / 17,06	0,18
Amp ISP Dynamik	€	124,79 / 119,99	2,32
Amp ISP Komfort	€	109,57 / 106,38	1,02
Amp ISP Sprint	€	149,56 / 142,44	2,97
Amp Real Estate Pl	€	107,04 / 101,94	0,72
Amp Rendite Renten	€	21,84 / 21,20	0,81
Amp Reserve Renten	€	50,82 / 50,32	0,40
Amp UnternAnl.fds	€	25,59 / 24,84	1,14
Glob.ETF Aktien Pa	€	17,24 / 16,74	3,14
terrAss Akt I AMI	€	32,02 / 30,64	3,58
terrAss Rent I AMI	€	96,01 / 95,53	0,19
Zan.Eu.Cor.B.AMI I	€*	118,39 / 118,39	1,40
Zan.Eu.Cor.B.AMI P	€*	120,57 / 118,21	1,36
Zan.Gl.Cred AMI Ia	€*	105,57 / 105,57	1,39
Zan.Gl.Cred AMI Pa	€*	107,51 / 105,40	1,32
Zantke Eu.HY AMI Ia	€*	123,60 / 123,60	1,58
Zantke Eu.HY AMI Pa	€*	125,82 / 123,35	1,54

APO-Bank / INKA Intern. KAG

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
apo Forte INKA	€*	61,65 / 59,28	2,92
apo Mezzo INKA	€*	65,95 / 64,03	1,68
apo Piano INKA	€*	66,42 / 65,12	0,94
apo Rendite Plus	€*	46,65 / 45,74	0,93
apo TopDiv Europa	€*	60,69 / 58,92	4,12
apo VarioZins Plus	€*	50,98 / 50,98	0,32
apo Vivace INKA	€*	57,47 / 55,26	2,70

AXXION
www.axxion.lu / info@axxion.lu

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Akrobat-Europa A	€	253,98 / 241,89	2,25
Akrobat-Europa B	€	129,79 / 123,61	2,16
M-AXX Abs. Return	€*	94,43 / 89,93	1,31
M-AXX Im-Puls1	€	26,20 / 25,19	0,40
M-AXX RCS Univers.	€*	159,08 / 151,50	2,89
smart-Inv CANIS AR	€	30,13 / 28,62	1,10
smart-Inv Divid AR	€	28,79 / 27,35	2,79
smart-Inv Hel AR B	€	52,35 / 49,73	2,43



Baloise Asset Management
www.baloise-asset-management.com
Tel. +41 (0)58 285 72 99

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
BFI Activ R	F	132,70 / 126,38	1,64
BFI Activ R	€	81,11 / 77,25	1,69
BFI Cap.Protect R	F	11,49 / 10,94	0,09
BFI C-Quad A Dyn R	€	12,98 / 12,36	2,14
BFI C-Quad ABal R	€	13,87 / 13,21	1,38
BFI C-Quad ACons R	€	13,48 / 12,84	1,50
BFI Dynamic R	F	135,89 / 129,42	2,86
BFI Dynamic R	€	77,37 / 73,69	3,02
BFI Equity Fund R	€	230,02 / 219,07	3,24
BFI EuroBond R	€	98,05 / 93,38	0,84
BFI InterStock R	F	107,32 / 102,21	2,93
BFI Lux SysF R CHF	F	/ 9,87	2,28
BFI Progress R	F	139,97 / 133,30	2,04
BFI Progress R	€	85,60 / 81,52	2,44
BFI Swissfr.Bond R	F	122,40 / 116,57	0,34
BFI Syst Flex Eq I	€	/ 9,93	2,69
BFI Syst Flex Eq R	€	/ 10,04	2,76



BNP PARIBAS ASSET MANAGEMENT

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Eq Euro Inc Def C	€*	102,02 / 102,02	1,12
Eq.Best Sel.Euro	€*	523,30 / 523,30	5,18
Eq.Europe Sm.Cap	€*	233,49 / 233,49	4,21
Eq.Russia	€*	137,10 / 137,10	4,06
Eq.USA Sm.Cap	$*	250,41 / 250,41	4,66
FlexIUSMortClassic	$*	1730 / 1730	0,63
Global Environm.	€*	208,28 / 208,28	4,98
Parvest AquClassic	€*	129,85 / 129,85	3,55
Smart Food Classic	€*	110,33 / 110,33	4,32
Strat.Stab.SRI Eur	€*	426,94 / 426,94	1,07

BNP Paribas Real Estate

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
INTER ImmoProfil	€	58,45 / 55,67	0,78

BNY MELLON

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
PB Balanced	€	57,92 / 55,16	1,39
PB Europa	€*	49,81 / 47,44	5,19
PB Eurorent	€	57,01 / 55,35	0,52
PB Megatrend	€	118,47 / 112,83	4,97
PB Triselect	€	48,04 / 45,75	1,80

C&P Funds (Creutz & Partners)

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
C&P ClassiX	€*	61,11 / 58,76	5,07
C&P QuantiX	€*	119,83 / 115,22	2,70

CATELLA REAL ESTATE AG

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Cat Dutch Resid II	€*	10,05 / 10,05	0,30
Cat.Scandia Chance	€*	12,93 / 12,93	0,48
Catella Bavaria	€	10,77 / 10,26	0,98
Catella European R	€	13,93 / 13,93	0,43
Catella MAX	€	19,01 / 18,10	0,61
Catella Mod Wohnen	€	10,65 / 10,14	0,00
Catella Nachh Immo	€	10,93 / 10,61	0,19
Catella Parken Eur	€*	10,97 / 10,45	0,19
Catella Wohnen Eur	€	10,35 / 10,35	0,29
Focus HealthCare	€*	8,77 / 8,77	−0,23
FocusNordicCities	€	2,42 / 2,42	−1,22
Immo-Spez-Süddeut.	€*	12,18 / 12,18	0,50
Multiten. Stiftung	€*	12,77 / 12,16	0,58
PaRhei Dutch Resid	€*	10,91 / 10,91	0,65
Sar Sust Prop-EuCI	€*	1194 / 1194	0,35
Wirtsch.-reg SüdDE	€*	11,79 / 11,23	1,18

Commerz Real

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
hausInvest	€	44,01 / 41,91	0,00

CRATON CAPITAL

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Precious Metal	$*	86,22 / 86,22	−1,89

DAVIS FUNDS SICAV

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Global A	$*	41,43 / 39,05	5,90
Value Fund A	$*	57,00 / 53,72	4,95

Deka Investments
www.deka.de | Tel. 069 / 7147-652

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Aktfds RheinEdit I	€	108,51 / 105,86	5,06
Aktfds RheinEdit oA	€	43,43 / 43,43	4,46
Aktfds RheinEdit P	€	54,17 / 51,46	5,03
AriDeka AV	€	113,17 / 113,17	3,48
AriDeka CF	€	71,09 / 67,54	3,48
ARIDEKA TF	€	178,88 / 178,88	3,41
BasisStrat Aktien	€	130,27 / 125,56	2,14
BasisStrat Flex CF	€	111,21 / 107,19	2,03
BasisStrat Re.TF A	€	96,63 / 96,63	0,54
BerolinaRent Deka	€	40,74 / 39,31	1,31
BR Aktien 100	€	80,62 / 77,89	3,22
BR Aktien 20	€	65,26 / 63,05	0,73
BR Aktien 35	€	68,86 / 66,53	1,13
BR Aktien 55	€	74,71 / 72,18	1,74
BR Aktien 75	€	81,27 / 78,52	2,34
BR Aktien 85	€	78,64 / 75,98	2,71
BW Zielfonds 2020	€	38,78 / 38,02	1,01
BW Zielfonds 2025	€	44,06 / 43,20	2,13
BW Zielfonds 2030	€	48,74 / 47,78	3,49
CorpBnd GlobHdgEUR	€	102,80 / 99,81	1,82
DeepDiscount 2y	€	134,08 / 132,75	0,92
Deka-Co.Bd.NFin. CF	€	128,80 / 125,05	1,07
Deka-Co.Bd.NFin. S	€	129,57 / 125,80	1,10
Deka-DDiscount2y III	€	139,56 / 138,18	0,91
Deka-Deut.Bal. CF	€	111,29 / 108,05	1,14
Deka-Deut.Bal. TF	€	107,21 / 107,21	1,03
Deka-Dividen.Rh.Ed	€	102,31 / 98,61	2,69
Deka-Dtschl Akt Str	€	105,92 / 100,88	4,09
Deka-Eurol.Bal. CF	€	58,06 / 56,37	1,49
Deka-Eurol.Bal. TF	€	112,54 / 112,54	1,48
Deka-Europa Akt Str	€	68,19 / 64,94	2,67
DekaFonds AV	€	112,74 / 112,74	3,84
DekaFonds CF	€	110,70 / 105,17	3,84
DekaFonds TF	€	260,55 / 260,55	3,78
Deka-Glob Akt Str	€	39,42 / 37,54	3,96
Deka-Global Bal CF	€	101,86 / 98,89	1,44
Deka-Global Bal TF	€	98,10 / 98,10	1,13
Deka-Inst.Ren.Eu.	€	70,35 / 68,97	0,85
Deka-Inst.Ren.Euld.	€	60,30 / 59,12	0,65
Deka-KomEuBal.I(A)	€	64,61 / 63,03	0,67
DekaKomEuBalCF(T	€	112,71 / 109,96	0,66
Deka-MegaTrends AV	€	1187 / 1187	3,38
Deka-MegaTrends CF	€	83,84 / 80,81	3,38
Deka-Multi St G PB	€	102,37 / 99,87	−0,15
Deka-PB Defensiv	€	114,36 / 112,12	0,81
Deka-PB Man.Mandat	€	118,31 / 114,86	2,90
Deka-PB Multimana.	€	117,32 / 113,90	1,78
Deka-RentenReal	€	36,28 / 35,22	0,40
DekaRent-Intern. CF	€	19,77 / 19,19	0,52
DekaRent-Intern.TF	€	121,06 / 121,06	0,50
Deka-Sachwer. CF	€	100,60 / 97,67	0,76
Deka-Sachwer. TF	€	95,79 / 95,79	0,74
Deka-Schweiz	€	413,06 / 400,06	3,10
DekaSe:Konservativ	€	93,75 / 92,82	0,09
DekaSel:Nachhaltig	€	106,97 / 103,10	1,09
DekaSpezial AV	€	118,50 / 118,50	3,58
DekaSpezial CF	€	385,42 / 371,49	3,58
DekaSpezial TF	€	277,56 / 277,56	3,52
Deka-Stift. Bal.	€	56,93 / 55,81	0,76
Deka-Strat.Inv. CF	€	125,11 / 120,59	2,33
Deka-Strat.Inv. TF	€	118,53 / 118,53	2,26
DekaTresor	€	89,18 / 87,00	0,42
Digit Kommunik TF	€	79,52 / 79,52	3,15
Div.Strateg.CF A	€	164,11 / 158,18	2,51
DividendenDiscount	€	116,66 / 112,44	1,58
DivStrategieEur CF	€	94,43 / 91,02	2,64
DivStrategieEur S	€	94,52 / 92,21	2,69
Euro Potential CF	€	141,88 / 136,75	4,89
Euro Potential TF	€	125,52 / 125,52	4,66
EuropaBond AV	€	100,81 / 100,81	0,66
EuropaBond CF	€	117,29 / 113,87	0,16
EuropaBond TF	€	41,46 / 41,46	0,12
EuropaSelect AV	€	118,04 / 118,04	2,66
EuropaSelect CF	€	66,25 / 63,86	2,66
EuroRent-EM-Invest	€	49,34 / 47,56	0,70
Frankf.Sparinrent	€	52,59 / 51,06	0,65
Frankf.Sparinvest	€	141,48 / 134,74	3,77
Gl Rent Hinc CF	€	100,18 / 97,26	1,53
Gl Rent Hinc TF	€	96,45 / 96,45	1,48
GlobalChampions AV	€	125,07 / 125,07	3,29
GlobalChampions CF	€	198,09 / 190,93	3,29
GlobalChampions TF	€	175,86 / 175,86	3,23
Mainfr. StrategieKonz.	€	164,57 / 164,57	2,32
Mainfr. Wertkonz. ausg	€	103,12 / 103,12	0,52
Multi Asset In I A	€	96,33 / 93,52	0,86
Multi Asset In S A	€	96,03 / 93,23	0,88
Multi Asset In.CFA	€	96,20 / 93,40	0,84
Multirent-Invest	€	36,65 / 35,58	0,31
Multizins-INVEST	€	32,08 / 31,15	−0,61
Naspa-Akt Glob CF	€	71,62 / 69,37	2,20
Naspa-Akt Glob TF	€	102,86 / 102,86	2,10
Naspa-Fonds	€	43,32 / 42,26	0,79
RenditDeka	€	24,30 / 23,59	0,64
RenditDeka TF	€	30,55 / 30,55	0,63
RentenStratGl TF	€	96,07 / 96,07	0,57
RentenStratGlob CF	€	99,64 / 96,74	0,59
RentenStratGlob PB	€	98,76 / 96,82	0,59
RentSpezHInc9/20CF	€	103,02 / 101,50	0,30
RentSpHI 6/2020 CF	€	101,95 / 100,44	0,44
RentSpHI 6/2020 SA	€	101,53 / 100,03	0,46
ReSpHY6/2019CF	€	102,78 / 101,26	0,15
RheinEdition Glob.	€	36,13 / 36,13	1,67
Rntfds RheinEdit	€	29,84 / 28,79	0,73
Rntfds RheinEdit oA	€	29,58 / 29,58	0,75
S-BayRent-Deka	€	54,00 / 52,11	0,85
Sigma + Konservativ	€	42,61 / 41,57	0,80
Sigma Plus Balanced	€	44,68 / 43,59	1,45
Technologie CF	€	40,93 / 39,45	5,37
Technologie TF	€	32,40 / 32,40	5,26
UmweltInvest CF	€	136,79 / 131,85	4,14
UmweltInvest TF	€	120,90 / 120,90	4,08
VAG-Weltzins-INV	€	90,50 / 90,50	0,06
Weltzins-Invest I	€	27,06 / 27,06	0,15
Weltzins-Invest P	€	26,06 / 25,30	0,12
Weltzins-Invest T	€	31,67 / 31,67	0,13
Zielfds 2015-2019	€	44,43 / 44,43	0,32
Zielfds 2020-2024	€	45,87 / 45,87	0,57
Zielfds 2025-2029	€	61,29 / 59,22	1,32
Zielfds 2030-2034	€	79,36 / 76,68	2,97
Zielfds 2035-2039	€	60,64 / 58,59	3,96
Zielfds 2040-2044	€	59,82 / 57,80	4,00
Zielfds 2045-2049	€	59,54 / 57,53	4,00
Zielfds 2050-2054	€	58,62 / 56,64	4,01
Zukunftsplan I	€	275,97 / 267,93	4,02
Zukunftsplan II	€	221,53 / 215,08	4,52
Zukunftsplan IV	€	130,73 / 126,92	0,74
ZukunftsplanIII	€	215,03 / 208,77	2,00

Deka Intern. (Lux.) (Deka-Gruppe)

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
BasisStr.Renten CF	€	104,37 / 103,34	0,56
BasisStr.Renten TF	€	1331 / 1331	0,55
BasisStrat Re.TF A	€	96,63 / 96,63	0,54
Berol.Ca.Chance	€	56,32 / 54,68	2,22
Berol.Ca.Premium	€	67,56 / 65,28	3,66
Berol.Ca.Sicherh.	€	43,87 / 42,80	0,96
Berol.Ca.Wachst.	€	41,94 / 40,82	1,51
Commodities I (A)	€	60,06 / 57,89	1,86
Commodities I (T)	€	64,51 / 62,18	1,86
Commodities TF (A)	€	50,92 / 50,92	1,77
Corp.Bd. Euro CF	€	57,95 / 56,26	1,24
Corp.Bd. Euro TF	€	55,43 / 55,43	1,19
Corp.Bd.HY Euro CF	€	41,50 / 40,29	1,90
Deka-Commod CF(A)	€	56,94 / 54,88	1,81
Deka-Conv.Akt CF	€	171,31 / 165,12	3,52
Deka-Conv.Akt. TF	€	153,17 / 153,17	3,45
Deka-Conv.Rent CF	€	44,45 / 42,84	−2,39
Deka-Conv.Rent. TF	€	42,38 / 42,38	−2,46
DekaDeNebenwerte AV	€	125,51 / 125,51	3,99
DekaDeNebenwerte CF	€	199,53 / 192,32	4,00
DEKA-E.AKT.SPEZ.CF	€	119,62 / 115,30	3,29
Deka-EM Bond AV	€	102,08 / 102,08	0,89
Deka-EM Bond CF	€	98,12 / 94,57	0,89
Deka-EM Bond TF	€	93,38 / 93,38	0,83
Deka-Eu.Stocks CF	€	41,86 / 40,35	3,49
Deka-Eu.Stocks TF	€	37,01 / 37,01	3,43
DekaEuAktSpezAV	€	117,28 / 117,28	3,28
DekaEuAktSpezCF(A)	€	171,43 / 165,23	3,29
Deka-Europa Neb AV	€	121,95 / 121,95	3,83
Deka-Europa Neb CF	€	126,53 / 121,96	3,83
Deka-Europa Neb TF	€	77,74 / 77,74	3,77
Deka-EuropaVal.CF	€	51,23 / 49,38	3,61
Deka-EuropaVal.TF	€	48,29 / 48,29	3,56
Deka-FlexZins CF	€	977,72 / 972,86	0,17
Deka-FlexZins TF	€	974,60 / 974,60	0,17
Deka-Gl.ConV.Re.TF	€	37,71 / 37,71	0,40
Deka-GlbConRent CF	€	39,80 / 38,36	0,45
Deka-GlbSel CF	€	201,39 / 194,11	3,45
Deka-GlbSel TF	€	186,88 / 186,88	3,39
DekaGlobAktLRCF(A)	€	187,18 / 180,41	2,19
Deka-Indust 4.0 CF	€	147,09 / 141,77	5,94
Deka-Indust 4.0 TF	€	139,52 / 139,52	5,87
Deka-InGarKzptCF(A)	€	4694 / 4671	0,00
Deka-InGarKzptCF(T)	€	5799 / 5770	0,00
Deka-InGarKzptE(A)	€	992,25 / 987,31	0,00
Deka-InGarKzptTF(A)	€	4649 / 4649	0,00
Deka-InGarKzptTF-E	€	989,07 / 989,07	0,00
Deka-InLiqGarTF(T)	€	5617 / 5617	0,00
Deka-Inst Zielk CF	€	995,95 / 993,47	−0,04
Deka-Inst Zielk TF	€	993,34 / 993,34	−0,04
DekaLux-BioTech CF	€	441,99 / 426,01	0,61
DekaLux-BioTech TF	€	395,72 / 395,72	0,55
DekaLux-Bond EUR	€	71,00 / 68,93	0,49
DekaLux-Deut.TF	€	120,26 / 120,26	3,32
DekaLux-Europa TF	€	60,19 / 60,19	3,79
DekaLux-Geldm:USD	$	95,71 / 95,71	0,21
DekaLux-Japan CF	€	709,52 / 674,06	0,38
DekaLuxT-Akt Asien	€	793,41 / 753,76	4,62
DekaLuxT-EmMkts	€	147,48 / 140,11	4,17
DekaLux-USA AV	€	124,83 / 124,83	4,31
DekaLux-USA TF	€	123,80 / 123,80	4,24
Deka-MF EM Corp I	€	97,59 / 96,15	0,63
Deka-MF Gl Crp HY I	€	99,16 / 97,69	1,20
Deka-MF Gl Crp I	€	98,10 / 96,65	1,44
Deka-MF Gl Gov Bd I	€	99,79 / 98,32	0,30
Deka-Mul Asset Ert	€	99,31 / 98,33	0,17
Deka-Mult. St. PB	€	98,34 / 95,48	0,37
Deka-NachhAkt CF	€	180,65 / 174,12	3,42
Deka-NachhBal CF	€	115,31 / 111,95	1,24
Deka-NachhRent CF	€	133,02 / 129,78	1,75
Deka-PB Werterh.2y	€	115,75 / 112,93	0,04
Deka-Rent 3-7 CF A	€	1583 / 1537	0,44
Deka-Rent 3-7 CF B	€	63,70 / 61,84	0,44
Deka-RentEu1-3CF A	€	1111 / 1084	0,26
Deka-UnterStrat Eu	€	109,11 / 105,17	4,37
Deka-USA Aktl. S I	€	175,62 / 171,34	3,50
Deka-USA Aktl.S AV	€	126,39 / 126,39	3,46
Deka-USA Aktl.S CF	€	177,14 / 170,74	3,46
Disc.Strategie 5y	€	112,08 / 108,03	3,55
GlbOpportPlus CF A	€	57,81 / 55,72	2,28
GlConvAfrica TF	€	113,34 / 113,34	3,55
GlConvAktien CF	€	119,90 / 115,57	3,62
GlobalOpp Pl PB(A)	€	58,05 / 56,63	2,34
GlobalResources CF	€	82,69 / 79,70	5,57
GlobalResources TF	€	77,90 / 77,90	5,49
Wandelanleihen CF	€	77,43 / 75,17	2,70
Wandelanleihen TF	€	71,47 / 71,47	2,66

Deka Immobilien Investment

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Deka Immob Europa	€	48,89 / 46,45	0,37
Deka Immob Global	€	57,46 / 54,59	0,18
Deka-Immob Nordam.	$	55,26 / 53,26	0,13
WestInv. InterSel.	€	49,66 / 47,18	0,04

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Deka-BasAnl Def	€	97,58 / 97,58	0,13
Deka-BasAnl Z A100	€	102,20 / 100,20	0,34
Deka-BasisAn D A30	€	103,31 / 101,28	0,59
Deka-BasisAn D A50	€	105,02 / 101,96	0,76
Deka-BasisAn D A70	€	106,77 / 102,66	0,94
Deka-BasisAnl A100	€	179,62 / 171,07	3,94
Deka-BasisAnl A20	€	106,39 / 104,30	0,64
Deka-BasisAnl A40	€	111,88 / 108,62	0,70
Deka-BasisAnl A60	€	120,15 / 115,53	1,00
Deka-MM ausgew CF	€	106,93 / 103,56	1,72
Deka-MM defensiv CF	€	106,03 / 102,94	1,70
Deka-PB Wert 4y	€	109,05 / 106,39	0,16
DekaStruk.5Chance	€	160,00 / 156,86	2,60
DekaStruk.5Chance+	€	245,78 / 240,96	3,94
DekaStruk.5Ertrag	€	100,78 / 98,80	0,39
DekaStruk.5Ertrag+	€	103,12 / 101,10	0,65
DekaStruk.5Wachst.	€	109,41 / 107,26	0,86
Hamb Stiftung D	€	992,05 / 972,60	1,50
Hamb Stiftung I	€	926,86 / 908,69	1,50
Hamb Stiftung P	€	93,66 / 90,06	1,47
Hamb Stiftung T	€	112,89 / 108,55	1,47
Hamb Stiftung V	€	99,65 / 97,70	1,51
Keppler Gl Val-Inv	€	36,15 / 34,43	2,72
Keppler-EmMkts-Inv	€	40,39 / 38,47	2,12
LING-ASIEN-SYS-INV	€	115,82 / 110,30	1,33
Lingohr-Systemat	€	125,16 / 119,20	2,72
Priv BaPrem Chance	€	128,20 / 120,94	2,36
Priv BaPrem Ertrag	€	52,90 / 50,87	0,45

DWS
www.dws.de | Tel. 069 - 91 01 23 71
info@dws.de | Fax 069 - 91 01 90 90

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Deut.Inv.China Bds	€	117,38 / 113,86	0,30
Deut.Inv.EMC LC	$	157,51 / 152,78	1,09
Deut.Inv.Gl.B.LDHP	€	94,16 / 91,34	0,36
Deut.Inv.I Conver.	€	176,93 / 171,62	1,80
Deut.Inv.I EU B Sh	€	150,53 / 146,02	0,09
Deut.Inv.I EU CO B	€	167,25 / 162,24	1,22
Deut.Inv.I Top Div	€	220,49 / 209,47	1,35
Deut.Inv.I Top Eu.	€	206,35 / 196,03	5,57
Deut.Inv.IGlblEqLC	€	263,54 / 250,36	3,33
Deut.Inv.IH.YLD C.	€	159,63 / 154,84	2,06
Deut.Inv.II EuT.DI	€	174,67 / 165,94	3,47
Deut.Inv.II UST.DI	€	214,66 / 203,93	1,55
DI LowVol Wld LC	€	125,54 / 119,26	3,47
Dt Float R.Nts LC	€	84,73 / 83,89	0,17
DWS Akkumula	€	1203 / 1145	3,63
DWS Akt.Strat.D	€	418,97 / 399,02	5,12
DWS ALPHA Rent.Gl.	€	124,35 / 121,91	0,80
DWS Co.Kaldemorgen	€	152,03 / 144,43	1,46
DWS Cpt DJE Gl Akt	€	311,19 / 296,37	2,48
DWS Deutschland	€	231,12 / 220,11	5,20
DWS Europ. Opp LD	€	339,47 / 323,30	5,50
DWS Glbl Value LD	€	279,50 / 266,19	3,48
DWS Inv.EURSMC LC	€	246,35 / 234,03	5,35
DWS Inv.Gl Grow LC	€	102,25 / 102,25	0,60
DWS Investa	€	172,27 / 164,06	5,20
DWS Mlt Asst Inc Kont	€	106,63 / 102,53	1,16
DWS Multi Oppor FC	€	256,57 / 256,57	1,99
DWS Stiftungsf.	€	49,31 / 47,87	1,83
DWS Top Asien	€	181,14 / 174,17	3,38
DWS Top Dividen LD	€	130,56 / 124,34	1,67
DWS Top Europe	€	150,28 / 144,49	4,85
DWS Vermbf.I LD	€	176,02 / 167,63	3,40
DWS VermMan-Bal	€	125,68 / 120,84	2,04
DWS VermMan-Def	€	106,49 / 103,38	1,03
DWS VermMan-Dyn	€	135,00 / 128,56	2,63
DWS Zinseinkommen	€	104,33 / 101,28	0,65
FOS Rend.u.Nachh.	€	115,72 / 112,34	0,93
Global Hyb Bd LD	€	40,61 / 39,42	2,18
Multi Cred USD LD	$	107,88 / 104,64	1,75
OI LowVol Europe LC	€	133,18 / 126,83	3,29

Offene Immobilienfonds

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
grundb. europa RC	€	41,97 / 39,97	0,30
grundb. Fokus D.RC	€	55,38 / 52,74	0,38
grundb. global RC	€	55,20 / 52,57	0,29

DJE Investment S.A.
www.dje.lu | info@dje.lu
Tel. 00352 26925220

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
DJE Concept PA	€	125,55 / 119,57	2,28
DJE Gold&Stabfd PA	F	126,98 / 120,93	0,89
DJE Real Estate P	€	1,03 / 0,98	0,00
DJE-Ag&Ernährung PA	€	172,63 / 164,41	1,21
DJE-Alpha Glob PA	€	242,92 / 233,58	2,56
DJE-Asia Hi Div PA	€	224,43 / 213,74	2,39
DJE-Concept 75 PA	€	218,03 / 207,65	1,64
DJE-Div&Sub P	€	429,78 / 409,31	2,47
DJE-Europa PA	€	360,81 / 343,63	3,18
DJE-Gold&Ressou PA	€	138,09 / 131,51	1,54
DJE-Mittel&Innov PA	€	148,44 / 141,37	3,71
DJE-Renten Glob PA	€	142,01 / 139,23	0,66
DJE-Sht Term Bd PA	€	116,91 / 115,75	0,30
DJE-Zins&Divid PA	€	151,77 / 145,93	1,59
D-RentSp EM 3/2021	€	105,10 / 103,55	−0,04
LuxTopic-Akt Eu A	€	21,80 / 20,76	3,09
LuxTopic-Akt Eu B	€	1030 / 1030	3,18
LuxTopic-Bk Sch PA	€	18,92 / 18,02	1,93
LuxTopic-Flex	€	200,11 / 190,58	2,54

ETHENEA managing the Ethna Funds
www.ethenea.com
Telefon 00352-276921-10

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Ethna-AKTIV A	€	129,29 / 125,52	1,86
Ethna-AKTIV T	€	135,71 / 131,76	1,86
Ethna-DEFENSIV A	€	131,71 / 128,50	1,06
Ethna-DEFENSIV T	€	162,27 / 158,31	1,06
Ethna-DYNAMISCH A	€	81,73 / 77,84	1,51
Ethna-DYNAMISCH T	€	84,95 / 80,90	1,50

First Private Invest. Manag. KAG MBH

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
FP Aktien Global A	€*	110,82 / 105,54	4,06
FP EuroAkt.Staufer	€*	96,55 / 91,95	3,56
FP Europa Akt.ULM	€*	88,79 / 84,56	4,80
FP Wealth B	€*	72,87 / 70,75	−0,16

Flossbach von Storch
www.flossbachvonstorch.de
Tel. +49 221 33 88 290

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Bond Opport R	€	131,79 / 127,95	1,99
Curr Diversif Bd R	€	101,37 / 98,42	0,53
Der erste Schritt R	€	110,51 / 109,42	1,01
Dividend R EUR	€	158,55 / 151,00	3,77
Fundament RT	€	/ 176,63	3,14
Global Conv Bond R	€	149,29 / 142,18	1,81
Global Quality R	€	216,26 / 205,96	3,13
MuAsset-Balanced R	€	163,11 / 155,34	1,53
MuAsset-DefensiveR	€	136,65 / 132,67	1,31
MuAsset-Growth R	€	181,85 / 173,19	2,17
Multiple Opp II R	€	145,41 / 138,49	1,89
Multiple Opp R	€	263,42 / 250,88	1,95

Fonds Direkt Sicav

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Skyline Dynamik	€	172,98 / 172,98	3,97

FRANKLIN TEMPLETON INVESTMENTS
www.franklintempleton.de | info@franklintempleton.de | Tel. 0800 / 073 80 02

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
FRK Gl.Fd.Stra.A d	€*	11,63 / 11,02	2,05
FRK India Fd. A d	€*	62,45 / 59,17	5,00
FRK Mut.Europ. A a	€*	21,86 / 20,71	4,02
TEM East.EuropeA a	€*	24,51 / 23,22	4,06
TEM Em.Mkts Bd A d	€*	6,61 / 6,41	0,94
TEM Front.Mkts.A a	$*	19,34 / 18,32	2,17
TEM Gl.Bd. A d	€*	16,78 / 16,28	0,25
TEM Gl.Tot.Ret AYd	€*	8,76 / 8,50	0,24
TEM Gr.(Eur) Aa	€*	18,24 / 17,28	2,92
TEM Gr.(Eur) Ad	€*	18,35 / 17,39	2,96

Gothaer Asset Management
investments@goam.de

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Gothaer Comf.Bal.	€	141,61 / 136,16	2,11
Gothaer Comf.Dyn.	€	145,11 / 138,20	2,62
Gothaer Comf.Ert A	€	104,22 / 101,18	1,36
Gothaer Comf.ErtT	€	125,74 / 122,08	1,36
Gothaer Euro-Rent	€	61,97 / 59,59	1,05
Gothaer Global	€	86,63 / 83,30	3,61
Gothaer Mlt Sel A	€	132,82 / 127,71	1,59
Gothaer Rent-K A	€	102,13 / 102,13	−0,04

Gutmann Kapitalgesellschaft

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
PRIME Val Growth T	€	145,14 / 138,22	1,98
Prime Values Inc T	€	139,94 / 135,86	1,44

HANSAINVEST

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
antea - R	€	95,46 / 90,91	1,75
C-Quad.ARTS TR Fl.H	€	96,28 / 96,28	2,51
C-Quad.ARTS TR Fl.T	€	115,13 / 109,65	2,44
C-Quad.ARTS TR Fl.T	P	138,17 / 131,59	2,53
C-Quad.ARTS TRFI A	€	117,80 / 112,19	2,44
D&R Best-of-TwoC P	€	126,90 / 120,86	1,74
D&R BoT Classic I	€	138,72 / 134,68	1,81
D&R Gl Zkftb Akt I	€	108,52 / 106,39	4,74
D&R Gl Zkftb Akt P	€	109,29 / 105,09	4,70
D&R KoStr Europa I	€	108,84 / 105,67	0,81
D&R KoStr Europa P	€	106,25 / 103,16	0,78
D&R SpL eQuaEq I	€	98,23 / 93,55	1,68
D&R SpL eQuaEq P	€	97,11 / 92,49	1,61
D&R SpL eQualnc I	€	98,62 / 95,75	0,17
D&R SpL eQualnc P	€	97,87 / 95,02	0,12
D&R WachsGlb TAA I	€	120,77 / 115,02	1,90
D&R WachsGlb TAA P	€	117,84 / 112,23	1,85
D&R WachsGlb TAA S	€	106,38 / 101,31	1,81
HANSAaccura	€	62,43 / 60,91	0,58
HANSAbalance	€	77,89 / 75,26	1,41
HANSAcentro	€	74,37 / 70,83	2,20
HANSAdefensive	€	49,67 / 49,42	0,40
HANSAdividende	€	121,61 / 115,82	2,94
HANSAdynamic	€	64,53 / 61,45	3,08
HANSAertrag	€	30,70 / 29,66	1,11
HANSAeuropa A	€	49,01 / 46,67	3,11
HANSAgold USD-KI A	$	62,96 / 60,54	−0,23
HANSAInter. A	€	19,29 / 18,63	0,64
HANSArenta	€	24,41 / 23,59	0,88
HANSAsecur	€	41,68 / 39,70	2,86
HANSAsmart Sel G	€	51,58 / 49,12	2,16
HANSAsmart SelectE	€	100,27 / 95,50	1,74
HANSAzins	€	24,56 / 24,31	0,29
HI Topselect D	€	65,92 / 62,78	3,18
HI Topselect W	€	71,54 / 68,13	2,11
Hinkel Rel Perf HI	€	47,88 / 47,88	2,57
HINKEL WeltCoSaStr	€	45,10 / 45,10	1,24
Konz. privat	€	49,99 / 48,30	1,26
NAT-B Div Deutschl	€	53,34 / 50,80	3,29
NAT-BK DivSt Glob	€	50,17 / 47,78	1,46
Nation-Bk MA GlOpp	€	52,28 / 49,79	1,69
OLB Zinsstrategie	€	78,02 / 76,49	0,51
SI BestSelect	€	139,13 / 132,51	3,56
SI SafeInvest	€	114,66 / 108,17	1,93
Strat Welt Secur	€	21,75 / 21,32	1,62
Strat Welt Select	€	22,49 / 21,42	1,76
TBF Gl Technol $ R	$*	137,28 / 130,74	−1,93
TBF SM. POWER € R	€*	54,12 / 51,54	1,76

HANSAINVEST LUX S.A.

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Interbond	€	100,98 / 97,57	0,56

HAUCK & AUFHÄUSER FUND SERVICES
www.hauck-aufhaeuser.com

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Aktienstrategie MM	€	91,08 / 86,74	3,88
AW Stks AlphPls OP	€	49,11 / 46,77	1,28
Cash Plus	€	98,40 / 96,95	0,38
ERBA Invest OP	€	33,43 / 31,84	−1,11
EuroSwitch Bal.Pf.	€	58,96 / 56,42	0,97
EuroSwitch Subst.	€	66,73 / 63,55	2,01
EuroSwitch WldProf.OP	€	66,47 / 63,30	2,66
FFPB Div Sel	€	141,90 / 135,14	1,17
FFPB Dynamik	€	14,65 / 13,95	3,19
FFPB Fokus	€	15,27 / 14,54	2,82
FFPB MTrend Dplus	€	14,64 / 13,94	2,80
FFPB MTrend Plus	€	14,74 / 14,04	1,59
FFPB Multitre Flex	€	10,99 / 10,47	1,85
FFPB RENDITE	€	11,49 / 11,16	0,81
H&A Akt.Sm.Cap EMU	€	119,10 / 113,43	2,74
H&A Dynamik Plus B	€	103,09 / 98,18	3,47
H&A Multi Asset	€	62,79 / 59,80	2,34
H&A Rend. Pl. CI	€	117,89 / 113,90	2,20
H&A Rend. Pl. CII	€	132,06 / 127,59	1,84
H&A Renten Gbl	€	123,73 / 117,00	0,88
H&A Untern. Eur.	€	150,36 / 143,20	3,99
H&A Wandel.Eur. A	€	83,11 / 80,69	2,52
MB Fd Max Value	€	159,29 / 151,70	4,04
MB Fund Flex Plus	€	61,24 / 60,63	0,75
MB Fund Max Global	€	86,22 / 82,11	3,33
MB Fund S Plus	€	140,08 / 133,41	4,65
Med. Bio Health H	€	491,75 / 468,33	2,64
Med. Bio Health I	€	622,63 / 592,98	2,28
Med. Bio Health IH	€	576,66 / 549,20	2,65
Med.Bio Health EUR	€	547,60 / 521,52	2,10
Millen Glb Opp P	€	257,76 / 250,25	2,22
Mu.In.Spezial OP R	€	44,11 / 41,91	1,01
Mult.Inv.Global OP	€	37,02 / 35,17	0,80
PTAM Bal. Pf. OP	€	65,63 / 62,50	1,92
PTAM Def.Portf.OP	€	60,11 / 57,25	1,22
Rentenstrategie MM	€	50,60 / 48,65	0,91
spec. situations	€	83,55 / 79,57	0,80
Tiberius FixBdOP I	€	119,52 / 116,04	−0,14
Tiberius FixBdOP R	€	103,95 / 100,92	−0,12
US Opportunities OP	$	215,34 / 205,09	2,95

HELLERICH
Telefon +49 89 287238-0
www.hellerich.de, info@hellerich.de

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Global-Flexibel A	€	752,49 / 716,66	1,85
Sachwertaktien A	€	204,31 / 194,58	−0,45

hwb-fonds.com
Telefon: +49 651 1704 301

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
HWB Alex.Str.Ptf R	€*	77,78 / 74,08	4,53
HWB Alex.Str.Ptf V	€*	77,82 / 74,11	4,53
HWB DfdsV.V.Vici R	€*	56,86 / 55,20	4,52
HWB DfdsV.V.Vici V	€*	56,85 / 55,19	4,52
HWB Europe Pf.	€*	4,64 / 4,42	4,03
HWB Glb.Conv.Plus	€*	94,98 / 92,21	3,91
HWB Inter.Pf.	€*	4,58 / 4,36	4,34
HWB Pf. Plus CHF	F*	66,29 / 63,13	3,97
HWB Pf. Plus R	€*	90,91 / 86,58	4,22
HWB Pf. Plus V	€*	90,89 / 86,56	4,22
HWB RentenPf.+ R	€*	51,00 / 49,51	2,73
HWB RentenPf.+ V	€*	51,01 / 49,52	2,73
HWB Vict.Str.Pf. R	€*	1233 / 1175	4,31
HWB Vict.Str.Pf. V	€*	1234 / 1175	4,31

IFM Independent Fund Management AG

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
ACATIS FV Akt.Gl.	€*	241,22 / 229,74	2,91

INKA Intern. Kapitalanlagegesellschaft

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Aktien Welt	€	46,55 / 44,33	3,31
Antecedo Ind.Inv.A	€*	57,39 / 57,39	0,44
DuoPlus	€*	63,85 / 60,81	2,14
DuoPlus V	€*	93,03 / 93,03	2,24
HIYld Spez INKA	€*	10684 / 10176	1,63
INKA Tertius	€*	1700 / 1589	3,87
StSk. DÜ. Abs. Ret.	€*	122,23 / 116,41	1,26

International Fund Management S.A. Lux.

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
1822 Str.Cha.Pl.	€	118,36 / 113,81	3,61
1822 Str.Chance	€	80,54 / 77,82	2,47
1822 Str.Ert.Pl.	€	48,42 / 47,24	0,57
1822 Str.Wachstum	€	54,69 / 53,10	0,85
1822-Strük. Ertrag	€	44,35 / 43,48	0,37
Haspa TrendKonz P	€	96,87 / 93,14	0,96
Haspa TrendKonz V	€	101,81 / 97,89	1,01
HMI Chance	€	61,52 / 59,73	3,13
HMI Chance+	€	59,66 / 57,64	3,86
HMI Ertrag+	€	39,88 / 39,10	1,16
HMI Wachstum	€	46,22 / 45,09	1,92
Köln Str.Chance	€	59,72 / 58,55	2,29
Köln Str.Ertrag	€	45,84 / 44,94	0,63
Köln Str.Wachstum	€	44,67 / 43,79	0,95
KölnStr.Chance+	€	50,10 / 49,12	3,64
LBBW Bal. CR 20	€	44,31 / 43,44	1,57
LBBW Bal. CR 40	€	48,98 / 48,02	2,28
LBBW Bal. CR 75	€	57,42 / 56,29	3,47
Naspa Str.Chan.Pl.	€	103,66 / 101,63	3,88
Naspa Str.Chance	€	52,44 / 51,41	2,47
Naspa Str.Ertrag	€	48,67 / 47,72	1,10
Naspa Str.Wachstum	€	48,01 / 47,07	1,64

IPConcept
www.ipconcept.com | Die Fonds-Designer

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
ME Fonds PERGAMONF	€	726,87 / 692,26	2,47
ME Fonds Special V	€	2826 / 2692	2,99
MultiadV-Esprit	€	144,06 / 136,86	1,09
MultiadV-Priv. Inv	€	334,03 / 318,12	1,19
PVV CLASSIC	€	47,16 / 44,91	1,31
PVV Effizienz Inv	€	46,47 / 44,26	0,27
PVV Untern. Plus	€	49,78 / 48,33	1,03

KanAm Grund
www.kanam-grund.de
info@kanam-grund.de | Tel. 069-7104110

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Leading Cities Inv	€*	111,96 / 106,12	0,31

LBBW Asset Management
www.LBBW-AM.de | info@LBBW-AM.de

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Div. Str. Eurol. R	€*	46,75 / 44,52	2,75
Multi Global R	€*	102,73 / 99,74	1,05
RentaMax R	€*	70,88 / 68,58	1,34
Rohstoffe 1 R	€*	33,54 / 31,94	1,13
RS Flex R	€*	49,23 / 47,57	1,06
RW Rentenstrategie	€*	120,92 / 119,72	0,81
W&W Dachfonds Basis	€*	54,05 / 51,48	1,22
W&W Dachfonds Gl.+	€*	88,25 / 84,05	4,49
W&W Int Rentenfds	€*	49,04 / 47,34	0,96

LEGG MASON GLOBAL ASSET MANAGEMENT

Legg Mason Dublin Funds
Legg Mason Global Funds Plc

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
BW Gl Def. HY S(IH)	€*	/ 91,98	2,12
BW Gl Dyn.US Eq. A	$*	/ 134,19	4,54
BW Gl Fl In Prt	€*	/ 145,60	2,13
BW GlCredOp A	€*	/ 102,11	0,51
BW GlFixIn AbRe Ah	€*	/ 98,41	1,55
BW GlSovCred A	$*	/ 100,11	2,69
CB Gl Eq Inc At	$*	/ 102,18	3,20
CB Gl Eq Inc At	$*	/ 104,81	3,50
CB TacDivInc At	$*	/ 119,42	5,39
CB US Ag Gr At	$*	/ 201,35	4,90
CB US Appr At	$*	/ 216,14	4,97
CB US Eq Sust.L A(A)	$*	/ 151,97	4,50
CB US LCapGr At	$*	/ 291,40	6,69
CB Value At	$*	/ 113,36	4,97
ETPerm Alt Inc Str A	€*	97,42 / 97,42	1,19
LM BW GlIncOpt A €	€*	/ 98,60	1,32
LM RARE EM Infr X€	€*	/ 90,26	4,86
LM WA EM LCDpt AUS	$*	/ 93,70	1,83
LM WA Gl HY A Euro	€*	/ 105,89	2,36
LM WAGlTRInGrBdA€h	€*	/ 94,75	0,58
MC As L-T Unc M€da	€	/ 16,09	1,20
MC Eur.Abs.a A (PF)	€	/ 99,08	−1,85
MC Great Chin A€da	€	/ 9,57	4,25
MC J.Abs.a A (PF)	€	/ 103,06	−1,97
QS Em Mk Eq At	$*	/ 110,19	3,92
QS MV EuEq GIF At	€*	/ 180,32	1,98
QS MV GlEq GIF At	$*	/ 174,38	3,42
QSInvMA EUBI Aa(A)	€*	/ 108,65	2,62
QSInvMA EuConAa(A)	€*	/ 106,35	1,96
QSInvMA EUPrfAa(A)	€*	/ 110,49	3,19
QSMV APexJ EqGIFAt	€*	/ 132,22	2,57
RARE Infr Val A€A	€*	/ 11,50	2,06
Roy.USSCapOp At	$*	/ 181,23	4,58
Royce US SmCo At	$*	/ 173,29	5,03
WA Asian Op At	€*	/ 211,08	1,67
WA ECore+Bd Aa(D)	€*	/ 106,60	0,98
WA Em Mk TRB At H	€*	/ 131,89	1,56
WA EmMkt CorpBd At	$*	/ 106,73	1,90
WA Eur HY A a(D)	€*	/ 103,36	2,44
WA Gl Credit At(H)	€*	/ 120,69	1,96
WA Gl M St Aa(M) H	€*	/ 86,09	1,90
WA GlCore+Bd Aa(A)	$*	/ 99,10	1,28
WA Inf.M. Aa(A)	$*	/ 121,44	0,94
WA Macro OpBd Aa	€*	/ 101,80	2,34
WA Multi-Asset Cr. A	€*	/ 102,13	1,89
WA ShD BChip At H	€*	/ 97,48	0,61
WA ShD HI BF AtH	€*	/ 136,16	1,68
WA US Adj Rate At	$*	/ 99,35	0,16
WA US Cor+Bd At	$*	/ 152,72	2,00
WA US CorBd At	$*	/ 135,95	1,78
WA US Gov.Liq A	$*	/ 108,24	0,15
WA US HY Aa(D)	$*	/ 78,34	2,90
WA US STGov At	$*	/ 112,95	0,27

Weitere Anteilsklassen und Fonds unter www.LeggMason.de

LRI Invest S.A.

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Gul.Dem.Sicherheit	€*	113,17 / 110,41	0,95
Gul.Dem.Wachstum	€*	128,09 / 128,09	2,50
LBBW Alpha Dyn. T	€*	59,64 / 56,80	4,29
LBBW Bond Sel. I	€*	68,73 / 68,73	0,31
LBBW Bond Sel. T	€*	62,19 / 60,38	0,31
LBBW Equity Sel. I	€*	90,08 / 90,08	4,46
LBBW Equity Sel. T	€*	80,01 / 76,20	4,42
LBBW Glb.Rsk.Par.T	€*	56,05 / 54,42	1,04
LBBW Opti Re. A	€*	53,07 / 52,29	0,42
LBBW Opti Ret.T	€*	54,15 / 53,35	0,41
M&W Capital	€*	51,25 / 49,28	−0,70
M&W Privat C	€*	106,03 / 101,95	−0,21
NW Global Strategy	€*	85,46 / 81,39	5,41

LVM VERSICHERUNG
www.lvm.de | Tel. (0251) 70249

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Euro-Kurzläufer	€*	28,83 / 28,74	0,00
Europa-Aktien	€*	24,41 / 23,19	5,39
Euro-Renten	€*	37,10 / 35,99	0,48
Inter-Aktien	€*	27,43 / 26,06	5,00
Inter-Renten	€*	34,63 / 33,59	1,07
ProBasis	€*	29,99 / 28,94	1,80
ProFutur	€*	30,47 / 29,40	4,19

MEAG
Telefon 089/2489-2489

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Dividende A	€	54,82 / 52,21	3,39
EM Rent Nachh.	€	51,31 / 49,34	0,92
ERGO Vermög Ausgew	€	54,10 / 51,77	2,17
ERGO Vermög Flexi	€	53,59 / 51,04	2,70
ERGO Vermög Robust	€	53,67 / 51,61	1,83
EuroBalance	€	56,58 / 54,40	1,95
EuroCorpRent A	€	56,91 / 54,99	1,21
EuroErtrag	€	70,94 / 68,54	1,69
EuroFlex	€	45,11 / 44,66	0,20
EuroInvest A	€	90,66 / 86,34	3,95
EuroKapital	€	45,97 / 43,78	1,51
EuroRent A	€	31,59 / 30,52	0,76
FairReturn A	€	58,42 / 56,72	1,18
GlobalBalance DF	€	62,93 / 60,51	2,07
GlobalChance DF	€	61,16 / 58,25	3,03
Nachhaltigkeit A	€	106,54 / 101,47	3,57
ProInvest	€	178,14 / 169,66	3,57
RealReturn A	€	51,72 / 49,97	0,38
VermAnlage Komfort	€	62,66 / 60,54	1,41
VermAnlage Ret A	€	68,50 / 65,87	2,32

Meridio Funds

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Green Balance P	€	118,98 / 113,31	1,61

Metzler Asset Management GmbH

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
RWS-Aktienfonds	€*	84,99 / 80,94	3,81
RWS-DYNAMIK A	€*	32,25 / 30,71	4,98
RWS-ERTRAG A	€*	15,36 / 14,91	2,04

MK Lux S.A.

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Plutos Edelm&Rohst	€*	32,30 / 32,30	−1,38
Plutos MultiChan	€*	69,59 / 69,59	1,15
Plutos MultiChan I	€*	109,59 / 109,59	1,25
Plutos T-VEST Fund	€*	55,64 / 55,64	1,67

Monega Kapitalanlageges.mbH

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
alpha be.Ak.Gb.P.I	€*	95,82 / 95,82	3,14
alpha be.Ak.Gb.P.R	€*	48,56 / 47,84	3,13
ARIAD Active All I	€*	111,86 / 111,86	0,30
ARIAD Active All R	€*	51,35 / 50,10	0,25
ASVK Subst&Wachst	€*	37,25 / 35,48	3,19
Barmenia Nachh.Bal	€*	54,53 / 52,94	2,32
Barmenia Nachh.Dyn	€*	57,19 / 55,52	3,16
Bueno Gb. Strategy	€*	49,81 / 49,81	2,64
DEVK AnlageKo Re	€*	51,93 / 51,93	1,85
DEVK AnlageKon RMa	€*	52,46 / 52,46	3,54
DEVK AnlKon RenPro	€*	52,19 / 52,19	2,74
Equity for Life I	€*	97,38 / 97,38	4,86
Equity for Life R	€*	49,63 / 48,18	4,80
FairInvest I	€*	53,40 / 53,40	4,42
FO Core plus	€*	101,33 / 101,33	1,34
Greiff Eq L/S (I)	€*	100,87 / 97,93	−0,98
Greiff Syst All I	€*	103,08 / 103,08	2,07
Greiff Syst All R	€*	105,89 / 102,81	2,02
Guliver Demo. In.R	€*	115,41 / 109,91	6,54
Guliver Demo.In.I	€*	105,99 / 105,99	6,59
IIV Mikrofinanz AI	€*	100,89 / 97,95	0,09
IIV Mikrofinanz I	€*	981,30 / 971,58	0,19
IIV Mikrofinanz R	€*	101,06 / 98,12	0,11
Innovation I	€*	53,56 / 53,56	5,50
L&P Val EM SmCap I	€*	53,51 / 53,51	4,28
L&P Val EM SmCap R	€*	55,01 / 53,41	4,23
Landert Active Eq	€*	56,87 / 56,87	3,62
Landert Bond Opp	€*	50,38 / 50,38	1,02
Lazard Global Corp	€*	99,46 / 99,46	1,63
Lupus alpha R I	€*	118,49 / 113,93	2,00
Lupus alpha R R	€*	57,24 / 55,04	1,91
Mone. Glob CorpP I	€*	100,39 / 100,39	1,42
Monega BestInvEURA	€*	54,22 / 51,64	3,07
Monega Chance	€*	41,28 / 39,50	5,78
Monega Dä.C.B.LDR	€*	50,51 / 49,76	
Monega Dän.Co.Bds	€*	103,71 / 103,71	0,31
Monega Dän.Co.Bdsl	€*	103,90 / 103,90	0,90
Monega Dän.Co.BdsR	€*	52,37 / 51,60	0,27
Monega Ertrag	€*	60,71 / 58,66	1,83
Monega Euro-Bond	€*	54,01 / 52,44	0,80
Monega Euroland	€*	43,74 / 42,26	4,95
Monega FairInv.Akt	€*	54,64 / 52,04	4,38
Monega Germany	€*	76,79 / 74,19	3,78
Monega Glob Bond I	€*	102,46 / 102,46	0,85
Monega Glob Bond R	€*	51,45 / 49,71	0,83
Monega Glob CorP R	€*	50,10 / 48,41	1,29
Monega Innovation	€*	67,93 / 65,63	5,47
Monega Mu Konzept	€*	49,26 / 48,29	1,43
Monega Rohstoffe	€*	41,25 / 39,66	2,47
OptiAnlage Ausg. T	€*	56,72 / 55,61	1,07
PRIV ETF-DAK gl(I)	€*	97,56 / 97,56	0,81
Privacon ETF Akt I	€*	112,13 / 112,13	4,25
Privacon ETF Akt I	€*	97,87 / 97,87	4,24
Salomon Strategy	€*	49,57 / 49,57	2,89
Sentiment Ab.R.(I)	€*	99,98 / 99,98	0,60
Sentiment Ab.R.(R)	€*	50,17 / 48,95	0,51
Short Tra.SGB A	€*	46,80 / 46,34	−0,04
Short Tra.SGB Tnet	€*	49,55 / 49,55	−0,10
Sparda M.nh.Verm.	€*	50,36 / 49,62	0,92
Sparda OptiAnAusEA	€*	51,84 / 50,82	1,07
Sparda-MünchenVerm	€*	51,99 / 51,22	0,95
StaudFonds	€*	101,24 / 98,29	−0,22
SWuK Prämienfond C	€*	99,94 / 99,94	0,52
Top Dividend	€*	55,29 / 52,66	2,95
Top Dividend T	€*	62,24 / 59,28	2,94
Tresono – Aktien E	€*	1329 / 1329	2,66
Tresono – Rent Int	€*	875,16 / 875,16	1,32
VM Sterntaler	€*	152,89 / 147,01	1,76
VM Sterntaler II	€*	119,51 / 114,91	1,75
VM SterntalerEurol	€*	121,78 / 117,10	2,05
WahreWerteFonds I	€*	101,02 / 101,02	1,51
WahreWerteFonds R	€*	50,25 / 48,32	1,17
WGZ Corporate M R	€*	102,52 / 101,00	1,37
WGZ Mittelst.-Rent.	€*	98,77 / 98,77	1,40

MultiSelect

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
MS Absolute Ret I	€*	56,50 / 54,85	0,99
MS Europa-Aktien I	€*	78,63 / 74,89	2,64
MS Welt-Aktien I	€*	117,72 / 112,11	3,46

NOBIS

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
LILux Convert	€*	231,87 / 225,12	2,50
LILux-Rent	€*	219,13 / 212,75	1,70

Nomura Asset Management Deutschland

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Asia Pacific	€*	153,11 / 145,82	6,86
Asian Bonds	€*	67,99 / 66,01	1,34
Real Protect	€*	96,73 / 94,83	0,21
Real Protect R	€*	94,76 / 92,90	0,18
Real Return	€*	574,94 / 563,67	1,39

ODDO BHF ASSET MANAGEMENT
am.oddo-bhf.com

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Algo Global DRW-€	€*	107,52 / 102,40	5,46
AW Glob.Inv.Basic+	€*	44,57 / 43,06	0,68
AW Global Dynamic+	€*	29,46 / 28,06	1,05
Basis-Fonds I	€*	138,62 / 138,62	0,19
DC Value One I(t)	€*	168,55 / 168,55	3,98
DC Value One P(t)	€*	158,84 / 151,28	3,82
ETFplus Portf Balan	€	63,72 / 61,86	1,48
EURO ShTm Bd FT DR	€*	101,51 / 100,50	0,36
FMM-Fonds	€	517,98 / 493,31	2,25
FT EuroGovernm. M	€*	54,49 / 52,90	0,09
GWP-Fonds	€*	114,91 / 110,49	1,04
KapitalPrivatPortf	€*	53,82 / 51,26	3,49
O.BHF € ShTe Bd FT	€*	115,35 / 114,21	0,36
O.BHF AccuZins CR	€*	297,10 / 288,45	1,03
O.BHF AlgoEur CRW	€*	317,74 / 302,61	4,55
O.BHF AlgoGlob CRW	€*	68,81 / 65,53	5,47
O.BHF FRA EFF	€*	221,76 / 211,20	2,77
O.BHF MoneyMark CR	€*	69,97 / 69,97	−0,01
O.BHF MoneyMark DR	€*	48,44 / 48,44	−0,02
O.BHF MoneyMark G	€*	4989 / 4989	−0,01
Polaris Mod DRW-€	€*	67,45 / 65,49	1,23
Portf Opportunity	€	74,47 / 70,92	2,79
R1 Value Portfolio	€*	73,67 / 70,16	4,52
S&H GlobaleMaerkte	€*	59,24 / 56,42	3,71
Sch&Ptnr Glob Def	€*	60,56 / 57,68	1,70
Schmitz&PtnrGloOff	€*	59,02 / 56,21	2,99
Substanz-Fonds	€*	1115 / 1082	3,45
Vermögens-Fonds	€*	755,31 / 733,31	2,89
Westfalicaf. Ak.Re	€*	59,03 / 58,45	2,42

ODDO BHF Asset Management Lux.

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
BHF Flex. Alloc.FT	€	76,89 / 73,23	3,49
BHF Flex. Ind. FT	€	70,84 / 68,78	3,46
BHF Rendite P.FT	€	54,29 / 52,71	1,72
BHF Sustain Eq Eu	€	67,45 / 65,49	3,70
Delta Multi Strat.	€	42,64 / 40,61	2,16
FT AlpEurMktNeutr	€*	46,70 / 46,70	−0,28
FT Em.Cons.Dem.CR	€	86,26 / 82,15	5,39
Grand Cru	€	167,73 / 166,07	3,06
Grand Cru (CHF)	F	121,35 / 120,15	3,10
O.BHF POLARIS BAL	€	76,83 / 74,59	2,93
O.BHF POLARIS DY	€	76,20 / 73,98	3,89
SMS Ars selecta	€	47,96 / 46,12	2,42

ÖKOWORLD
Telefon +49 2103 28410
www.oekoworld.de

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Growing Mkts 2.0	€	163,89 / 156,09	3,09
Klima	€	77,94 / 74,23	3,69
New Energy Fund	€*	5,89 / 5,66	5,81
Öko Rock'n'Roll	€	152,09 / 144,85	1,06
ÖkoVision Classic	€	191,87 / 182,73	2,90
Water For Life C	€	181,93 / 173,27	2,62

Santander Asset Management
info-de@santanderam.com
www.santanderassetmanagement.de
Telefon: +49 (0) 69 271355 – 229

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Select Defensive A	€*	118,86 / 118,86	1,48
Select Dynamic A	€*	145,68 / 145,68	2,92
Select Income AD	€*	48,12 / 48,12	1,79
Select Moderate A	€*	129,51 / 129,51	1,92
Select Total RetA	€*	49,35 / 49,35	0,94

Savills Fund Management GmbH

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
SEB ImmoInvest	€	7,04 / 6,69	−0,30

SEB

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Asset Selection Fd	€	16,51 / 15,72	2,19
SEB Conc. Biotech.	€*	101,35 / 100,35	3,47
SEB deLuxe MA Bal.	€*	72,54 / 69,09	2,01
SEB deLuxe MA Def.	€*	57,68 / 54,94	2,01
SEB EastEur SM Cap	€*	4,48 / 4,40	1,47
SEB EastEur.exRuss	€	3,54 / 3,47	0,23
SEB Euro.Eq.Sm.Cap	€*	307,37 / 304,32	3,49
SEB Gl.Chance/Risk	€	1,56 / 1,53	1,86
SEB Green Bond D	€*	53,68 / 52,88	0,38
SEB Sust. Nordic	€*	13,72 / 13,44	9,38
SEB Sust.Fd Gl.C	€*	58,28 / 55,77	3,27
SEB Sust.HighYield	€*	36,02 / 35,67	1,85
SEB TrdSys®Rent.I	€*	55,80 / 55,53	0,39
SEB TrdSys®Rent.II	€*	57,48 / 55,53	0,39
SEBdeLuxe MA Def+	€*	63,53 / 60,51	1,23

BB StarCapital
www.starcapital.de | 0800 - 6941900

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
SC Allocator	€	150,54 / 146,16	1,73
SC Argos	€	140,76 / 136,66	0,65
SC Priamos	€	178,06 / 169,58	1,72
SC Starpoint A-EUR	€	220,69 / 210,18	2,23
SC Strategy 1	€	152,85 / 148,40	1,22
SCWinbds+A	€	169,53 / 164,59	0,89

UBS Funds Services Lux S.A.

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
UBS (L) EM Eq P AA	$*	/ 118,20	5,40
UBS (L) EM Eq P XA	$*	/ 123,71	5,45
UBS (L) GCB AD T2	€*	152,94 / 152,94	2,22

Union Investment
www.union-investment.de
Tel. 069 589 98-6060
Das Ertragsausgleichsverfahren im Sinne des §9 Satz 2 InvStG wird angewendet.

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
BBank Renta S 2021	€*	44,24 / 43,15	0,39
BBBank Dyna.Uni.	€*	60,40 / 58,93	5,62
BBBank Kont.Uni.	€*	76,01 / 74,52	3,13
BBBank Wach.Uni.	€*	63,66 / 62,11	4,65
BBV-Fonds-Union	€*	53,54 / 51,98	1,14
FVB-Dt. Aktienfds	€*	49,02 / 47,82	3,72
FVB-Dt. Rentenfds	€*	39,72 / 39,13	1,56
Geno AS:1	€*	81,16 / 78,80	3,97
Invest Global	€*	97,43 / 94,59	5,74
KasselerB.UniSel.	€*	32,65 / 32,65	2,34
KCD Uni. Aktien	€*	57,03 / 55,37	2,38
KCD Uni.Renten+	€*	53,13 / 53,13	0,93
KCD-Uni Nachh.Mix	€*	58,34 / 56,64	1,83
LIGA Multi Asset I	€*	74,25 / 73,15	2,26
LIGA-Pax-Aktien-U.	€*	37,79 / 37,79	4,24
LIGA-Pax-Rent-Unio	€*	26,79 / 26,01	1,20
MultiStratGloUnion	€*	77,55 / 76,03	1,54
MVB TrendStrat Val	€*	47,91 / 46,07	−0,54
Priv.Fonds:Flex.	€*	102,61 / 102,61	0,91
Priv.Fonds:FlexPro	€*	127,39 / 127,39	1,21
PrivFd:Kontr.	€*	128,17 / 128,17	1,78
PrivFd:Kontr.pro	€*	147,44 / 147,44	3,34
Profi-Balance	€*	69,76 / 68,39	2,13
Uni21.Jahrh.-net-	€*	32,27 / 32,27	5,00
UniDeutschl. XS	€*	161,71 / 155,49	1,88
UniDeutschland	€*	204,64 / 196,77	4,40
UniEu.Renta-net-	€*	52,64 / 52,64	1,13
UniEuroAktien	€*	73,11 / 69,63	4,83
UniEuropa-net-	€*	67,06 / 67,06	5,07
UniEuroRenta	€*	67,66 / 65,69	0,55
UniEuroRentaHigh Y	€*	36,23 / 35,17	1,98
UnifaVorit: Aktien	€*	156,79 / 149,32	4,93
UniFonds	€*	52,20 / 49,71	4,11
UniFonds-net-	€*	74,99 / 74,99	3,90
UniGlobal	€*	236,58 / 225,31	5,73
UniGlobal Vorsorge	€*	217,07 / 206,73	6,19
UniGlobal-net-	€*	135,22 / 135,22	5,69
UniJapan	€*	52,47 / 49,97	3,68
UniKapital	€*	111,75 / 109,56	0,29
UniKapital-net-	€*	40,21 / 40,21	0,27
UniNachhalt A Gl I	€*	110,79 / 105,51	4,89
UniNachhaltig A Gl	€*	106,95 / 101,86	4,89
UniNordamerika	€*	326,45 / 310,90	5,94
UnionGeldmarktfds	€*	48,28 / 48,28	−0,02
UniProInve: Chance	€*	112,02 / 107,71	4,70
UniRak	€*	124,58 / 120,95	3,58
UniRak Kons.-net-A	€*	112,11 / 112,11	1,97
UniRak KonservA	€*	115,55 / 113,28	2,01
UniRak -net-	€*	65,27 / 65,27	3,56
UniRenta	€*	19,65 / 19,08	0,89
UniSel. Global I	€*	79,42 / 77,11	3,85
UniStrat: Ausgew.	€*	64,23 / 62,36	3,04
UniStrat: Dynam.	€*	54,23 / 52,65	4,09
UniStrat: Flex net	€*	48,49 / 48,49	0,87
UniStrat: Konserv.	€*	70,79 / 68,73	1,88
UniStrat:Flexibel	€*	50,19 / 48,73	0,89
UniStrat:Offensiv	€*	52,98 / 51,44	5,11
VR Main.Sel.Union	€*	57,69 / 57,69	0,63
VR WestMünsterland	€*	50,86 / 49,89	0,56
VR-BK RH.-NK.UNI.BA	€*	127,39 / 123,98	1,51

Union Investment Luxemburg

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Aktien Euro-net- A	€*	102,42 / 102,42	4,55
Aktien Europa A	€*	108,21 / 103,06	4,59
BBBank Konz Divid	€*	51,27 / 50,26	4,24
Ch.Vielfalt2020 II	€*	/ 109,82	0,64
Chanc.Vielfalt2020	€*	/ 113,32	1,12
ChancenVielfalt 21	€*	/ 100,13	0,60
Commodities Invest	€*	46,05 / 46,05	3,09
FairWorldFonds	€*	56,95 / 55,56	1,42
LIGA Portfolio Con	€*	42,47 / 41,43	1,69
LIGA-Pax-Cattol.-U	€*	137,07 / 134,71	2,73
LIGA-Pax-Corp.-U.	€*	44,79 / 43,49	1,35
LIGA-Pax-La.-U2022	€*	104,31 / 102,26	0,73
PrivatFonds: Nachh	€*	51,99 / 51,99	1,64
PrivFd:Konseq.	€*	97,76 / 97,76	0,10
PrivFd:Konseq.pro	€*	113,06 / 113,06	1,35
Quon-Euro Credit	€*	126,16 / 126,16	1,46
SpardaRentenPlus P	€*	103,42 / 100,41	0,89
UGaTop: Europa III	€*	/ 114,22	−0,05
UGTEuropa	€*	/ 130,62	0,43
UGTEuropa II	€*	/ 116,46	0,23
UGTop:Europa V	€*	/ 111,57	0,20
UI EM SovereignBds	€*	85,10 / 84,25	2,14
UIGa.95:AKWelt2020	€*	/ 134,98	1,55
UIGI.High.YieldBds	€*	43,10 / 42,67	1,84
UnGa95ChVielf2019II	€*	/ 97,29	0,26
Uni.Eur. M&S.Caps	€*	52,02 / 50,02	4,81
UniAbsoluterEnet-A	€*	45,23 / 45,23	0,00
UniAbsoluterErt. A	€*	45,74 / 44,84	0,04
UniAnlageMix: Kon	€*	101,12 / 100,12	
UniAsia	€*	77,28 / 73,60	6,72
UniAsia Pac.net	€*	136,90 / 136,90	6,12
UniAsia Pacific A	€*	139,48 / 134,12	6,15
UniAusschü. net- A	€*	50,20 / 50,20	1,54
UniAusschüttung A	€*	50,58 / 49,11	1,59
UniCommodities	€*	46,41 / 44,20	3,06
UniConvert.-Invest	€*	118,16 / 114,15	2,28
UniDividAss net A	€*	53,22 / 53,22	3,27
UniDividendenAss A	€*	55,49 / 53,36	3,30
UniDyn.Eur-net A	€*	56,78 / 56,78	4,70
UniDyn.Europa A	€*	96,29 / 92,59	4,72
UniDyn.Gl.-net- A	€*	39,93 / 39,93	7,07
UniDynamic Gl. A	€*	65,15 / 62,64	7,10
UniEM Fernost	€*	1781 / 1697	4,22
UniEM Osteuropa	€*	2115 / 2015	4,73
UniEMGlobal	€*	99,53 / 94,79	7,68
UniEuRe 5J	€*	53,42 / 51,34	0,06
UniEuRe CoDeu19nA	€*	/ 95,09	−0,07
UniEuRe CorDeut19A	€*	/ 95,58	−0,04
UniEuRe Corp A	€*	52,20 / 50,68	1,38
UniEuRe Corp M	€*	11599 / 11599	1,40
UniEuRe EM 2021	€*	99,23 / 96,31	0,41
UniEuRe EM2021netA	€*	96,68 / 95,71	0,38
UniEuRe Emerg Mkt	€*	47,35 / 45,97	1,21
UniEuRe Real Zins	€*	60,17 / 58,42	0,84
UniEuRe RealZins n	€*	59,80 / 59,80	0,81
UniEuRe Unan A	€*	97,67 / 94,79	0,41
UniEuRe Unan-net-A	€*	95,17 / 94,22	0,40
UniEurKap Corp-A	€*	37,54 / 36,80	0,66
UniEurKap.Co.net A	€*	37,44 / 37,44	0,65
UniEuroAnleihen	€*	56,28 / 54,64	1,07
UniEuroAspirant	€*	40,33 / 39,16	−0,23
UniEuroKapital	€*	65,56 / 64,27	0,17
UniEuroKapital-net	€*	41,45 / 41,45	0,14
UniEuropa	€*	2125 / 2024	5,08
UniEuropaRenta	€*	48,81 / 47,39	1,13
UniEuroR 2020-netA	€*	/ 96,40	0,04
UniEuroRenta 2020A	€*	/ 96,86	0,07
UniEuroSt.50 A	€*	51,78 / 49,79	4,78
UniEuroSt.50-net	€*	41,90 / 41,90	4,75
UniExtra EuroSt.50	€*	94,85 / 91,20	3,21
UniFavorit: Renten	€*	24,10 / 23,63	1,50
UniGaExt:D 2019 II	€*	/ 114,53	−0,01
UniGar: AkWelt2020	€*	/ 120,49	0,95
UniGar: Deut.2019	€*	/ 111,78	0,09
UniGar: Dtl.2019 II	€*	/ 109,95	0,09
UniGar: EM 2020 II	€*	/ 104,91	0,40
UniGar:EmMkt 2020	€*	/ 116,73	0,46
UniGarant:Nord2021	€*	/ 113,79	1,13
UniGarant95 2019	€*	/ 94,66	0,19
UniGarTop: Eur.IV	€*	/ 120,82	0,02
UniGlobal Div A	€*	113,51 / 108,10	3,89
UniGlobal Div-netA	€*	107,45 / 107,45	3,86
UniGlobal II A	€*	102,85 / 97,95	5,71
UniIndustrie 4.0A	€*	52,06 / 50,06	7,05
UniInst.S.-TCredit	€*	45,77 / 45,31	0,27
UniKonzept: Divi.A	€*	40,87 / 39,30	3,27
UniKonzept: Port A	€*	44,30 / 42,60	1,30
UniKonzept:D.net A	€*	40,24 / 40,24	3,22
UniKonzept:Po.netA	€*	43,57 / 43,57	1,27
UniMarktf. A	€*	49,22 / 47,33	5,56
UniMarktf. -net- A	€*	47,75 / 47,75	5,53
UniOpti4	€*	98,43 / 98,43	0,08
UniOptima	€*	738,82 / 731,50	0,16
UniOptimus-net-	€*	691,49 / 691,49	0,08
UniProAnl.2020/II	€*	115,51 / 115,51	0,69
UniProfiAn 2023	€*	/ 114,18	0,24
UniProfiAnl. 2021	€*	114,36 / 114,36	0,36
UniProfiAnl. 2025	€*	122,54 / 122,54	0,80
UniProfiAnl.2019II	€*	109,56 / 109,56	0,14
UniProfiAnl.2023II	€*	119,46 / 119,46	0,90
UniProfiAnlage2019	€*	/ 107,96	0,59
UniProfiAnlage2020	€*	105,34 / 105,34	0,26
UniProfiAnlage2024	€*	116,19 / 116,19	0,87
UniProfiAnlage2027	€*	126,17 / 126,17	1,58
UniRak Em. Mkts	€*	182,68 / 175,65	5,82
UniRak Nachh.A net	€*	77,02 / 77,02	3,85
UniRak NachhaltigA	€*	81,08 / 78,72	3,89
UniRak Nor -net- A	€*	54,80 / 54,80	4,63
UniRak Nordamera A	€*	55,17 / 53,56	4,64
UniRenta Corp A	€*	94,45 / 91,70	1,88
UniRes: Euro Corp.	€*	41,88 / 41,88	0,62
UniReserve: Euro A	€*	499,72 / 499,72	0,11
UniReserve: USD	$*	1027 / 1027	0,34
UniSec. Bas. Ind.	€*	117,58 / 113,06	6,09
UniSec. BioPha.	€*	117,19 / 112,68	2,64
UniSec. High Tech.	€*	110,28 / 106,04	7,93
UniStruktur	€*	103,66 / 100,64	2,26
UniVa. Europa A	€*	53,59 / 51,53	4,58
UniVa. Global A	€*	106,06 / 101,98	3,50
UniVa.Euro.-net-A	€*	51,95 / 51,95	4,56
UniVa.Glb-net-A	€*	101,15 / 101,15	3,47
UniVorsorge 1 ASP	€*	48,82 / 47,40	−0,02
UniVorsorge 1 AZP	€*	48,73 / 47,31	−0,02
UniVorsorge 2 ASP	€*	48,46 / 47,05	0,00
UniVorsorge 2 AZP	€*	48,64 / 47,22	−0,02
UniVorsorge 3 ASP	€*	51,15 / 49,66	0,16
UniVorsorge 3 AZP	€*	52,37 / 50,84	0,14
UniVorsorge 4 ASP	€*	56,35 / 54,71	0,46
UniVorsorge 4 AZP	€*	58,91 / 57,19	0,47
UniVorsorge 5 ASP	€*	64,86 / 62,97	1,16
UniVorsorge 5 AZP	€*	71,04 / 68,97	1,18
UniVorsorge 6 ASP	€*	68,85 / 66,84	1,84
UniVorsorge 6 AZP	€*	78,83 / 76,53	1,84
UniVorsorge 7 ASP	€*	71,36 / 69,28	2,32
UniVorsorge 7 AZP	€*	84,88 / 82,41	2,33
UniWirts.Aspirant	€*	29,95 / 29,08	0,00
VBMH VermögenBasis	€*	71,65 / 70,94	1,17

Union Investment Real Estate

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
UniImmo:Dt.	€*	97,60 / 92,95	0,11
UniImmo:Europa	€*	57,46 / 54,72	0,16
UniImmo:Global	€*	53,51 / 50,96	0,00

UNIVERSAL INVESTMENT
www.universal-investment.de | Kontakt für B2B-Partner: Tel. 069/71043 - 900

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Degussa Univ.Rent	€*	44,15 / 43,28	2,16
Spiekerm.& Co Str	€*	118,48 / 112,84	3,07

Universal-Investment-Luxembourg S.A.

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
CondorBalance-UI	€*	85,92 / 81,83	1,97
CondorChance-UI	€*	71,02 / 67,64	4,17
CondorTrends-UI	€*	78,46 / 74,72	4,89

WARBURG INVEST
www.warburg-fonds.com
Tel. +49 (40) 3282 - 5100

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Advisor Global	€	91,83 / 87,46	4,42
AE&S Struktur Sel	€	44,45 / 42,33	0,83
Aequo Global I	€	44,06 / 42,78	1,78
AES Rendite Selekt	€	60,04 / 58,29	0,62
AES Selekt A1	€	41,93 / 39,93	1,82
AFA Gl Werte Stab	€	17,98 / 16,95	1,14
BK FOKUS BASEL III	€	52,15 / 49,67	1,80
Bremen Trust	€	25,59 / 24,84	2,84
BUND TREND as R	€	58,87 / 57,16	−0,51
Classic	€	19,82 / 18,88	2,61
Degussa Pf.Priv.Ak.	€	92,09 / 87,70	5,42
DirkMüllerPremAktl	€	103,43 / 99,45	−0,61
Euro Renten-Trend	€	131,14 / 127,32	0,07
G&W-HDAX-Trendfds	€	49,59 / 47,23	3,63
Global Economic P.	€	60,66 / 57,77	2,30
MPF Global	€	48,26 / 48,26	3,04
Multi-Asset Sel R	€	76,45 / 72,81	1,68
ORDO - Rentenfonds	€	23,00 / 22,33	0,54
Portfolio Dynam T	€	14323 / 13641	2,92
PrivatConsult	€	60,94 / 58,04	2,31
Renten Plus	€	43,92 / 42,64	1,40
Sm&MICaps Europa R	€	82,04 / 78,13	3,33
Trend Alloc. Plus	€	174,03 / 167,34	2,69
Warb Portf Flex T	€	14043 / 13503	2,14
WI Selekt C - A -	€	60,04 / 57,18	1,96
WI Selekt D - A -	€	45,35 / 44,03	0,20
Zinstrend-Fonds	€	80,83 / 78,48	−0,25
Zukunft-Strategie	€	44,90 / 42,76	3,51

WARBURG INVEST LUXEMBOURG S.A.

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Sm&MidCaps Deut.R	€	224,13 / 213,46	1,29

W&W Asset Management Dublin

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Euro Corporate Bd.	€*	8,95 / 8,95	−0,67
SouthEast Asian Eq	€*	123,82 / 123,82	6,63

SONSTIGE FINANZPRODUKTE

Luxembourg Placement Funds

Name	Whrg.	Ausg./Rückn.	Perf.
Solitär	€*	1913 / 1913	2,06
Solitär II	€*	1414 / 1414	1,34

Allgemeine Erläuterungen
Investmentfonds nach Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)
Whrg.: Währung (A = Australischer Dollar, € = Euro, F = Schweizer Franken, £ = Brit. Pfund, ¥ = Japanische Yen, P = Polnischer Zloty, S = Schwedische Krone, $ = US-Dollar).
Ausg.: Ausgabepreis eines Fondsanteils zum angegebenen Tag.
Rückn.: Rücknahmepreis eines Fondsanteils zum angegebenen Tag.
Perf.: Performance auf Basis der letzten verfügbaren NAVs (Nettoinventarwerte). Berechnung nach BVI-Methode.
* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar.
Ausgabe / Rücknahmepreise werden bei mehr als vier Vorkomma- ohne Nachkommastellen abgebildet.
Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung und -empfehlung.



Turins Maestro

Juventus macht sich von Cristiano Ronaldo abhängig – und das ausgesprochen gerne

Von Julius Müller-Meiningen, Rom

Foto EPA

Fußball gilt im Allgemeinen als Mannschaftssport. Elf Spieler stehen ebenso vielen Gegnern gegenüber und versuchen sich im Lauf von 90 Minuten zu behaupten. Im Fall von Juventus Turin treffen diese Grundregeln nur bedingt zu. Beim italienischen Rekordmeister steht seit Beginn der Saison ein Arbeitnehmer in Diensten, der wohl niemals in seiner Karriere einen derartigen Sonderstatus genoss. Die Rede ist von Cristiano Ronaldo, 34 Jahre alt, geboren 1985 auf der portugiesischen Insel Madeira. Juventus ist ein Verein mit großem Selbstbewusstsein, ein immer noch von der stolzen Unternehmerfamilie Agnelli (Fiat) beherrschter Kosmos. Das sportliche Schicksal des Klubs wurde im vergangenen Sommer aber ganz bewusst aus der Hand gegeben. Juventus hat sich ganz dem Ausnahmespieler anvertraut.

Ronaldo begann seine internationale Karriere bei Sporting Lissabon, als 18-Jähriger wechselte er zu Manchester United, wo er 2008 seinen ersten Titel in der Champions League damals noch mit lautem Schluchzen auf dem regengetränkten Rasen im Moskauer Luschniki-Stadion beging. Von 2009 an war Ronaldo dann das Zugpferd im Starensemble von Real Madrid, weitere viermal gewann er die Champions League. So sehr wie nun bei Juventus ragte der Portugiese nie aus einem Profi-Ensemble heraus. Das führt selbstverständlich zur weiteren Glorifizierung seiner Person, einem durch das gewaltige Medien- und Publikumsinteresse beförderten Wesenszug des zeitgenössischen Fußballs. „Ronaldo hat gezeigt, dass er einer anderen Kategorie entstammt", sagte Juventus-Trainer Massimiliano Allegri nach dem Champions-League-Viertelfinale bei Ajax Amsterdam vergangene Woche. 1:1 endete das Hinspiel. Ronaldo erzielte per Flugkopfball das Tor, das Juventus Turin vor dem Rückspiel an diesem Dienstag auf den Einzug ins Halbfinale hoffen lässt. „Sein Rhythmus ist anders als der anderer Spieler, das ist einfach so", sagte Allegri, um den Sonderstatus seines wichtigsten Mitarbeiters zu untermalen.

Seit 1996 hat Juventus die Champions League nicht mehr gewonnen, zweimal scheiterte der Klub zuletzt im Finale (2015, 2017), dafür war auch Ronaldo mit seinen Toren für Real Madrid mitverantwortlich. Nun fragen sich manche in Italien, ob es angemessen ist, dass eine der besten Fußballmannschaften des Kontinents sich so sehr von einer Spielerpersönlichkeit abhängig macht. Es ist angemessen, lautet die einhellige Antwort in Turin. Ronaldo erzielte gegen das quicklebendige Ajax seinen 125. Treffer in der Champions League. Längst hat er mehr Treffer in der K.-o.-Runde (64) erzielt als in der Gruppenphase (61), was ein weiterer Hinweis auf seine Effizienz in den Partien ist, die für das Turiner Selbstverständnis nun so entscheidend sind. Zu sehen war das auch im Achtelfinal-Rückspiel gegen Atlético Madrid. Nach dem 0:2 im Hinspiel musste sich der empfindliche Ronaldo den Hohn des Madrider Publikums gefallen lassen. Die wenigsten rechneten mit einem Weiterkommen der Italiener nach diesem Ergebnis, noch nie konnte Juventus ein 0:2 in einem Europapokalspiel drehen. Doch der Portugiese erzielte beim 3:0 im Rückspiel alle Treffer, Juventus zog ins Viertelfinale ein. „Er hat die Fähigkeit, Berge mit seinen Gedanken zu versetzen", schreibt die „Gazzetta dello Sport" über die Zielgerichtetheit der Aktionen Ronaldos und seine offensichtliche mentale Stärke, im entscheidenden Moment die gefragte Leistung zu bringen.

„Vielleicht hat mich Juve genau deshalb verpflichtet", sagte Ronaldo durchaus zutreffend nach dem Sieg gegen Atlético. Getrübt wurde der Triumph nicht einmal von der 20 000-Euro-Strafe, die die Uefa wegen „ungebührlichen Verhaltens" verhängte. Ronaldo hatte die Atlético-Fans mit einer obszönen Geste provoziert, die sich inzwischen vor allem bei minderjährigen Juventus-Fans in Italien einiger Beliebtheit erfreut. Ronaldos Mannschaftskollege Emre Can verteidigte seinen Kollegen: „Angesichts seiner Leistung darf er antworten und jubeln, wie er will." Ronaldo genießt so etwas wie Narrenfreiheit in Turin, solange er den Traum vom Champions-League-Triumph am Leben hält. Für den 34-Jährigen gelten eigene Gesetze. „Der Ronaldo-Effekt ist enorm", sagte Can kürzlich. „In der Stadt, im Klub, in der Meisterschaft: Alle sprechen über ihn. Aber alle sprechen über den großartigen Spieler, für mich ist vor allem die Person wichtig, und er ist sehr freundschaftlich, ein Junge mit beiden Füßen am Boden."

Offenbar hätte der Turiner Heilsbringer am Wochenende auch gerne seine Mannschaft im Serie-A-Spiel gegen SPAL Ferrara unterstützt. Stattdessen setzte Trainer Allegri auf den Nachwuchs, die Partie ging 1:2 verloren. Immer noch liegt der italienische Meister mit 17 Punkten vor dem SSC Neapel an der Tabellenspitze, die achte Meisterschaft in Serie ist Juventus kaum noch zu nehmen. Für Ronaldo hat Allegri einen eigenen Rhythmus entwickelt. Nachdem er sich Ende März in der EM-Qualifikation mit Portugal am Oberschenkel verletzt hatte, schonte der Trainer seinen wichtigsten Akteur vier Liga-Spiele lang. Dem Hinspiel gegen Amsterdam drückte Ronaldo seinen Stempel auf, gegen Ferrara pausierte er wieder. Der Auftrag für das Rückspiel ist demnach klar: Der 34-Jährige soll die Partie mit seinen Toren entscheiden, nichts weiter.

Juventus Turin ist ohne Zweifel abhängig von Ronaldo – und das ausgesprochen gerne. Anlässlich der Veröffentlichung seiner jüngst erschienenen Autobiographie sagt Trainer Allegri über den viermaligen Weltfußballer: „Ihn zu haben ist eine Freude, er ist anders als die anderen, ein Maestro. Manchmal scheint er abwesend zu sein, aber in Wirklichkeit ist er immer voll da." Nach seinem wichtigen Treffer im Hinspiel gegen Ajax gab sich Ronaldo abgeklärt. „Glücklich, zurück zu sein und ein weiteres Tor in diesem wunderbaren Turnier gemacht zu haben", schrieb der Spieler mit untypischem Understatement in den sozialen Netzwerken. „Gut gemacht, Team!", fügte er hinzu. Für die Juventus-Gemeinde wäre es ebenso in Ordnung gewesen, wenn die unangefochtene Hauptfigur dieser Tage geschrieben hätte: „Gut gemacht, Ronaldo!"

Champions League

Viertelfinale, Rückspiele:

Juventus Turin – Ajax Amsterdam (1:1)	Di., 21.00
FC Barcelona – Manchester United (1:0)	Di., 21.00
FC Porto – FC Liverpool (0:2)	Mi., 21.00
Manchester City – Tottenham (0:1)	Mi., 21.00

Halbfinale, Hinspiele: 30. April/1. Mai 2019, Rückspiele: 7./8. Mai 2019, Finale: 1. Juni 2019 in Madrid

Gipfeltreffen ohne Sieger Köln und HSV spielen 1:1

Beste Zweitliga-Unterhaltung mit verdientem Ausgang

KÖLN. Es herrschte allerfeinste Bundesliga-Atmosphäre am Montagabend in Köln-Müngersdorf. 50 000 elektrisierte Menschen sangen, brüllten, jubelten und litten, intensiver war das Fußballerlebnis am zurückliegenden Wochenende auch eine Klasse höher in kaum einem Stadion. Und als dieser prachtvolle Zweitliga-Abend beendet war, freuten sich vor allen Dingen die Hamburger. Durch einem späten Treffer des jungen Angreifers Manuel Wintzheimer bringen sie ein wertvolles 1:1 mit an die Elbe – aus einem Spiel mit zwei sehr unterschiedlichen Hälften.

Vor der Pause hatte die Partie ziemlich exakt die derzeitige sportliche Situation der beiden Zweitliga-Giganten widergespiegelt. Die Kölner haben sich an der Tabellenspitze abgesetzt, die Zweifel am Gelingen des Aufstiegsprojekts waren schon vor dem Anpfiff so gut wie ausgelöscht, entsprechend selbstbewusst und druckvoll ging die Mannschaft von Trainer Markus Anfang in dieses Spiel. Der HSV hingegen steht trotz des Punktgewinns vor einem Saisonendspurt voller Unwägbarkeiten, spielte in Köln aber ein sehr beeindruckende zweite Hälfte. Zunächst jedoch agierten die Kölner dominant und souverän, gewannen die wichtigen Zweikämpfe und waren gefährlich vor dem Tor. Zunächst scheiterte Dominick Drexler noch zwei Mal am Hamburger Torhüter Julian Pollersbeck (18, 24.), bevor der Kölner Angreifer nach 26 Minuten dann doch zur längst verdienten Führung traf. Marco Höger hatte eine Ecke von Johannes Geis verlängert, Drexler lauerte am langen Pfosten und drückte den Ball aus kurzer Distanz über die Linie. Die Kameras schwenkten in diesem Moment auch auf Trainer Anfang, dessen erleichterte Mine gut zu seiner persönlichen Situation passte, die die Tage vor dem Spiel geprägt hatte. Vater Dieter Anfang hatte am vorigen Mittwoch vor dem Nachholspiel in Duisburg im Stadion einen Herzinfarkt erlitten und war in ein künstliches Koma versetzt worden. Tausende Menschen fühlten und fieberten mit dem Trainer und seiner Familie, die Mannschaft wärmte sich mit „Alles Jode Dieter"-T-Shirts auf. In den Stunden vor der Partie war dann bekannt geworden, dass der Vater aus dem künstlichen Koma aufgeweckt wurde und wieder ansprechbar ist. Diese Nachricht passte zur ausgelassenen Stimmung bei den Kölnern.

Wobei die Hamburger gleich nach dem Rückstand ein klein wenig mutiger wurden. Orel Mangala hatte eine Möglichkeit, trat aber aus guter Position am Ball vorbei (34.), Douglas Santos versuchte es mal aus der Ferne (41.), und die zweite Halbzeit gehörte dann dem HSV. Plötzlich hatten die Mannschaft von Trainer Hannes Wolf mehr Spielanteile, während die Kölner nur noch auf Konter lauerten, von denen einer durch eine taktisches Foul von Gideon Jung unterbunden wurde. Der schon mit Gelb verwarnte Mittelfeldspieler hatte Glück, dass er nicht vom Platz flog (58.). Chancen hatten sie auch, als Jorge Meré in höchster Not gegen Bakery Jatta rettete (53.) oder als Jatta aus spitzem Winkel die lange Ecke verfehlte (69.). Das 1:1 des eingewechselten Wintzheimer, der nach einer unzureichend geklärten Ecke traf (85.) war vollkommen verdient.

DANIEL THEWELEIT



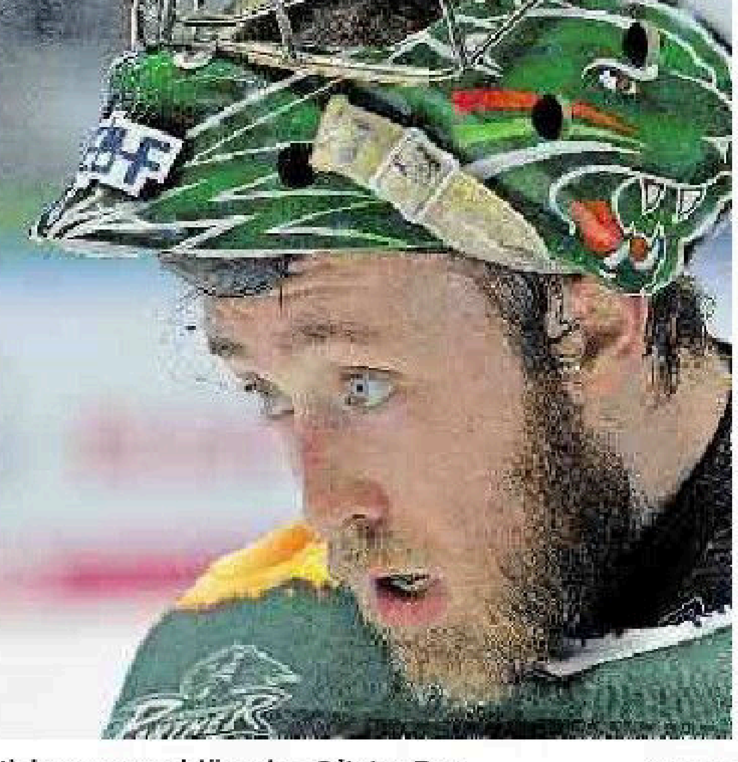
Kölner Torschütze: *Drexler* Foto Imago

Unbekannte Masken-Größe

Meister München verzweifelt an Panther-Torhüter Roy

AUGSBURG. Olivier Roy ist der Mann ohne Gesicht. Er trägt diesen Helm mit Gitter und schiebt seinen Kopfschutz nur hoch, wenn er trinken will. Auf der Maske prangt das Wappen seines Klubs und dessen Gründungsjahres: 1878. Der Augsburger EV ist der älteste Eissport treibende Verein Deutschlands und mit seiner Profi-Abteilung, den Panthern, derzeit das Thema Nummer eins im Eishockey. Augsburg hat den Serienmeister EHC München in der Halbfinalserie der Deutschen Eishockey Liga (DEL) in ein siebtes Spiel gezwungen. An diesem Dienstag wird die Entscheidung fallen, wer ins Finale gegen die Adler Mannheim einzieht. Sollte es dem Außenseiter Augsburg gelingen, wird es vor allem an Olivier Roy gelegen haben. Er ist der Torwart der Panther. Und der Mann, an dem die Münchner kaum vorbeikommen. Entschlüsseln konnten sie ihn in sechs Spielen nicht. Die Währung der Torhüter ist die Fangquote, Roy hat in – inklusive des Viertelfinales gegen Düsseldorf – 13 Spielen 93,95 Prozent der Schüsse auf sein Tor abgewehrt. Sein Meisterwerk war das dritte Halbfinale in München, das 104 Minuten dauerte, ehe die Augsburger 2:1 gewonnen hatten. Roy hielt siebzig Schüsse. Danach ließ er seinen Trainer Mike Stewart wissen: „Ich hätte noch zwei Drittel spielen können."

Olivier Roy ist 27 Jahre alt, Frankokanadier und heißt offiziell Olivier Bellavance-Roy. Die Augsburger verpflichteten ihn im November 2017 von den Eispiraten Crimmitschau aus der DEL2. Es war ein Transfer, dessen Sinn sich zunächst nicht erschloss. Die Panther hatten mit Jonathan Boutin und Ben Meisner zwei in Kanada ausgebildete Torhüter, die über den Vorzug der deutschen Staatsbürgerschaft verfügten. Roy indes würde eine der auf neun limitierten Importspieler-Stellen einnehmen. Ausgewiesen wurde er als Alternative, um Boutin und Meisner, die beide Verletzungspausen nehmen mussten, zu entlasten. „Wir wussten nicht, wie wir einen einschätzen sollten, der aus der zweiten Liga kommt", sagt Aleksander Polaczek, der vorige Saison noch Profi bei den Panthern war und nun eine Schiedsrichterlaufbahn anstrebt. Doch bald wurde der Mannschaft klar: Roy war als Nummer eins geholt worden. Er hat eine besondere Gabe: Durch seinen sicheren Umgang mit dem Schläger ist er in manchen Situationen wie ein zusätzlicher Feldspieler. Frankokanadische Schule. In Nordamerika hat er wie viele Kollegen, die in Europa landen, nicht die erhoffte Karriere gemacht. 2009 erwarben die Edmonton Oilers, das berühmte Team aus der National Hockey League (NHL), die Rechte an Roy. Doch der kanadische Junioren-Nationaltorwart schaffte es nur bis in die Farmteam-Ligen, versumpfte in Mannschaften wie Alaska Aces oder Idaho Steelheads. Auch in Europa spielte Roy weitab von den ersten Adressen, in Slowenien, Österreich und Crimmitschau. Er musste erst entdeckt werden. „Ich hatte ihn seit drei Jahren im Visier", sagt Mike Stewart, „und als es die Gelegenheit gab, ihn zu holen, haben wir das gemacht." Ein DEL-Halbfinale, das so läuft wie dieses, ist die ideale Bühne für einen Torhüter. Roy hat seinen Vertrag in Augsburg noch nicht verlängert, doch man sei auf einem guten Weg.



Nicht zu entschlüsseln: *Olivier Roy* Foto dpa

Zu den Münchner Stürmern, die gegen Olivier Roy bisher nicht zum Erfolg kamen, zählt Frank Mauer, der in der DEL-Hauptrunde 15 und in den Viertelfinals gegen die Eisbären Berlin drei Treffer erzielt hatte. „Er hat gute Reflexe", sagt Mauer über den Kanadier, „und die Augsburger machen die Räume vor ihm so eng, dass wir an die Rebounds erst gar nicht rankommen." Roy ist der wichtigste Mann im Defensivkonzept von Mike Stewart, der von seinen Feldspielern einfordert, dass sie die Schüsse des Gegners mit ihrem Körper blocken, „und zwar so, dass Olli die Schüsse kommen sieht. Dann hat er sie." Auf Stewart wirkt sein Torhüter „locker und fokussiert zugleich". Olivier Roy ist der Gegner, mit dem die Münchner nicht gerechnet haben. Die unbekannte Größe hinter der Maske.

GÜNTER KLEIN

In Kürze

200 000 Euro Strafe für Wolf

Das Fahrverbot für Marius Wolf von Borussia Dortmund wegen Fahrens ohne Führerschein ist auf zwei Monate festgelegt worden. Das teilte das Amtsgericht im unterfränkischen Kitzingen am Montag mit. Es bestätigte zudem eine Geldstrafe von 200 000 Euro für Wolf, der laut Gericht Ende März 2018 auf der Autobahn 3 bei Kitzingen bei einer Kontrolle erwischt worden war. Damals spielte der Fußballprofi für Eintracht Frankfurt. Der 23-Jährige muss 30 Tagessätze à 6666 Euro zahlen. (dpa)

Gedopter Radprofi Pantano

Der kolumbianische Radprofi Jarlinson Pantano ist bei einer Trainingskontrolle am 26. Februar dieses Jahres positiv auf das Blutdoping-Mittel Epo getestet worden. Das gab der Weltverband UCI bekannt, der den Teamkollegen von John Degenkolb bei Trek-Segafredo vorläufig suspendierte. Die Teamleitung zeigte sich „tief enttäuscht" über den Befund. „In Übereinstimmung mit unserer Nulltoleranzpolitik haben wir Pantano sofort suspendiert," , hieß es in einer Mitteilung des Rennstalls. Pantano hat allerdings noch das Recht, die Öffnung der B-Probe zu beantragen. (sid)

Neuer fehlt zwei Wochen

Manuel Neuer, der Torwart des Bundesliga-Tabellenführers FC Bayern München, hat sich beim Auswärtsspiel in Düsseldorf am Sonntag einen Muskelfaserriss in der Wade zugezogen und fällt für mindestens zwei Wochen aus. Der Nationalkeeper hatte sich beim 4:1 bei Fortuna Düsseldorf in der 53. Minute verletzt und musste daraufhin ausgewechselt werden. (dpa)

Alle eingenordet

Das IOC-Athletenforum zeigt vor allem: So gehen Machtausübung und Machterhalt

FRANKFURT. Hokuspokus Fidibus! Plötzlich, am Ende zweier langer Konferenztage, zauberte die charmante Assistentin Danka Bartekova einen bunten Strauß von Empfehlungen hervor. Sie winkte mit Papieren, von denen sie rasch einige in Amtssprache verfasste Texte vorlas. Lediglich die Überschriften der neun Kapitel wurden auf dem Bildschirm gezeigt. Dann ließ die IOC-Athletenvertreterin abstimmen. Wer ist dafür? Einige Hände gingen nach oben. Thomas Bach, der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), schaute sich um. Das reichte natürlich noch nicht. Und wer ist dagegen? Niemand? Wunderbar.

Immerhin: Ein klein wenig kannten die Teilnehmer am weltgrößten internationalen Athletenforum in Lausanne den Text, den sie da verabschiedeten, schon. Einige Passagen hatte ihnen Bach kurz zuvor in einer mehr als zweistündigen angeblichen Fragestunde ganz ähnlich vorgetragen. Was sie alles nicht wollen sollen, sinngemäß: individuelle Bezahlung fordern für ihren Beitrag zu den Spielen. Oder auf Leute hören, die nicht ins System eingefügt sind. Was sie wollen sollen: Die Überweisung des IOC an ihr Nationales Olympisches Komitee als Team-Bezahlung verstehen und damit zufrieden sein.

Wohlgemerkt: Was die Athletensprecher da so Hokuspokus verabschiedeten, waren wiederum Empfehlungen an die IOC-Exekutive, die angebliche Gemeinschaftshaltung zu unterstützen. Den Athleten gewissermaßen dabei zu helfen, sich den bewährten Geldverteilungsmechanismen unterzuordnen. Die Reaktion in diesem fünfzehnköpfigen Führungszirkel dürfte positiv ausfallen, auch wenn ihm nur ein Athletenvertreter angehört. Und ein Geschenk kommt dann auch: 10 000 Dollar für jede nationale und kontinentale Athletenkommission im Jahr.

Erst am nächsten Morgen beim Frühstück äußerten einige Teilnehmer, die sich überrumpelt fühlten, ihren Unmut. Das sollte also der Konsens sein, den die 350 Leute gemeinsam entwickelt hatten? Sie merkten, dass es noch viel zu lernen gibt: So also gehen Machtausübung und Machterhalt. Bach verließ die Arena am Sonntag als Sieger über seine Kritiker aus Athletenkreisen. Auch die Gefahr, die aus Deutschland drohte, hat er gebannt. Dort hatte das Bundeskartellamt das IOC dazu gebracht, die Regel 40 seiner Charta, die Werbebeschränkungen für Athleten während der Spiele zu lockern. Diese Lockerung gelte nicht für alle Nationen, sagte er in Lausanne. Die Sportler sollten mit ihren Nationalen Olympischen Komitees (NOK) individuelle Lösungen aushandeln.

Bach kann es den IOC-Vertragspartnern, den Sponsoren, den Weltverbänden und den Rechte-Kunden schriftlich zeigen: Von den Olympia-Teilnehmern droht dem Geschäftsmodell vorerst keine Gefahr. Alle eingenordet. Obwohl in der Fragestunde Dutzende Athletenvertreter nicht zu Wort gekommen waren. Auch Jonathan Koch, der Repräsentant von Athleten Deutschland e.V., meldete sich „wie ein Verrückter", aber vergeblich. Eigentlich hatte Bach zur Eröffnung den Athleten zugerufen: „Macht eure Stimmen hörbar."

In den vergangenen Monaten hatte die unabhängige deutsche Athletenvertretung das Finanzkonstrukt Olympia hinterfragt, Forderungen gestellt und internationale Unterstützung gefunden. Einen „fairen Anteil" verlangen diese Sportler an den Einnahmen aus Fernseh- und Sponsorengeldern, die zusammen immerhin 5,5 Milliarden Dollar in vier Jahren einbringen (siehe F.A.Z. vom 13. April). 25 Prozent warfen sie zunächst in den Raum, was nach dem Gießkannen-Prinzip 96 800 Dollar pro Olympia-Teilnehmer bedeuten würde. Verhandlungsgrundlage könnten aber auch schon die Mehreinnahmen aus dem steigenden Olympia-Gewinn sein, damit die bestehenden Systeme, genannt Solidarmodell, aufrechterhalten werden können. Schließlich ernähren sich manche Nationalen Olympischen Komitees und Sportarten hauptsächlich aus dem Olympia-Topf.

Die Verführungskraft solcher Rechnungen erreichte die Versammlung aus Athletenvertretern von NOKs, Weltverbänden, Behindertensport, Welt-Anti-Doping-Agentur und Olympia-Veranstaltern allerdings nie. Schon in der ersten Runde am Samstagvormittag wurde die Linie vorgegeben. Da fragte, fast wie bestellt, eine Basketballspielerin aus Mali, ob die IOC-Experten sie nicht in der aktuellen Diskussion auf das Laufende bringen könnten. Schon warf die IOC-Finanzchefin Lana Haddad, unterstützt vom IOC-Athletenvertreter James Tomkins, die Propagandamaschine an. Dass man, sollte man die Athleten bezahlen, aus dem olympischen Solidarmodell ein Kommerzmodell machen werde. Dass nur eine Handvoll privilegierter Athleten von dem Geld profitieren würde. Dass es viele Sportarten dann nicht mehr bei Olympia gäbe. Dass viele Länder dann nicht mehr teilnehmen könnten.

„Ich wusste, dass ich mit diesem Thema hier keinen Boden mehr gutmachen würde", sagt Jonathan Koch. So konzentrierte er sich auf das Netzwerken hinter den Kulissen. Sportler geben so schnell nicht auf. Die Erfahrung mit dem Bundeskartellamt lehrt allerdings, dass die rebellischen Athleten nur mit Hilfe von Institutionen weiterkommen dürften. „Mir wäre das anders lieber", sagte schon letzte Woche Max Hartung, der Vorsitzende von Athleten Deutschland. „Dass das IOC proaktiv handeln und nicht warten würde, bis die Athleten mit Behörden und auch mit Gerichten Druck machen. Dieses krasse Gegeneinander ist nicht in unserem Sinne. Man könnte doch verhandeln und sich auf einen fairen Kompromiss einigen."

EVI SIMEONI



„Erst einmal sacken lassen“: *Tiger Woods gewinnt zum fünften Mal das Masters.*

Fotos AFP, AP, Reuters, dpa

Ein wandelndes Wunder

Zwei Jahre ist es her, dass Tiger Woods klagte, er werde nie wieder Golf spielen können. Nun hat er zum fünften Mal das Masters gewonnen und ist „der Beste, der je gespielt hat“.

Von Wolfgang Scheffler, Augusta

Francesco Molinari hat es kommen sehen: „So, wie er letztes Jahr gespielt hat, wussten wir alle, es wird früher oder später passieren.“ Brooks Koepka bestätigte die Worte des Kollegen: „Wir wussten, dass er zurück ist, aber jetzt hat er hinter sein Comeback noch ein Ausrufezeichen gesetzt.“ Und was für eines! Vielleicht hatte sich dieser grandiose Triumph am Sonntag im vergangenen Jahr angedeutet – und doch fällt es schwer, nicht in Superlativen zu schwelgen, um zu beschreiben, was Tiger Woods mit seinem Masters-Sieg vollbrachte.

Denn mal ehrlich: Wer hätte noch vor zwei Jahren an ein Comeback von Tiger Woods geglaubt? Wer hätte es für möglich gehalten, dass Woods 22 Jahre nach seinem ersten Masters-Sieg und knapp elf Jahre nach seinem letzten Major-Sieg bei den US Open 2008 noch einmal bei einem der vier Traditionsturniere die gesamte Weltklasse auf der Zielgeraden wie in seinen besten Tagen mit grandiosen Schlägen und eisernen Nerven im Zaum hält? Dass er im Herbst seiner Karriere mit 43 Jahren als zweitältester Profi nach Jack Nicklaus (46 Jahre, 1986) beim Treffen der Meister in Augusta zum fünften Mal ins grüne Siegerjackett schlüpft und für seinen 15. Major-Titel das Rekordpreisgeld von 2,07 Millionen Dollar kassiert?

Drehen wir die Zeit nur um zwei Jahre zurück: 2017 flog der Superstar nur zum Champions Dinner des Masters am Dienstagabend ein, hatte sich Schmerzmittel spritzen lassen, um wenigstens für zwei, drei Stunden am Tisch sitzen zu können. „Es ist vorbei, ich werde nie mehr Golf spielen können“, klagte er im exklusiven Kreis der Masters-Champions. Noch am selben Abend flog er im Privatjet nach Hause nach Florida, wo er knapp zwei Monate später berauscht von einem Cocktail aus Schmerz- und Schlafmitteln orientierungslos in seinem Auto von der Polizei aufgegriffen wurde. Das Polizeifoto, dieser „Mug Shot“, ging um die Welt. Es war der Tiefpunkt seiner Karriere, die den Afroamerikaner in den zwölf Jahren seit seinem Wechsel ins Profilager im Spätsommer 1996 zu sportlich ungeahnten Höhen, Ruhm und Reichtum geführt und Golf eine ungeheure Publicity beschert hatte. Auf einmal interessierten sich auch Leute für diesen Sport, die Golf bisher für eine Beschäftigung reicher alter Herren gehalten hatten. „Ich glaube, dass ich viele Leute dazu gebracht habe, mit Golf anzufangen“, sagte Woods am Sonntag, darunter etliche, wie sein Mitspieler Tony Finau, die er am Sonntag besiegte.

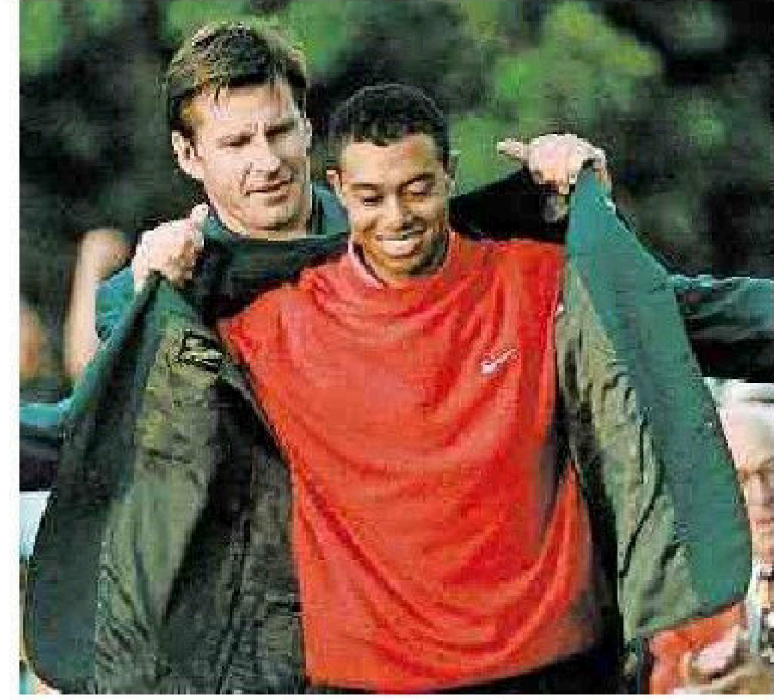
Bis zum November 2009, bis zu jener Nacht, als er mit seinem Auto gegen einen Hydranten fuhr und sein ausschweifendes Privatleben mit unzähligen Affären bekannt wurde, galt er als makelloses Aushängeschild, als idealer Werbepartner für zahlreiche Firmen. Dieser Unfall, die Scheidung von seiner schwedischen Ehefrau und die Therapie gegen seine Sexsucht in einer Klinik markierten den ersten Einschnitt in der Karriere eines Wunderkinds, das zum Superstar, zum großen Dominator der Golfwelt aufgestiegen war. Woods gewann zwar weiter Turniere, aber keines der vier Majors mehr, die im Profigolf als Maßstab einer Karriere gelten. Ihn plagten immer wieder Verletzungen. Nach vier Knieoperationen spielte der Rücken nicht mehr mit, drei kleinere Eingriffe brachten keine Linderung. „Ich konnte kaum gehen, nicht sitzen, nicht liegen, ich konnte kaum etwas machen“, beschrieb er am Sonntag seine Leidenszeit. Als letzter Ausweg blieb ihm nur die Versteifung zweier Lendenwirbel, ein Eingriff, dem er sich vor zwei Jahren unterzog. „Diese Operation hat mir die Chance gegeben, wieder ein normales Leben zu führen. Und auf einmal merkte ich, dass ich auch wieder einen Golfschläger schwingen kann. Mein Körper ist zwar nicht mehr der alte, aber ich habe noch immer gute Hände“, sagte Woods. Als er 2018 wieder als Akteur zum Masters zurückkehrte, beschrieb er sich als „wandelndes Wunder“.

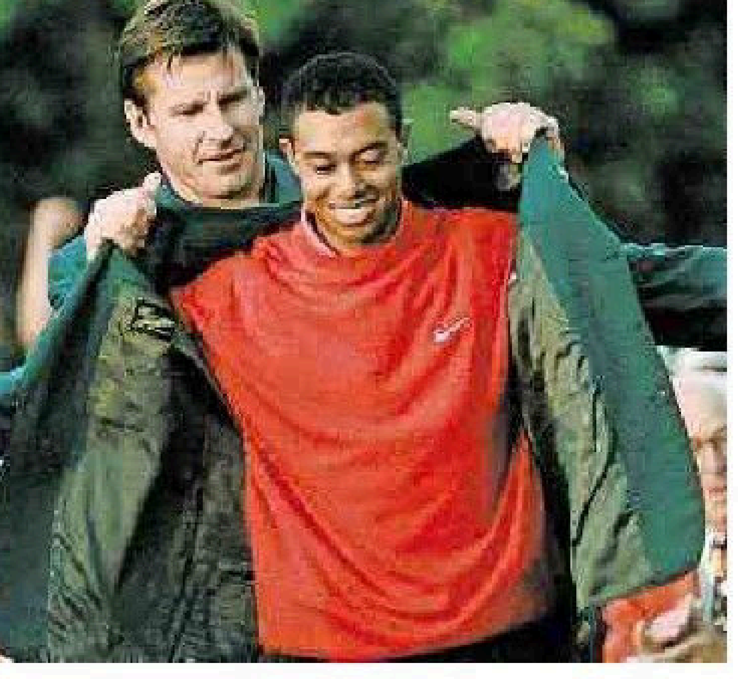
Es wirkte wie ein kleines Mysterium, dass der Tiger schon bei den vergangenen beiden Majors, bei der British Open und der PGA Championship, um den Sieg mitspielte. Der Publikumsliebling musste sich zwar Molinari und Koepka geschlagen geben. Dennoch reifte so langsam in ihm der Glaube, noch immer in der Weltelite mithalten zu können. Die letzte Gewissheit kam mit seinem Sieg bei der Tour Championship, dem Abschlussturnier der PGA Tour in Atlanta im vergangenen September, der 80. Erfolg auf der PGA Tour und der erste seit rund fünf Jahren. „Gegen die 30 Besten der Tour zu gewinnen hat mir unheimliches Selbstvertrauen gegeben“, beschrieb Woods den langen Prozess zurück zu alter Klasse. Er hat zwar nicht mehr den Längenvorteil seiner frühen Jahre, kann aber locker mit den „Bombern“ der Tour mithalten. Vor allem kann er den Ball in beide Richtungen, mal Links-rechts, mal Rechts-links ins Ziel steuern, eine Fähigkeit, die auf dem Platz im Nordosten des Bundesstaates Georgia von ungeheurem Vorteil ist.

Aber gute Golfschläge reichen nicht, um bei Majors zu triumphieren. Auf den letzten Löchern dieser ultimativen Tests werden noch ganz andere Qualitäten abgefragt. Hat man die Nervenkraft, Fehler zu vermeiden und selbst entscheidende Putts zu lochen? Während Molinari und auch Koepka den Ball am 12. Loch im Wasser versenkten, spielte Woods auf Sicherheit und nutzte dann seine Birdie-Chancen. Als er am 15. Loch erstmals allein die Führung übernahm, ließ er sich den Sieg nicht mehr nehmen.

„Es ist das größte Comeback, das die Welt je gesehen hat. Ich freue mich, dass er zurück ist. Es war cool, das zu erleben, obwohl ich nur Zweiter wurde“, schwärmte Koepka, der sich wie seine Landsleute Dustin Johnson und Xander Schauffele mit einem Schlag Rückstand geschlagen geben musste. Koepka, der in der Gruppe vor Woods spielte, verweilte nach seinem letzten Putt hinter dem 18. Loch, um mitzuerleben, wie Woods und die Heerscharen von Fans, die ihn begleiteten, in Jubelstürme ausbrachen. Der zweimalige US-Open-Sieger freut sich, dass er auch in Zukunft weiter „gegen den Besten, der je gespielt hat“, antreten kann. „Ich habe alles gegeben, aber Tiger ist einfach gut. Ich weiß nicht, was ich noch sagen soll“, suchte der Modellathlet aus Florida vergeblich nach weiteren Prädikaten.

Sein Landsmann Finau stimmte, obwohl er von Platz zwei auf Platz fünf zurückgefallen war, in die Lobeshymnen ein: „Man kann einfach nicht in Worte fassen, was Tiger für Golf getan hat. Es ist großartig, dass er sein 15. Major gewonnen hat. Er wird auch in Zukunft eine Macht in diesem Sport sein, mit der man rechnen muss.“ Woods wehrte diese Anspielung auf die Chance, doch noch den Rekord von Jack Nicklaus mit 18 Major-Siegen, darunter sechs Erfolge beim Masters, brechen zu können, elegant ab: „Erst einmal muss ich diesen Erfolg richtig sacken lassen. Ich kann es kaum erwarten, diesen Sieg noch einmal im Fernsehen anzuschauen“, sagte Woods. Der übertragende Sender CBS tat ihm den Gefallen. Weil das Turnier wegen der vorhergesagten Gewitter diesmal schon am frühen Nachmittag endete, wurden die gesamten rund fünf Stunden der Übertragung direkt nach dem Ende wiederholt. Nicht nur Woods wird diese Bilder genossen haben.

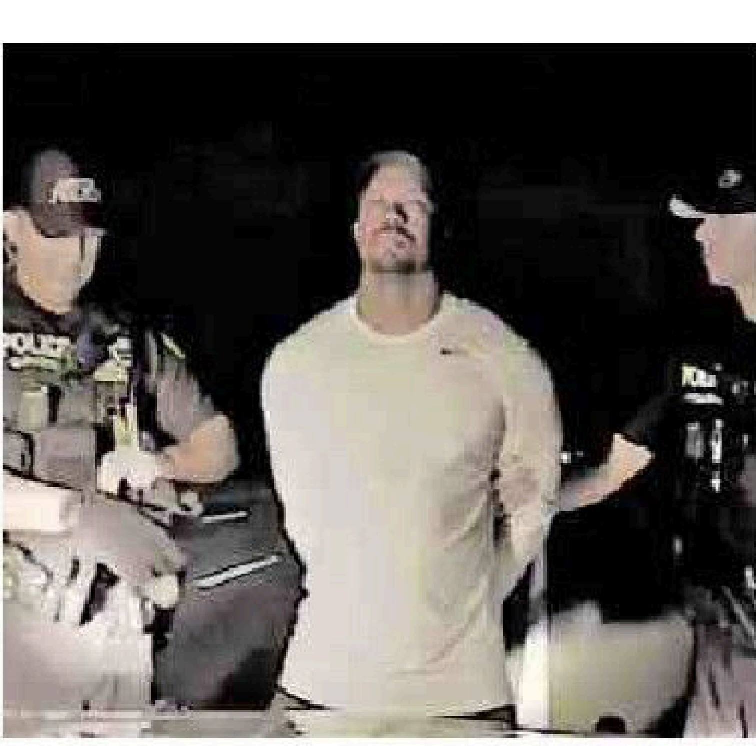




13. April 1997: *Der erste Sieg in Augusta, Georgia*



14. April 2019: *22 Jahre später wieder im grünen Jackett*



29. Mai 2017: *Festnahme in Jupiter, Florida*

„Gratulation, Tiger! Zurückzukommen und das Masters zu gewinnen nach den ganzen Höhen und Tiefen ist ein Zeugnis von Exzellenz, Beständigkeit und Entschlossenheit.“

Der frühere amerikanische Präsident **Barack Obama**

„Ein wirklich großer Champion. Ich liebe Leute, die unter großem Druck stehen. Was für ein phantastisches Comeback für einen wirklich großartigen Kerl!“

Der amerikanische Präsident **Donald Trump**

Triumphe und Tiefpunkte

- **Oktober 1996:** Beim Las Vegas Invitational gelingt Woods der erste Sieg auf der PGA-Tour.
- **April 1997:** Woods triumphiert zum ersten Mal beim Masters. Mit 21 Jahren ist er der jüngste Champion, der das Turnier in Augusta gewinnen konnte.
- **April 2001:** Der zweite Sieg beim legendären Masters. Zu diesem Zeitpunkt hält er alle Titel der vier Major-Turniere gleichzeitig. Das ist bis heute keinem weiteren Spieler gelungen.
- **Oktober 2004:** Woods heiratet die Schwedin Elin Nordegren.
- **Juni 2008:** Woods gewinnt die US Open in Torrey Pines und sichert sich im Play-off seinen 14. Major-Titel.
- **November 2009:** Der Amerikaner fährt mit seinem Wagen gegen einen Baum und einen Hydranten vor seinem Haus in Florida. In den nächsten Wochen berichten Medien von mehreren außerehelichen Affären. Er verliert wichtige Sponsorenverträge. Woods nimmt sich eine Auszeit und kehrt erst zum Masters im April 2010 auf den Golfplatz zurück.
- **August 2010:** Die Scheidung von seiner Ehefrau ist abgeschlossen.
- **August 2013:** Achter Sieg beim Bridgestone Invitational. Es ist sein 79. Erfolg auf der US-Tour.
- **April 2014:** Woods muss sich am Rücken operieren lassen und kann zum ersten Mal nicht beim Masters abschlagen.
- **Mai 2015:** Nach einer fast dreijährigen Beziehung trennen sich Woods und der Ski-Star Lindsey Vonn.
- **September 2015:** Die zweite Rückenoperation steht an.
- **Oktober 2015:** Woods muss zum dritten Mal am Rücken operiert werden.
- **Dezember 2016:** Nach 15 Monaten Pause gibt er sein Comeback bei einem Einladungsturnier auf den Bahamas.
- **Februar 2017:** Bei der Dubai Desert Classic treten abermals Rückenprobleme auf.
- **April 2017:** Woods wird zum vierten Mal am lädierten Rücken operiert.
- **Mai 2017:** Woods wird in Florida wegen Drogenmissbrauchs am Steuer festgenommen. Die Bilder des schwer gezeichneten Golfstars erschrecken die Öffentlichkeit. Woods begibt sich in stationäre Behandlung.
- **November 2017:** Bei seinem nächsten Comeback tritt Woods als 1199. der Weltrangliste bei einem Einladungsturnier auf den Bahamas an. Es ist die tiefste Plazierung seiner Karriere.
- **August 2018:** Bei der PGA Championship in St. Louis verpasst er als Zweiter nur knapp seinen 15. Major-Titel.
- **September 2018:** Woods triumphiert beim Saisonfinale der PGA-Tour in Atlanta, es ist der 80. Sieg auf der Tour.
- **April 2019:** Im Augusta National Golf Club triumphiert Woods zum fünften Mal beim Masters. Es ist sein 15. Erfolg bei einem Major-Turnier.

dpa

Sieger Tiger Woods

Einer, der Schwächen hat

Von Tobias Schrörs

Tiger Woods ist zurück. Nach elf Jahren hat der gefallene Held beim Masters gesiegt. Tigers Stern sank, als vor mehr als neun Jahren sein ausschweifendes Privatleben bekannt wurde. Der Typ, der mit seinem Auto gegen einen Hydranten prallte, dessen Ehe zerbrach und der unter einer Sexsucht litt, taugte nicht mehr zum Idol. Operationen an Knien und Rücken folgten. Dann der Tiefpunkt vor zwei Jahren: Die Polizei greift den orientierungslosen Mann, der von einem Cocktail aus Schmerz- und Schlafmitteln berauscht ist, in seinem Auto auf. Hat ihm da eigentlich jemand per Twitter seine besten Genesungswünsche übermittelt? Man müsste Jan Ullrich fragen, wie viele Freunde den Gescheiterten zur Seite stehen.

Nun verneigt sich die Welt vor dem Mann, den sie schon abgeschrieben hatte. Der Topstar der amerikanischen Basketball-Profiliga NBA, Stephen Curry, spricht sogar von der größten Comeback-Geschichte im Sport. Das ist übertrieben. Wer oder was wäre schon der Maßstab für das Optimum? Auch Michael Jordan und Muhammad Ali sind nach harten Zeiten wieder auf die Weltbühne des Sports zurückgekehrt. Aber das tut nichts zur Sache. Entscheidend ist, dass wir endlich wieder einen Menschen feiern können, der genauso mittelmäßig erscheint wie wir und der es trotzdem wieder geschafft hat. Wie sich Rückenprobleme, Affären und Suchtkrankheiten anfühlen, können viele Menschen nachempfinden. Wie es ist, als Champion an der einsamen Spitze zu stehen, wissen die wenigsten. Jetzt steht dort oben einer, der Schwächen hat.

Tiger Woods ist wieder wer, ist wieder jemand in einer Welt, in der Perfektion und Erfolg die Existenz eines Individuums legitimieren. Keine Frage: Den Leistungsgedanken zu verkennen, hieße den Spitzensport zu verkennen. Nur hat alles seine Grenzen. Der Champion von Augusta muss sich davor hüten, in den kommenden Jahren in die nächste Sucht zu verfallen, die Sportlern droht. Sie lässt sich auf diese Formel bringen: Ich habe Erfolg, also bin ich. Muhammad Ali hat ein großes Comeback gefeiert und den Absprung nicht geschafft. Wie sagte noch die Bundeskanzlerin, als sie ihren Rücktritt als CDU-Parteivorsitzende ankündigte? „Wir alle stehen in der Zeit.“

Chancenlos: Alba unterliegt Valencia

FRANKFURT (dpa). Alba Berlin hat die Finalserie im Eurocup verloren und damit den größten Erfolg eines deutschen Basketballklubs in einem europäischen Wettbewerb verpasst. Am Montagabend unterlagen die überforderten Berliner bei Valencia Basket 63:89 und mussten sich den hoch überlegenen Spaniern nach insgesamt drei Spielen 1:2 geschlagen geben. Erfolgreichste Berliner Werfer waren Peyton Siva mit 14 und Rokas Giedraitis mit 19 Punkten. „Man ist immer traurig und enttäuscht, wenn man ein Finale verliert. Aber wir dürfen nicht vergessen, gegen wen wir heute gespielt haben“, sagte Sportdirektor Himar Ojeda.

24 Jahre nach dem Gewinn des damaligen Korac-Cups blieb der Traum vom zweiten internationalen Titel für Alba damit unerfüllt. Während Rekordsieger Valencia den Eurocup zum vierten Mal holte, verloren die Berliner unter Trainer Aíto García Reneses das nächste Finale. Schon im Pokal und im Kampf um die deutsche Meisterschaft hatte es in den vergangenen Jahren insgesamt drei bittere Niederlagen gegeben.

Ergebnisse

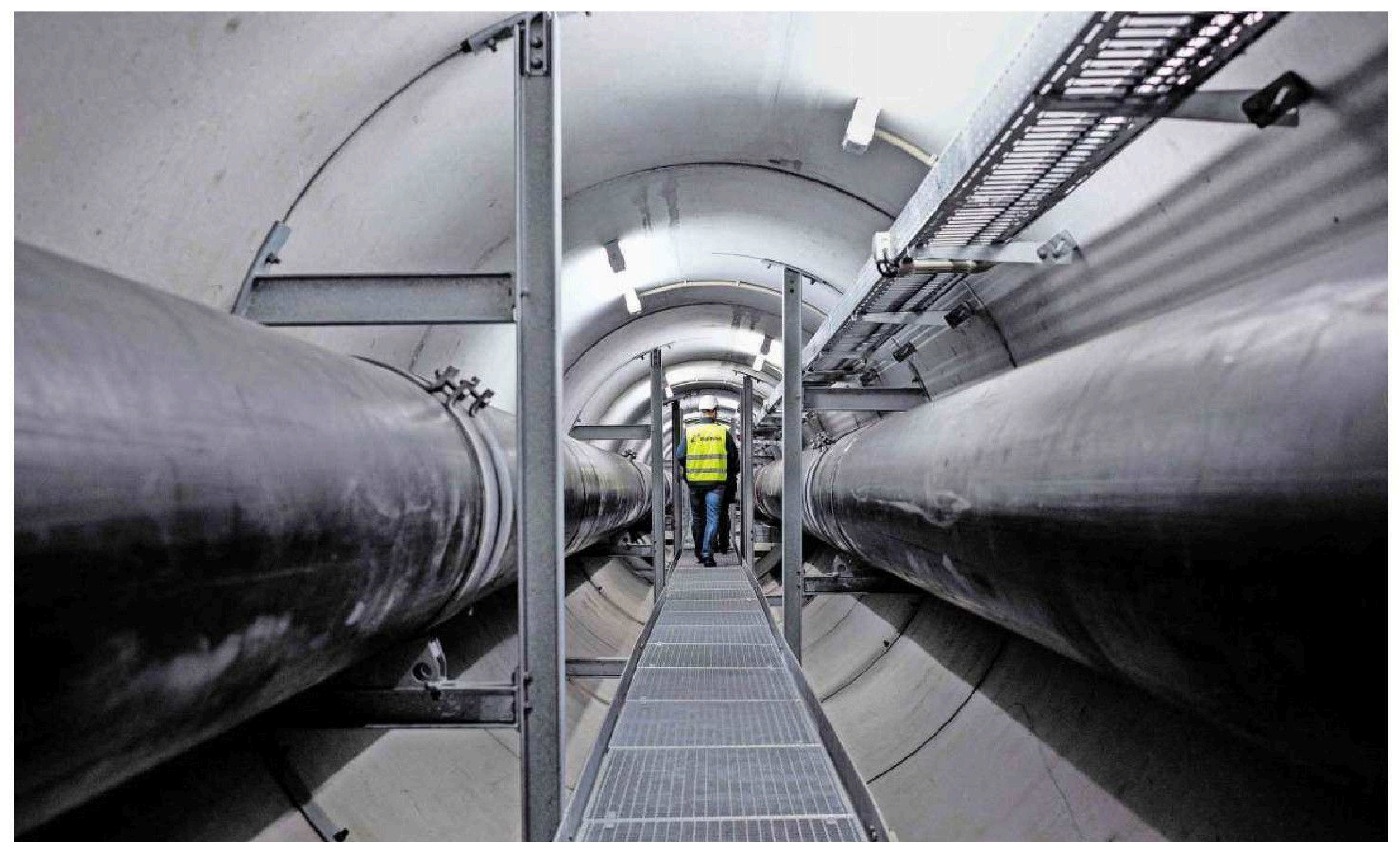
Fußball, Dritte Liga: Würzburg – Karlsruhe 0:0. – Tabellenspitze: 1. Osnabrück 70 Pkt., 2. Karlsruhe 59, 3. Wehen Wiesbaden 58, 4. Halle 56.

Tennis, ATP-Tour in Monte Carlo, Herren, Einzel (5,207 Mio. Euro), 1. Runde: Struff (Warstein) – Shapovalov (Kanada) 5:7, 6:3, 6:1, Kohlschreiber (Augsburg) – Daniel (Japan) 6:1, 6:3.

Sport live im Fernsehen

EUROSPORT 1: 12 Uhr: Rad, Türkei-Rundfahrt, erste Etappe.

SPORT 1: 19.15 Uhr: Eishockey, DEL, Play-offs, Halbfinale, 7. Spiel: EHC München – Augsburger Panther.



Tunnelblick: *Fernwärme durchzieht die Mainmetropole auf von oben unsichtbaren Wegen.*

Foto Daniel Vogl

Leben in der Unterwelt

Das Herz einer Metropole schlägt auch unter dem Asphalt. Doch ein Blick auf Kabel, Rohre und Tunnel in Frankfurt offenbart: Im Untergrund wird es langsam eng.

Von Anna-Lena Niemann

Der Eingang zur Frankfurter Unterwelt liegt in Niederrad. Wer hier zu lange in den Himmel starrt, dem droht der tiefe Fall. Die Luke liegt unscheinbar zwischen einer Bahntrasse und einem Parkhaus. Oben platte Wiese, unten geht es zum sogenannten Maindüker. Das Stahlgerüst der Treppen klirrt ganz leicht bei jedem Schritt abwärts. Es geht 24 Meter in die Tiefe, der Himmel oben verengt sich von Etage zu Etage zu einem kleiner werdenden Quadrat. Wer da runter will, muss aber erst mal am Hausherrn dieses unterirdischen Gebildes vorbei: Matthias Dartsch. Frei von Höhenschwindel und Platzangst ist er, in jedem Fall lässt er sich nichts anmerken, weder beim Abstieg in den Schacht noch im Tunnel.

Der 38 Jahre alte Ingenieur ist Sachgebietsleiter bei dem Energieversorger Mainova. Seit 2016 ist er der Mann für die Betriebsführung im Fernwärmenetz, also kurz bevor der Maindüker in Betrieb genommen wurde. Die Druckleitungen verbinden das Müllheizkraftwerk Nordweststadt mit dem Heizkraftwerk Niederrad im Süden der Stadt. Zwei Fernwärmeleitungen liegen in dem Tunnel, eine für den Rücklauf, eine für den Vorlauf. Das Kraftwerk soll dadurch effizienter ausgelastet werden, Heizkurven je nach Tages- und Jahreszeit lassen sich ausgleichen. Die Mainova rechnet damit, durch den Ausbau der Fernwärme jährlich rund 100 000 Tonnen CO_2 einzusparen.

Nun rauscht heißes Wasser durch die Rohre tief in der Erde, über ihnen fließt das kühle Wasser des Mains. 300 Meter lang ist der Tunnel und 24 Meter tief, 18 Monate vergingen zwischen dem ersten Spatenstich und dem Aufdrehen der Hähne. Etwa elf Millionen Euro hat sich der Energieversorger das Projekt kosten lassen. Es war auch deshalb so teuer, weil der Düker für die Wartungen begehbar sein sollte. Zwischen Tunnelwand und der Sohle des Mains liegen etwa zehn Meter Erdreich. Sollte einmal Wasser in den Düker eindringen, hat das Team direkten Zugang zu der Anlage. In die Wärmedämmung der Rohre ist mit Hilfe zweier Kabel ein simples Leckwarnsystem integriert. Dringt Wasser in die Isolierung ein, verändert sich der Widerstand in den Stromleitungen, die Betreiber wären gewarnt.

Normalerweise erfordert ein Spaziergang unter dem Main aber viel Vorbereitung, spontan dürfe niemand durch den unterirdischen Düker laufen, erklärt Dartsch. Neben den Technikern brauche man mindestens drei weitere Leute. Zwei von ihnen müssen auf beiden Uferseiten des Tunnels über die geöffneten Luken und Rettungswege wachen. Warum? Damit sichergestellt sei, dass immer Luft durch den dreihundert Meter langen Tunnel zirkulieren kann. Die Wirkung dessen spürt man unten, je weiter man sich von Niederrad entfernt. Die Öffnung auf dieser Uferseite ist deutlich größer, weil sie beim Bau des Tunnels als Startschacht diente. Von hier fraß sich die 123 Tonnen schwere Tunnelvortriebsmaschine durch das Gestein unter dem Main. Pro Tag schaffte sie 16 Meter, zentimetergenau und fast so geschmeidig wie ein Wurm im Blumenbeet.

In Niederrad ist die Luft noch frisch. Je weiter man durch den dreihundert Meter langen Tunnel schreitet, rüber zum Gutleutviertel, desto heißer und stickiger wird es. Und da kommt die dritte Person ins Spiel. Sie läuft durch den Tunnel vorweg und was früher der Kanarienvogel im Bergwerk war, ist heute ein piepsendes Messgerät. Methan, Kohlendioxid oder Kohlenmonoxid – sollte einer der Werte den verträglichen Rahmen überschreiten, warnt es. Ohne diese beiden, Techniker und Messgerät, dürfte sich hier unten niemand aufhalten.

Was so aufwendig in die tiefen Schichten einer Großstadt versenkt wird, muss möglichst lange halten. Der Tunnel soll über Jahrzehnte genutzt werden können. Besonders die Betonwände müssen strapazierfähig sein. Innen herrscht Hitze, im Schnitt beträgt die Wassertemperatur in den Rohren bei einem Druck von acht Bar rund 110 Grad Celsius. An den Wänden außen hingegen ist es kalt, Erdreich und Gestein kühlen. Die Betonwände der Röhre müssen das aushalten können. Zumal die Bedeutung des Tunnels als Versorgungsleitung eher wachsen als verschwinden dürfte. „Das Netz wächst zusehend“, sagt Dartsch. Rund 5500 Gebäude sind an die Fernwärmeversorgung angeschlossen, 300 Kilometer Rohrleitungen durchziehen die Stadt. Etwa zwei bis zweieinhalb Meter unter der Straßenoberfläche liegt das Netz verborgen. Nur an wenigen Orten, wie am Niederräder Ufer, sind die blanken Leitungen in der Edelstahlverkleidung auch überirdisch zu sehen. Einfacher werde es nicht, sagt Dartsch. „Wir bewegen uns in einem beengten, sehr dichten Raum.“ Nicht nur oberhalb der Straße wächst die Konkurrenz um den städtischen Raum, auch im Untergrund wird es eng.

Das bekommt Ingo Kühn zu spüren. Ausgerechnet eine Fernwärmeleitung der Mainova beschäftigt ihn gerade besonders. Denn sie verläuft unmittelbar nahe der Stelle, an der in Zukunft die verlängerte U-Bahn-Linie 5 das Europaviertel in Frankfurts Westen durchziehen soll. Der 40 Jahre alte Kühn verantwortet als Geschäftsführer und Projektleiter den Großbau. Bevor die Baustelle besichtigt wird, sitzt er mit seinem Stellvertreter Thomas Canelada gegenüber des Einkaufszentrums Skyline Plaza in so etwas wie der Kommandozentrale. In dem Container hängen Skizzen und Baupläne an den Wänden. Eine kleine Baugalerie, auch als Durchhalteparole für die Anwohner, für die es einmal in der Woche in dem Container eine Bürgersprechstunde gibt. Sie sollen eine Idee davon bekommen, wie es aussieht, wenn alles fertig ist, damit sie milde mit dem umgehen, wie es im Moment manchmal noch ist: laut, voll und schwefelig.

Der Geruch wabert über die ganze Baustelle. Kühn erklärt, das liege an den Brunnenbohrungen, die bei tieferen Baugruben in Frankfurt nötig seien. Auf seiner Baustelle sind diese Brunnen bis zu 40 Meter tief. Zuerst müssen die Gruben nach außen abgedichtet werden. Betonwände werden tief in den Boden eingezogen, über die Brunnenrohre wird das schwefelhaltige Wasser anschließend abgepumpt. Dann heißt es warten und hoffen, dass penibel gearbeitet wurde und kein Wasser nachläuft. Dieser Schritt sei nicht nur für die Bauarbeiten selbst wichtig, sagt Kühn. Würde der Grundwasserspiegel fallen oder Wasser aus dem umliegenden Erdreich in die Grube einsickern, wäre die Statik der angrenzenden Gebäude gefährdet.

Auf der anderen Straßenseite des Containers: der unverstellte Blick in den Frankfurter Abgrund. In Zukunft soll der „Güterplatz“ heißen. Auf der verlängerten Linie der U5 wird „Güterplatz“ die erste Station hinter dem Hauptbahnhof sein, und die einzige, die vollständig unter der Erde liegen wird, 25 Meter tief. Aus Kostengründen werden die anderen drei Stationen über der Erde liegen. Unweit davon ist die sogenannte Startbaugrube auf 80 Meter Länge mitten auf der Europa-Allee schon größtenteils ausgehoben. Der Tunnelvortrieb, der die Stationen Güterplatz und Hauptbahnhof miteinander verbinden soll, sei für die zweite Hälfte dieses Jahres geplant, sagt Kühn. Zwei Tunnelröhren werden gegraben. Jede von ihnen hat einen Durchmesser von fast sechs Metern. Bis eine Röhre gebohrt ist, wird es zwischen vier und fünf Monate dauern. Die Vortriebsmaschine zurückzuziehen und wieder aufzubauen, um den zweiten Tunnel zu bohren, dauert noch mal so lange. Dann braucht auch die U-Bahn noch allerlei Begleitwerk, Stromleitungen, Lüftungssysteme und Rettungswege. „Wir versuchen den Tunnel so autark wie möglich zu gestalten“, sagt Kühn. Das heißt, wer auch immer eine Leitung auf ähnlicher Route verlegt wissen will, muss wieder einen eigenen Tunnel buddeln. Die dann vorhandene Struktur dürfe nicht mitbenutzt werden.

Vor fünf Jahren begann die eigens für das Projekt gegründete SBEV, eine Tochtergesellschaft der Rhein-Main-Verkehrsbetriebe, das Baufeld freizulegen. Und das hat nicht darauf gewartet, einem Bahntunnel Platz zu machen. Der Untergrund der Stadt bindet ein ganzes Sammelsurium städtischer Versorgungsleitungen – so wie das Fernwärmerohr der Mainova. Diese Leitungen beiseite zu schaffen, ohne die Versorgung zu kappen, ist schon schwierig genug. „Baufreiheit schaffen“, wie es Kühn und Canelada formulieren. Doch ein weiteres Problem auf dem Weg zur Baufreiheit kommt noch dazu: Nicht jedes Kabel und jedes Rohr ist auch auf Karten offiziell verzeichnet worden. „Es gibt immer Leitungen, die man nicht kennt“, sagt Canelada. Was dann beginne, sei echte Kleinstarbeit.

Alle Leitungsträger – in Frankfurt sind das um die 40 – müssen kontaktiert werden. Canelada sagt, bei den Bauarbeiten sei beispielsweise ein Datenkabel gefunden worden und niemand wusste, wer es verlegt hatte oder was passieren würde, wenn es gekappt würde. Gehört es der Nato oder der Deutschen Bahn?

Klar war nur, irgendwann müsste es weichen. Genau wie eine 100 000-Volt-Leitung, drei Meter dicke Kabelpakete, Gas- und Wasserleitungen. Eineinhalb Jahre dauerte es, alle Leitungen zu versetzen, 2015 war auf der Baustelle alles bereit. „Wahrscheinlich sind jetzt keine Kabel mehr im Weg“, sagt Canelada. Ganz sicher könne man sich aber nie sein. Dabei sind verlassene Kabel nicht die einzige Überraschung, die der Frankfurter Untergrund bereithält. Auf Höhe des Boulevard Ost wurden Reste von Kampfmitteln gefunden. Eine sogenannte Volumenräumung wurde nötig, der ganze Boden musste Kubikmeter für Kubikmeter gesiebt werden. Die Verzögerung für die Bauarbeiten: ein Dreivierteljahr.

In einer dichten Großstadt wie Frankfurt am Main ist ein solches Großprojekt immer schwierig. Die Stadt ist ohnehin kompakt, eigentlich ein Ort der Vertikale, und die einzige in Deutschland, die tatsächlich eine Skyline hat, die ihren Namen auch verdient. Ob oben alles funktioniert, hängt aber vom unterirdischen Kreislauf aus Strom, Wasser, Gas, Datenkabeln und Verkehrswegen ab. Doch mit dem Tempo, in dem das Europaviertel wächst, kann der Tunnelbau der U5 nicht mithalten. Die damals noch gar nicht so alte Asphaltdecke der Europa-Allee musste auf knapp 200 Meter Länge für die offene Baugrube wieder aufgebrochen werden. „Bauen auf der grünen Wiese wäre sehr viel einfacher“, sagt Canelada. Nur, wenn es in der Stadt noch grüne Wiesen gibt, freuen sich die Frankfurter, wenn sie genau das eben auch bleiben.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Öko-Pyrrhussieg

Von Holger Appel

Fiat läuft wegen seiner ineffizienten Motoren in Strafzahlungen hinein und lässt sich bezüglich der europäischen CO_2-Vorgaben mit Tesla poolen. Hunderte Millionen Euro fließen zum Ausgleich von den Italienern zu den Amerikanern. Nach EU-Recht ist das in Ordnung, aber daraus zu schließen, die gesamte Industrie werde bald irrsinnige Strafzahlungen leisten, ist vermutlich falsch. Fiat ist mangels Investitionen schlicht in desolater Lage, ein Übernahmekandidat. Die übrigen Hersteller werden geschmeidigere Lösungen finden. Schon werden Horrorszenarien aufgemacht: Wegen der Verfehlung der CO_2-Zielgröße werden im Jahr 2021 BMW und Daimler jeweils 200 Millionen Euro Strafe zahlen müssen, Hyundai-Kia 300 Millionen, Ford 400, Peugeot-Citroën 600 Millionen und VW gar 1,4 Milliarden Euro, glauben Consultingfirmen zu wissen. Wer den Vorständen zuhört, vernimmt eine andere Botschaft. Peugeot-Chef Jean-Philippe Imparato etwa sagt, „wir werden keine Strafe zahlen, niemand wird eine Strafe zahlen“. Vielmehr werde der CO_2-Normausstoß von Personenwagen innerhalb der nächsten Monate drastisch sinken. Das gelinge nur mit flächendeckender Elektrifizierung. Es werde deshalb harte Entscheidungen in der Modellpalette geben, dem SUV stünden schwere Zeiten bevor, Effizienz sei künftig alles. Weil von Januar 2020 an jedes Auto in die CO_2-Bilanz eingehe, müsse die Technik fertig und die Lieferfähigkeit ab November 2019 sichergestellt sein. Dass der Diesel zurückgedrängt wird, mache die Sache nur noch dramatischer. Sobald der Plug-In-Hybrid kostenseitig mit dem Diesel mithalten könne, werde es eine rasche Verschiebung hin zum Hybrid geben. Diese Motorenkombination verbraucht zwar viel mehr Kraftstoff, sobald sie auf Langstrecke gefordert wird, doch das interessiert niemanden mehr. Die Menschheit lügt sich in die Tasche, fühlt sich aber besser. „Bloß keine Strafe zahlen“ wird ein Pyrrhussieg der Ökologie.

Fahrradklima?

Von Hans-Heinrich Pardey

Der Fahrradklimatest des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs ist wie diese vielfarbige Tüte Fruchtgummis. Da ist für jeden was dabei. Zum Beispiel für den diese – man muss es deutlich sagen: überhaupt nicht repräsentative – Befragung fördernden Bundesverkehrsminister. Der belobigt die am besten weggekommenen Städte und kann wieder darauf hinweisen, dass er gar nicht zuständig ist. Die vor allem in den Städten immer weniger adäquate Infrastruktur für einen zunehmenden Radverkehr ist zuerst Sache der Kommunen und dann der Kreise und der Länder. Berlin gibt Geld. 200 Millionen klingt toll, ist aber nicht genug und wird in alle möglichen Modellprojekte gesteckt wie die Erprobung von Lastenrädern in Logistikunternehmen oder den Lastwagenfahrer warnende Abbiegeassistenten, für Radschnellwege oder die Radwege an Bundesstraßen. Über die wird ja auch - jedenfalls auf freier Strecke, anders als im Verlauf von Städten - eher selten geklagt. Am anderen Ende der Fördermittelkette aber regiert nach wie vor Klein-Klein: Da enden Radwege im Nirwana, weil aus lokaler Nickeligkeit eine Nachbargemeinde keinen Anschluss herstellt. Zehnter Platz im Ranking der fahrradfreundlichsten Städte, drei Plätze besser als beim letzten Mal? Da kann sich ein Verkehrsdezernent oder Stadtrat brüsten, dass man sich um mehr als eine halbe Schulnote verbessert habe, dank der wahrhaftig revolutionären Initiative, zwei Einbahnstraßen gegen die Fahrtrichtung des Kraftfahrzeugverkehrs geöffnet zu haben. Die Rangliste ist mit Vorsicht zu genießen, genauso wie der Radverkehr in sogenannten Fahrradstädten à la Münster. Schließlich sind da noch die Städte, die nach eigener Erfahrung sehr wohl fahrradfreundlich sind, die aber in diesem Klimatest schlecht wegkommen. Warum? Weil das Fahrradklima dort so gut ist, dass die Befragung den meisten Radlern schnuppe ist und sich nur die Quengler beteiligt haben.

In der Warteschleife
Auf der Luftfahrtmesse Aero am Bodensee sind viele neue Elektroflugzeuge zu sehen. Gekauft werden sie aber noch nicht. **Seite 2**

Der X-Faktor
Der X 5 gibt noch immer den Kurs vor. Dynamisch und mit Diesel fährt der BMW in die Zukunft. **Seite 3**

Sonos von Ikea
Ikea kauft erstmals nicht einfach Elektronik ein, sondern verkauft Produkte von, man höre und staune, Sonos. **Seite 4**



Futur II: *Die Horten HX-2 ist ein Nurflügelflugzeug mit zwei Sitzen.*

Fotos Schelling, Hersteller

In der Warteschleife

Auf der Luftfahrtmesse Aero am Bodensee sind viele neue Elektroflugzeuge zu sehen. Gekauft werden sie aber noch nicht.

Von Jürgen Schelling

Jetzt also auch die Flugzeuge. Auf der Messe Aero in Friedrichshafen sind Segelflieger, Propellermaschinen und Business-Jets unterhalb der Verkehrsfliegerei zu Hause, und die stetig zunehmende Zahl von Elektroflugzeugen ist unübersehbar. Es gibt sie in Form von Ultraleichtflugzeugen, als Motorsegler oder als Trainingsmaschinen vor allem für Flugschulen. Allerdings gibt es bei aller Euphorie über die neue und ökologische Technik eine deutliche Parallele zum Automobilbereich: Elektrisch angetriebene Flugzeuge werden bestaunt, aber noch nicht gekauft.

Das liegt zum einen an den Kosten. E-Flugzeuge sind teurer als vergleichbare Maschinen mit Verbrennungsmotor. Die Stückzahlen sind noch winzig, die Luftfahrt-Zulassung der elektrischen Antriebstechnik und der Akkus jedoch aufwendig und damit kostspielig. Aber vor allem fehlt es bisher an Reichweite und Infrastruktur. Was im Elektroauto unangenehm, aber zumindest praktikabel ist, also das Fahrzeug mit leerem Akku einfach am Straßenrand zu parken, ist mit einem Flugzeug keine Option. Einmal in der Luft, kann Gegenwind oder das erforderliche Umfliegen von schlechtem Wetter den Plan A eines Piloten zunichtemachen. In der Fliegerei aber muss immer genügend Reserveleistung zum Erreichen eines Ausweichlandeplatzes vorhanden sein. Gut geeignet sind Elektroflugzeuge allerdings für Flugschulen zum Üben von Platzrunden, also wiederholtes Starten und Landen am gleichen Flugplatz. In diesem Fall kann ein Akkusatz nach etwa einer Stunde Flugbetrieb entweder getauscht oder aufgeladen werden. Problematisch bisher allerdings: Ladesäulen gibt es an Flugplätzen nur in Ausnahmefällen. Noch scheint der Elektroantrieb in der Aviatik eher Zukunftsperspektive als Alltag zu sein.

Dennoch gibt es spannende Entwicklungen wie die hybridelektrischen Motoren von Siemens E-Aircraft. Die sind leicht und haben verschiedene Leistungsstufen. Dabei übernimmt der Elektromotor immer den Antrieb des Propellers, während ein Verbrenner im Rumpf versteckt einen Generator antreibt, der die Akkus im Flug auflädt und als Reichweitenverlängerer dient. Auf der Messe gab es mehrere neue Elektroflugzeuge wie den Taurus von Pipistrel, den Motorsegler NIX oder das elektrifizierte und jahrzehntelang bewährte Ultraleichtflugzeug C42 von Comco Ikarus zu sehen. Alle fliegen bereits, sind teilweise schon zu kaufen oder sollen von etwa 2020 an auf den Markt kommen. Sogar die Weltpremiere eines neuen Elektroflugzeugs namens V600 von AutoflightX aus dem oberbayerischen Gilching wurde gefeiert. Das ein- bis zweisitzige Flugzeug mit vier Elektromotoren, die Rotoren antreiben, soll senkrecht starten und landen können. Das futuristisch aussehende Flugzeug hat acht Meter Spannweite und ist in der Konfiguration eines Entenflüglers ausgeführt, besitzt also kein Leitwerk. Wann der spektakulär aussehende Senkrechtstarter zum ersten Mal fliegen soll, ist allerdings nicht bekannt.



Vision und Wirklichkeit: *Der Vision-Jet von Cirrus (rot) ist der einzige Businessjet, der ein Fallschirm-Rettungssystem im Rumpf eingebaut hat.*

Ein weiteres ungewöhnliches Flugzeug ist zumindest schon für den optionalen Einbau eines Elektromotors vorbereitet. Es ist ein Nurflügel von Horten Aircraft aus Eisenach. Wie der Name sagt, gibt es kein Leitwerk und keinen echten Rumpf, die Pilotenkabine ist quasi in die Tragfläche integriert. Diese Konfiguration hat aerodynamische Vorteile, sie braucht weniger Kraftstoff und ermöglicht eine größere Reichweite als ein konventionelles Design. Das Überraschende an dieser Premiere: Die zweisitzige Horten HX-2 mit zehn Meter Spannweite ist kein Modell, sie fliegt schon. Ausgerüstet ist die Maschine mit einem 100 PS starken Rotax-912iS-Vierzylindermotor. Eine Serienfertigung des Zweisitzers ist erklärtes Ziel. Der Firmenname Horten Aircraft ist natürlich bewusst gewählt. In den 1930er Jahren machten die Brüder Horten in Deutschland mit ihren Nurflügel-Segelflugzeugen diese Konzeption erstmals bekannt und auch populär.

Es gibt auf der Aero aber auch neue Maschinen, die konventionellen Flugzeugbau verkörpern. Tecnam stellt sein zweimotoriges Kurzstrecken-Zubringerflugzeug P2012 Traveller für bis zu zehn Passagiere aus. Die Maschine aus Metall ist mit zwei Sechszylindern von je 375 PS motorisiert, Diese können auch mit bleifreiem Autokraftstoff anstelle des verbleiten Avgas betrieben werden. Nicht mal ein Einziehfahrwerk gibt es. Das hält die Komplexität niedrig und macht die Maschine robust. Der Hochdecker aus Italien hat seine Luftfahrtzulassung durch die europäische EASA erhalten, die ersten Serienflugzeuge gehen an ein amerikanisches Unternehmen. Ebenfalls klassischen Flugzeugbau verkörpert die neue Version Kodiak 100/II von Quest. Wer Jeep oder Unimog fährt, findet in der Kodiak sein aviatisches Pendant. Robust, kurzstartfähig und mit 750 PS kräftig motorisiert, ist der Hochdecker für bis zu neun Passagiere oder viel Fracht gemacht. Angetrieben wird er von einer Propellerturbine. Die seit Jahrzehnten erfolgreiche Cessna Caravan war vermutlich Vorbild. Die Kodiak 100/II ist aber etwas kleiner und hat noch kürzere Start- und Landestrecken. Ihr Festfahrwerk kommt selbst mit Schotter, Gras oder Sand zum Abheben oder Aufsetzen klar, Geschwindigkeit spielt eine Nebenrolle, Hauptsache, das Buschflugzeug kommt überall runter und wieder hoch. Leider ist der Preis für Naturburschen unerreichbar: Mindestens zwei Millionen Dollar kostet der Unimog zum Fliegen.

Eine ganz andere Produktphilosophie wählt Cirrus, das amerikanische Unternehmen in chinesischem Besitz. Hier ist Hightech in moderner Composite-Bauweise angesagt. Die neue G2-Variante des Business-Jets Vision weist gleich zwei Besonderheiten auf. Er besitzt nur eine Turbine als Antrieb, hat aber als einziger Business-Jet der Welt ein Rettungssystem im Rumpf. Gerät der Pilot in ernsthafte Probleme, etwa Triebwerksausfall oder Kontrollverlust in schlechtem Wetter, löst er aus, woraufhin der Jet am Fallschirm zu Boden schwebt. Fünf Passagiere plus Pilot passen in den Einstrahler, der bis zu 560 km/h schnell fliegen kann.

Wer hingegen möglichst einfach fliegen will, ist vielleicht schon mit einem Ultraleichtflugzeug der 120-Kilo-Klasse zufrieden, Sie sind einsitzig, preiswert und maximal 120 Kilo schwer. Ihre Motoren leisten zwischen 30 und 50 PS und sind deshalb sparsam. Zudem benötigt der Pilot kein fliegerärzliches Tauglichkeitszeugnis. Diese Ultraleichten bilden neben den Motorseglern um 30 000 Euro den preiswertesten Einstieg in die motorisierte Fliegerei.

Klappt ganz gut mit Strom in der Stadt

Auf dem Elektro-Faltrad Gocycle GX bis zum bitteren Ende

Natürlich geht es auch ohne Elektroantrieb. Doch das Glücksgefühl, mit einem Faltrad, das eben noch im Zugabteil oder Kofferraum verstaut war, schweißfrei durch die Stadt zu flitzen, Anstiege ohne Abstiege zu meistern, ist zu gut. Lediglich das Wort „Elektro-Faltfahrrad“ ist wenig geschmeidig und kommt einem nicht so locker von den Lippen, wenn gerade wieder jemand an der Ampel neben einem steht und fragt: „Was ist das denn?“

Die Bezeichnung genügt den meisten ohnehin nicht als Erklärung. Der Fingerzeig auf den Rahmen, wo ein verriegelbares Scharnier die beiden Teile des Rades zusammenhält, macht schnell deutlich, dass es sich um ein zusammenklappbares Rad handelt. Doch wo stecken Elektromotor und Batterie? Wieder ein Fingerzeig auf den Rahmen, dazu die Information, dass der Akku fest verbaut ist. In der Vorderradnabe sitzt der Motor, also quasi ein Frontantrieb, der dem Pedalantrieb hinten Arbeit abnimmt. Die Konversation kann dann schon mal ein paar Ampelphasen dauern. Sie findet manchmal ein abruptes Ende, wenn der Preis zur Sprache kommt. Das Gocycle GX kostet in der uns überlassenen Version 3430 Euro.

Warte, möchte man dem Davoneilenden hinterherrufen, Pedelecs kosten nun mal viel Geld! Jedenfalls ist der Preis immer deutlich höher als die der Fahrräder, die sich allein durch die Kraft der Oberschenkel fortbewegen lassen. Anschaulich wird dies an einem anderen Faltrad. Der Klassiker von Brompton kostet mit elektronischer Unterstützung rund 3000 Euro, was ungefähr das doppelte der Variante ohne Hilfsmotor ist.

Fahrräder wie das GX sind kein reines Fortbewegungsmittel. Wer mindestens 3200 Euro für das Modell in der Grundausstattung ausgibt, bekommt auch gutes Design. Mit diesem Rad fällt man im Stadtverkehr auf. Dazu tragen vor allem die Räder mit nur fünf Speichen, die ungewöhnliche Rahmenform, der stylische Kettenschutz und die Einarmaufhängung der Räder bei. Freilich steht praktischer Nutzen im Vordergrund. Das GX lässt sich mit wenigen Handgriffen zusammenfalten. Gocycle zählt zehn Sekunden. Wir brauchen etwas länger, unterbieten die Minute aber in jedem Fall. Während dieser Aktion droht kein Kontakt mit der Kette oder anderen öligen Stellen. Der Kettenschutz umschließt den Antrieb vollständig. Auch muss kein Rad demontiert werden. Anzugträger brauchen sich nicht sorgen, dass sie mit schmutziger Hose oder Krawatte ins Büro kommen. Zusammengefaltet packt man das Rad am Sattel, kippt es an und rollt es vor sich hin. Diese Transportvariante funktioniert gut, wird aber auf längeren Strecken anstrengend. Aufzüge sind Rolltreppen vorzuziehen. Mal eben das 18 Kilogramm schwere GX zu Hause in die erste Etage zu tragen geht in Ordnung, wohnt man in der zweiten oder dritten, lässt man es besser unten und sucht dort eine Steckdose.

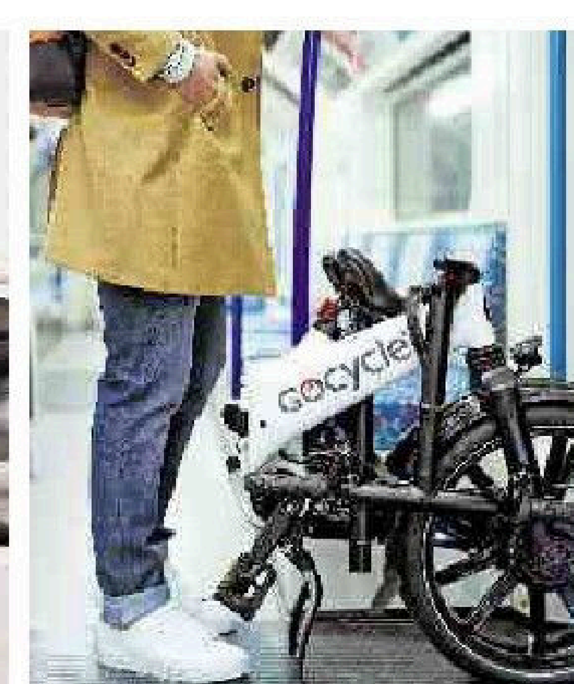
Im Test musste das Gocycle GX das tun, was ansonsten eine alte Gazelle tut: den Autor in Frankfurt fünf Kilometer hin zur Arbeit und wieder zurück bringen. Mit dem GX macht Pendeln Spaß. Seine Heimat ist die Stadt. Das Gocycle liegt mit seinen etwas dickeren, 20 Zoll großen Rädern komfortabel auf der Straße, Kurven lassen sich sportlich nehmen, die Hinterradfederung schont den Po, und die Bremsen packen beherzt zu. In jedem Gang verlangt das GX Eigeninitiative, bis die 3-Gang-Nabenschaltung mitleidig aufheulend eingreift und die Oberschenkelmuskeln des Fahrers schont. Nach ein paar Tagen kennt man das Rad gut, so dass sich die Tritte dosieren lassen, um mit konstanter Unterstützung vom ersten in den dritten Gang zu schalten.

Wie sehr man strampeln muss, bis der Motor hilft, lässt sich allein über eine App einstellen, als Schalter am Rad gibt es nur eine Boost-Funktion. Gocycle schlägt die Kategorien City, Eco, Sport und City+ vor. Individualisten können ihre eigene Einstellung wählen. Mit einem Schieberegler wählt man zwischen 0 und 600 Watt für die „Pedalkraft bis zum Motorstart“. Stellt der Radler also 200 Watt ein, muss er diese Leistung erst selbst erzeugen, danach beginnt der 250 Watt starke Elektromotor zu helfen. Nun lässt sich noch einstellen, bei welcher Pedalkraft die „volle Motorunterstützung“ gilt. So hält das GX etwa am Berg die Geschwindigkeit durch mehr Motorunterstützung, weil die Pedalkraft steigt. Wer bequem ist und sich schon beim Anfahren regelmäßig unterstützen lässt, zieht den Akku schneller leer.

Im City-Modus, der für die Stadt im Test in der Tat gut passte, begleitete uns das GX von Montag bis Freitag, ohne dass das Rad an die Steckdose musste. Das ergibt eine Reichweite von rund fünfzig Kilometern. Der Akku kann übrigens nicht ausgebaut werden, so dass das Rad immer in die Nähe einer Steckdose gebracht werden muss. Weil in unserem Hinterhof keine ist, haben wir das GX immer zusammengeklappt und im Flur aufgeladen, was etwa vier Stunden dauert. Es gibt elegantere Lösungen.

Auf einer der letzten Runden mit dem GX wurde unsere junge Beziehung dann auf eine Belastungsprobe gestellt. Zum zarten Summen des Elektromotors gesellte sich ein fieses Klack vom Hinterrad. Dieses hatte sich gelockert, ein wenig Spiel bekommen. Damit weiterzufahren erschien uns wenig ratsam. Anruf beim Hersteller. Die Untersuchung ergab, wir geben sie wörtlich wieder, folgende Diagnose: „Wie sich herausstellte, war die Nabenschaltung nicht optimal eingestellt und lockerte sich. Es ist kein serientypisches Problem, das jedoch bei Vor-Produktions-Modellen auftreten kann. Um dies zu verhindern, werden in der Produktion Drehmomentbereiche und Toleranzen genau kalibriert und eingestellt.“ Die Serienproduktion des Gocycle GX ist gerade angelaufen. MARCO DETTWEILER





Handzahm: *Das Gocycle lässt sich mit zwei Griffen zusammenfalten.*

Fotos Hersteller

Luftpost

Hochfliegende Pläne und ihre Realität: Das Thema Lieferdrohne mal ganz bodenständig betrachtet

Die Logistikdienstleister Hermes und DPD erwägen „Haustürlieferungen“, also die Lieferung von Sendungen bis zum direkten Einflussbereich des privaten Endkunden, aufgrund der Kosten künftig mit höheren Gebühren zu belegen. Eine Alternative, die weiterhin Lieferungen bis zum Kunden ermöglichen und dennoch eine Kostenreduzierung erzielen könnte, ist die Zustellung mit Lieferdrohnen. Im Gegensatz zu der landläufigen Vorstellung sind diese unbemannten Fahrzeuge allerdings nicht ausschließlich fliegende Logistikhelfer. Auch wenn Unternehmen wie Amazon sich fleißig Patente für futuristisch anmutende Technologien wie über den Wolken schwebende Warenlager in Verbindung mit Paket ausliefernden Flotten kleiner Flugdrohnen sichern, ist die Drohnenlieferung in der nahen Zukunft wahrscheinlich relativ bodenständig. Nicht zuletzt die potentiellen Gefahren von vom Himmel fallenden Objekten und die dadurch leidende Akzeptanz sorgen dafür, dass verschiedene Unternehmen an den Bürgersteig gebundene Alternativen entwerfen, welche die Lieferungen zum Kunden übernehmen sollen.

So entwickelt beispielsweise Postmates den auf Gehwegen fahrenden Lieferroboter „Serve“. Postmates bringt Kunden mittels App mit lokalen Kurieren zusammen und ermöglicht die Lieferung jeglicher Produkte wie Mahlzeiten oder Kleidung aus jedem Restaurant oder Geschäft im Umkreis innerhalb weniger Minuten. Ausgestattet mit modernen Technologien für Navigation, Abstands- und Geschwindigkeitsmessung soll der strombetriebene, autonome Logistikroboter in der Lage sein, bis zu 23 Kilogramm zu transportieren, und dabei eine ungefähre Reichweite von 48 Kilometern aufweisen. Erste Lieferungen mit „Serve“ sollen schon in diesem Jahr in Los Angeles erfolgen.

Auch Logistikkonzerne, die nicht nur lokal innerhalb bestimmter Radien agieren, zeigen Interesse an fahrenden Robotern. Diese Dienstleister könnten ihre bestehenden Logistikprozesse beibehalten und die „letzte Meile“ zum Kunden mit autonom fahrenden Robotern bedienen. Das Kurier- und Logistikunternehmen Fedex plant, seinen fahrenden Logistikhelfer „Sameday Bot“ noch in diesem Jahr in Testmärkten einzusetzen. Der Sameday Bot soll durch sein Radsystem in der Lage sein, sich auch auf schwierigem Gelände wie Sand fortzubewegen, Pfützen zu meistern oder Treppen zu erklimmen. Seine Sensoren, gepaart mit Künstlicher Intelligenz, sollen Ampelzeichen erkennen und dafür sorgen, dass Fußgänger und Verkehr nicht gefährdet werden.

Gemeinsam haben alle fahrenden Lieferhelfer bisher den Betrieb in klar definierten Gebieten wie Innenstädten. Aber sogar noch kleiner gefasste Gebietsabgrenzungen sind denkbar und ergeben spannende Anwendungsperspektiven. Im Januar gab der Entwickler Starship Technologies gemeinsam mit Sodexo, einem Unternehmen unter anderem für Catering und Gemeinschaftsverpflegung, die Einführung eines auf Lieferbot gestützten Lebensmittel-Lieferdienstes auf einem Campus der George Mason University bekannt. Ermöglicht wurde der Start nicht zuletzt durch die Vorreiterrolle des Staates Virginia, der schon 2017 als erster Bundesstaat Gehwege und Fußgängerüberwege für autonome Lieferfahrzeuge freigab. Seit dem 22. Januar 2019 können nun Studenten und Dozenten über die Starship-Deliveries-App gegen eine Gebühr von 2 Dollar auf dem Fairfax County Campus Lebensmittel und Getränke bestellen, die ihnen dann innerhalb kurzer Zeit von einem der zunächst 25 Roboter zugestellt werden.

Ähnliches gibt es an anderen Universitäten, etwa von dem Getränke- und Lebensmittelkonzern Pepsico oder dem Start-up Kiwi. Dessen „Kiwibot“ gelangte zu unvorteilhafter Bekanntheit, als im Dezember 2018 ein Modell auf dem Gelände der University of California in Berkeley durch einen defekten Akku Feuer fing. Zwar zeigen die Videos vom Brand des kleinen Lieferroboters, dass in diesem Fall nur wenig Gefahr für die umstehenden Passanten bestand. Indes könnte ein Vorfall wie dieser in einer anderen Situation zu einer lebensbedrohlichen Katastrophe führen. Wahrscheinlicher sind allerdings Unfälle mit Haustieren oder Kleinkindern. Entsprechend wird es im Kontext von solchen Robotern zu ähnlichen Fragestellungen bezüglich der Haftung kommen, wie sie für autonome Autos diskutiert werden. Gleichzeitig ergeben sich neben Sicherheitsaspekten weitere Herausforderungen für den erfolgreichen Betrieb. Neben dem Wegfall der Arbeitsplätze von Paketzustellern und Lieferanten müssen die Unternehmen auch versuchen, den Diebstahl der transportierten Sendungen und des Roboters durch Schutzmechanismen zu verhindern. CLAUS-PETER H. ERNST

Der Fahrbericht



Illustration Helge Jepsen

Unser Fazit

STARK: Kein Leichtgewicht, aber leichtfüßig wie ein BMW, und doch geprägt von SUV-Gelassenheit, prima Verarbeitung, kaum Windgeräuschen. Irgendwo ist mit dem X5 immer Volksfest.

SCHWACH: Die Aufdringlichkeit der Assistenten, die obszöne Niere, das Steptronic-Ruckeln und die Klappe in der Heckklappe.

IRRITIEREND: Wie wichtig die X-Familie für BMW als Ganzes wurde, und wird der X7 wirklich gebraucht? Kommt etwa auch noch ein X9?

BMW X5

Von Potenz und Prestige

Das große SUV gibt noch immer den Kurs vor. Dynamisch und mit Diesel fährt der BMW X5 in eine Zukunft, die geschätzte Bescheidenheit hinter sich lässt. *Von Wolfgang Peters*

Das erste SUV von BMW war ein SAV: Als Sport Activity Vehicle firmierte vor zwanzig Jahren der flammneue BMW X5, eine glatt und rundlich gezeichnete Mischung aus hochbeinigem Kombi und höflichem Geländewagen. Er prägte mehrere Sport-SUV-Versionen und führt jetzt in seiner vierten Generation den höher gesetzten, beinahe ultimativen High-Tech-Luxus heran.

Wie sich dieser definiert, zeigt schon der Testwagen-Tarif: Mit verführerischen 69 200 Euro lockt der bevorzugte X5 xDrive 30d in seiner Diesel-Allrad-Variante den Kunden in das Konfigurations-Schaufenster, und dann verlässt dieser seinen Computer-Platz entkräftet bei einem Testwagen-Komplettpreis von 99 750 Euro. Daran hätte der Monaco-Franze auch heute noch seine Freude: Ein bisserl was geht halt immer noch.

Im Fall der jüngsten X5-Generation ging vor allem in der digitalen Innenraum-Welt des Automobils noch viel mehr. Aber wir halten wenig davon, bisher einfach definierte Bedienschritte mehrfach zu zerlegen und sie an drei verschiedenen Orten unterschiedlich, aber mit dem gleichen Ergebnis zu wiederholen. Das macht das Leben in einem sowieso komplex mit Fortschritt und Angeberei angefütterten Automobil nicht einfacher. Zum Beispiel lässt sich die Lautstärke des Audiosystems über den etwas antiquierten Drehknopf bei den Senderschaltern, über Tasten in der Lenkradspeiche oder – besonders aufwendig – mit der unnötigen und stark ablenkenden Gestensteuerung regulieren. Auch die Sender werden wahlweise über einen Winkbefehl gesucht. Das funktioniert selten auf Anhieb und entbehrt vor allem zur Veränderung der Lautstärke jeglicher Präzision. Zudem ist die Zahl der Assistenten zu einer bürokratiehaften Menge gewachsen, die zur Vermutung führt, sie könnte alsbald vorgeschrieben werden. Sie entwickeln in Menues, hinter Tasten und Reglern, erweckt durch Drehen, Drücken und Wischen, bereits jene Impertinenz, die an eine vorgeschriebene Funktion grenzt, wie sie der nach jedem Abstellen des Motors wieder aktivierte Spurhalte-Beauftragte mit kräftiger Korrektur durchzusetzen versucht. Elektronische Sturheit halt. Dabei gibt es nichts Feineres, als mit dem X5 rasch aus der Weiß-Linien-Bundesstraße in die Welt der bayerischen Feldwege zu fliehen. Nur weil gerade dort am Waldesrand eine Volksfest-Maß gezapft wird. Und der X5 hält für derlei Obsessionen doch seine mannigfaltigen Tugenden bereit. Zum Allradantrieb fügt sich das aufwendige Offroadpaket mit seinem Unterbodenschutz und den Drehmomenthorden bei Langsamfahrt zum Auerhahn beim Weißkobl-Wirt.

Auf Tastendruck lassen sich Allradantrieb, Fahrwerk, Bodenfreiheit und Motor erfolgreich auf Sand, Schotter, Schnee und Fels einschwören, was aber für die meisten X5-Liebhaber wohl nicht wirklich wichtig ist. Denn schön geteert sind Bayerns Boulevards. Und mit der serienmäßigen Luftfederung plus Wankverringerung wird der X5 lieber zum ICE auf der Autobahn. Der X5 ist aber auch ein samtiges SUV mit hartem Kern für das Grobe, mit den ruhigen Eigenschaften einer Luxuslimousine auf der großen Tour. Wobei die hohe Sitzposition in der Stadt für den Blick auf das Dirndl im offenen Cabrio gerne genommen wird, da lebt es sich mit dem SUV-Trumm nicht wirklich entspannt, wie schmal doch manche Aufstiegsschnecken im Parkhaus sind. Der X5 ist zwei Meter breit.

Die Freude am Ziel in der Ferne wird getragen von Motor und Getriebe sowie von der Feinheit des Seins im Innenraum. Sechs Zylinder in typischer Reihung, gesteuert von den Geistern des heiligen Electronicus und gefüttert im sparsamen Sinne des alten Magisters Rudolfus. Laufruhig ist der Diesel, mit ganz sanften Vibrationen, stämmig und knauserig, etwa 8,3 Liter für 100 Kilometer schenkten wir ihm im günstigsten Fall bei 120 bis 150 km/h ein, und während einer Parforce-Jagd mit gut 200 km/h durften es 10,2 Liter sein. Mit 8,9 Liter bewältigte der mit Fahrer immerhin 2275 Kilo recht gewichtige X5 die Alltags-Verbrauchstour. Wer das Fahrpedal konsequent mit Streicheleinheiten verwöhnt, dem wird vom 80-Liter-Tank eine Reichweite von 1100 Kilometern offeriert. Nicht ganz ohne Arg agiert die Achtgang-Automatik. Meist geht sie auf ihrem programmierten Weg ruckfrei ans Werk. Aber mitunter sollen zwecks zügiger Tempoerhöhung die Gänge per Paddel am Volant eingelegt werden. Dann ruckt und schuckelt sie unter Last beim Hochschalten lästig, besonders von Stufe 5 bis 7. Keine angenehme Verfahrensweise, die aber durch kurzzeitiges Gaswegnehmen zu vermeiden ist.

Aus dem in der Rückschau etwas verschämt und wie bloß im Gymnastikleibchen in der Garage seines Turnvereins stehenden Erst-X5 ist ein überaus muskulöser Bodybuilder im Dress der Muskelmaschinen entstanden. Mit einer hoch angesetzten Motorhaube, etlichen Wölbungen und raffiniert begrenzten Flächen sowie aggressiven Scheinwerfern und einer zur Obszönität ausgeuferten Kühlergrill-Niere mit fettem Chromsteg zwischen den Hälften zeigt der neue X5 mehr Potenz, Prestige und Präsenz, als vielleicht manchem seiner Freunde lieb ist. Aber in den Flanken verläuft eine wunderbar betörende Linie der Feinheit. Mit einem einzigen dünnen Strich zaubert sich das massige, fast fünf Meter lange Auto hinein in die Welt der Dynamik. Davon geht im penibel gestalteten und solide verarbeiteten Innenraum nichts Beengendes aus. Kein Wunder, noch nie war ein X5 üppiger dimensioniert, fünf oder auf Wunsch sieben Figuren kommen gut unter, und Platz für den feinen Korb vom Viktualienmarkt mitsamt zwei Trägern Hopfensaft ist dann auch noch. Vertikal geteilt ist die Heckklappe, zirka 40 Zentimeter hoch die nach unten wegzuklappende Barriere, das mag praktisch gegen Gepäckabstürze sein, ist aber beim Einladen über die 77 Zentimeter hohe Ladekante recht hinderlich. Wird die Rückbank flugs umgeworfen, dann entsteht (alles im Fünfsitzer) eine 1,90 Meter tiefe, leicht ansteigende Ladefläche, die in der Breite 103 Zentimeter misst.

Wem das alles nicht reicht, der wird von BMW an den frisch präsentierten X7 verwiesen. Der ist noch üppiger. Die Chinesen und die Russen hätten um die neue Riesen-Niere an X5 und X7 gebettelt, sagt BMW. Das glauben wir gerne, die alte Form der bescheideneren Brezn gefiel uns dennoch besser.

Die Daten

BMW X5 xDrive 30d
Empfohlener Preis 69 200 Euro
Preis des Testwagens 99 750 Euro

Reihensechszylinder-Turbodiesel
Vier Ventile je Zylinder, 3 Liter Hubraum, Leistung 265 PS (195 kW) bei 4000/min höchstes Drehmoment 620 Nm bei 2000 bis 2500/min

Allradantrieb

Achtgang-Automatik

Länge/Breite/Höhe 4,92/2,00/1,75 Meter, Radstand 2,98, Wendekreis 12,60 Meter

Leergewicht 2185, zulässiges Gesamtgewicht 2860, Anhängelast 3500 Kilogramm, Kofferraumvolumen 650 bis 1870 Liter

Reifengröße v 275/40 R 21, h 315/35 R 21

Höchstgeschwindigkeit 230 km/h

Von 0 auf 100 km/h in 6,5 Sekunden

Verbrauch 8,3 bis 10,2, im Durchschnitt 8,9 Liter Diesel auf 100 km, 158 bis 175 g/km CO_2 bei Normverbrauch von 6,0 bis 6,7 Liter, Tankinhalt 80 Liter

Komfort & Sicherheit Assistenten für Fernlicht und automatisches Parken, Spurhalte-, Verkehrszeichen-, Tempolimit-, Spurführung-, Auffahr-, Personen-, Radfahrerwarnung, Gestensteuerung, Rückfahrkamera, Start-Stopp, DAB Tuner, Harmann Kardon Surround Sound System

Die Anderen

Audi Q7
Alles auf Quattro, ab 64 100 Euro

Mercedes-Benz GLE 300d
Vierzylindereinstieg mit 66 000 Euro

Volkswagen Touareg
Starker V6-Diesel von 58 000 Euro an

Die hohe Kunst der feinen Mütze

Neu vorgestellt: BMW 8er Cabriolet

BMW legt nach im Luxussegment und lässt dem 8er Coupé im Mai das Cabriolet folgen. Der offene 8er soll das Freiluftvergnügen mit geöffnetem Verdeck noch intensiver machen, gleichermaßen aber auf der Langstrecke ein Höchstmaß an Komfort bieten. Zwei Versionen des 5,85 Meter langen Viersitzers sind im Angebot, für 108 000 Euro gibt es einen Sechszylinderdiesel mit 320 PS, 133 700 Euro kostet der M850i xDrive mit seinem 530 PS starken V8-Turbobenziner.

Wie schon das Coupé betont auch das Cabrio die Breite. Das gelingt mit dem flachen Verdeck besonders gut, wenngleich es großgewachsenen Passagieren im Fond strikte Grenzen setzt. Ohnehin ist die Reise auf den beiden Einzelsitzen hinten nichts für Jammerlappen. Entweder nervt das knappe Platzangebot, oder der Fahrtwind zaust den Schopf. Zwei sind an Bord besser aufgehoben, dann kann auch das serienmäßige und effektive Windschott eingehängt werden. Aufpreispflichtig sind dagegen die Nackenwärmer, der Fön in den vorderen Kopfstützen soll das Offen-Fahren bei kühler Witterung angenehmer machen. Die voluminöse Stoffkappe samt ihrer Mechanik, die sie 15 Sekunden nach dem Tastenbefehl zum Öffnen und bis Tempo 50 km/h im Verdeckkasten abgelegt hat, drückt zusammen mit den Versteifungen im Unterboden auf die Waage. Drei Lagen Textil und eine zusätzliche Akustikschicht senken das Fahrgeräusch fast auf das Niveau des geschlossenen 8ers, aber das Cabrio wiegt 250 Kilogramm mehr als das Coupé. Der M850i bringt es auf 2015 Kilogramm Leergewicht. Es kann anständig zugeladen werden, bis zu 530 Kilogramm dürfen mit. Koffer und Taschen lassen sich im 350 Liter großen Kofferraum verstauen, zum Transport von Sperrgut klappen die Rückbanklehnen geteilt nach vorn.


Neue Öffnungszeiten: *8er* Foto Hersteller

Der Dreiliterdiesel und erst recht der 4,4-Liter-V8 gehen lässig mit dem Fahrzeuggewicht um. 680 Nm Drehmoment stemmt der Selbstzünder, der Benziner bringt es auf 750 Nm, in Verbindung mit der achtstufigen Automatik ist in jeder Fahrsituation genügend Kraft vorhanden, die vom obligaten Allradantrieb sicher in Vortrieb umgesetzt wird. Der 840d beschleunigt in 5,2, der M850 in nur 3,9 Sekunden von 0 auf 100 km/h. Beide werden bei 250 km/h abgeregelt, sehr unterschiedlich ist ihr Verbrauch. Während der Diesel mit 6,3 Liter Treibstoff klarkommt, verlangt der V8 nach Norm 10 Liter Benzin für 100 Kilometer.

Die Grundausstattung ist anständig, die Liste der Extras dennoch lang. Darin ist unter anderem vermerkt, dass nur weißer Lack frei zu haben ist, alle anderen Farben kosten wenigstens 1100 Euro mehr. MICHAEL KIRCHBERGER

Allzeit auf Achse

Iveco überarbeitet den Kastenwagen Daily


Masse vor Schönheit: *Der neue Kastenwagen Iveco Daily* Foto Hersteller

Nutzfahrzeuge sollen ehrliche Gesellen sein, hart im Nehmen und günstig im Unterhalt. Für den Laien sieht ein Kastenwagen aus wie der andere, aber das soll die Hersteller natürlich nicht am kontinuierlichen Fortschritt hindern. Iveco erfrischt jetzt sein Modell Daily, es kommt im Mai zum Händler und steht wiederum in fünf Längen zur Verfügung, die mit drei Dachhöhen kombinierbar sind. Öl wird fortan alle 60 000 und nicht mehr alle 50 000 Kilometer gewechselt, und Iveco verspricht einen um bis zu zehn Prozent geringeren Kraftstoffverbrauch. Äußerlich zeigt die neue Front schmalere Scheinwerfer und einen dreiteiligen Stoßfänger.

Die modifizierten Motoren erfüllen die Abgasnorm Euro 6d-Temp. Für Vortrieb sorgen wie bisher zwei Diesel. Mit 2,3 Liter Hubraum gibt es die Leistungsstufen 116, 136 und 156, mit 3 Liter sind es 160, 180 und 210 PS. Beide Triebwerke sind Vierzylinder. Die Kraft wird wahlweise mit Sechsgangschaltung oder der sanft schaltenden Achtgang-Automatik von ZF namens Hi-Matic auf die Hinterräder gebracht. Allradantrieb gibt es gegen Aufpreis. Nur der 160 PS-Selbstzünder ist allein mit Handschaltung erhältlich. In Deutschland entscheiden sich 60 Prozent der Käufer für die Wandlerautomatik. Rund 13 000 Daily will Iveco jährlich absetzen.

Am Fahrerplatz fällt das kleinere, in Höhe und Neigung verstellbare Lenkrad auf, das gut in der Hand liegt. Die Fahr- und Handlingeigenschaften haben sich mit einer neuen elektrischen Servolenkung verbessert. Nach einer ersten Probefahrt mit dem 156 PS starken Wagen, der 35 340 Euro kostet und einen Drehmoment-Bestwert von 350 Newtonmetern bei 1500 Umdrehungen erreicht, lag der Verbrauch bei 9,0 Liter Diesel.

Viele Neuheiten verbergen sich unter dem Blech. Elektronische Sicherheitssysteme halten Einzug, die jedoch meist optional sind. Die Liste enthält Voll-LED-Scheinwerfer, einen adaptiven Tempomaten, Stau- und Spurhalteassistenten, Bergabfahrhilfe, Fahrspurüberwachung und einen Seitenwindassistenten. Der stabilisiert das Fahrzeug, wenn der rauhe Wind des Wettbewerbs mal nicht von vorn weht. Darin zu bestehen, beginnt mit 32 340 Euro für den „33 S 12 V“ das Basismodell mit 116 PS. UTE KERNBACH

Mit Swing und Bolero auf der neuen Scala-Skala

Škoda ersetzt den Rapid und zielt auf den VW Golf / Basispreis 17 350 Euro / Erste Probefahrt

Škoda ist eine große Nummer auf dem deutschen Automarkt. 1991 quasi auferstanden aus den Unbilden des Sozialismus, hat sich die VW-Tochtergesellschaft in 28 Jahren von ganz unten an die Spitze der Auto-Importeure gesetzt. Fast 200 000 Neuwagen kamen 2018 aus Tschechien nach Deutschland, das ist ein Marktanteil von 5,7 Prozent.

Škodas Erfolgsgeheimnis ist einfach: Gute Autos zu einem akzeptablen Preis. Freilich hilft die VW-Technik, und im neuen Scala, der Mitte Mai auf den Markt kommt, ist es die MQB-A0-Plattform des Konzerns, die erstmals von Škoda benutzt wird. Auf der steht eigentlich der Polo, doch Škoda skaliert diese so hoch, dass der Nachfolger des Rapid mit einer Länge von 4,36 Metern und einem Kofferraumvolumen von 467 Litern dem VW Golf um einiges voraus ist. Der Scala ist eine Art Kombi, den es nur in dieser einen Karosserievariante geben wird. Maximal passen sogar 1410 Liter in den Wagen, wenn die Rücksitze umgelegt sind. Die dann entstehende Stufe lässt sich mit einem Einlegeboden kaschieren.

Routiniert und wertig ist der Innenraum gestaltet, ohne dass es in Richtung Schnickschnack oder Luxus geht. Aber auch im Scala gibt es jetzt optional virtuelle Instrumente und einen großen Bildschirm in der Mitte des Armaturenbretts. Ein Smartphone kann angeschlossen werden, dazu ist der Scala dank einer eingebauten E-SIM als erster Škoda „always online“. Um die Unterhaltung kümmern sich zunächst die Audio-Systeme Swing und Bolero, das Navigationssystem Amundsen folgt im Sommer. Wer denkt sich nur diese Namen aus? Alle Scala haben zudem einen Frontradar und einen Spurhalteassistenten. Der aufpreispflichtige Seitenassistent warnt vor Fahrzeugen, die sich von hinten nähern, und blickt bis zu 70 Meter weit zurück.

In der klassischen Hardware tut sich nichts Aufregendes. Fünf Triebwerke mit Leistungen von 90 bis 150 sind im Angebot, eines davon ist ein etwas knurriger 1,6-Liter-Turbodiesel mit 115 PS und einem maximalen Drehmoment von ordentlichen 250 Newtonmetern. Hier beginnen die Preise bei 21 500 Euro in der Ausstattungslinie Active mit Sechsgangschaltung. Wer das Gangwechseln einem Siebengang-Doppelkupplungsgetriebe anvertrauen will, zahlt 1800 Euro mehr. Škoda Deutschland glaubt, dass sich rund ein Fünftel der Kunden für den Selbstzünder entscheiden werden. Im Rapid, den der Scala ersetzen wird, waren es 2018 nur sechs Prozent, weil der Diesel nicht das gesamte Jahr verfügbar war. Unter den Benzinern ist unser Favorit der kleine Einliter-Turbo-Dreizylinder mit 115 PS. Er kostet mindestens 21 450 Euro in der höheren Linie Ambition und 23 400 Euro als Style. Škoda erwartet, dass sich gut ein Drittel der Kunden für diese Motorisierung entscheidet. Trotz ihres geringen Hubraums ist die Maschine ausreichend kräftig, es gibt immerhin 200 Nm Drehmoment und eine Spitzengeschwindigkeit von 201 km/h. Als Verbrauchswert nennt Škoda 5,0 Liter Super auf 100 Kilometern. Dieser Motor wird von Sommer an auch mit 95 PS angeboten. Als Active für 17 350 Euro markiert er dann den Einstieg. Der Rapid, von dem noch Neuwagen auf Lager sind, startete zuletzt bei 16 550 Euro. Das Topmodell ist der 1.5 TSI, der feine 150 PS bietet und ebenfalls 250 Nm maximales Drehmoment aufweist. Mit allem gibt es diesen Scala für 27 200 Euro. Hybrid-Technik ist ein Fremdwort für den Scala, allerdings kommt im Herbst eine Erdgas-Variante mit dem Einliter-Motor und 90 PS.


Scaleneffekt: *Der Scala wird mit VW-Technik eine Art Kombi* Foto B. Schmidt

Äußerlich besticht der Scala mit Voll-LED-Lichtern vorn und hinten, die Felgen dürfen bis zu 18 Zoll groß sein. Auf dem Heckdeckel steht groß und selbstbewusst S K O D A. Auch das ist neu für die Marke. In den besseren Linien wird das Heckfenster tiefer nach unten gezogen, was schick aussieht. Gefallen kann auch das große, optionale Panoramaglasdach, dessen Abdeckung von vorn nach hinten schließt. So können die Kinder im Fond die Sonne genießen und die Eltern im Schatten sitzen. BORIS SCHMIDT

Nützliche Navis nach Nirgendwo

Verloren im Wald: Die erste Ausfahrt mit dem Rad ist ein Desaster. Kluge Köpfe planen vorab ihre Route mit der App. *Von Michael Spehr*

Im Februar ist es winterlich kalt, es geht mit dem Mountainbike in den verschneiten Wald. Nach einer Stunde sind alle Beteiligten bestens durchgefroren und treten die Rückfahrt an. Das Unheil nimmt seinen Lauf, als die Frau, die meist ein gutes Orientierungsvermögen hat, den Vorschlag macht, doch „gleich hier rechts“ einen abkürzenden Weg zu nehmen. Nun führen Waldwege in der Regel nicht schnurgerade in bestimmte Himmelsrichtungen, sondern können einen Verlauf nehmen, mit dem man nicht gerechnet hat. Zwei Radler verirren sich.

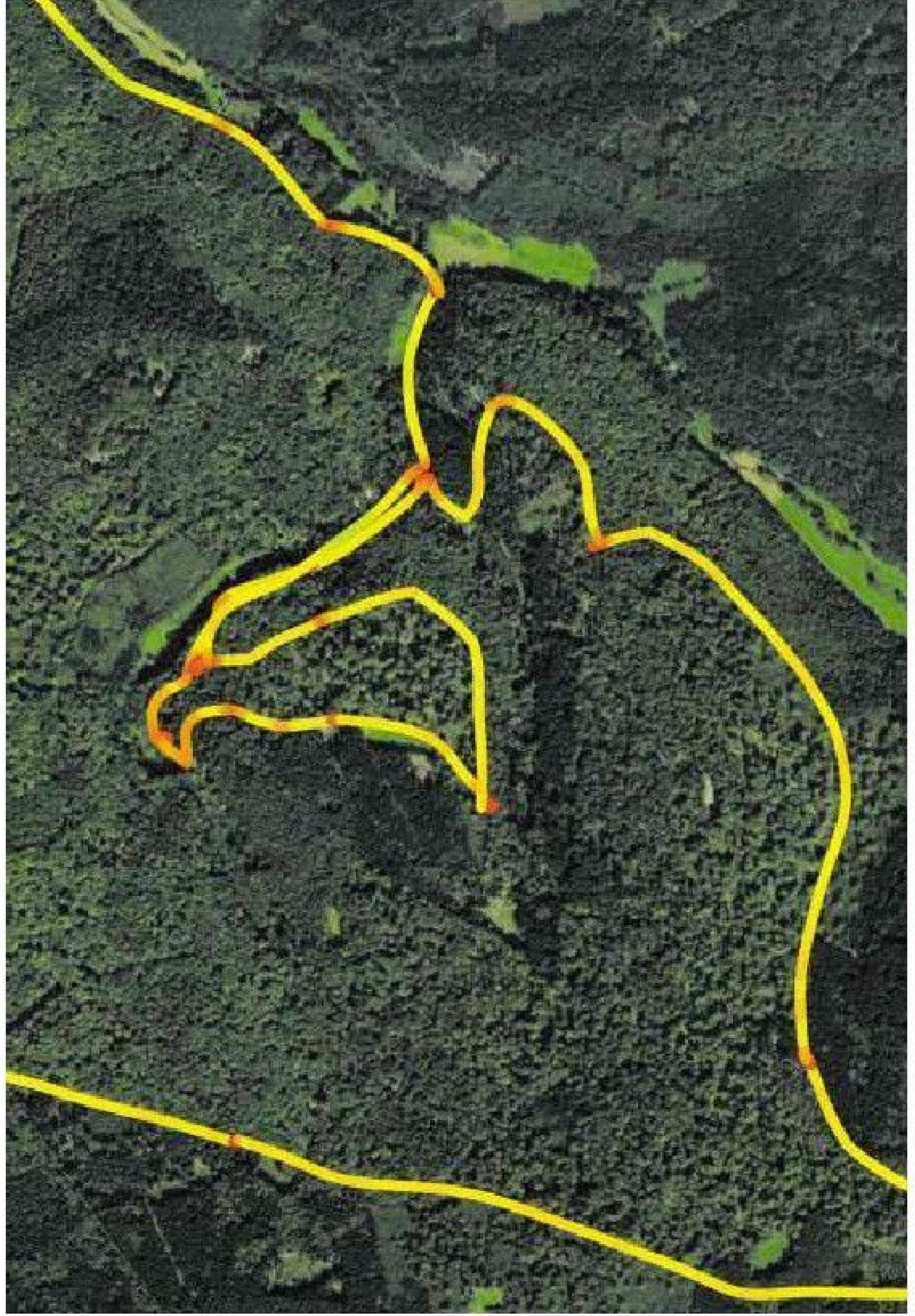
Dummerweise spielt die Episode im Land der Funklöcher. Apples Karten und Google Maps auf dem Smartphone halten die Landkarte nicht vorrätig, sondern holen sie über Mobilfunk ins Gerät. Immerhin, Google Maps beherrscht „Offlinekarten“ für bestimmte Regionen, aber man muss sie vorab laden, das war hier nicht der Fall. Wie sich schnell zeigt, haben zudem beide Apps das grundlegende Problem, dass sie bei fehlender Funkversorgung ihrem internen Zwischenspeicher zu viel vertrauen, also oft eine falsche Position oder falsche Richtung anzeigen. Ganz davon abgesehen, dass viele kleine Wege nicht verzeichnet sind.

Als die Irrfahrt nach mehr als zwei Stunden mit kaum noch zu spürenden Zehen und Fingern endete, hatten die beiden Orientierungslosen nicht etwa längst vergessene Pfadfinderregeln reaktiviert, sondern es bewährte sich eine App, die alles anders macht. Maps 3D Pro haben wir seit einigen Jahren auf dem Handy, sie ist nur für das iPhone erhältlich und kostet fünf Euro sowie weitere Entgelte, wenn man zusätzliche Funktionen kauft. Die App des deutschen Herstellers Movingworld erlaubt das automatische Planen von Routen, indem man Wegpunkte setzt, und zwar wahlweise fürs Wandern, Radfahren, Mountainbiken, Rennradfahren und Auto. Die zu ladenden Karten sind für eine gelungene Planung das A und O. Die aus dem Freiwilligenprojekt Open Street Map lassen sich unentgeltlich verwenden und sind hinsichtlich des Detailreichtums überzeugend. Neben den Basiskarten gibt es etliche Varianten und Overlays, naheliegend für den Radfahrer natürlich die von Open Cyle Map. Zudem gibt es Nahverkehrskarten inklusive der Bus- und Bahnlinien, Skikarten und neuerdings sogar Seekarten. Dass man die Karten vorab laden muss, ist umständlich und langwierig, weil stets einzelne Kacheln geladen werden. In der Natur fehlendes Kartenmaterial zu laden funktioniert rein prinzipiell, ist aber so langwierig, dass selbst kleine Karten mit 100 Megabyte eine halbe Stunde erfordern.

Ist die passende Karte geladen, wählt man die Fortbewegungsart, einen Routing-Server und setzt Wegpunkte auf der Karte. Anschließend wird die Strecke unter Berücksichtigung der gewünschten Fortbewegung berechnet und ihr Höhenprofil eingeblendet. Die Route lässt sich als GPX-Datei sichern und anschließend per E-Mail exportieren, beispielsweise um sie in einer Smartwatch oder einem Navi zu verwenden. Die hohe Genauigkeit der Darstellung ist der große Pluspunkt dieser App. Was jedoch nicht funktioniert, ist die gewohnte Routenführung mit optischen Hinweisen und Sprachansagen. Man muss fortwährend auf die Karte schauen und sich selbst orientieren. Ein kleiner Pfeil weist die Richtung, die bereits zurückgelegte Strecke wird markiert. Nötigenfalls heißt das: An jeder Weggabelung die App aufrufen und kontrollieren, in welche Richtung abzubiegen ist.

Eine Alternative, wenn es allein ums Radfahren geht, ist die App Naviki. Nur die Routen-Optionen „Alltag“ und „Kürzere Route“ sind in der kostenlosen Grundversion enthalten, die mehr als bloß gelegentlich mit ihren Werbeeinblendungen nervt. Das lässt sich – gegen Gebühr – abstellen, und auch die Sprachausgabe von Naviki kostet extra, genauso wie die nicht erprobten Optionen vom Rennrad über das Mountainbike bis zum S-Pedelec, das ja nicht auf Radwegen fahren darf. Jedes einzelne Menü muss kostenpflichtig freigeschaltet werden. Überzeugt hat die App mit ihrer Ausgereiftheit und damit, dass sie auch im ländlichen Raum zuverlässig Verbindungen findet, allerdings bisweilen an schönen Strecken schnurstracks vorbei.

Unser Favorit für Rad und Wanderung ist Komoot. Die App unterstützt Wandern, Laufen sowie Touren mit Fahrrad, Mountainbike und Rennrad, und sie arbeitet auch im Web-Browser. Zur Planung einer längeren Strecke kann man sich also am Rechner einloggen und dann bequem auf der Karte den Start- und Zielpunkt angeben, und man sieht Sehenswürdigkeiten in der Nähe, gestaffelt nach Fortbewegungsart. Mit dem Fahrrad von Frankfurt nach Bad Homburg schlägt Komoot eine 33 Kilometer lange Strecke vor, die überwiegend Radwege nutzt. Schaltet man um auf Rennrad, kommen mehr Abschnitte auf Bundesstraßen ins Spiel, und die Mountainbike-Strecke enthält viel losen Untergrund oder Wege durch den Wald. In der Smartphone-App von Komoot gibt es weitere Differenzierungsmöglichkeiten für die Routenplanung, zum Beispiel Fahrrad mit Schotter, um Autostraßen zu umgehen, ferner kommen alpine Mountainbike-Touren sowie Bergtouren hinzu. Was man am Rechner geplant hat, landet automatisch auf dem Smartphone, hier kann man sich mit Sprachanweisung, Karte und Richtungspfeil führen lassen.



Voll verpeilt: *Irrweg durch den Wald in der Tourenaufzeichnung* Foto Spehr

Komoot erlaubt auch das Aufzeichnen eigener Touren und setzt auf die Netzwerkidee. Man kann anderen folgen, deren Touren ansehen oder übernehmen, um auf diese Weise neue Inspirationen für eigene Ausflüge zu erhalten. Nur leider wird man dann mit zu viel „lass‘ dich inspirieren“ auch wieder geärgert. Man soll unbedingt während seiner Touren Fotos aufnehmen und diese in die App hochladen. Diese Aufdringlichkeit stört. Komoot wird in der Basisversion gratis bereitgestellt, man kann das Kartenmaterial eines Landkreises unentgeltlich laden. Einzelne Regionen und die Sprachnavigation kauft man für kleines Geld dazu. Offline-Karten sind schnell geladen, auch über Mobilfunk, nötigenfalls vor Ort, wenn man die App wirklich benötigt. Die ganze Welt kostet bei Komoot 30 Euro als Komplettpaket, langfristig lohnt sich das.

In der Android-Welt werfe man auch einen Blick auf Osmand, die das Kartenmaterial von Open Street Map verwenden und eine Offline-Navigation anbieten. Bedienung und Tourenplanung sind nicht ganz so eingängig wie in anderen Systemen, aber die App, die es auch in einer reduzierten iPhone-Version gibt, ist überaus beliebt. Dass man sogar mit den Bordsystemen vieler Fitness-Tracker seine Touren ins Nirgendwo planen und protokollieren kann, hat sich herumgesprochen. In der Garmin-Welt lässt sich eine Route wie mit Komoot bequem im Browser-Fenster starten, sofern man in Garmin Connect eingeloggt ist. Unter „Training“ befindet sich der Menüeintrag „Heatmap für die Beliebtheit“, damit wiederum ist gemeint, dass die mit Garmin-Ausrüstung aufgezeichneten Strecken anderer Personen hervorgehoben und empfohlen werden. Hier schimmert Schwarmintelligenz hervor, und man muss nicht einmal mit den Personen befreundet oder vernetzt sein, um von ihren Erfahrungen im kalten Wald zu profitieren.

Musik aus dem Möbelhaus

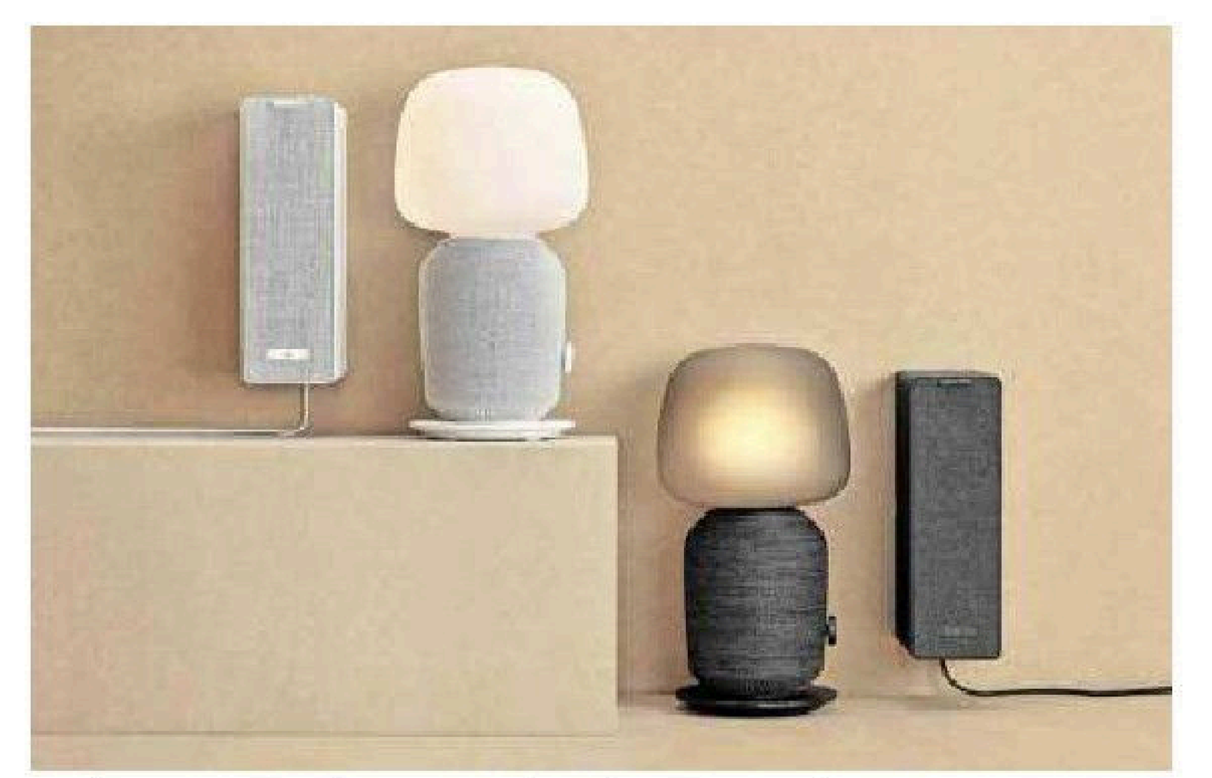
Sonos und Ikea verbünden sich / Passt das?

Der eine hat schon im vorigen Jahrhundert den Möbelmarkt aufgemischt, der andere ist eine große Nummer im Geschäft mit drahtlosen Lautsprechern. Jetzt erwarten Ikea und Sonos ein gemeinsames Baby. In der vergangenen Woche haben sie es am Rande der Mailänder Möbelmesse vorgestellt. Einen Taufnamen gibt es schon, ganz im Stil des blau-gelben Konzerns: Symfonisk soll der aus zwei Lautsprechermodellen bestehende Nachwuchs heißen, Anfang August soll er das Neonlicht der Ikea-Filialen erblicken. Bemerkenswert: Die Namen beider Elternteile stehen in gleicher Größe auf dem Typenschildchen; bisher pflegte Ikea eher Zulieferverhältnisse, die den Namen des Vaters anonym ließen. Die Ikea-Gene sind unverkennbar. Grobe Textilbespannungen verhüllen die Elektronik, passend zum modernen Retro-Stil, den die Schweden gern pflegen. Für Technik und akustische Abstimmung zeichnet, klarer Fall, Sonos verantwortlich. Wie stark prägt das amerikanische Genmaterial das neue Produkt? So ganz genau wissen wir es erst, wenn im Juni Testmuster zur Verfügung stehen. Etliche Details aber sind klar.

Eines der beiden Lautsprechermodelle steckt in einem quaderförmigen, schmalen Gehäuse, das waagerecht liegend oder aufrecht stehend aufspielt. In jedem Fall passt der Musikant, eine komplette Neukonstruktion, genau ins Rastermaß der Kallax-Regale. Die andere Symfonisk-Variante hat die Form einer kompakten, leicht bauchigen Säule, an deren Spitze eine Leuchte sitzt. Das ganze Konstrukt also könnte auch einfach eine Tischlampe mit korpulentem Fuß sein, mit einem runden Schalter an der Seite. Der Grundriss dieses Modells legt nahe, was Sonos bestätigt. Im Lampenfuß steckt die Basistechnik des Lautsprechers One, des kleinsten Modells der Sonos-Familie. Und die Leuchte? Ist sie so smart wie die vernetzten Lautsprecher? Kommt darauf an, nämlich darauf, ob in der E14-Fassung ein via App steuerbares Leuchtmittel steckt. Über die Sonos-Funkverbindungen jedenfalls lassen sich keine Lichtspiele inszenieren.

Interessant ist die Preisgestaltung. Der kleinere Lautsprecher soll 99,95 Euro kosten. Damit wäre er mit Abstand das günstigste Modell im Sonos-System. Auf dem Preisschild der Leuchten-Variante wird 179 Euro stehen, das entspricht dem Preis des One-Vorläufers Play:1. Aber sind die Symfonisk-Modelle auch gleichberechtigte Mitspieler in der Sonos-Welt? Sie lassen sich tatsächlich nahtlos ins Funknetz einbinden und über die passende System-App steuern. Allerdings haben sie, anders als alle neueren Modelle, keine eingebauten Mikrofone für die Sprachsteuerung. Wer diesen Komfort nutzen möchte, braucht im Haushalt zusätzlich zum Beispiel den kleinen One oder ein anderes Gerät für den Kommandoempfang, etwa Amazon Echo. Bemerkenswert immerhin: Die Symfonisk-Lautsprecher unterstützen Trueplay, mit dieser Funktion lassen sich die Schallwandler einmessen. Sie sollen also auch in einer Ecke musizieren dürfen, ohne übertriebene Bässe in den Raum zu schicken.

Und wie steht es überhaupt mit der Klangqualität? Sonos erhebt ja den Anspruch, dass sich all seine Lautsprecher beliebig zu größeren Surrround-Anlagen kombinieren lassen, weil die Elektronik ihr harmonisches Zusammenspiel gewährleiste. Ebendies soll auch auf die Ikea-Fraktion zutreffen. In einer Vorführkabine am Ort der Präsentation klappte das ganz gut. Die schmale Soundbar Beam etwa übernahm in einer Demo-Installation den Part des Centerkanals, für die Stereo- und die Surroundkanäle spielte ein gemischtes Quartett aus One- und Symfonisk-Exemplaren auf, die tiefen Bässe steuerte der Subwoofer Sub bei. Das Ensemble wirkte ziemlich harmonisch, soweit sich das unter Vorführbedingungen beurteilen lässt. Wie gut es wirklich tönt, eruieren wir, sobald die ersten Seriengeräte greifbar sind. WOLFGANG TUNZE



Symfoniskorchester: *Ikeas Lautsprecher gibt es in zwei Farbvarianten.* Foto Hersteller



1 Boxt

Käfighaltung ist gesellschaftlich ja geächtet. Im Falle des Revival Birdcage, diesem Vogelkäfig mit zwei Rädern aus dem texanischen Austin, ist eher Beachtung als Ächtung angezeigt, demonstriert er doch überdeutlich, welcher Art der neue Boxermotor von BMW ist, der vom nächsten Jahr an im ebenfalls neuen Cruiser-Modell des bayerischen Hauses arbeiten wird. Traditionell luft-/ölgekühlt ist er, so viel ist sicher. Der Hubraum wird bei etwa 1,8 Litern liegen, alles Weitere ist Spekulation. The Revival Birdcage ist der zweite Hingucker, mit dem BMW auf sein kommendes Monumentaltriebwerk aufmerksam macht (F.A.Z. vom 11. Dezember 2018). Der Einzelbau besteht aus einem filigranen Titanrahmen und ist von A bis Z Handarbeit. Zu sehen war er jetzt auf der Handbuilt-Show in Austin. (fbn.)

2 Sticht

Sieht gefährlich aus, die Dehler 30 One Design, alles andere als komfortabel jedenfalls. Mit der auf Einheitsklasse-Regatten baugleicher Boote hin konzipierten Neuheit will die zur Hanse-Gruppe zählende Marke Dehler aber trotzdem auch in See stechende Tourensegler ansprechen. Das variable Interieur – zwei Kojen achtern, eine Doppelkoje vorn, Pantry, WC-Raum mit Sichtschutz – soll einfaches Umschalten vom Renn- in den Reisemodus erlauben, ebenso der demontierbare Bugspriet zur Erleichterung der Hafenmanöver. Stealth Drive nennt Dehler den einklappbaren Antrieb des Hilfsdiesels; Wasserballast, Karbonmast, Alu-Finne mit 900 Kilo-Bleitorpedo, Outrigger für den Gennaker sind weitere Sportmerkmale der rund zehn Meter langen, 2,8 Tonnen verdrängenden Yacht. Basispreis bis Ende Juni 99 900, ab Juli 108 900 Euro. (lle.)

3 Rennt

Wer Paris-Roubaix sechsmal gewinnt, kennt sich mit harten Bedingungen aus. Doch selbst wer nicht ständig am professionellen Anschlag auf Kopfsteinpflaster unterwegs ist, wird nach einer Probefahrt feststellen: Das Specialized Roubaix ist ein außergewöhnliches Rennrad, ein außergewöhnlich gutes. Die Amerikaner legen es jetzt frisch auf, haben das Federelement unter dem Vorbau neu gespannt, die windschnittige Sattelstütze nachgiebig justiert und überhaupt eine Kombination aus Geschwindigkeit und Geschmeidigkeit geschaffen, die es in hauseigener Bescheidenheit zu „unserem schnellsten und leistungsstärksten Bike“ macht. 7,4 bis 8,2 Kilogramm wiegt es je nach Version. Das Roubaix gibt es in diversen Ausbaustufen vom Einsteigermodell für 2299 bis hin zum S-Works mit Sram-Etap für stramme 11 199 Euro. (hap.)

4 Knipst

Samsung versucht mit dem A 80, ein Dilemma der Smartphone-Hersteller zu lösen. Einerseits soll die Frontkamera möglichst wenig Platz auf dem Bildschirm wegnehmen. Andererseits verlangt die Selfie-Generation nach bester Technik für ihre Selbstdarstellungsorgien. Also haben sich die Koreaner was überlegt. Drückt man auf den Selfie-Knopf in der üblichen App, schiebt sich ein Teil der Rückseite nach oben. Das Modul mit den drei Linsen macht eine 180-Grad-Drehung und zeigt nach vorne. Fertig ist die Selbstdarsteller-Kamera. Ein abermaliger Fingertipp auf die Schaltfläche, und die Rückseite zieht sich wieder dorthin zurück, wo sie herkommt. Preis? Noch unbekannt. (made.)

5 Surrt

Die dritte Generation des Kia Soul rollt nur noch elektrisch. Als 4,20 Meter langer E-Soul ist der kantige Crossover in zwei Versionen erhältlich. Das Grundmodell zum Preis von 33 990 Euro an leistet 136 PS und hat mit einer Batteriekapazität von 39,2 kWh eine Reichweite nach WLTP von 276 Kilometern. Die stärkere Variante für 37 790 Euro bietet 204 PS, einen 64 kWh-Lithium-Ionen-Akku und 452 Kilometer Reichweite. Die Batterietechnik teilt sich der E-Soul mit dem größeren Bruder E-Niro. Er ist mit einem Schnellladeanschluss (CCS) ausgerüstet, mit dem sich der Akku an einer 100 kW-Station binnen 1 Stunde von 0 auf 80 Prozent aufladen lässt. Lieferzeit für das E-Mobil: Rund 12 Monate. (mgö.)

Hinweis der Redaktion: Ein Teil der in Technik und Motor besprochenen Produkte wurde der Redaktion von den Unternehmen zu Testzwecken zur Verfügung gestellt oder auf Reisen, zu denen Journalisten eingeladen wurden, präsentiert.